



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

36. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 1. April 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Ilka Lochner-Borst, CDU	1924
	Minister Dr. Gottfried Timm	1925
	Dr. Norbert Nieszery, SPD	1926
Mitteilung der Vizepräsidentin	Peter Ritter, PDS	1927
1915	Renate Holznagel, CDU	1929
	Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU	1930
Fragestunde	B e s c h l u s s	1932
– Drucksache 4/1126 –		
1915		

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

**Europäische Strukturpolitik
auch nach 2006 erhalten**

– Drucksache 4/1110 –	1915
Karsten Neumann, PDS	1915, 1919, 1922
Andreas Petters, CDU	1916, 1923
Detlef Müller, SPD	1918
Minister Dr. Otto Ebnet	1921
Dr. Ulrich Born, CDU	1922
B e s c h l u s s	1924

Antrag der Fraktion der CDU:

**Sicherung der Bundeswehrstandorte in
Mecklenburg-Vorpommern – Eurofighter
in Rostock-Laage stationieren –**

– Drucksache 4/1103 –	1924
-----------------------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Effektive Verbraucherberatung in
Mecklenburg-Vorpommern sichern**

– Drucksache 4/1109 –	1933
-----------------------------	------

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1145 –	1933
Ute Schildt, SPD	1933
Dr. Ulrich Born, CDU	1934, 1939, 1940
Minister Dr. Otto Ebnet	1936
Alexa Wien, PDS	1937
Angelika Peters, SPD	1938, 1939, 1940
B e s c h l u s s	1940

Antrag der Fraktion der CDU:

Novellierung des Kommunalabgabengesetzes

– Drucksache 4/1106 –	1940
Wolf-Dieter Ringguth, CDU	1940

Minister Dr. Gottfried Timm	1942	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Umsetzung der Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/1113 –	1979
Heinz Müller, SPD	1944, 1951		
Gabriele Schulz, PDS	1947		
Dr. Armin Jäger, CDU	1948	Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1147 –	1979
B e s c h l u s s	1951	Dr. Norbert Nieszery, SPD	1979, 1987
		Ministerin Dr. Marianne Linke	1980
		Torsten Renz, CDU	1982
		Gerd Walther, PDS	1985
		Jörg Heydorn, SPD	1987
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Konzeption zur Integration von in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Migrantinnen und Migranten – Drucksache 4/1112 –	1951	B e s c h l u s s	1988
Peter Ritter, PDS	1951		
Ministerin Dr. Marianne Linke	1953, 1957		
Lorenz Caffier, CDU	1955		
Angelika Volland, SPD	1957, 1961	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Erschließung der Potentiale der Photovoltaik in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/1115(neu) –	1988
Gerd Walther, PDS	1959, 1962	Hans-Heinrich Jarchow, SPD	1988, 1992
Dr. Armin Jäger, CDU	1960	Minister Dr. Wolfgang Methling	1988
B e s c h l u s s	1963	Vincent Kokert, CDU	1990
		Birgit Schwebs, PDS	1991
		B e s c h l u s s	1993
Antrag der Fraktion der CDU: Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/1105 –	1963		
Vincent Kokert, CDU	1963, 1971	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Öffentliche Auftragsvergabe mittelstandsfreundlich gestalten – Drucksache 4/1138 –	1993
Minister Dr. Wolfgang Methling	1964, 1970	Dr. Ulrich Born, CDU	1994
Birgit Schwebs, PDS	1968	Minister Dr. Otto Ebnet	1995
Renate Holznagel, CDU	1968	Ute Schildt, SPD	1996
B e s c h l u s s	1971	Dr. Martina Bunge, PDS	1997
		Karin Strenz, CDU	1998
		B e s c h l u s s	1999
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Für angemessene Löhne und Gehälter – gegen ein Niedriglohnggebiet Ost – Drucksache 4/1111 –	1971		
Volker Schlotmann, SPD	1972	Nächste Sitzung Mittwoch, 12. Mai 2004	1999
Karin Strenz, CDU	1974		
Regine Lück, PDS	1976		
Ute Schildt, SPD	1977		
B e s c h l u s s	1979		

Beginn: 9.05 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 36. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Die Beratung des Tagesordnungspunktes 26 entfällt, da der Antrag vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Meine Damen und Herren, bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich unserer Kollegin Angelika Peters ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Also es ist kein Aprilscherz.

(Angelika Peters, SPD: Jedes Jahr ein Jahr älter.)

Es ist jedes Jahr der Geburtstag am 1. April. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/1126 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/1126 –**

Das Wort hat der Abgeordnete Torsten Renz, um die Frage zu stellen. Da der Abgeordnete Torsten Renz nicht anwesend ist, beende ich die Fragestunde.

(Heinz Müller, SPD: So ernst
hat er das genommen.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Europäische Strukturpolitik auch nach 2006 erhalten, Drucksache 4/1110.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Europäische Strukturpolitik
auch nach 2006 erhalten**

– Drucksache 4/1110 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute gewissermaßen die Diskussion von gestern von der Aktuellen Stunde fort, denn auch in dem vorliegenden Antrag geht es um die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Mecklenburg-Vorpommern, nur eben in einem sehr speziellen Umfeld. Die europäische Förderpolitik im Zeitraum 2000 bis 2006 neigt sich dem Ende zu und steht zugleich vor gewaltigen Herausforderungen. Mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union verändern sich nicht nur die Herausforderungen an die innere Organisation und an die Verfasstheit der Europäischen Union, sondern auch an deren finanzielle Leistungsfähigkeit.

Nachdem die Europäische Kommission Anfang Februar dieses Jahres ihre finanzielle Vorausschau veröffentlichte, legte sie eine Woche später, am 18. Februar 2004, den dritten Kohäsionsbericht nach. Im Kern enthält dieser die Vorschläge der Kommission, wie es mit der europäischen

Strukturpolitik nach 2006 weitergehen kann und nach ihrer Auffassung weitergehen soll. Bereits mit dem zweiten Kohäsionsbericht hatte die Kommission hierzu Vorschläge und Varianten ausgearbeitet, die in einem umfangreichen Diskussionsprozess zu den nunmehr vorliegenden Vorschlägen führten.

Die Kommission regt hierzu nun eine Diskussion an und möchte diese gern bis zum Sommer dieses Jahres abschließen, um ein reibungsloses In-Kraft-Treten der neuen Förderprogramme zum 01.01.2007 gewährleisten zu können. Die von der Kommission vorgelegte Reform stellt die Grundlagen für ihre nächsten Vorschläge bezüglich der neuen Regelung der Strukturfonds dar und bildet den Auftakt zu einer großen Debatte, die im Ministerrat, im Europäischen Parlament genauso wie im Wirtschafts- und Sozialausschuss als auch im Ausschuss der Regionen stattfinden wird.

So soll beispielsweise mit einem Forum über wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt am 10. und 11. Mai allen betroffenen Akteuren Europas die Möglichkeit geboten werden, an den Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik in der erweiterten Union teilzunehmen. In diesen Prozess muss sich auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern einbringen. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern hat diese eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Insgesamt standen nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2000 bis 2006 aus eben diesen Strukturfonds EFRE, EAGFL/A, also Ausrichtung, und ESF in Mecklenburg-Vorpommern rund 2,45 Milliarden Euro Strukturfondsmittel zur Verfügung. Das sind durchschnittlich 350 Millionen Euro pro Jahr, was beispielsweise im Jahr 2001 fünf Prozent des Landeshaushaltes ausmachte.

Und zugleich knüpft hiermit der Landtag an seine Überlegungen und Beschlüsse aus der 3. Legislaturperiode an. Bereits in seinem Beschluss auf Drucksache 3/1672 vom 7. Dezember 2000 hat sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit dem Thema befasst und die Landesregierung aufgefordert, die Weiterentwicklung der Strukturfonds und der Gemeinschaftsinitiative zu beobachten sowie dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern darüber zu gegebener Zeit zu berichten.

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlamentes, Elmar Brock, hat vor kurzem die politische Situation in der Europäischen Union in Bezug auf den Verfassungsentwurf sehr krass, aber vielleicht auch zutreffend sinngemäß so formuliert: Die Regierungschefs sind die Monarchen von heute. Wenn sie nicht den Mut aufbringen, in dieser historischen Situation einen Schritt vorwärts in Richtung politische Integration zu gehen, bedeutet dieser Stillstand unweigerlich zwei Schritte zurück.

Wir sollten als Landtag Mecklenburg-Vorpommern unseren Teil dazu beitragen, auch innerhalb Deutschlands in der Diskussion nicht nur auf den uns betroffenen Haushaltsaspekt hinzuweisen, sondern unser Ja zu einer fortschreitenden Integration der Europäischen Union auch in dieser Frage mit allen Konsequenzen zu vertreten. Diese politische Grundüberzeugung teilen wir im Übrigen mit vielen Regionen und regionalpolitisch Verantwortlichen in Europa.

Diese gemeinsame Überzeugung kann eben auch eine Basis für die Zusammenarbeit mit unseren Partnerparlamenten in Westpommern, aber auch in Schleswig-Hol-

stein oder Südschweden sein. Diese gemeinsame Grundüberzeugung zur Zukunft der Strukturpolitik sollte auch Thema der gemeinsamen Tagung der Parlamente in Danzig Ende des Monats sein. Selbstverständlich kann man dabei nicht außer Acht lassen, dass wir im Ringen um die finanziellen Mittel dieser Strukturpolitik Konkurrenten sind. Wenn es aber wie heute darum geht, die Strukturpolitik überhaupt auch zukünftig zu erhalten, sollten sich genügend Gemeinsamkeiten finden, um hier gemeinsam zu handeln und sich gemeinsam politisch zu artikulieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dies gilt umso mehr für die Formulierung eines gemeinsamen Standpunktes mit den ostdeutschen Ländern, wird allerdings schon innerhalb Deutschlands eine gehörige Portion Standfestigkeit erfordern. Deshalb möchte ich an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten ausdrücklich für seine klaren Worte danken und würde mich freuen, wenn er und die Landesregierung in ihrem Werben um den Erhalt der Strukturpolitik auch für die ostdeutschen Länder die Unterstützung des gesamten Parlamentes finden würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Norbert Baunach, SPD)

Meine Damen und Herren, der Rechts- und Europaausschuss wird sich bemühen, die Landesregierung in dieser Arbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen und dem Landtag bis zum Sommer diesen Jahres eben eine detaillierte Stellungnahme vorzulegen, mit der wir uns dann in die europaweite Debatte einbringen können. Dies wäre nicht nur eine wichtige Unterstützung unserer Landesregierung, sondern auch für die Stellungnahme als Mitglied unserer Mitglieder im Ausschuss der Regionen wichtig, die durch die Europäische Kommission unmittelbar in den Diskussionsprozess eingebunden sind.

Deshalb sind die mitberatenden Ausschüsse nicht nur in ihrem eigenen Interesse gefordert, sehr schnell im Zusammenwirken mit den Ministerien gemeinsame Positionen in ihren Fachbereichen zu erarbeiten und dadurch eine qualitativ hochwertige Stellungnahme zu entwerfen. Das Protokoll der Beratung des Rechts- und Europaausschusses vom 18. März, an dem intensiv gearbeitet wird und das hoffentlich auch rechtzeitig fertig gestellt ist, kann hierfür eine gute Grundlage bilden, genauso wie die Ihnen kürzlich zugegangene Veröffentlichung des Umweltministeriums über die Strukturfondsperiode von 2000 bis 2006, die einen sehr guten und überschaubaren Überblick über die Auswirkungen der Strukturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

Wenn wir uns gemeinsam das Ziel stellen, die Landtagssitzung im Juni zu erreichen, müssen die mitberatenden Stellungnahmen bis zum 6. Mai beim Rechts- und Europaausschuss vorliegen.

(Peter Ritter, PDS: Wartet's ab!)

Auch wenn dieser Zeitraum äußerst kurz bemessen ist, so sollte es uns doch aufgrund der enormen Bedeutung des Themas und mit Hilfe des bis zum Ende dieses Monats vorliegenden Berichtes der Landesregierung gelingen, eine solche Stellungnahme zu erarbeiten.

Ich beantrage im Namen der Antragsteller die federführende Überweisung in den Rechts- und Europaausschuss sowie die mitberatende Überweisung in den Wirtschaftsausschuss, den Umweltausschuss, den Landwirtschaftsausschuss und – irgendeiner war es noch –

(Torsten Koplin, PDS: Da haben Sie noch einen vergessen.)

in den Finanzausschuss. Entschuldigung! Natürlich in den Finanzausschuss, denn es geht ja um unseren Haushalt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS,
Sylvia Bretschneider, SPD, und Beate Mahr, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Neumann, zunächst möchte ich erst mal danken für diesen Beitrag. Aber wir haben gleich am Anfang einen kleinen Dissens. Ich beantrage die federführende Überweisung natürlich an den Wirtschaftsausschuss, weil es sich hier ganz klar um Wirtschaftspolitik handelt, mit der beratenden Stellungnahme des Rechtsausschusses.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Europäische Strukturfonds, meine Damen und Herren, waren in der Vergangenheit und sind auch immer wieder ein willkommenes Thema, um die Tagesordnung unserer Plenarsitzung zu füllen. Einerseits ist dies sicherlich der Bedeutung der europäischen Strukturfondsförderung gerade für strukturschwache Länder wie Mecklenburg-Vorpommern geschuldet –

(Unruhe bei Jörg Heydorn, SPD –
Rainer Pracht, CDU: Da sehen Sie mal, wie das Volk uns braucht, und ihr sitzt alle hier. –
Peter Ritter, PDS: Wir sind das Volk.)

über die Bedeutung der EU-Milliarden gibt es wirklich keinen Dissens in diesem Hohen Hause, denke ich, unter den hier Anwesenden, auch nicht über eine Beibehaltung derselbigen über das Ende der laufenden Förderperiode in 2006 hinaus –, andererseits lassen sich Strukturfondsdebatten und auch Verantwortung ganz leicht in das entfernte Brüssel, Herr Neumann, verlagern. Motto: Alles Wohl oder Übel hängt von Brüssel ab. So lässt es sich leicht von der eigenen Verantwortung ablenken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Vorliegender Antrag ist wieder eine solche politische Blendgranate, meine Damen und Herren. Die Landesregierung soll ihre Positionierung zur künftigen Strukturpolitik dem Landtag zuleiten. Ich frage Sie, Herr Neumann: Was soll das?

(Karsten Neumann, PDS: Unterrichten und eine Stellungnahme erarbeiten.)

Wunderbar.

Welches Politikverständnis liegt diesem Antrag zugrunde?

(Karsten Neumann, PDS: Sachverstand.)

Die Landesregierung soll dann handeln, wenn auch der Letzte verstanden hat, dass eine Weiterführung der EU-Strukturfonds über 2006 wirklich allen auch hier im Hohen

Hause bekannt ist. Deswegen haben wir ja unseren Antrag

(Karsten Neumann, PDS: Zurückgezogen.)

für den letzten Landtag zurückgezogen, weil das ein Antrag gewesen wäre, der von dieser Zeit, von der Äußerung der EU-Kommission auch überlagert ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist einfach ein Nichtthema, mein sehr geehrter Herr Kollege.

(Heiterkeit bei Karsten Neumann, PDS:
Ein Nichtthema für Sie, für Sie!)

Ja, zurzeit, denn es ist einfach klar, was Sie hier beantragen, ist eigentlich schon umgesetzt in Brüssel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Karsten Neumann, PDS: Das glauben Sie.
Das ist ein Vorschlag der Kommission.)

Ja, das glauben wir und ich sage Ihnen ganz klar, wir haben aus diesem Grund auch diesen Antrag in der letzten Landtagsperiode zurückgezogen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ziel 1 heißt ja nicht, Herr Neumann, welche Mitglieder letztlich für Ziel 1 zur Verfügung gestellt werden, denn wir müssen auch hier im Land ganz eindeutig – und das ist für mich ein wichtiger Punkt – im Bereich des Operationellen Programms unsere Schwerpunkte für die Umsetzung der Strukturfondsmittel setzen. Punkt 2 Ihres Antrages, Herr Neumann, begrüßt zumindest schon mal das Bekenntnis. Mir fehlt auch wirklich da einfach die politische Substanz für diesen Antrag.

Schon die aktuelle Förderperiode bietet genügend Hausaufgaben für die Politik. Was tut denn die Landesregierung beispielsweise zur Verbesserung der Inanspruchnahme von Programmen durch Unternehmen im Land, Herr Neumann?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und da komme ich eben darauf, dass dieser Antrag wesentlich besser im Wirtschaftsausschuss aufgehoben ist.

Die Hauptgründe für die Nichtinanspruchnahme der EU-Förderprogramme liegen nach meiner Auffassung im Folgenden: Teilweise ist für unsere Unternehmen die Teilnahme zu kompliziert – keine geeigneten Programme gerade für die Unternehmensstruktur in Mecklenburg-Vorpommern, mangelnde Information, das ist auch ganz wichtig, wenn Sie sagen, die Industrie- und Handelskammern informieren. Wir müssen aber auch davon ausgehen, dass sich unsere Unternehmer den ganzen Tag darum kümmern müssen, Aufträge zu generieren. Es ist natürlich schwierig, sich bei so komplizierten EU-Förderprogrammen mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Dann können
wir das ja auch gleich sein lassen.)

Also, meine Damen und Herren, es ist ganz wichtig für unser Unternehmen, dass zeitnah auch die Mittel aus Förderprogrammen eingestellt werden und den Unternehmen zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Und die administrativen Anforderungen – ich denke, da sind wir uns hier einig im Hohen Hause, dass Brüssel eine

riesige Bürokratie entwickelt – sind völlig klar und auch in Brüssel sollte man sich mit diesen Fragen wie Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung befassen.

(Karsten Neumann, PDS: Oh, Herr Petters, nee!)

Ein wichtiges Thema für die Landesverwaltung wäre zum Beispiel – und da hätte ich mich sehr gefreut, wenn Sie das angesprochen hätten, das haben wir gestern in der Debatte zur Aktuellen Stunde ja auch gesagt –, wie es denn mit der Sprachkompetenz in der Verwaltung unseres Landes aussieht. Oder wie wäre es mit dem Thema Projekt- und Managementtechnik? Denn Sie wissen ja, gerade wenn man EU-Programme umsetzen will, müssen Projekte entwickelt und auch umgesetzt werden, meine Damen und Herren. Das sind Themen, mit denen man sich wirklich befassen muss.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Und wenn ich davon ausgehe, dass wir wirklich hier Politik für dieses Land machen, dann müssen wir uns auch damit befassen, wie denn die Strukturfonds zurzeit umgesetzt werden. Das ist ja auch ein Thema. Und das fehlt mir ein bisschen in Ihrem Antrag.

(Karsten Neumann, PDS: Ich habe Ihnen
gesagt, wo Sie das nachlesen können.)

Wie wird dieses Thema EU-Förderprogramme denn umgesetzt?

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Das Operationelle Programm ist ja nachgebessert worden von der Landesregierung.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Und wir fordern als CDU ganz klar, dass Maßnahmen zur Förderung von Technologie und Innovation sowie produktiver Investition im Rahmen der GA durch die Verwendung der leistungsgebundenen Reserve deutlich verstärkt werden. Ich weiß, das hört sich kompliziert an, ist aber eine ganz wichtige Geschichte. Und das muss auch deutlich werden. Genauso wichtig ist es, im Rahmen des Forschungswettbewerbs nicht nur wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen, sondern auch Unternehmen in die Förderung mit einzubeziehen. Das hat die Landesregierung bisher noch nicht getan.

Weiterhin ist wichtig bei der Umsetzung – und das ist auch ein Thema, das wir hier im Landtag noch nicht thematisiert haben, und deswegen begrüßen wir es grundsätzlich, dass wir uns mit dem Thema auseinander setzen –, dass die Ausstattung von Schulen mit Lernsoftware nicht aus der leistungsgebundenen Reserve gezahlt werden soll, Herr Neumann. Das sind die Themen, die wirklich praktische Politik sind. Ich weiß, dass Sie sehr häufig in Brüssel sind, und das finde ich auch gut. Aber wir müssen uns auch hier im Land ganz klar mit der Umsetzung der Strukturfonds befassen.

Der letzte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist, dass der zusätzliche Einsatz von EFRE-Mitteln im Straßenbau nicht zu einer erneuten Substituierung von Landesmitteln führen darf. Das sind doch ganz konkrete Maßnahmen. Da müssen wir aufpassen, dass diese wichtigen Ziele der Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Landes wirklich umgesetzt und nicht so geplant werden, dass eines Tages diese Maßnahmen gefährdet sind. Bei der Mittelaufteilung der internen Politikbereiche sind beispielsweise 13 Prozent für trans-

europäische Netze vorgesehen. Der Mittelabfluss beispielsweise in 2001, Herr Neumann, nach Mecklenburg-Vorpommern beträgt null Euro. Das ist zum Beispiel ein Thema, mit dem wir uns auch befassen sollten.

Also, meine Damen und Herren, mein Fazit ist,

(Karsten Neumann, PDS: Sie müssen sich mit dem Thema befassen!)

statt den Landtag mit Schauanträgen zu überziehen, sollte hier wirklich gearbeitet werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Wir begrüßen grundsätzlich dieses Engagement und ich freue mich, Herr Neumann, dass wir zu diesem Thema im federführenden Wirtschaftsausschuss hier diskutieren werden,

(Peter Ritter, PDS: Im federführenden Europaausschuss, meinen Sie. –
Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS)

weil das notwendig ist, und dass wir uns mit dem dritten Kohäsionsbericht auseinander setzen. Voraussetzung wäre natürlich, dass dieser Kohäsionsbericht erst mal dem Landtag zugeleitet wird.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Das ist ja auch noch nicht der Fall.

(Karsten Neumann, PDS:
Herr Petters, Herr Petters!)

Grundsätzlich müssten wir bei diesem Schaufensterantrag, sollten wir diesem Schaufensterantrag nicht zustimmen,

(Peter Ritter, PDS: Was war denn das für ein Antrag, den Sie gestern gestellt haben zur Änderung des Grundgesetzes?! Das war eine Peinlichkeit!)

aber weil uns das Thema wichtig ist, meine Damen und Herren, und wir gern über diese Fragen im Landtag und nicht nur in der Landesregierung eine Diskussion sehen wollen,

(Peter Ritter, PDS: Das
war ein Kellerfensterantrag.)

einer Überweisung in den Wirtschaftsausschuss federführend zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Petters.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD, Herr Detlef Müller.

Detlef Müller, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, gestern Morgen um diese Zeit haben wir über Europapolitik gesprochen, im Laufe der Sitzung gestern wurde über Europapolitik gesprochen, mit der Ersten Lesung des Landesseilbahngesetzes als Höhepunkt, und heute Morgen reden wir schon wieder über Europapolitik. Wenn das der Stellenwert ist, den dieses Hohe Haus der Europapolitik zukommen lässt, dann kann ich nur sagen, das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS –
Peter Ritter, PDS: Das haben aber noch nicht alle richtig verinnerlicht.)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat natürlich das heutige Thema ganz unmittelbar auch mit dem zu tun, was wir gestern Morgen besprochen haben. Völlig klar, Strukturpolitik ist ein ganz wichtiges und natürlich immer brisantes Thema. Wir sollten dieses Thema, denke ich mal, ganz offensiv angehen und, Herr Petters, nicht als Nichtthema sozusagen beurteilen, weil ich einfach glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema für unser Land.

Und von diesem Kohäsionsbericht, der uns eigentlich allen schon zugänglich ist, kann ich Ihnen einen nachher zukommen lassen, ich habe sogar zwei.

(Bodo Krumbholz, SPD: Ich auch!)

Insofern können Sie von mir einen bekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schön. –
Peter Ritter, PDS: Das war bestimmt sein Exemplar.)

Möglich. Sorry!

Also in diesem Bericht, Herr Petters, den Sie leider noch nicht zur Verfügung hatten, hat sich die EU-Kommission im Februar noch einmal geäußert, wie sich die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalte in der EU entwickelt haben und welchen Beitrag die Politik dazu geleistet hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, die diesen Bericht gelesen haben. Es ist also schon ziemlich schwere Kost und man muss einige Passagen doch mehrmals lesen, um überhaupt zu verstehen, was da gemeint ist. Dennoch, der eigentlich wichtigste Punkt für uns und für unser Land ist, dass in diesem Bericht Vorschläge gemacht wurden, wie die Strukturfonds nach dem Jahr 2007 weiter ausgegeben werden sollen. Für unser Land ist da ganz klar gesagt worden, dass wir auch in Zukunft Ziel-1-Gebiet sein sollen.

Aber, auch darüber müssen wir uns im Klaren sein, die zu verteilenden Stücke des Subventionskuchens werden natürlich kleiner. Kriterium für dieses Ziel-1-Gebiet – auch darauf haben meine Vorredner ja schon hingewiesen – ist immer, dass man vom Bruttoinlandsprodukt keine 75 Prozent erreicht. Das haben in den letzten Jahren alle neuen Bundesländer erreicht und das bedeutet eben auch, dass sozusagen der Löwenanteil der Mittel, die aus dem Strukturfonds nach Deutschland geflossen sind, in die neuen Bundesländer geflossen ist. Und es sieht so aus, dass auch in Zukunft außer Brandenburg-Süd, Dresden und Leipzig das wieder nach 2007 so sein wird.

Deutschland hat in der Zeit von 2000 bis 2006 rund 30 Milliarden Euro Strukturmittel erhalten. Davon ist wie gesagt der Löwenanteil, nämlich 20 Milliarden, hier in Ostdeutschland angekommen und nach Mecklenburg-Vorpommern hat Brüssel in der Zeit von 2000 bis 2006, wenn dann die Zeit herum ist, knapp 2,46 Milliarden Euro überwiesen. Ich glaube, das ist eine ganz stattliche Zahl. Und wenn man bedenkt, dass durch Kofinanzierung und andere Finanzierungen dann noch mal knapp 3 Milliarden Euro sozusagen angestoßen worden sind, dann, glaube ich, ist das schon eine richtige Wirtschaftsförderung und Strukturförderung ohnehin.

Insgesamt, auch das ist noch mal eine interessante Zahl, gibt es in der jetzigen EU 60 Ziel-1-Gebiete. In Griechenland gibt es 13 Regionen, die Ziel-1-Gebiet sind. Griechenland ist damit Spitzenreiter, was das betrifft. Und man geht davon aus, dass die neuen Beitrittsländer, also die, über die wir gestern gesprochen haben, alle unter diese magische 75-Prozent-Grenze kommen und somit auch in Zukunft Ziel-1-Gebiet sein müssen. Man schätzt ein, dass 92 Prozent der Menschen, die in diesen Ländern wohnen, in Regionen wohnen, die unter 75 Prozent Bruttoinlandsprodukt haben. Derzeit sind es 40 Prozent aller EU-Bürger, die in Förderregionen leben.

Bildlich gesprochen könnte man also sagen, dass in Zukunft genauso viel Suppe noch im Topf ist, aber es sitzen mehr Esser am Tisch. Und darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns an diesem Tisch bemerkbar machen, Herr Petters. Darum müssen wir die Landesregierung noch einmal auffordern, die Schlagzahlen zu erhöhen, um uns hier Gehör zu verschaffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Karsten Neumann, PDS)

Und natürlich müssen auch wir als Abgeordnete hier im Landtag uns diesem Thema widmen, wenn ich sehe, welche wichtigen Termine jetzt in nächster Zeit anstehen. Herr Neumann hat schon darauf hingewiesen. Am 10. und 11. findet ein Europäisches Kohäsionsforum in Brüssel statt. Circa 1.000 Teilnehmer werden dort erwartet. Im Juli legt die Kommission ein Paket von Gesetzesvorschlägen vor.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Werden wir dabei sein in Brüssel?)

Sicher werden wir dabei sein, Herr Dr. Born.

Ende 2009 entscheidet der Europäische Rat und dann auch das Europäische Parlament. Im Jahr 2006 beginnt die Vorbereitung der Programme für den Zeitraum 2007. Das sind ganz wichtige Termine, die da anstehen.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch eine vielleicht persönliche Anmerkung: Mein Eindruck ist, die Zeit läuft und wir müssen am Ball bleiben.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Aber mir scheint es manchmal, dass wir zu wenige mecklenburg-vorpommersche Spieler in Brüssel haben

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und die dortige Mannschaft noch nicht schlagkräftig genug ist.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Ich glaube, wir sollten dieses Thema unbedingt im Rechts- und Europaausschuss behandeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Petters, ich muss Sie enttäuschen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein! – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

meine Fraktion ist dafür, dass wir diesen Antrag im Rechts- und Europaausschuss federführend beraten.

(Karsten Neumann, PDS: Herr Born, Sie dürfen kommen!)

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussionen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der PDS und Rainer Pracht, CDU – Karsten Neumann, PDS: Herr Born, Sie dürfen kommen!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Petters, die Zeit für Diskussionen, die uns zur Verfügung steht, ist, denke ich, aufgezeigt worden. Ich glaube, einen wichtigen Aspekt haben Sie in Ihrer Rede schlicht unterschlagen. Der dritte Kohäsionsbericht ist ein Vorschlag der Kommission. Ein Vorschlag der Kommission ist noch lange kein Gesetz. Diese Kommission wird es im Übrigen bald nicht mehr geben, weil wir am 13. Juni 2004 Europawahlen haben, danach wird es eine neue Kommission geben. Diese Kommission hat einen Vorschlag unterbreitet, der nicht nur auf einhellige Zustimmung gestoßen ist. Es tut mir Leid, wenn ich Ihnen das so sagen muss, aber das Bundesland Bayern sieht das alles ganz anders. Und um es ganz deutlich zu sagen: Dieser Vorschlag der Kommission ist noch lange nicht umgesetzt und wird garantiert noch in vielen Punkten Veränderungen erfahren.

Ich darf Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen – die Konsequenz des Vorschlages der Kommission, eine Woche vorher ist die finanzielle Vorausschau aufgezeigt worden –, völlig klar ist, dass diese Aufgaben und dieser Vorschlag der Kommission nicht umgesetzt werden können, wenn der finanzielle Beitrag der Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union gesenkt wird. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass es eine ganze Reihe von Bundesländern auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die sagen, in der Regel nicht PDS- und SPD-geführt und auch nicht umgekehrt, sondern dass insbesondere das Bundesland Bayern sehr wohl sagt: Wir brauchen diese Förderung nicht, sie ist viel zu teuer und wir können sie uns nicht mehr leisten. Auf diese Konsequenz muss man ganz deutlich hinweisen und sich engagieren, Herr Petters, und sich nicht hinstellen und so tun, als sei das kein Thema. Das ist ein Thema von vielen Aktiven, die dafür sorgen wollen, dass diese Umverteilung anders geschieht als bisher.

Es geht nicht allein um Haushaltspolitik. Bereits die Debatten im Vorfeld des dritten Kohäsionsberichtes zeigten deutlich, dass eine Reihe von Mitgliedsstaaten, aber auch einzelne Bundesländer gerne die Gelegenheit nutzen würden, um die Strukturpolitik in Europa insgesamt in Frage zu stellen. Allen Mitgliedsstaaten ist und war klar, dass der Beitritt von zehn weiteren Staaten, die in der Regel weit unter dem Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union liegen, nicht wie die Deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlt werden kann.

Wenn man sich das Ziel stellt, auch unter diesen Bedingungen die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in ganz Europa herzustellen – und nichts anderes bedeutet Konvergenz –, dann sind hierzu gewaltige Anstrengungen der Europäischen Union notwendig. Deshalb widmet sich der dritte Kohäsionsbericht der Darstellung der aktuellen Lage und der Tendenzen in den Regionen. Übrigens, Herr

Petters, er widmet auch der Auswertung der bisherigen Strukturpolitik einen sehr umfangreichen Raum. Sie werden dort all Ihre Kritiken, die Sie aufgeführt haben, wiederfinden und – und das ist eben der Unterschied zu Ihrer Meinung, Herr Petters – die Europäische Kommission macht Vorschläge, wie genau diese Fehler behoben werden können. Und auch deshalb müssen wir uns mit dem Thema beschäftigen. Hierbei ist es beispielsweise wichtig festzuhalten, dass die Strukturfondsmittel zwar nur in einen Teil der Regionen in der Europäischen Union fließen, jedoch ihre Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union entfalten. Auch das ist sehr deutlich dargestellt worden.

Der Bericht versucht auch Antworten zu finden auf die Herausforderungen, die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. So ist es zu begrüßen, wenn hervorgehoben und dargestellt wird, wie sich wirtschaftspolitische, beschäftigungspolitische und sozialpolitische Maßnahmen gegenseitig verstärken, dass die Stärkung des Humankapitals zunehmend an Bedeutung gewinnt und auch die soziale und kulturelle Infrastruktur eines Landes von entscheidender Bedeutung ist, da sie Entscheidungen über die Ansiedlung von Investitionen und neuen Betrieben zunehmend beeinflussen wird. Dies gelte insbesondere für wissensbasierte Aktivitäten, die nicht standortgebunden sind, da sie nicht auf die Nähe zu Rohstoffen und großen Absatzmärkten angewiesen sind.

Der Kohäsionsbericht erlaubt ebenso allen Akteuren – und so auch Herrn Petters – einen eindrucksvollen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus. So findet sich beispielsweise die Feststellung, dass der allgemeine Trend zur Übertragung der Zuständigkeit für öffentliche Dienstleistungen auf die regionale und lokale Ebene nicht mit der Beschaffung entsprechender finanzieller Mittel zur Finanzierung dieser Dienstleistungen einhergeht. Auch dies scheint jedenfalls kein typisch deutsches Problem zu sein, denn als Ausnahme hiervon wird nur Italien benannt, wo die Zuständigkeit für die Einnahmehbeschaffung zunehmend auf die Regionen übertragen wird, ohne dass im Gegenzug die regionalen Transferleistungen verstärkt werden.

Der Rechts- und Europaausschuss konnte sich in seiner gemeinsamen Beratung mit dem Ausschuss des Sejmihs der Woiwodschaft Westpommern am 18. März einen Eindruck – und auch das ist von Ihnen, Herr Petters, offensichtlich noch nicht wahrgenommen worden – über die hohe Qualität der Verwaltung und die Verwendung der Strukturfondsmittel durch die Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern machen. Denn hier werden sie verwaltet, hier werden sie vergeben durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Arbeitsministerium. Es ist nicht das ferne Brüssel, was dort irgendetwas macht.

(Andreas Petters, CDU:
Aber im Justizministerium.)

Die Sachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Landesämtern und in der Landesregierung, glaube ich, ist hier nicht zu bezweifeln.

Es ist gelungen, die Qualität der Strukturfondsmittelverwendung in Mecklenburg-Vorpommern erheblich zu steigern und damit die Effektivität des Einsatzes dieser Mittel zu erhöhen. Wenn zum Beispiel die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds – und auch das ist einer Ihrer Denkfehler, Herr Petters, es ist eben nicht nur Wirtschaftsför-

derung, sondern beispielsweise auch der Europäische Sozialfonds – durch das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm des Arbeitsministeriums dieses Landes nach einer externen Evaluierung durch die Europäische Kommission als Best Praxis eingestuft wird, als beste Praxis, und somit europaweit als gute Erfahrung verbreitet wird, zeugt dies von der hohen Qualität der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien bei der Verwendung von europäischen Mitteln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dafür gilt allen Kolleginnen und Kollegen der besondere Dank des Landtages.

Meine Damen und Herren, mit der Erweiterung der Europäischen Union steigt die Bevölkerungszahl von 380 auf 454 Millionen in der EU der 25 und auf 485 Millionen in der EU der 27 Mitgliedsländer. Auch wenn die zukünftigen Mitgliedsstaaten ein dynamischeres Wachstum als die heutige EU – 4 Prozent zu 2,5 Prozent – bezeichnen, fällt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 12,5 Prozent mit dem 1. Mai diesen Jahres und dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsländern sowie um 18 Prozent, wenn Rumänien und Bulgarien beitreten und die Europäische Union dann 27 Länder umfasst. Damit steigt die Anzahl der Menschen, die in Ländern mit weniger als 90 Prozent des durchschnittlichen Inlandsproduktes leben, also im Bereich des Ziels Konvergenz, von 84 auf 123 Millionen. Der Entwicklungsabstand der Regionen, also die Differenz innerhalb Europas, verdoppelt sich. Wenn heute der Durchschnitt der aktuellen Ziel-1-Regionen bei 69 Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes liegt, liegt er in den neuen Mitgliedsstaaten bei 46. Damit stellt sich die Frage, wie diese gewaltige Herausforderung bewältigt werden soll.

Der vorliegende dritte Kohäsionsbericht geht davon aus, dass die gegenwärtige Grenze der Mitgliedsbeiträge der Mitgliedsstaaten von 1,24 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auch zukünftig nicht überschritten werden soll. Die Kommission schlägt vor, den gegenwärtigen Finanzrahmen trotz dieser Herausforderungen nicht zu überschreiten. Doch selbst dieses enorme Unterfangen geht eben einigen Mitgliedsstaaten nicht weit genug. Wenige Wochen bevor diese gewaltige Erweiterung der Europäischen Union ansteht, fordern die Finanzminister eine Senkung der Beiträge und konterkarieren damit die gesamte Politik der Europäischen Union seit 1994 in Bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union. Wenn gleichzeitig die Wiedereinführung nationalstaatlicher Strukturpolitik gefordert wird, kommt dies einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik gleich, die nur und ausschließlich den wohlhabenden Ländern nützt und der Europäischen Union eine wesentliche Basis entzieht. Diese Basis ist nämlich festgelegt. Und auch da empfehle ich Ihnen einen Blick hinein in den Artikel 158 des EG-Vertrages in der Fassung von Nizza, der festlegt, ich zitiere: „Die Gemeinschaft entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Die Gemeinschaft setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.“

So harmlos und verständlich das Anliegen einiger Finanzminister der Mitgliedsstaaten klingt, so verheerend ist jedoch die Konsequenz. Wenn sich die Europäische

Union nicht mehr diesem Ziel, nämlich der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse in ganz Europa, stellt, wird Europa wieder auf einen einheitlichen Markt reduziert und damit die Legitimation als politisches Modell entzogen.

Die PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern – wie die PDS insgesamt – steht zu diesem Modell. Für uns kann es ein Europa nur als soziales, friedliches, solidarisches und demokratisches Europa für alle Mitgliedsländer geben. Dies liegt auch in unserem Interesse und im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb werden wir uns der Aufgabe stellen und auch Partner außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns für diesen Kampf suchen und finden. Wenn die CDU-Fraktion meint, dieses Thema sei ein Nichtthema zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dann verschläft sie die Politik der Europäischen Union ab 2007 nämlich jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tatsachen sind schon alle erwähnt. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Ich möchte die vier zentralen Punkte, um die es in nächster Zeit gehen wird, hier noch einmal klar herausstellen:

Die erste Frage ist: Wie groß wird der Kuchen sein, der in Zukunft verteilt wird? Darüber wird im Moment heftig gestritten und es wird nicht nur zwischen einzelnen Staaten gestritten, sondern auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland findet ein heftiger Streit statt. Auf der einen Seite gibt es den Bundesfinanzminister assistiert von einer Reihe von Bundesländern, die sagen, wir wollen möglichst wenig Geld nach Brüssel zahlen, ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist die Obergrenze. Auf der anderen Seite gibt es Länder, die auf die Zahlungen aus Brüssel mehr angewiesen sind, die sagen, wir sehen das etwas anders, wir wollen möglichst viel aus Brüssel bekommen. Diese Länder neigen dazu, dass sie mit der Anhebung der Obergrenze auf 1,14 dann im Durchschnitt bis 2013 nicht nur liebäugeln, sondern sehr einverstanden sind.

Und es geht nun quer durch die Länder und weht quer über die Republik hinweg. Der Bundesfinanzminister findet mit seiner eher restriktiven Haltung Unterstützung von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und Niedersachsen. Ich vermute, da kann sich noch der eine oder andere dazugesellen. Das müssen noch nicht alle gewesen sein. Aber es heißt, es gibt eine klare Position. West ist mehr auf der Seite des Standpunktes, wir zahlen weniger nach Brüssel, während sich der Osten auf der Seite derjenigen befindet, die wollen, dass Brüssel größere Handlungsmöglichkeiten, auch größere finanzielle Handlungsmöglichkeiten hat. Das hat auch damit zu tun, wo man sich mit seinen Problemen besser aufgehoben fühlt. Das ist der erste Punkt.

Die Größe des Kuchens steht noch nicht fest. Der zweite Punkt ist der, wie wird er dann verteilt. Da sind wir, glaube ich, inzwischen so weit, dass wir eine sehr begründete Vermutung haben können, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft noch Ziel-1-Gebiet sein wird, auch wenn die 75-Prozent-Grenze, die Wohl-

standsgrenze in Europa, natürlich einen statistischen Effekt hervorruft, aber wir sind wahrscheinlich dann noch unterhalb dieses Schwellenwerts, bei dem man hier herausfällt.

Hier gab es auch im Vorfeld verschiedene Überlegungen und es gab auch von Seiten der CDU aus Vorpommern einmal heftige Vorwürfe an die Landesregierung, weil wir das Land nicht aufgeteilt haben, wie Brandenburg das gemacht hat, und weil wir dadurch, so war damals die Aussage der CDU, Vorpommern als Ziel-1-Gebiet gefährdet hätten. Es zeichnet sich jetzt allmählich ab, dass diese Vorwürfe völlig unberechtigt waren und dass wir wahrscheinlich einen Fehler gemacht hätten, wenn wir diesen Vorschlägen gefolgt wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn Mecklenburg-Vorpommern weiter Ziel-1-Gebiet ist, dann haben wir weiterhin mit der Höchstförderung zu rechnen. Ich denke, das ist natürlich auch wichtig angesichts der Aufgaben, vor denen wir stehen.

Wichtig ist noch ein weiterer Punkt, der ist mir bis jetzt ein bisschen untergegangen. Da gibt es doch den Artikel 87 Absatz 3 a EG-Vertrag, in dem festgelegt wird, wie hoch denn gefördert werden darf, also was überhaupt gefördert werden darf in der Wirtschaftsförderung. Unabhängig davon, ob die Mittel aus Brüssel kommen oder nicht, der nationale Förderrahmen, was zulässig ist an Förderung, ist hier auch noch ganz wichtig. Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen auch hier darauf achten, dass uns die Fördermöglichkeiten zum Beispiel bei der GA-Förderung oder bei sonstiger Förderung nicht eingeschränkt werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Martina Bunge, PDS)

Auch das ist ein Gesichtspunkt, der wichtig ist, und wir brauchen diese Möglichkeiten – zumindest für nationale Förderung – in Zukunft noch, auch wenn es hier nicht um Gelder aus Brüssel geht.

Der vierte Punkt, Herr Petters, Sie haben ihn angesprochen, ist die Bürokratie. Wir leiden darunter, wir leiden kräftig darunter. Inzwischen merke ich doch auch bei der EU-Kommission eine gewisse Einsicht, dass das mit der Bürokratie wohl nicht so weitergehen kann, dass man hier einfach überzogen hat, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, entschuldigen Sie bitte.

Meine Damen und Herren von der Fraktion der CDU, ich bitte doch um mehr Aufmerksamkeit bei diesem wichtigen Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Siegfried Friese, SPD: Wirtschaft interessiert die CDU nicht!)

Minister Dr. Otto Ebnet: ... dass man mit der Bürokratie nicht nur sich selbst in Brüssel überfordert hat, dass man auch die Mitgliedsstaaten überfordert hat – vielleicht Deutschland noch am wenigsten –,

(Heinz Müller, SPD: Warten Sie bitte draußen! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, Lorenz Caffier, CDU, und Peter Ritter, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

dass man die Wirtschaft überfordert, und, was auch wichtig sein wird, dass man vor allem die neuen Mitgliedsländer völlig überfordern wird.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Das werden die nicht leisten können. Und wenn diese Einsicht Raum gewinnt, dann können wir zuversichtlich sein, dass sich auch in Bezug auf die Bürokratie hier etwas zum Besseren hin entwickelt.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Position der Landesregierung, diese ist schriftlich niedergelegt. Wir werden dieses Positionspapier jetzt aktualisieren und an die neue Entwicklung anpassen. Ich denke, dass wir das im April leisten können. Ich vermute, dass hier anschließend festgestellt werden kann, dass es keine Gegensätze bei uns im Land gibt. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind die Ausführungen des sehr geschätzten Kollegen Müller, die mich veranlassen, noch einmal kurz zu einem Aspekt Stellung zu nehmen.

Herr Kollege Müller, Sie haben aus meiner Sicht völlig zutreffend dargelegt, wie bedeutend das Thema Europa inzwischen auch für diesen Landtag ist, und Sie haben auf die Tagesordnungspunkte gestern und heute hingewiesen. Aus Ihren Ausführungen ist deutlich geworden, dass wir zum Glück über den Stand hinaus sind, dass das ein Thema für ein paar wenige ist, die sich so einen Orchideenbereich gesucht haben und sich fern von allem anderen mit dieser Thematik befassen. Die Ausführungen des Wirtschaftsministers haben uns eben, glaube ich, noch einmal wirklich sehr, sehr stark vor Augen geführt, wie bedeutend dieses Thema Strukturfonds gerade für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Es ist kein Zufall, dass es zwischen den beiden in diesem Bereich besonders kompetenten Ministern, des Ministers für Wirtschaft und des Justizministers, überhaupt keine Frage war, wer zu diesem Thema hier vor dem Hohen Hause spricht zu dem Antrag, den Sie eingebracht haben.

Herr Kollege Müller, ich habe mir jetzt noch einmal angeguckt die Mitglieder des Rechtsausschusses

(Bodo Krumbholz, SPD: Und Europa!)

und Europaausschusses. Das sind also die verehrten Herren Frieze, Krumbholz, Mohr, Müller, Ankermann und Prachtl, der inoffizielle Außenminister seiner Fraktion,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, PDS: Offiziell! Offiziell!)

der Kollege Neumann, und sogar der offizielle und amtierende PDS-Vorsitzende Ritter.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich finde es sehr, sehr gut, Herr Kollege Müller, wenn gerade die genannten Kollegen aus Ihrer Fraktion und

auch die Kollegen Prachtl und Ankermann sich intensiv in die Beratungen zu den Strukturfonds im Wirtschaftsausschuss einbringen. Aber stellen Sie sich gedanklich nur einmal vor, und ich bin hier völlig unbefangen als Selbstmitglied im Rechtsausschuss,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Das glaube ich nicht!)

wenn wir ein solches Thema – entschuldigen Sie den Ausdruck, aber ich sage es als Jurist – den Rechtsklempnern überlassen würden.

(Jörg Heydorn, SPD: Dann soll
er es Herrn Petters überlassen!)

Dann passiert nämlich genau das, was der Wirtschaftsminister eben gesagt hat.

(Karin Strenz, CDU: Sie sind aber garstig!)

Ich freue mich sehr, dass er dargestellt hat, dass in Brüssel mittlerweile auch über die Auswüchse einer sich immer mehr verselbständigenden Bürokratie kritisch nachgedacht wird und man das Thema Deregulierung entdeckt hat. Das Thema Deregulierung ist zwar als Deregulierungsthema gut aufgehoben hier beim Justizminister des Landes, aber wenn es um Europäische Strukturfonds geht, dann sollten wir wirklich dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, die nun speziell mit der Thematik Wirtschaftspolitik befasst sind, das auch federführend tun. Das ist der einzige wirkliche Dissens, den wir mit Ihnen haben. Ich appelliere also an Sie: Kommen Sie bitte in den Wirtschaftsausschuss! Nehmen Sie an den Beratungen zu diesem Thema teil, damit Sie die ansonsten sehr, sehr umfängliche Arbeit zu Europathemen im Rechtsausschuss auch in vollem Umfang wie bisher weiter bewältigen können! – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

(Lorenz Caffier, CDU: Der hat doch schon
so viel geredet. – Torsten Koplin, PDS:
Er hat noch mehr zu sagen. – Zurufe von
Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Karsten Neumann, PDS: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um tatsächlich die Chance zu erkennen, dass Herr Petters sich intensiv mit dem Thema befasst. Ich denke, es ist unbenommen, dass die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und der anderen mitberatenden Ausschüsse an den Beratungen des Rechts- und Europaausschusses teilnehmen. Ja, das haben wir immer so gehandhabt.

Ich habe schon angesprochen, dass Sie auch das Protokoll unserer Ausschusssitzung vom 18. März 2004 erhalten werden. Diese Ausschusssitzung befasste sich über ungefähr fünf Stunden mit der Strukturfondsmittelverwendung hier im Land Mecklenburg-Vorpommern mit sehr interessanten, sehr ausführlichen Darstellungen aus den einzelnen Ministerien, die wir trotz der umfangreichen Zeit aber abbrechen mussten, weil das Feld tatsächlich so weit ist. Das Feld fängt nun einmal weder beim Wirtschaftsministerium an, noch hört es dort auf. Es geht eben auch um den Bereich Landwirtschaft – ganz wesentlich und ganz entscheidend für dieses Land. Es geht auch um Fischerei und es geht auch um den Europäischen Sozial-

fonds, also die Verwendung der Mittel im Arbeitsministerium.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

All diese Themen sind für dieses Land existentiell. Sie müssen vertreten werden durch dieses Land gegenüber der Diskussion hier in der Bundesrepublik Deutschland, darauf hat der Minister hingewiesen, aber eben auch gegenüber den europäischen Institutionen. Ich darf darauf hinweisen, weil die Frage kam, Herr Petters, der Kohäsionsbericht ist seit dem 19. Februar, also einen Tag nachdem er veröffentlicht wurde, für jede Bürgerin und jeden Bürger über das Internet möglich. Also auch hier hat jeder, der es will, die Möglichkeit, sich in diese Debatte einzubringen. Das ist, denke ich, das Wichtige, dass wir uns einbringen als Land Mecklenburg-Vorpommern in die Debatte.

Meine große Bitte ist: Ich möchte, dass wir unsere Stellungnahme zu einem Zeitpunkt abgeben, wo wir noch die Chance haben, wenigstens gehört zu werden, und dieser Zeitpunkt läuft mit dem Sommer dieses Jahres ab. Deshalb ist es wichtig, denke ich, sich nicht gegenseitig in den Ausschüssen in dieser Diskussion zu blockieren oder in Streitigkeiten zu verfallen, wer darf sich denn nun mit dem Thema beschäftigen und wer nicht. Es dürfen sich alle Ausschüsse mit diesem Thema befassen.

(Beifall Torsten Koplin, PDS: Genau.)

Wichtig ist aber, dass wir eine Stellungnahme dieses Parlamentes hinbekommen in einer zugegebenermaßen relativ kurzen Zeit. Da baue ich auf die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Born, denn ich weiß, bei diesem Thema ist auch er in der Lage, einmal den juristischen Teil seines Hirns – sicherlich der überwiegende – ein bisschen abzuschalten

(Torsten Koplin, PDS: Genau. –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Rainer Pracht, CDU)

und gemeinsam zu einer politischen Erklärung zu kommen. Die brauchen wir nämlich jetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Lieber Herr Neumann, ich muss ganz klar sagen – Sie sind ja auch Kandidat für das Europäische Parlament –, es ist ganz, ganz ...

(Karsten Neumann, PDS: Nee, ich
bleibe lieber bei Ihnen, Herr Petters. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Nächste Legislatur!)

Ist es nicht wahr?

(Karsten Neumann, PDS: Fehlinformation.)

Entschuldigen Sie, alles klar.

Aber es ist natürlich wichtig bei diesem Thema, das sehr umfangreich ist, dass wir Arbeitsteilung haben, und die Arbeit, sich mit der Gesetzgebung in Brüssel zu befassen, ist auch sehr, sehr wichtig. Aber wenn wir berücksichtigen, dass wir einen Großteil unseres Landeshaus-

haltes mit Europäischen Strukturfondsmitteln finanzieren, dann ist es doch auch ein wichtiges finanzpolitisches und bei der Verwendung auch wirtschaftspolitisches Thema.

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

Deswegen, denke ich, sollten wir gar nicht diesen Streit aufkommen lassen.

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

Wichtig ist nur die Schwerpunktsetzung. Und da haben wir eventuell unterschiedliche Auffassungen, aber ich denke doch, dass wir bei diesem Thema zusammenarbeiten sollten.

(Harry Glawe, CDU: Wunderbar. –
Rainer Pracht, CDU: Richtig.)

Dass wir diesen dritten Kohäsionsbericht noch nicht gelesen haben, das können Sie uns hier nicht unterstellen. Ich habe nur gesagt – wir haben den natürlich im Internet genauso durchgearbeitet, wie Sie alle hier in diesem Hohen Hause,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

na, das ist doch klar –, aber wir hätten erwartet, und da bin ich missverstanden worden, dass ein so wichtiger Bericht uns als Unterrichtung zur Verfügung gestellt worden wäre. Dann hätten wir ein offizielles Papier gehabt und uns eventuell die heutige Debatte auch sparen können.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und, Herr Müller und Herr Neumann, vielleicht haben Sie mich ja ein zweites Mal missverstanden.

(Peter Ritter, PDS: Nur eventuell.)

Wir haben das Thema nicht zu einem Nichtthema erklärt. Ich habe nur gesagt, wenn Sie die Überschrift Ihres Antrages „Europäische Strukturpolitik auch nach 2006 erhalten“ lesen, ist doch eigentlich schon ganz klar nach außen kommuniziert worden, dass hier erst einmal Konsens in diesem Hohen Hause besteht und dass die Kommission uns deutlich gemacht hat, dass wir hier mit einer Ziel-1-Förderung zu rechnen haben. Aus diesem Grunde, auch wenn auf der Regierungsbank jetzt eventuell Faxen gemacht werden,

(Karsten Neumann, PDS: Nee, nee. –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und
Peter Ritter, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

denke ich, da sind wir uns einig.

Aus diesem Grunde wollte ich dies noch einmal richtig stellen, dass wir zu diesen drei Positionen nicht unterschiedlicher Auffassung sind. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir eine Einigung bei dem Thema Federführung hinbekommen könnten,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

denn das Thema Europa ist so wichtig, dass wir auch ganz klar Prioritäten in diesem Land setzen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Petters.

Den Ausdruck „Faxen machen“ weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Jörg Heydorn, SPD: Wieso?
Der ist doch niedlich!)

Es liegen mir nun weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist vom Abgeordneten Herrn Petters beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1110 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Da dies sozusagen ein Änderungsantrag zum Vorschlag des Ältestenrates ist, lasse ich zunächst darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag zur Federführung des Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag abstimmen, den Antrag auf Drucksache 4/1110 zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Überweisung des Antrages auf Drucksache 4/1110 zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss einstimmig mit einer Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1110 zur Mitberatung an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Bauausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag der Mitberatung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherung der Bundeswehrstandorte in Mecklenburg-Vorpommern – Eurofighter in Rostock-Laage stationieren –, Drucksache 4/1103.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sicherung der Bundeswehrstandorte in
Mecklenburg-Vorpommern – Eurofighter
in Rostock-Laage stationieren –
– Drucksache 4/1103 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Sicherung der Bundeswehrstandorte in unserem Land reden, dann reden wir vor allem auch über 16.960 Militärarbeitsplätze in unserem Land. Das heißt, 16.960 Soldaten und Zivilisten haben einen gesicherten Arbeitsplatz, ein geregeltes Einkommen und leben mit ihren Familien in unseren Kommunen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb müssen wir uns bei allem Verständnis für den Umbau der Bundeswehr sicherlich sachlich, Herr Innenminister, aber auch laut und deutlich für die Standorte in Mecklenburg-Vorpommern aussprechen. Und da würden wir es uns schon wünschen, wenn der Ministerpräsident

unseres Landes es seiner Kollegin in Schleswig-Holstein, Frau Heide Simonis, gleichtun würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Karin Strenz, CDU)

Außerdem ist es in der Sache wenig dienlich, wenn ein Teil der regierungstragenden Parteien eine völlig unnötige Diskussion zu einem der sicheren Standorte in unserem Land aufmacht. Schließlich dürfte jeder in diesem Hause wissen, dass die Entscheidung über die Stationierung des Eurofighter am Standort Laage schon vor langer Zeit gefallen ist. Eine neuerliche Debatte wird weder den Kauf noch die Stationierung des Waffensystems verhindern. Auch müsste jedem bekannt sein, dass der Eurofighter kein nationales, sondern ein europäisches Projekt ist, aus dem man nicht eben einmal aussteigen kann, zumal bindende Verträge mit der Industrie bestehen, deren Auflösung weder denkbar noch bezahlbar sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sich mit diesem Wissen heute, sechs Jahre nach der Entscheidung für den Eurofighter, hinzustellen und so zu tun, als ob man hier noch eingreifen könnte, betrachte ich als verantwortungslose Klientelpolitik, die eine Menge Menschen in der Region Rostock-Laage und darüber hinaus vor den Kopf stößt. Neben dem militärischen Teil des Flughafens geht es hier auch um die zivile Nutzung des Flugplatzes mit dem höchsten Passagieraufkommen in unserem Land und um das sich daran anschließende Gewerbe- und Industriegebiet. Der Eurofighter wird kommen und er wird in Laage stationiert werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Die Landesregierung würde im Sinne der Region und des Landes gut daran tun, sich hier ganz klar zu dem Standort zu bekennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Aber der Standort Laage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nur ein Beispiel. Von den bereits genannten 16.960 direkten Militärarbeitsplätzen in unserem Land sind 3.082 in Torgelow, 3.083 in Neubrandenburg, 3.000 in Rostock, um nur die personalstärksten zu benennen. Hinzu kommen überall die zahlreichen indirekten Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen der Zulieferindustrie. Würde einer dieser Standorte schließen, dann würden die Direktbeschäftigten der Bundeswehr mit ihren Familien unser Land verlassen. Indirekte Arbeitsplätze würden infolge verloren gehen. Manches kleine oder mittlere Unternehmen müsste gar um seine weitere Existenz bangen. Wohnungen und Häuser würden in noch größerem Umfang leer stehen. Wer dies nicht glauben mag oder will, der sollte sich Kommunen anschauen, wo Standorte in strukturschwachen Gebieten wie den unseren in den letzten Jahren geschlossen wurden.

(Heinz Müller, SPD: In Eggesin.)

Meine Damen und Herren, Standortentscheidungen müssen strukturpolitisch durchdacht sein. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass unsere wirtschaftsschwachen und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen von weiteren Schließungen ausgenommen werden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine rein militärpolitische oder betriebswirtschaftliche Betrachtung der Um- und Neustrukturierung der Bundeswehr greift aus struktureller Sicht zu kurz. Wir haben in unserem Land hervorragende Standortbedingungen. Die Bundeswehr hat in unserer Bevölkerung einen starken Rückhalt. Weitere Standortschließungen über Eggesin und Basepohl hinaus werden unsere strukturschwachen Regionen vor allem auch vor dem demographischen Hintergrund nicht verkraften. Standortschließungen hätten für unsere Kommunen einschneidende wirtschafts- und sozialpolitische Auswirkungen, wie die Entscheidungen der Vergangenheit gezeigt haben. Deshalb sollten wir uns als Landtag klar hinter unsere Bundeswehrstandorte stellen und gemeinsam mit der Landesregierung für die Sicherung der Bundeswehrstandorte in unserem Land allen möglichen Einfluss geltend machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In diesem Sinne bitte ich um die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundeswehr ist in Mecklenburg-Vorpommern stets willkommen. Wir begrüßen jeden Soldaten, der hier lebt und hier bei uns im Lande seinen Dienst versieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Danke schön.

Für uns sind die Bundeswehrangehörigen nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung, sondern es sind für uns Nachbarn,

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Bürger in Uniform, die zu einem gedeihlichen Leben in unseren Städten und Gemeinden beitragen. Und das gilt für alle, ob zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Auch das neue Stationierungskonzept des Bundesverteidigungsministeriums wird die feste Integration von Bundeswehr und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht beeinträchtigen. Trotzdem, meine Damen und Herren, sind die in jüngster Vergangenheit immer wieder angesprochenen konzeptionellen Änderungen der Bundeswehrstruktur auch in Mecklenburg-Vorpommern Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Dies ist sicher nicht nur der entscheidend veränderten weltpolitischen Sicherheitslage geschuldet, es zeugt nach meiner Einschätzung ebenfalls von der Besorgnis der Bürger und vieler verantwortlicher Politiker über die eventuell daraus resultierenden nachteiligen wirtschaftlichen Folgen und, ich betone, auch gesellschaftlichen Folgen in den strukturschwachen Regionen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Und so verstehe ich auch die bereits

gestellten Anfragen vieler Bürger und auch den Antrag, den die CDU hier heute im Landtag eingereicht hat.

Die Landesregierung betonte wiederholt, dass die Ausgestaltung der Stationierung grundsätzlich in der Zuständigkeit des Bundes, speziell des Bundesverteidigungsministeriums, liegt und natürlich vorrangig nach militärischen, funktionalen und zunehmend auch nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erarbeitet werden muss.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Zugleich – und das betone ich ebenso – ist die Landesregierung sich der Bedeutung der Bundeswehr für unser Bundesland, und zwar nicht nur als Arbeitgeber, sondern auch als Arbeitgeber bewusst und wird deswegen mit Nachdruck für die Standorte dieses Landes eintreten.

(Beifall Jörg Heydorn, SPD,
und Heinz Müller, SPD)

Das hat sie bereits seit 1999 ständig gemacht und das wird sie auch in Zukunft ständig tun. Auch in diesem Jahr waren bereits die weiteren Stationierungsplanungen der Bundeswehr und die sich daraus für unser Land Mecklenburg-Vorpommern ergebenden strukturellen Entwicklungen Gegenstand von Gesprächen auf höchster politischer Ebene zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung. Seitens des Ministeriums der Verteidigung wurde erklärt, dass man in der jetzigen Runde der Stationierungsplanung einen offenen, aber auch vertraulichen Dialog führen wolle. Letzteres, das ist vielleicht anders beim jetzigen Bundesverteidigungsminister als vorher, sei Voraussetzung für weitere Gespräche über dieses Thema. In allen Gesprächen zeigt sich, dass selbstverständlich auch Mecklenburg-Vorpommern nicht ganz aus der Stationierungsreform rausgenommen werden kann. Und das liegt unter anderem auch daran, dass Mecklenburg-Vorpommern heute, bezogen auf die Einwohnerzahl, über die zweithöchste Stationierungsdichte in allen Bundesländern verfügt.

Meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zur Stationierung des Eurofighters am Standort Rostock-Laage: Der Eurofighter ist ein Gemeinschaftsprojekt Großbritannien, Italiens, Spaniens und Deutschlands. In Deutschland sollen insgesamt 180 der neuen Jagdflugzeuge eingesetzt werden, 34 davon in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich in Rostock-Laage. Die neuen hochmodernen Waffensysteme treten die Nachfolge für die MiGs aus dem Bestand der ehemaligen NVA an. Der Einsatz des Eurofighters ist nicht nur militärisch erforderlich, meine Damen und Herren, sondern trägt natürlich auch wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung im Raum Rostock und damit auch im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern bei. Und ich möchte auch betonen, dass die Frage der Erneuerung des Fluggerätes natürlich auch eine Frage der Sicherheit ist. Wir alle haben die Nachrichten gehört, wo sich plötzlich aus den MiGs im Flug die Kerosintanks gelöst haben. Das muss man den Menschen dieses Landes auch erklären können.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist
wirklich ein Witz. – Jörg Heydorn, SPD:
Das sind Tatsachen. – Torsten Koplin, PDS:
Das sehen die anderen aber nicht.)

Ohne die Bundeswehr, meine Damen und Herren, und ohne die Stationierung des Eurofighters wäre der gesamte Betrieb des Flugplatzes Rostock-Laage möglicherweise in Frage gestellt und somit,

(Regine Lück, PDS: Na! Na!)

das hat meine Vorrednerin schon betont, wären mehrere hundert Arbeitsplätze in Gefahr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Und deswegen wird die Landesregierung mit Nachdruck für die Modernisierung der Luftwaffe und für die Stationierung des Eurofighters am Standort Rostock-Laage eintreten.

(Regine Lück, PDS: Das ist auch ein interessanter Bezug, Herr Timm.)

Auf dem Fliegerhorst, der sich über eine Fläche von circa 1.200 Hektar erstreckt, arbeiten derzeit circa 900 Soldaten und etwa 400 zivile Mitarbeiter. Darüber hinaus sind noch circa 200 weitere Zivilbeschäftigte dort tätig. Im neuen Ausbildungs- und Trainingszentrum werden zukünftig alle Eurofighterpiloten der Luftwaffe, Mechaniker und technische Kräfte der Bundeswehr zentral für das neue Waffensystem bei uns ausgebildet. Zusätzlich ist hier eines der Such- und Rettungsdienstkommandos des Lufttransportgeschwaders 63 aus Hohn stationiert. Und ich möchte auch als Innenminister für die Landespolizei hinzufügen, dass die Polizeihubschrauberstaffel in Rostock-Laage untergebracht ist. Dadurch können für uns auch erhebliche Kosten eingespart werden.

Der ehemalige Flugplatz der Nationalen Volksarmee wurde 1990 durch die Bundeswehr übernommen und ist heute nach sehr umfangreichen Investitionen in vielerlei Technik und Baumaßnahmen einer der größten und modernsten Militärflugplätze der Welt. Hier ist nicht nur das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ beheimatet, sondern es starten auch Linien- und Chartermaschinen der Rostock-Laage Flughafen GmbH.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist vernünftig.)

Und das heißt, wir fahren hier in Rostock ein beispielhaftes Modell von ziviler und militärischer Nutzung, man sagt dazu auch Public Private Partnership. Ein wirtschaftlich starker Standort strahlt auf das Umland aus und das ist auch für die Wirtschaftsregion Rostock und Umgebung von erheblicher Bedeutung.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Wir wissen alle, dass sowohl die Geschäftsreisenden als auch die Touristen, die diesen Flugplatz benutzen, immer sehr angenehm überrascht sind. Die Zahl der Passagiere nimmt weiterhin kontinuierlich zu, im Jahr 2003 waren es insgesamt circa 135.000.

(Zurufe von Norbert Baunach, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Ich möchte auch hinzufügen, dass für die Olympiabewerbung – Standort Rostock, Segelwettbewerbe – der Flughafen in Rostock-Laage als Olympiافلughafen von großer Bedeutung ist. Auch das wird ein wesentlicher Faktor für die Landesentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU – Regine Lück, PDS: Das ist auch etwas anderes, Herr Timm.)

Die Landesregierung hat gerade im letzten Jahr noch einmal mit fast 19 Millionen Euro die Stadt Rostock für Investitionen am Standort Rostock-Laage unterstützt, meine Damen und Herren.

Deswegen möchte ich abschließend und zusammenfassend sagen: Eine moderne und zu Friedensmissionen weltweit einsetzbare Bundeswehr, insbesondere die Luftwaffe, die auch betriebswirtschaftlich geführt werden muss – Sie wissen alle, wovon wir reden –, hat in Mecklenburg-Vorpommern ein hohes Interesse. Ebenso haben wir ein Interesse an der Erhaltung unserer Standorte, und zwar aller Bundeswehrstandorte in Mecklenburg-Vorpommern, aber natürlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten besonders am Flugbetrieb am Flughafen Rostock-Laage. Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck in diesem Sinne in Berlin dafür einsetzen. Einer besonderen Aufforderung der Opposition dazu hätte es allerdings nicht bedurft.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja, mal laut und deutlich.)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Nieszery. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innenminister und auch Frau Lochner-Borst haben ja im Wesentlichen die Fakten schon auf den Tisch gelegt, so dass ich mich hier auf wenige Anmerkungen beschränken kann.

Erstens. Frau Lochner-Borst, eine so zerstrittene Partei und Fraktion wie die Ihre

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

hat aus meiner Sicht überhaupt keine Veranlassung, der Regierung hier irgendwelche Vorwürfe zu machen, dass sie nicht tätig geworden ist. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, beschäftigen sich seit Monaten doch nur ausschließlich mit Personalfragen innerhalb Ihrer eigenen Fraktion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann dankbar sein, dass Sie dieses Land nicht regieren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Martin Brick, CDU, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Rainer Pracht, CDU)

Zweitens. Kommen wir zum Antrag.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ja, Frau Fiedler.

Kommen wir zum Antrag. Die Soldatinnen, Soldaten und ihre Familien sind für uns Sozialdemokraten in erster Linie willkommene Mitbürger in unserem Land.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das haben wir gemerkt.)

Sie sind nicht nur, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben, ein wirtschaftlicher Beitrag, sondern sie engagie-

ren sich vielfältig in unserem Alltagsleben und stellen für uns eine wirkliche Bereicherung für das Gemeinwesen dar. Und dazu stehen wir Sozialdemokraten auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Punkt. Wenn Sie schon in Ihrem Antrag die Waffengattungen aufzählen, dann sollten Sie die Marine nicht vergessen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Hinsichtlich des Standortes für die Schnellbote beziehungsweise für die Korvetten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja. Das kommt noch.)

befinden wir uns in einer sehr starken Konkurrenzsituation mit Olpenitz und Kiel. Es wäre sicherlich gut, wenn der Bundesverteidigungsminister auch weiß, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sehr großen Wert auf die Erhaltung der operativen Einheiten, und zwar der Marineeinheiten in unserem Land legt.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Schaden kann so etwas nicht, auch wenn die Landesregierung diesen Anspruch in ihren Ferngesprächen sicherlich deutlich formuliert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion steht einmütig hinter den Soldatinnen und Soldaten in Mecklenburg-Vorpommern und sie wird alles, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Hören Sie doch erst einmal zu, was ich zu sagen habe, Frau Fiedler-Wilhelm! Hören Sie doch erst einmal zu! Das ist eine Tugend.

... sie wird alles in ihren Kräften stehende tun, um die Bundeswehrstandorte in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten und, wenn möglich, weiter zu modernisieren.

(Beifall Jörg Heydorn, SPD – Zurufe von
Martin Brick, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dazu gehört ausdrücklich die Befürwortung der Eurofighterstationierung in Laage. Die SPD wird dem CDU-Antrag mehrheitlich zustimmen. Ja, da besteht kein Grund zur Schadenfreude seitens der CDU, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Martin Brick, CDU: Was
ich selber denk und tu, das traue ich andern
Leuten zu. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dieser Streit in einer wirklich grundsätzlichen Frage und in einer grundsätzlichen Angelegenheit muss und wird durch diese gut funktionierende und konfliktfähige Fraktion und Koalition weggesteckt und konstruktiv bearbeitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie hingegen Konfliktbewältigung in einem völlig desolaten Haufen funktioniert, das haben wir gestern in der CDU-Fraktion gesehen. Dieses Desaster muss ich, glaube ich, nicht weiter kommentieren. – Vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU nun langsam aber sicher zu ihrem Arbeitsplatz gefunden haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion: „Fallen Ihnen ... wirklich keine für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern interessanteren und relevanteren Themen und Anträge ein,“ –

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Na,
das Ihnen das nicht gefällt, das ist klar.)

bleiben Sie mal ganz ruhig, Sie werden überrascht sein, wer das gesagt hat – „die sich in unserem originären Zuständigkeitskreis bewegen? Scheinbar nicht oder jedenfalls nicht genügend, sonst müssten wir nicht mit Ihnen wieder über ein Thema debattieren, für welches das Grundgesetz eine andere Zuordnung vorsieht und das im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nichts zu suchen hat.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Diese richtungsweisenden Worte, sehr verehrte Kollegen, richtete Herr Caffier am 12. November 1997 an meine Fraktion,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ja, das ist unangenehm für Sie.)

als wir das Thema Eurofighter auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Bravo, Peter! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Herr Caffier fügte hinzu, ich zitiere wiederum aus dem Protokoll: „Um es aber auch ganz deutlich und zum wiederholten Male zu sagen, möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß wir wiederum ein Thema auf die Tagesordnung gehoben haben, an dem der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nun wirklich – und ich formuliere es mal salopp – keine Aktien hat.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Recht hat er. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

„So ist in Artikel 73 Grundgesetz gleich in der Nummer 1 festgelegt, daß die ausschließliche Gesetzeskompetenz für die Verteidigung dem Bund zusteht.“ Zitatende, Herr Caffier.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Torsten Koplin, PDS:
Und Recht hat Herr Caffier.)

Und ich frage Sie hier, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion: Hat es seit 1997, Herr Dr. Jäger, in dieser Hinsicht eine Grundgesetzänderung gegeben? Ich glaube, nein.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagt die PDS heute wie 1997:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dieses Thema gehört in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wir sagen wie 1997, es gibt vieles, was sinnvoller wäre als der Eurofighter,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

nämlich Bildung, Arbeit, Umweltschutz,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Kampf gegen Hunger und Unterentwicklung in der Welt, Herr Thomas, die Quellen, aus denen sich der Terror speist und bedient.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplin, PDS: Genau. –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ich freue mich ja, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir waren 1997 mit dieser Meinung nicht allein.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

An einer von der Friedensbewegung initiierten Volksabstimmung in der Bundesrepublik gegen den Eurofighter beteiligten sich über 40.000 Menschen bei 200 Aktionen in über 90 Orten, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Und das Votum dieser Abstimmung war deutlich: Nein zum Eurofighter, Ja zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, zu mehr Umweltschutz, zur Verbesserung des Gesundheitswesens, liebe Kollegen.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Lorenz Caffier, CDU: So ein Lügenbold.)

Auch die „Friedens-Grünen“ ließen die Weltöffentlichkeit noch am 26.11.1997, dem Tag, als in Bonn mit den Stimmen der CDU/CSU-FDP-Koalition die Anschaffung der Flugzeuge beschlossen wurde, wissen, ich zitiere: „... dass der Eurofighter nicht nur sicherheitspolitisch überflüssig, sondern auch friedenspolitisch schädlich ist.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch im Landtag war die PDS mit ihrer Auffassung offenbar nicht ganz allein. Jedenfalls erklärte der von mir geschätzte Kollege Baunach in der bereits erwähnten Debatte vom 12. November 1997, ich zitiere: „Wir sind der Meinung, daß der Eurofighter ein großes Risiko in sich birgt mit den ganzen Komponenten, die ich vorgetragen habe.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

„Aus diesem Grunde wird die SPD-Bundestagsfraktion dem Eurofighter seine Zustimmung verweigern.“ Zitatende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und in der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, legte die damalige SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte zum Haushalt 1998 einen aus heutiger Sicht erstaunlichen Änderungsantrag zum Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums vor. Darin begründeten Rudolf Scharping und Fraktion ausführlich, dass die Mittel für die Beschaffung des Waffensystems Eurofighter mit einem Ansatz von 847 Millionen Mark für das Jahr 1998

sowie Verpflichtungsermächtigungen von 23,315 Milliarden Mark gestrichen werden sollten, ersatzlos.

(Angelika Gramkow, PDS: Bravo!)

Ich nenne noch einmal die Zahlen: 847 Millionen Mark für 98 und 23,315 Milliarden Mark Verpflichtungsermächtigungen.

(Birgit Schwebs, PDS:
Hätten sie das mal gemacht.)

Das war 1997, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wissen, seitdem hat sich vieles verändert, außer zwei Dinge: Die Haltung der PDS und die milliarden-schweren finanziellen Aufwendungen für den Eurofighter.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und da sage ich: Wirft man einen Blick in die Haushaltslöcher des Bundes, unseres Landes und unserer Kommunen, dann kann man doch nicht ernsthaft für die Anschaffung dieses finanz- und sicherheitspolitischen Unfugs sein.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich füge hinzu: Man kann auch nicht ernsthaft gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide sein und sich zugleich für die Stationierung des Eurofighter in Rostock-Laage aussprechen!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplin, PDS: Jawohl! –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ach, Herr Thomas, eins ist doch völlig klar: Die Dinger werden doch in Rostock-Laage nicht zum Parken stationiert! Nein, von Rostock-Laage aus soll es zu den Übungsflügen gehen.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Und wenn ein Übungsflugplatz und ein Bombenabwurfplatz in der Nähe sind, nutzt man doch diesen Platz in der Nähe

(Torsten Koplin, PDS: Genau so ist es.)

und nicht einen Platz im entfernten Kanada. Das ist doch Sinn und Zweck dieser ganzen Übung!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Regine Lück, PDS: Genau. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, da nützen auch die Erklärungsversuche des neuen „doppelten Lottchens“ der CDU-Fraktion nichts. Nun werden Sie sich fragen, wer das ist. Ich werde Sie aufklären. Am 18.03.2004 erklärt Herr Ringguth, Nummer 1 des „doppelten Lottchens“, in der „Müritz-Zeitung“, dass die Verknüpfung zwischen der Errichtung des Bombodroms und die Sicherung der Standorte der Luftwaffe in Rostock-Laage und Neubrandenburg-Trollenhagen ein unzulässiger Erpressungsversuch sei. Gleiches liest man vom Kollegen Kokert am 19.03.2004, allerdings in der „Strelitzer Zeitung“.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wir
stimmen uns ab, Herr Ritter.)

Jaja, die stimmen sich immer ab. Beide werden dann auch noch mit den gleichen wörtlichen Zitaten abge-

druckt, dass der Tourismus Schaden nehme, wenn der Luftbodenschießplatz durchgesetzt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nun, Herr Kokert hat offensichtlich wieder über das Faxgerät in der CDU-Pressestelle Mustererklärungen in alle Welt geschickt, das sind wir ja von ihm gewöhnt, aber der Inhalt der Aussagen wird dadurch nicht überzeugen-der.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Flugzeuge, die offenbar auch nach dem Willen der Herren Ringguth und Kokert nicht über der Kyritz-Ruppiner Heide üben sollen, müssen irgendwoher kommen. Flugzeuge starten aber in der Regel von Flugplätzen, also auch von Laage und von Trolenhagen aus. Und ob das dem Tourismus in der Region und seinen Arbeitsplätzen hilft, das müssen Sie mir noch erklären, vielleicht wieder in einer abgestimmten Presseerklärung.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eins ist doch offensichtlich ...

Lieber Kollege Caffier, lesen Sie Ihre Rede von '97 und seien Sie etwas leiser!

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Lorenz Caffier, CDU)

Aber eins ist doch offensichtlich: Natürlich spielen Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Bundeswehr und ihren Standorten eine wichtige und entscheidende Rolle für Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und wer wüsste das denn besser als ich, der aus einer Kommune kommt, wo ein Standort geschlossen wurde.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Aber im Unterschied zu Ihnen, die Kommunalpolitik in Stavenhagen hat nicht lange gejamert, sondern zügig gearbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Rainer Pracht, CDU: Jaja.)

Und ich bin froh, dass die Landespolitik und dass diese Koalition der Kommune in Stavenhagen dabei helfen konnte. Und ich bin froh, dass Konversion in der Arbeit dieser Koalition endlich den richtigen Stellenwert gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich sage Ihnen aber auch, dass die Möglichkeiten des Landes zu helfen begrenzt sind. Schließlich stehen schon jetzt 41 kleinere und größere Militärobjekte in 31 Kommunen unseres Landes vor der Aufgabe, eine Nachnutzung zu finden. Kompensation und Konversion sind also die Aufgaben der Gegenwart für die Zukunft der betroffenen Kommunen. Diese Verantwortung muss der Bund – wie wir Dank der CDU wissen, ja zuständig für die Verteidigung – endlich erkennen und übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und wenn der Bund nicht weiß, wie ein Bundeskonversionsprogramm ausfinanziert werden kann, habe ich einen kleinen Tipp dazu: Ein paar Eurofighter weniger und die Anschubfinanzierung ist gesichert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, zum Schluss, damit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, die Ablehnung dieses Milliarden-Unsinns etwas leichter fällt, noch ein Rat Ihres Parteifreundes Volker Rühle. Bei seinem Einstand als Verteidigungsminister im Kabinett Kohl 1992 erklärte Volker Rühle, ich zitiere: „Der Jäger 90“ – für die Laien unter Ihnen, das ist das Vorgängermodell des Eurofighter – „passt nicht mehr in unsere Zeit. In einer Demokratie kann man langfristig nur das durchsetzen, was man gut begründen kann. Der Jäger 90 ist tot.“ Zitatende. Lassen Sie uns also auch den Eurofighter gemeinsam beerdigen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Danke schön, Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mit Freude den Redebeitrag des Innenministers verfolgt und hoffe doch, dass er für die gesamte Landesregierung hier gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, die Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft unseres Landes hat auch trotz der Ausführungen von Herrn Ritter an Bedeutung zugenommen. Das möchte ich deutlich betonen. Besonders deutlich haben wir es gemerkt und haben die Bürger es deutlich gemacht, wenn es um Schließungen von Standorten gegangen ist. Zum Beispiel in Basepohl und in Eggesin ist man dafür eingetreten, die Verbundenheit zur Bundeswehr zu zeigen und besonders auch zu diesen Standorten. Das ist sehr positiv aufgefallen.

Negativ sind natürlich aufgefallen die Proteste gegen das Bombodrom und besonders die Proteste und Debatten auch hier im Landtag gegen den Eurofighter. Deswegen, Herr Ritter, ist es vielleicht doch besser, auch in diesem Punkt etwas leiser zu sein und zu hören, was die Bevölkerung, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS:
Was haben Sie denn 1990 gemacht?! –
Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren, unser Antrag soll die Verbundenheit zur Bundeswehr unterstreichen, Ihre Arbeit, Herr Ministerpräsident, in diesem Punkt unterstützen. Und ich bitte auch die Kollegen der Fraktion der SPD, den Antrag hier so zu sehen. Deshalb ist es wichtig, mit der Mehrheit des Landtages die Verbundenheit zur Bundeswehr darzustellen und auch noch mal deutlich zu machen, ein Mehrheitsvotum aus dem Landtag mitzunehmen.

(Gerd Walther, PDS: Das
ist doch oberflächlich pur!)

Herr Abgeordneter Dr. Nieszery, sehen Sie es doch so, dass hier die CDU-Fraktion eben politisch auch unterstüt-

zen will. Und deswegen finde ich es nicht angebracht, hier eine Zerrissenheit der CDU jetzt anzuführen. Das hat hiermit überhaupt nichts zu tun. Es geht hier um diesen Antrag und es geht hier um die Problematik der Bundeswehr und des Erhalts der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern.

(Volker Schlotmann, SPD: Frau Holznagel, veräppeln müssen Sie uns nicht.)

Wichtig ist es natürlich auch, sich über den Wandel in den Aufgaben der Bundeswehr klar zu werden, der auch sein muss. Ich will nur einen Punkt nennen: Der Terrorismus und ganz besonders der selbstmörderische, der das Leben, ob es das eigene ist oder das des anderen, nicht mehr achtet, hat das Sicherheitsrisiko verändert, ist weniger berechenbar geworden.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Aus den Nachrichten erleben wir, dass täglich viele Menschen auf der Welt immer noch in sinnlosen Kriegen sterben. Deshalb ist das Eintreten unserer Bundeswehr für eine friedlichere und gerechte Welt, etwa im Kosovo und in Afghanistan, ja auch am Hindukusch, von hoher Bedeutung. Die Ziele und Interessen der deutschen Sicherheitspolitik müssen sich dem anpassen.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Der Beitrag zur internationalen Friedenssicherung im Verbund der NATO als zentrale euroatlantische Sicherheitsorganisation ist Friedensdienst, meine Damen und Herren.

Natürlich brauchen wir die Bundeswehr. Wir brauchen sie für unsere Außen- und Sicherheitspolitik, die besonders auf die Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und Konflikten abzielt. Wir brauchen sie zur Unterstützung von Bündnispartnern und zur Landesverteidigung. Sie sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Wir brauchen sie bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen auf dem Land oder zur See. Dankbar haben wir immer wieder erfahren, wie wichtig gerade hier der Einsatz der Bundeswehr ist. Und all diese Aufgaben können nur mit der Wehrpflicht geleistet werden, meine Damen und Herren. Die politischen Überlegungen und Infragestellungen helfen nicht, ja, sie helfen nicht einmal, die Kosten zu senken.

Wir brauchen die Bundeswehr auch weiter in Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist neben den sicherheitspolitischen Aufgaben in unserem Land der größte Arbeitgeber. Was das bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern, brauche ich hier nicht weiter auszuführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auch bei dem Verständnis für Reformen darf die Verbundenheit zu den Regionen nicht verloren gehen.

Der Verteidigungsminister hat mit den am 21.05.2003 herausgegebenen neuen verteidigungspolitischen Richtlinien die Grundsätze für die Gestaltung der Verteidigungspolitik neu festgelegt. Ich möchte hierzu aus einem Brief an die Bundestagsabgeordneten zitieren: „Eine stärkere Einsatzorientierung, geringere Betriebskosten und höhere Investitionen sollen noch deutlicher als bisher die Transformation der Bundeswehr bestimmen. In einem ersten Schritt wird das hierfür erforderliche neue Personalstrukturmodell zurzeit in seiner Grobstruktur erarbeitet. Die entscheidenden Kriterien für die Stationierung der Bun-

deswehr sind dabei militärische Notwendigkeit und betriebswirtschaftliche Verantwortbarkeit. Aussagen, inwieweit sich die Strukturanpassung auf die Stationierung und damit auf die Standorte der Bundeswehr auswirkt, können vor Abschluss dieses Planungsprozesses weder generell noch bezogen auf einzelne Standorte getroffen werden.“ Ende des Zitats.

Man könnte jetzt denken, unsere Argumente, wegen der Strukturschwäche unseres Bundeslandes Bundeswehrstandorte zu sichern, greifen nicht mehr, aber, meine Damen und Herren, gerade deshalb müssen wir jetzt deutlich machen, welche Schwerpunkte unser Land für die Bundeswehr einbringen kann und für welche Schwerpunkte die Bundeswehr in unserem Land wichtig ist. Laage zeichnet sich durch hervorragende Übungsräume aus.

Unser Land als Anrainerland der Ostsee, unser Land ist günstig für die transnationalen Verbindungen zu Polen und zu den anderen NATO-Mitgliedern. Wir brauchen die Verbindungen zur Bundeswehr bei Katastrophen, zum Beispiel bei Hochwasser, auch bei Katastrophen auf der Ostsee. Ohne Marine ist die Ostseesicherheit nicht denkbar. Wir müssen auf hervorragende Standorte aufmerksam machen. Deshalb, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie sich Frau Ministerpräsidentin Simonis in diesem Punkt zum Vorbild und versuchen Sie, vielleicht auch den Verteidigungsminister, den Bundesverteidigungsminister in unser Land einzuladen, denn es ist ganz besonders wichtig, dass man persönlich und hautnah erkennt, was unser Land bieten kann für die Bundeswehr. Insofern wünsche ich Ihnen auch Erfolg bei Ihren Beratungen demnächst mit dem Bundesverteidigungsminister.

Meine Damen und Herren, ich möchte doch noch mal um Zustimmung zu unserem Antrag bitten, denn er zeigt die Verbundenheit zur Bundeswehr. Und ich würde mich freuen, wenn wir dies der Landesregierung als Landtag als Aufgabe mitgeben können. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ritter, ich weiß nicht, was Sie umtreibt, hier so aufzutreten vor diesem Hohen Hause. Vielleicht ist es der Frust über Ihre eigene persönliche Situation, weil Sie damals nicht übernommen wurden. Ich stelle mir auch gerade vor ...

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Sie vergeifen sich ja echt im Niveau. Wissen Sie das?)

Nein, nein. Sie schütten auch genug Kübel von Dreck hier über uns aus,

(Volker Schlotmann, SPD: Meine Güte! –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

dann darf man vielleicht auch mal ein bisschen zurückhauen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich frage mich, wie es ausgesehen hätte bei einer 1.-Mai-Demonstration zu DDR-Zeiten, wenn da ein Starfighter als Ausstellungsobjekt für die Friedensbereitschaft der DDR an Ihnen vorbeigedüst wäre, ob Sie diesem nicht entgegengejubelt hätten. Das frage ich mich an der Stelle wirklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Sie müssen das ja genau wissen! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das Bundesministerium für Verteidigung, meine Damen und Herren, entwickelt die Strukturreform der Bundeswehr weiter – wir haben es gehört –, sie erarbeitet neue verteidigungspolitische Richtlinien, über deren Notwendigkeit wir uns sicherlich angesichts der veränderten Einsätze unserer Bundeswehr nicht mehr zu streiten brauchen, und läutet natürlich mit der Neuausrichtung unserer Streitkräfte zu Land, zu Wasser und in der Luft eine neue Runde von Standortschließungen der Bundeswehr ein.

Gestern, am 31.03., war der Bundesverteidigungsminister Struck in den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eingeladen und sollte dort Stellung nehmen zur Neustrukturierung der Bundeswehr. Leider gab es, wie fast zu erwarten war, keine Aussagen über Strukturen, über Konzepte. Da spart man sich natürlich für die Zeit ... Na ja, ich will nicht populistisch sein, ich spare mir das auf.

(Heinz Müller, SPD: Jaja, für den Wahlkampf sparen Sie sich das auf oder was? Jaja!)

Na ja, wir haben sehr viel Wahlen in diesem Jahr, dann kann man das natürlich verstehen. Aber wir wollen mal unterstellen, weil ja auch Ihre Parteikollegen keine weiteren Informationen haben, dass in der Tat über die Konzeption im Sommer genauer nachgedacht wird und dass wir dann im Herbst mit den ersten Erkenntnissen rechnen können. Bekannt ist also nur, dass bis 2010 der Grundumfang der Soldaten auf 250.000 abgesenkt werden soll und wir am Ende nur noch 75.000 Zivilbeschäftigte in der Bundeswehr beschäftigt haben. Unbekannt ist also, welche Personalumfänge die Streitkräfte getrennt nach den Personalkategorien Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Grundwehrdienstleistende und Reservisten ausmachen werden.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag hat Berechtigung, denn auch Gerüchte, öffentliche Diskussionen – der Innenminister hat das angesprochen, meine Vorredner ebenfalls – lassen uns zumindest in unserer Region Uecker-Randow, die wir ja nun doch ein ziemlich geschla-genes Kind sind, schon aufhorchen, denn wir haben im Sommer 2000 noch vom damaligen Bundesverteidigungsminister Scharping gehört, dieser Standort sei sicher. Als er das sagte, stand er in Eggesin auf dem Kasernengelände. Ein halbes Jahr später platzte dann die so genannte Bombe und wir wissen heute – und das hat mir sogar ein höherer Offizier noch mal gesagt –, dass diese Schließungsentscheidung eben nicht ausschließlich eine militärische, sondern zum großen Teil eine politische war.

Wie der engagierte Einsatz von Landespolitikern aussehen könnte, zeigt uns – wir haben es gesehen und gehört – Frau Simonis, die mit einem ungeheuren Engagement dort in Berlin auf der Matte steht und noch mal die Chancen für ihre Region, für die Bundeswehr in Schleswig-Holstein aufzeigt. Wir haben gesehen, dass ein ungeheurer Einsatz eines Ministerpräsidenten Biedenkopf dafür gesorgt hat, dass Schneeberg eben nicht völlig wegrationalisiert, son-

dern nur zur Hälfte im Bestand reduziert wurde. Es ist also durchaus was machbar.

Herr Ritter, alles nur auf den Bund zu schieben und dann zu sagen, wir müssen nichts tun, wir haben eh keinen Einfluss,

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat er nicht gesagt! – Gabriele Schulz, PDS: Sie haben aber nicht gut zugehört!)

ich glaube, das ist völlig daneben, was Sie hier machen. Wir haben sehr wohl Einfluss!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Torsten Koplin, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Wir als strukturschwache Regionen machen gegen den Ministerpräsidenten dieses Landes Herrn Ringstorff die Forderung auf, sich für uns einzusetzen, weil auch wir diesem Land angehören. Hinter dem Bindestrich steht nämlich auch Vorpommern. Das scheint auch hier an mancher Stelle noch nicht angekommen zu sein.

(Volker Schlotmann, SPD: Das tut er auch ohne Ihre Aufforderung. – Angelika Gramkow, PDS: Wissen Sie auch, wovon Sie reden?)

Wir sind das Tor zu Polen. Wir haben gestern viel über die EU-Osterweiterung gehört, über die großen Herausforderungen, die wir meistern müssen, die Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Ja, aber wie denn, wenn wir hier ständig staatlich verordneten Aderlass zu beklagen haben, uns die Menschen aus der Region abgezogen werden

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wie 2001 1.800 Leute in Eggesin und wie auch im letzten Jahr mit der Aufgabe der Bereitschaftspolizei in Anklam! Das ist unsere Forderung an die Landesregierung und wir freuen uns, dass auch die SPD sich unserem Antrag mehrheitlich anschließt. Aber keine Angst, Herr Ministerpräsident, wir wollen Sie ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ich habe keine Angst.)

Das weiß ich, dass Sie keine Angst haben. Das haben Sie deutlich gemacht. Es wäre vielleicht schöner gewesen, wenn Sie sich 2001 ein bisschen für uns eingesetzt hätten. Das hätten wir wirklich für gut befunden.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wenn man sich die Entscheidung mal anguckt zugunsten Ihres Wahlkreises und was bei uns da passiert ist, das ist schon bitter für uns. Aber egal, wir wollen nicht als Bittsteller nach Berlin gehen, aber wir wollen Sie auch nicht als Bittsteller nach Berlin schicken, denn wir hoffen, dass Sie nach Berlin fahren und dort für unser Land kämpfen, was die Bundeswehrstandorte betrifft. Nein, wir haben gute Argumente und die will ich Ihnen nennen:

Der Standort Torgelow, der die Standorte Eggesin, Drögeheide, Stallberg und Spechtberg umfasst, hat über 2.500 Soldaten. Auf meine Kleine Anfrage hin hat die Staatskanzlei geantwortet, dass es in der Tat so ist, dass wahrscheinlich Bundeswehrstandorte mit weniger als 1.000 Soldaten am ehesten einer Neustrukturierung anheim fallen, sprich geschlossen werden. Nun ist es so, dass in Berlin auf den Blättern die einzelnen Standorte mit

den einzelnen dort stationierten Soldaten auftauchen, es also durchaus sein kann, dass jeder einzelne Standort für sich getrennt betrachtet wird. Auf solche Feinheiten muss man achten, die sind wichtig, denn nur insgesamt kommen wir auf 2.500.

Wir sollten auf unsere gute Infrastruktur, auf die Platzrandstraße für militärische Zwecke verweisen, auf drei große Übungsgelände und den großen Truppenübungsplatz, der modern ist und ohne Aufwand – wie mir Oberstleutnant Ried gerade erst mitteilte – und ohne große Umbauten für verschiedenste militärische Übungen genutzt werden kann. Die Kosten für die Verladung von Panzern einer Einheit liegen ungefähr in der Höhe eines Einfamilienhauses und können eingespart werden, wenn sich der Truppenübungsplatz in der Nähe von Panzerbataillonen auch da befindet, genutzt werden kann.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Er ist außerdem weit und breit der einzige und zurzeit sogar voll ausgelastet. Man soll es nicht glauben. Die Kasernen sind fast vollständig saniert mit Aufwendungen in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe mit allen zugehörigen Anlagen, Sportstätten, Küchen, Sanitärtrakten und so weiter und so fort.

Ein sehr wichtiges Kriterium, Herr Ministerpräsident, was ich Ihnen mit auf den Weg geben möchte, ist die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Viele, viele lebendige Patenschaften zwischen den Gemeinden und Städten und den einzelnen Einheiten der Bundeswehr gibt es. Die Bundeswehr ist in das gesellschaftliche Leben vor Ort, in das gesellschaftliche Leben der Kommunen vollständig integriert. Es gibt auch keine Nachwuchsprobleme. Das ist auch ein weiterer Standortvorteil, weil die Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns so hoch ist. Es gibt überhaupt keine Probleme, Nachwuchs für die Bundeswehr zu finden. Und, Herr Wirtschaftsminister, noch ein kleines Schmankerli für Sie, es werden – Herr Ritter, das haben Sie vielleicht auch noch nicht gewusst, ich sage es Ihnen deshalb – 124 Azubis in unserer Gegend bei der Bundeswehr ausgebildet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das geht von Mechatronikern über Köche bis hin zu kaufmännischen Berufen und so weiter. Sie würden lieber eine Ausbildungsplatzabgabe schaffen, Sie würden lieber die armen Betriebe mit noch mehr Belastungen ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Torsten Koplin, PDS:
Es geht um friedliche Arbeitsplätze.)

Ja, ja, ja, ja, ja!

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Aber hier, hier wird Ausbildung geschaffen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und was hat das mit dem Eurofighter zu tun?)

Was unsere Gegend, weil sie nämlich keine oder zu wenig Unternehmen hat, noch leisten kann, wollen Sie wegrationalisieren. Damit haben Sie wirklich viel gekonnt!

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS –
Dr. Martina Bunge, PDS: Es geht um Laage!)

In der Eggesiner Kaserne, meine Damen und Herren, sind derzeit immer noch 700 bis 900 Leute stationiert, weil zum Beispiel in Prenzlau Übungsmöglichkeiten fehlen,

weil die Bedingungen hier schlichtweg besser sind. Momentan wird der Truppenübungsplatz Jägerbrück von Franzosen genutzt, die für den Einsatz im Kosovo und auch in Afghanistan ausgebildet werden. Also so schlecht können wir gar nicht sein.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Ich hoffe, auf der Landesregierungsbank hat man sich vielleicht jetzt ein paar Notizen gemacht.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Heinz Müller, SPD: Auweia, auweia!)

Ich kann nur hoffen, dass Sie auf das, was in der Antwort meiner Kleinen Anfrage stand, aufmerksam machen: Lieber Bund, geh wirklich danach, was militärisch, funktional und betriebswirtschaftlich vernünftig ist, denn dann haben wir in Vorpommern gute Karten. Wir sind bestens ausgerüstet.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Ja, ich bin gleich fertig.

Wenn der Vorrang Effizienz und Wirtschaftskraft ist, die verbessert werden müssen, dann, denke ich, können Sie, Herr Ministerpräsident, mit sehr, sehr guten Argumenten nach Berlin fahren.

Eine letzte Sache: Wir hoffen auf Unterstützung, und da, Herr Metelmann, muss ich Sie noch mal ansprechen, Herr Professor Methling, Entschuldigung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ach ja, hier, ich!)

Ich habe öfter mit dem Bildungsminister zu tun. Sie verzeihen mir sicher den kleinen Fauxpas.

Der Truppenübungsplatz Jägerbrück ist zurzeit sehr umstritten, weil er zu großen Teilen mit FFH überzogen werden soll.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist bisher nicht bekannt, welche Auswirkungen das haben wird. Es soll aber dem Vernehmen nach eine Erklärung geben, eine Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung und dem Land Mecklenburg-Vorpommern – versprochen seit Spätsommer letzten Jahres. Bis heute, und ich glaube, Frau Hintze war deswegen gestern bei Ihnen hier in Schwerin, bis heute ist diese Vereinbarung nicht da. Und, Herr Methling, ich glaube, solange Sie diese Vereinbarung nicht auf den Weg bringen, brauchen Sie nicht damit zu rechnen, dass Leute aus dem Umweltministerium die Heide bewundern können. Dafür wird die StOV dann schon sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1103. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1103 bei Zustimmung durch

die Fraktionen der CDU und SPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der PDS und drei Stimmenthaltungen der Fraktion der SPD angenommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der PDS hat 30 Minuten Beratungsbedarf signalisiert.

Bevor wir in diese Unterbrechung gehen, möchte ich eine sehr schöne Aufgabe nachholen, nämlich unserem Kollegen Herrn Abgeordneten Brick zu seinem 65. Geburtstag nachträglich alles Gute zu wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich unterbreche die Sitzung bis 11.25 Uhr.

Unterbrechung: 10.51 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 11.48 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, wenn der fehlende Schriftführer hier vorne Platz genommen hat.

(Reinhard Dankert, SPD: Einer von uns oder von der PDS?)

Herr Timm? Ach nein, Herr Walther.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der netten Einlage mit den neuen Geschmacksrichtungen der Grabower Küsschen möchte ich Ihnen aus aktuellem Anlass eine wichtige und ernst zu nehmende Mitteilung zur Kenntnis geben. Im Zuge der groß angelegten Baumaßnahmen im Bereich des Vorhofes sind inzwischen die ersten Bohrungen durchgeführt worden und vor wenigen Minuten hat mich eine Nachricht erreicht, die das bestätigt, was wir bereits befürchtet hatten. Man ist offensichtlich auf eine Faulgasleitung gestoßen und die dringende Bitte gilt insbesondere an alle Nutzer des Schlosses, die ihre Zimmer, ihre Räumlichkeiten zur Seeseite haben, umgehend die Fenster zu schließen. Wir werden prüfen, ob diese Gasentwicklungen gesundheitsschädigend sind. Bis dahin gibt es eine erste Notversorgung über das Präsidialbüro. Sie können sich dort entsprechende Luftverbesserer gegen Unterschrift abholen. Bei besonders betroffenen Bereichen wird die Landtagsverwaltung entsprechende Messungen vornehmen lassen. Sollten die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, werde ich umgehend mit der Finanzministerin darüber beraten müssen, inwieweit zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung geeigneter Luftreinigungsanlagen zu beantragen sind.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Siegfried Friese, SPD, und Torsten Koplin, PDS –

Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:

So schnell geht das, Frau Finanzministerin!

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Effektive Verbraucherberatung in Mecklenburg-Vorpommern sichern, auf Drucksache 4/1109.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Effektive Verbraucherberatung in
Mecklenburg-Vorpommern sichern
– Drucksache 4/1109 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1145 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verbraucherschutz ist, und das im wahrsten Sinne des Wortes, ein weites Feld. Er umfasst als Querschnittsaufgabe alle relevanten Politikbereiche. Oft ist uns nicht einmal bewusst, was alles dazugehört. Die Bürger erwarten Produktsicherheit, Lebensmittelsicherheit, die Sicherung der Patientenrechte, des Telekommunikationsrechts, des Wettbewerbsrechts, Sicherheit in den Bereichen Bau, Verkehr, Umwelt, Eichwesen. Und auch das sind nur Ausschnitte.

Die Verantwortung für die Normensetzung der Prozesssicherung und deren Kontrolle trägt die Politik. Im Rahmen des Verbraucherschutzes obliegt ihr aber auch die Aufgabe, die Bürger als Verbraucher über die Sicherungssysteme, mögliche Gefahren und eigene Rechte zu informieren. Dazu gibt es in unserem Land eine umfassende Beratungslandschaft. Als Beispiele seien hier neben der Verbraucherzentrale die Mieterberatung und Schuldnerberatung genannt. Aber wie gesagt, das sind nur Beispiele, es gibt viel mehr.

Zahlreiche Träger werden für unterschiedliche Beratungsangebote aus verschiedenen Fachressorts finanziert, um diese notwendige, vielseitige und verantwortungsvolle Aufgabe wahrzunehmen. Ich wage zu behaupten, dass schon bei den oben genannten Beratungsfeldern Überschneidungen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, im Februar haben wir den Haushalt für die Jahre 2004 und 2005 beschlossen, der umfangreiche Mittelkürzungen gegenüber bisherigen Ansätzen beinhaltet. Es ist uns allen bewusst, dass es keine Bereiche gibt, die davon nicht betroffen sind. Das bedeutet, dass auch der Verbraucherschutz inklusive der Beratung Kürzungen erfahren wird. Deshalb ist es zunächst zwingend notwendig, bestehende Systeme auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, Synergieeffekte zu erschließen, bevor Aufgaben grundsätzlich nicht mehr erfüllt werden können. Dieser Grundsatz betrifft analog die gesamte Palette der Verbraucherberatung. Es ist ein nicht ganz einfacher Vorgang, weil, wie bereits erwähnt, mehrere Ressorts teilhaben. Deshalb wendet sich dieser Antrag bewusst an die Landesregierung, die Beratungslandschaft zu evaluieren.

Wir gehen davon aus, dass es Synergieeffekte geben wird, die einen effizienteren Mitteleinsatz ebenso ermöglichen wie einen klaren Beratungskompass in unserem Land. Es ist eine Wahrheit, dass der Mitteleinsatz für die Verbraucherzentrale in diesem Jahr um 500.000 Euro auf die Hälfte reduziert wurde. Dabei ist klar, dass diese Mittel nicht reichen werden, die bisher sechs Beratungsstellen der Verbraucherzentrale in der heutigen Struktur zu erhalten. Dieser Bereich gehört in das Gesamtkonzept. Neben der Prüfung von Übergangslösungen weg von der institutionellen zur Projektförderung sind natürlich auch Initiativen des Trägers gefragt. Wie kann die Eigenbeteiligung erhöht werden? Welche Vergütung für die Beratung

ist angemessen? Gibt es derzeit Betätigungsfelder, die über die Beratung und Information hinausgehen?

Die SPD-Fraktion will Veränderungen mit Augenmaß, ein überschaubares umfassendes Angebot in einer angemessenen erkennbaren Struktur. Deshalb bringen wir diesen Antrag ein und bitten um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schildt.

Zu dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1145 vor.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born. Bitte schön.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wäre das Thema nicht so ernst, dann würde ich sagen, auch dieser Antrag ist ein allerdings schlechter Aprilscherz, daran ändern auch die freundlichen und verbindlichen Worte von Frau Kollegin Schildt leider nichts.

Es geht den Koalitionsfraktionen bei vorliegendem Antrag um Strukturen und Aufgaben der Verbraucherberatung in unserem Land. In wirklich blumigen Worten wird die Landesregierung zur Evaluierung der bestehenden Verbraucherberatungsinstitutionen aufgefordert, um so mögliche Synergieeffekte zu erschließen. Dagegen ist grundsätzlich ja nichts einzuwenden. Eine Evaluierung bestehender Strukturen sollte sogar fester Bestandteil der Regierungshandeln sein, allerdings nicht durch Zuhilfenahme externen Sachverständigen. Auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse müssen gegebenenfalls im Haushaltsentwurf des jeweiligen Ressorts Widerhall finden und im verfassungsmäßigen parlamentarischen Verfahren beraten und verabschiedet werden.

Der von der Landesregierung für die Jahre 2004/2005 vorgelegte und im Dezember vom Landtag verabschiedete Doppelhaushalt beinhaltet unter anderem die finanzielle Ausstattung der Verbraucherberatungsinstitutionen in unserem Land. Hätte die Landesregierung bei der Verbraucherberatung Handlungsbedarf gesehen, so wäre es legitim und allerdings auch erforderlich gewesen, dem Parlament entsprechende Titelveränderungen zur Beratung vorzulegen. Und auch nach der Verfallszeit des Haushaltes, es hat keine zwei Monate bis zur Vorlage des ersten Nachtragshaushaltes gedauert, war von einer notwendigen Veränderung nichts zu sehen und nichts zu hören, die der Minister nun gerade mal vier Wochen später in aller Deutlichkeit erkennen will. Ich zitiere den Wirtschaftsminister aus seiner Pressemitteilung vom 26. März 2004: „Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern ... brauchen aber keine aufgeblähte Verwaltung.“ Oder: „Hinsichtlich der Effizienz lässt die derzeitige Struktur der Verbraucherzentrale zu wünschen übrig.“ Oder die folgende Erkenntnis: „In Bremen ... ist die Finanzierung der Verbraucherzentrale mit einem erheblich geringeren Landesanteil realisiert.“

Doch anstatt dem Landtag diese vermeintlichen Erkenntnisse zur Beratung zuzuleiten, werden Parlament und vor allem die betroffene Verbraucherberatung nach geradezu Gutsherrenart vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine überdimensionierte einzelplanspezifische Minderausgabe wird vertitelt, ohne dass das Parlament auch nur ein einziges Wort mitzusprechen hatte.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wird sich in der Konsequenz dieses Handelns das Verfassungsgericht in Greifswald mit der Haushaltsgesetzgebung in Mecklenburg-Vorpommern auseinander setzen. Das Ergebnis bleibt natürlich abzuwarten. Aber dass globale Minderausgaben sogar so verstanden werden, dass projektbezogene und institutionelle Förderungen davon betroffen sind, das führt letztlich unsere ganze Haushaltsgesetzgebung ad absurdum und dann fragt man sich, ob wir nicht tatsächlich das Parlament bald ganz einsparen sollten, dann haben wir vielleicht zusätzliche Mittel, um andere Dinge zu machen.

(Regine Lück, PDS: Dafür bin ich nicht,
Herr Born. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Das glaube ich Ihnen gerne, verehrte Frau Kollegin. Ich bin auch nicht dafür, weil ich meine, wir müssen hier die Regierung doch noch weiter kontrollieren, damit solche Dinge nicht passieren, wie wir es gerade jetzt mit der Verbraucherzentrale erleben.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Das Ergebnis eines solchen Politikstils braucht aber kein Greifswalder Urteil abzuwarten. Es lässt sich schon heute am Beispiel der Verbraucherberatung verdeutlichen. Wer den Verbraucherzentralen über Nacht und ungeachtet des laufenden Geschäftsjahres die Mittel um 50 Prozent reduziert, der macht Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Bundesland, das ohne kompetente institutionelle Verbraucherberatung auskommen müsste, denn die laufenden Verpflichtungen aus Arbeits- und Mietverträgen würden zwangsläufig die Insolvenz spätestens zum Sommer dieses Jahres unabwendbar machen.

Was würde unserem Land damit verloren gehen? Was bedeutet eigentlich Verbraucherberatung in Mecklenburg-Vorpommern? Zunächst einige Daten und Fakten:

Im vergangenen Jahr gab es insgesamt über 97.000 Rat-suchende, 27.000 von ihnen nutzten das Vieraugengespräch, 8.000 ließen sich telefonisch beraten, 9.000 informierten sich mittels der Infothek und 6.000 hörten Vorträge der Verbraucherschützer.

Schaut man sich die Struktur der Beratungsleistung an, so fällt ein deutliches Übergewicht von mehr als 30 Prozent für Beratungen mit auch rechtlichen Fragen auf. Ich sage das deshalb so vorsichtig, Kollege Mohr, damit Sie nicht befürchten, dass hier ein Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz vorläge. Mitnichten ist das der Fall. Häufig sind es Fragen mit einem sehr sozialpolitischen Hintergrund, denn Menschen, die um eine Beratung bei der Verbraucherzentrale nachsuchen, stehen meist nicht auf der Sonnenseite des Lebens und werden trotz meist geringen Streitwertes mit existentiellen Problemen konfrontiert. Der geringe Streitwert ist im Übrigen auch mit ein Grund dafür, warum die Rechtsberatungen der Verbraucherzentralen den Anwaltskanzleien keine Konkurrenz machen, was sie ja auch nicht dürften.

Ich halte es im Übrigen aber auch unter rein wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten für gerechtfertigt,

den Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern künftig zu sichern. Etwa 90 Prozent der Nepper und Schlepper, die beispielsweise Kochtopfserien für mehrere Tausend Euro in den Plattenbausiedlungen verkaufen, sind dazu eigens aus anderen Bundesländern nach Mecklenburg-Vorpommern gereist. Es handelt sich somit neben dem kriminellen Charakter der Handlung schlicht und einfach auch um einen massiven Abzug von Kaufkraft, denn die potentielle Nachfrage steht seriösen Unternehmen in unserem Land damit nicht mehr zur Verfügung.

Unternehmen, die sich in derartiger Weise im Land versucht haben, werden von der Verbraucherzentrale in einer einzigartigen Dokumentation erfasst und für jeden Bürger zugänglich gemacht. Mittlerweile, so habe ich mich informieren lassen, besteht diese Datei aus mehr als 5.000 Neppern. Bei besonders dreisten Fällen wird über Pressearbeit öffentlichkeitswirksam vor diesen schwarzen Schafen gewarnt. Nur etwa jeder Zehnte wohlgemerkt stammt aus Mecklenburg-Vorpommern. Vielleicht, sehr geehrter Herr Innenminister Dr. Timm, ist das ein Grund dafür, dass sich selbst die Polizei schon den einen oder anderen Tipp abgeholt hat.

Diese Datei, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch bundesweit einmalig und sie ist gar nicht hoch genug zu bewerten. Das ist ein Instrumentarium, das wirklich Verbraucherschutz effizient und effektiv gestaltet. Wir sollten froh sein, dass wir eine Institution im Lande haben, die eine solche Datei aufgebaut hat.

Dass sich der Landeshaushalt in einer strukturellen Schieflage befindet und Einsparungen nötig sind, ist unbestritten. Ein Zerschlagen von sinnvollen und funktionierenden Strukturen rechtfertigt es hingegen nicht, schon gar nicht in der hier getätigten Art und Weise. Zudem wird der Wirtschaftsminister den Verbraucherzentralen in keiner Weise gerecht, wenn er von wasserkopffartiger Verwaltung und aufgeblähten Strukturen spricht, denn die Kosten zu senken und trotzdem einen wirksamen Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern zu betreiben, wurde nicht nur im Jahr 2003 bewiesen. Seit dem Jahr 2000 wurden bereits Einsparungen in Höhe von 320.000 Euro geschultert. Unter anderem wurden 10,83 Stellen abgebaut und die verbliebenen Mitarbeiter bis hin zum Geschäftsführer arbeiten sämtlich in Teilzeitverträgen.

Nach meiner Überzeugung sind die Verbraucherberatungen auch zu weiteren kostensenkenden Maßnahmen bereit. Diese erfordern jedoch ein Mindestmaß an Planungssicherheit und nicht eine Halbierung der Mittel im laufenden Geschäftsjahr sowie nach Abschluss der Haushaltsberatungen.

Meine Fraktion schlägt deshalb im vorliegenden Änderungsantrag vor: „Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum Vorliegen der Evaluationsergebnisse von Kürzungen, der im Haushalt für die Verbraucherzentrale ausgewiesenen Mittel, abzusehen und dafür Sorge zu tragen, dass auch zukünftig in Mecklenburg-Vorpommern Verbraucherberatung auf hohem Niveau stattfinden kann.“ Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde es bei dem bleiben, was der Wirtschaftsminister angekündigt hat, dann würden vollendete Tatsachen in einer geradezu verheerenden Weise geschaffen, dann wäre nämlich die Arbeit der Verbraucherzentrale damit nicht nur torpediert, sondern sie würde faktisch beendet werden müssen. Es bliebe gar nichts anderes übrig, als der Insolvenz entgegenzugehen. Dieses wäre fatal angesichts der wirtschaft-

lichen Situation. Im Land Mecklenburg-Vorpommern sind wir auf eine wirkungsvolle Verbraucherberatung angewiesen, gerade im Interesse der sozial Schwachen, die von solchen Elementen in besonderer Weise geschädigt werden, die sich nicht dem normalen Wettbewerb aussetzen, sondern mit rechtswidrigen Mitteln versuchen, Bürger übers Ohr zu hauen.

(Karsten Neumann, PDS: Gibt es auch rechtsstaatliche Mittel, jemanden übers Ohr zu hauen?!)

Ein Antrag, wie die Koalitionsfraktionen ihn vorgelegt haben, die Landesregierung nur zur Evaluierung bestehender Strukturen nach vollzogener Mittelkürzung aufzufordern, erinnert wirklich an einen allerdings leider makaberer Aprilscherz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es sehr bedauerlich, dass dieser Wirtschaftsminister im Gegensatz zu seinen Vorgängern sich nicht persönlich über die Arbeit der Verbraucherzentrale bisher informiert hat, sondern auch offensichtlich Gerüchten aufgesessen ist und völligen Fehlinformationen. Denn ich weiß natürlich, wenn der Minister Herr Dr. Ebnet sich an Ort und Stelle ein Bild macht, dann ist er auch selbstkritisch genug, um eine Entscheidung zu überprüfen. Aber dazu, Herr Minister, ist es wirklich erforderlich, dass Sie sich das an Ort und Stelle einmal ansehen. Deshalb hat die Verbraucherzentrale das auch noch einmal schriftlich geäußert.

Ich möchte Sie einfach ermuntern, sich diese Informationen aus einer profunden Quelle auch aus erster Hand zu verschaffen. Die Verbraucherzentrale hat mir schriftlich mitgeteilt: „Gern würden wir auch einmal Herrn Dr. Ebnet bei uns begrüßen und ihm die einmalige effiziente Arbeit in der Verbraucherberatung und im Geschäftsbetrieb demonstrieren, einschließlich der Anwendungen unseres selbst entwickelten elektronischen Informationssystems. Die Deutsche Fachwelt jedenfalls ist davon begeistert und bereitet eine bundesweite Übernahme des vorhandenen elektronischen Informationsmanagements für die Beratung vor. Auch in Brüssel haben wir bereits über unsere überaus erfolgreiche Arbeit berichtet. Gleiches gilt für die Unterstützung unseres westlichen Nachbarlandes.“

Herr Minister Dr. Ebnet, nutzen Sie die Informationsmöglichkeiten, solange es noch möglich ist! Bitte schauen Sie sich das an Ort und Stelle schnellstmöglich an. Treffen Sie keine Maßnahmen, die zudem verfassungsrechtlich äußerst problematisch sind. Ich persönlich halte sie nicht mehr für verfassungsgemäß. Darin werde ich bestärkt durch die Antwort eines Sachverständigen auf eine entsprechende Frage von mir in der Anhörung, die am vergangenen Dienstag stattgefunden hat.

Und, Herr Minister, machen Sie das, dass Sie evaluieren lassen mit Ihren eigenen Kräften. Bitte keine externen Berater, damit da nicht wieder unnötig Geld verplempt wird. Und wenn die Ergebnisse der Evaluierung vorliegen, dann tragen Sie uns die im Wirtschaftsausschuss vor, damit wir gemeinsam beraten, ob die Mittel im vorhandenen Umfang ausreichen, ob sie gekürzt werden müssen oder ob man sie anders einsetzen kann. Aber das kann erst am Ende einer solchen Untersuchung stehen und nicht vorher, sonst braucht man keine Evaluierung. Man braucht nicht eine Evaluierung zu machen, um hinterher festzustellen, das war eine sehr sinnvolle Einrichtung, aber leider existiert sie nicht mehr. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier ein ganz ernstes Thema, ein ganz ernstes Problem. Und der Anlass, aus dem die Debatte stattfindet, der macht bestimmt keinen Spaß. Ich möchte jetzt auch nicht, dass wir uns da gegenseitig in einen Schlagaustausch hineinmanövrieren. Die Frage ist, gibt es Lösungen. Und nach Lösungen gilt es zu suchen.

Ausgangspunkt ist der, ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine effektive Verbraucherberatung haben sollten. Das ist der eine Ausgangspunkt. Der andere Ausgangspunkt ist der Landeshaushalt. Wir wissen alle, Schmalhans ist Küchenmeister, und so kann man nicht sagen, immer nur woanders den Gürtel enger schnallen und beim eigenen Gürtel darf nichts stattfinden.

Die Situation ist die, dass der Wirtschaftsminister in diesem Jahr eine globale Minderausgabe von 8,7 Millionen Euro zu erbringen hat. Im nächsten Jahr sind es 9,7 Millionen Euro. Würde man es bei den Investitionen machen, Herr Dr. Born, dann wäre natürlich die Kritik sicher, dann heißt es, bei den konsumtiven Ausgaben sparen und nicht bei den Investitionen. Geht man in die konsumtiven rein, ist es aber auch nicht schön. Das tut schon auch weh. Aber Schmerzen sind hier insgesamt nicht zu vermeiden. Man kann es nur mit möglichst geringen Schmerzen abgehen lassen, aber man kann nicht sagen, 8,7 Millionen Euro im Jahr sollen eingespart werden und dann merkt keiner was. Das geht nicht.

Da gibt es auch nicht so viele Stellen, an denen man einsparen kann. Der Wirtschaftsminister hat nicht so viele Stellen und eine Stelle, die leider notwendigerweise hier in Betracht kommen muss, ist die Verbraucherzentrale, die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale. Das macht keinen Spaß, das macht wirklich keinen Spaß. Aber man muss sich anschauen, wo geht denn noch was, wo kann man noch etwas einsparen. Aus vertraglichen Verpflichtungen kommt man nicht heraus. Da gibt es nicht so viele Möglichkeiten. Und hier muss man sich einfach mal anschauen, wie sieht es denn im Ländervergleich aus.

(Harry Glawe, CDU: Schlecht.)

Wir haben jetzt im Haushalt 1 Million Euro pro Jahr für die Verbraucherzentrale drin. Das heißt, pro Einwohner, Herr Dr. Born, sind das 58 Cent im Jahr. Wir nehmen damit eine Spitzenstellung in Deutschland ein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir können uns aber nicht mit Hamburg vergleichen. Wir sind ein Flächenland. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir nehmen damit eine Spitzenstellung in Deutschland ein. Es ist schon schön, wenn man in Deutschland mal Spitze ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber mit der Fläche sind wir auch Spitze, Herr Minister. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Regine Lück, PDS)

Beratung findet zwischen Menschen statt. Hier werden nicht die Quadratkilometer beraten, Herr Dr. Born.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber gut, man muss sich die Frage stellen, ob man sich diese Spitzenstellung leisten muss oder noch leisten kann.

(Harry Glawe, CDU: Das ist Spitze.)

58 Cent pro Einwohner und Jahr. Mit der Halbierung auf 500.000 Euro im Jahr sind es dann nur noch 29 Cent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 31 Cent pro Einwohner. Da sind wir noch so ungefähr im Bundesdurchschnitt mit 29 Cent.

(Regine Lück, PDS: Das wollen wir ja nächstes Jahr auch, aber dieses Jahr wollen wir noch ein bisschen mehr.)

Die weitere Kürzung auf 300.000 Euro im nächsten Jahr, die ja auch keinen Spaß macht, die führt dazu, dass es dann noch 17 Cent pro Einwohner sind. Das ist zwar nicht so viel, aber immer noch mehr, als Bayern, Baden-Württemberg und Hessen pro Einwohner ausgeben. Dort findet auch Verbraucherberatung statt und, wie ich mir habe sagen lassen, auf keinem schlechten Niveau, auf einem akzeptablen Niveau mit viel weniger Geld.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist ja sehr interessant.)

Da muss man schon mal die Frage stellen, warum braucht die Verbraucherzentrale bei uns so viel mehr Geld für die Beratung, als das in Bayern, in Baden-Württemberg und in Hessen der Fall ist. Manche Länder kann man sich ja auch mal als Muster nehmen. Dann kommt man natürlich, wenn man hier einsteigt, auf ein paar Erkenntnisse.

Ich habe nicht die genaue Zahl, aber nach all den Informationen, die mir vorliegen, und das sollen vorsichtige Schätzungen sein, wird nur gut die Hälfte des Geldes, das die Verbraucherzentrale jetzt, also die 1 Million, für die Verbraucherberatung vom Land bekommt, nur gut die Hälfte für die Verbraucherberatung im engeren Sinn ausgegeben. Das andere wird auch ausgegeben, aber nicht für die Verbraucherberatung im engeren Sinn. Wenn wir Verbraucherberatung meinen, dann meinen wir diese gut 500.000 Euro – etwas mehr sind es –, die für die Verbraucherberatung ausgegeben werden, für die reine Verbraucherberatung. So, die stehen in diesem Jahr auch noch zur Verfügung. Also dafür würde das Geld reichen. Im nächsten Jahr müsste man in der Tat den Gürtel enger schnallen mit 300.000 Euro. Da müsste es auch hier Einschnitte geben.

Da muss man dann ein paar Fragen stellen: Muss die Verbraucherzentrale, so, wie sie das jetzt tut, ein ganz breites Spektrum an Beratungsangeboten abdecken oder geht es nicht auch ein bisschen enger? Da ist die Frage schon zu stellen, ob Fragen des Mietrechts, der Schuldnerberatung, der Produkt-, Bau-, Energie- und Umweltberatung auch bedient werden müssen, denn die werden ja schon von anderen Institutionen bedient. Das heißt, es muss nicht jeder alles machen. Wenn man sich hier konzentriert auf die Bereiche, die von anderen noch nicht abgedeckt werden, dann kann man sicher durch Einschränkung des Beratungsspektrums auch Mittel sparen. Auch da müsste noch etwas möglich sein.

Außerdem ist die Frage zu stellen, sind schon alle alternativen Finanzierungsquellen ausgeschöpft. Zu der Million des Landes kommen noch etwa 500.000 bis 600.000 Euro andere Einnahmen dazu, vom Bund und so weiter. Es ist also nicht so, dass man plötzlich ganz mit-

tellos dastehen würde. Da gibt es Beispiele von Ländern, die hier ein Stück weiter sind: Bremen haben Sie schon erwähnt. Die Verbraucherzentrale Bremen bekommt vom Stadtstaat Bremen 280.000 Euro im Jahr. Das sind 32 Prozent der Einnahmen. Die anderen 68 Prozent besorgen sich die Bremer anders. Es geht also auch anders, es gibt Beispiele. Es muss nicht so sein wie bei uns, dass man hier sagt, es ist für alles gleich das Land zuständig und nur das Land zuständig.

Weiterhin ist die Frage zu stellen, wie sieht es denn aus mit den eigenen Einnahmen, mit den Mitgliedsbeiträgen dieses Vereins. Der Verein hat ja namhafte Mitglieder. Das geht vom DGB bis zur Volkssolidarität. Insgesamt zahlen ...

(Regine Lück, PDS: Aber das sind zu wenig.)

Bitte?

(Regine Lück, PDS: Aber doch zu wenig.)

Jetzt muss man schauen, was kommt an Mitgliedsbeiträgen rein im Jahr. Und da sieht man, von diesen namhaften Mitgliedern, zusätzlich gibt es noch Einzelpersonen, kommen 600 Euro im Jahr.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da muss der Wirtschaftsminister aber auch mal Mitglied werden.)

600 Euro im Jahr! Ich erlaube mir die Bemerkung, dass dieses doch ein äußerst bescheidener eigener Beitrag ist, den die Vereinsmitglieder, diese namhaften Institutionen selbst zu leisten bereit sind. Da müsste doch noch mehr drin sein.

Dann stellt sich die Frage, wie ist es denn mit den Kommunen. Die Kommunen beteiligen sich zum Teil, zum Teil auch wieder nicht, nicht gern auf jeden Fall. Ich weiß, dort ist es auch eng mit den Haushalten. Die haben sich jedenfalls auch eher zurückgezogen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das dürfen sie gar nicht.)

Die haben sich ja auch eher zurückgezogen. Und da muss auch die Frage gestellt werden, ob nicht eine stärkere Beteiligung der Kommunen auch hier möglich ist. Man kann nicht immer nur mit dem Finger aufs Land zeigen, man muss sich auch mal selbst betroffen fühlen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Das war 'ne Nullnummer! – Unruhe bei Angelika Peters, SPD, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn hier Handlungsbedarf besteht, und der besteht, dann geht es um die Frage, wie kann mit eingeschränkten Mitteln eine Situation vermieden werden, dass die Verbraucherzentrale als Institution selbst in existentielle Schwierigkeiten kommt. Dazu ist in erster Linie die Einsicht erforderlich, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann, dass es tatsächlich weniger Geld geben wird in Zukunft. Und zweitens ist die Mitarbeit der Verbraucherzentrale und, ich betone, ihrer Beschäftigten und des Betriebsrats erforderlich, damit man zu Lösungen kommt, die tatsächlich auch einen Übergang zu einem neuen Niveau ermöglichen. Mit Blockadehaltungen, mit Verweigerungen kommen wir nicht weiter. Und wer hier die bloße Verweigerung macht, der fährt die Verbraucherzentrale in der Tat an die Wand. Und das wollen wir alle nicht. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der Fraktion der PDS.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade gesagt worden, wir behandeln dieses Thema nicht aus Spaß. Wenn es dem Land gut ginge, dann bräuchten weder die Regierungen noch das Parlament solche unpopulären Maßnahmen zu ergreifen, gerade 74 Tage vor der Wahl mit der Sicherheit nicht. Wie gesagt, es ist nicht Jux und Tollerei.

Viele Zahlen stehen jetzt im Raum und Frau Peters wird auch noch einige weitere sagen. Darum werde ich Ihnen die nicht noch einmal sagen, sondern die grundsätzliche Auffassung meiner Fraktion darstellen.

Grundsätzlich sind wir für die Erhaltung von Strukturen, die die Verbraucherzentralen sichern, damit Verbraucherberatung weiterhin möglich ist. Das ist unsere grundsätzliche Auffassung und dafür werden wir zusammen mit der SPD und, wie ich auch höre, zusammen mit der CDU sehr heftig eintreten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Warum denn nicht im Haushalt? Das hätten Sie doch machen können.)

Wie sieht es aber im Moment aus? Im Moment redet man nicht mehr miteinander, sondern man redet übereinander. Nun ist es immer recht nützlich, wenn man einmal so einen kleinen Denkanstoß aus der Presse bekommt, und es regt auch uns zum Denken an. Es ist ja nun nicht so, dass wir da völlig resistent sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Völlig richtig.)

Dieser Anstoß ist nun gekommen und die Phase, dass nicht mehr übereinander, sondern miteinander geredet werden muss, die soll eigentlich auch mit diesem Beschluss jetzt eingeleitet werden. Hier sind aber nicht nur das Wirtschaftsministerium und die Verbraucherzentrale gefragt, sondern es sind neben dem Wirtschaftsministerium auch noch das Landwirtschaftsministerium, letztendlich über Projekte auch das Arbeitsministerium und, wenn ich mir die Klientel betrachte, das Sozialministerium hier betroffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das Landwirtschaftsministerium kürzt nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Letztendlich gehören sie alle an den Tisch, um die aktuelle Situation zu retten, um eine Lösung jetzt zu finden für diese aktuelle Geschichte. Aber damit ist das Problem nicht generell gelöst. Das wäre nur ein Detail.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir halten es als Fraktion für dringend notwendig – das ist hier heute auch schon gesagt worden und das möchten wir auch noch einmal unterstreichen –, dass die gesamte steuergeldfinanzierte Beraterlandschaft in M-V zu analysieren ist, hier wird immer so hübsch gesagt, zu evaluieren ist. Wie auch immer, es ist so etwa das Gleiche. Schlussfolgernd sind natürlich Kräfte zu bündeln, zu konzentrieren, räumlich und auch inhaltlich. Das halten wir für

sehr, sehr notwendig. Diese beiden Schritte sind bei der derzeitigen Haushaltslage dringend erforderlich. Wie gesagt, es geht auch um eine steuergeldfinanzierte Beraterlandschaft, egal aus welchen Töpfen das jeweils kommt.

Uns ist natürlich auch klar, so eine Evaluierungsanalyse macht erstens sehr viel Mühe und es macht natürlich auch Angst bei den Trägern, das ist uns natürlich auch klar. Hier wieder mein Appell: Angst kann nur abgebaut werden durch Wissen, durch miteinander reden. In diesem Sinne bitte ich noch einmal darum, dass diesem Antrag zugestimmt wird. Der Zusatzantrag, der von der CDU gekommen ist, den halten wir für etwas kontraproduktiv,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das war ja klar.)

weil er hält von der dringenden Notwendigkeit des Miteinanderredens ab.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

So würde ich es mal von dieser Stelle aus formulieren wollen. Und aus diesem Grunde können wir diesem Zusatzantrag nicht zustimmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dürfen Sie nicht. Gut.)

sondern wir werden dem Grundansatz zustimmen und bitten Sie, damit eine weitere Kommunikation möglich ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie dürfen nicht.)

dass Sie alle gemeinsam diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Wien.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Peters von der Fraktion der SPD.

Angelika Peters, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Verbraucherinnen und Verbraucher! Ich sage auch bewusst Verbraucherinnen. Herr Dr. Born hatte vorhin nur von Verbrauchern gesprochen, aber ich gehe davon aus, dass Sie auch die Damen gemeint haben. Auch wir holen uns ab und zu mal einen Rat ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aus den Beiträgen meiner Vorredner glaube ich herausgehört zu haben – und damit darf ich das gleich noch mal sagen –, wir alle sind uns darüber einig, dass Verbraucherberatung, Verbraucherinformation, also Verbraucherschutz, der im Bewusstsein der Rat suchenden Bürgerinnen und Bürger fest verankert ist, auch weiterhin nötig bleibt. Ich hoffe, das habe ich so richtig verstanden.

Nun kommt oft die Frage auf: Wer sind denn eigentlich die, die da Rat suchen? Meine Damen und Herren, das sind die Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich in den immer unüberschaubareren Waren- und Dienstleistungsangeboten kaum oder gar nicht mehr zurechtfinden. Es werden nicht unbedingt die sein, die heute hier vielleicht im Saal sitzen.

Auf die Frage, warum finden sie sich denn nicht zurecht, haben sie selber Schuld oder worum geht es da, könnte man auch antworten:

- weil sie bereits jetzt am Zugang zu vielen Informationen scheitern,
- weil sie mit der immer schnelleren technologischen Entwicklung nicht mehr klarkommen,
- weil sie durch nicht ausreichende Bildung auch überverteilt werden,
- weil unseriös agierende Anbieter meinen, besonders ältere Menschen wären geeignet, sie in ihre unseriösen Geschäfte verwickeln zu können
- und, bitte nehmen Sie es mir nicht übel, weil auch Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders der neuen Bundesländer aufgrund des neuen und vorher unbekannten Wettbewerbs- und Angebotsgebarens und durch das Vertrauen auf Richtigkeit bei Geschäften eine gute Kundschaft darstellen.

Herr Dr. Born, hätten wir im anderen Zusammenhang mal gesagt, es gibt zweifelhafte Unternehmen, die die Bürger übers Ohr hauen, oh, ich denke, da hätten Sie uns den Finger gezeigt. Aber hier haben Sie es heute selber in diesem Zusammenhang auch dargestellt.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Die gibt es. Ja natürlich.)

Ich danke Ihnen, dass Sie sagen, dass es so ist.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Genau in dem Zusammenhang, weil es auch die neuen Bundesländer betrifft, wo die Bürger häufig übers Ohr gehauen werden, um mit Ihrem Ausspruch mal zu kommen, halte ich auch nichts von dieser Durchschnittsrechnung – und das sage ich ganz offen – im Vergleich zu den alten Bundesländern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Hier in den neuen Bundesländern stehen wir tatsächlich, und das sage ich auch so, an letzter Stelle

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Martina Bunge, PDS)

mit der Zuweisung pro Kopf für die Verbraucherschutzberatung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Dann wird auch gesagt, in 13 Jahren müsste man es ja mal gelernt haben, damit umzugehen, dass man sich nicht mehr irreführen oder über das Ohr lassen lässt. Das mag sein. Die jüngere Generation wird zunehmend weniger hingehen, aber die über 50-Jährigen haben ihr Vertrauen wahrscheinlich noch erhalten und nehmen die Beratung, wenn sie dann irritiert sind, eher in Anspruch.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen Deregulierung. Das wäre auch noch ein Punkt, auf den ich hinweisen möchte. Überflüssige Gesetze, Verordnungen, Erlasse sollen mit Recht über Bord geworfen werden. Aber, meine Damen und Herren, was nicht verboten ist, ist dann auch wieder erlaubt. Und ich garantiere Ihnen, ich hoffe, nicht schwarz zu malen, es wird auch hier wieder Unternehmen, Anbieter geben, die Lücken entdecken und versuchen, ihre unseriösen Taktiken an den Mann oder an die Frau, an den Verbraucher oder an die Verbraucherin zu bringen. Also es wird in den nächsten Jahren vielleicht nicht weniger Beratung vonnöten sein, sondern wir werden sicher auf dem Niveau bleiben. Wenn es anders wäre, wäre ich sehr froh darüber. Das heißt, wir reden hier nicht

von dem idealen Verbraucher, der finanziell unabhängig gestellt ist, gut ausgebildet ist oder sich in der unübersichtlichen Kosumwelt einschließlich des Internets zu rechtfindet.

(Beifall Regine Lück, PDS)

Wir reden hier von Ratsuchenden, die für ihre Probleme, Nöte und Reinfälle etablierte Anlaufstellen benötigen. Ob wir sie nun „Verbraucherzentralen“ oder „Verbraucherberatungsstellen“ nennen, sei dahingestellt. Das Kerngeschäft der Beratung und Information des Schutzes ist sicherzustellen. Dafür haben wir Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das ist auch nichts Neues, keine Forderung von heute oder gerade mal von soeben. Bereits 1962, meine Damen und Herren, formulierte John F. Kennedy in einer Rede vor dem Kongress der Vereinigten Staaten vier Grundrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher als Forderung: erstens das Recht auf Sicherheit, zweitens das Recht auf Information, drittens das Recht auf Wahlfreiheit und viertens das Recht, Gehör zu finden. Seit dieser Rede gibt es auch den Weltverbrauchertag, der jährlich am 15. März stattfindet. Übrigens, der letzte war in Schwerin, aber da habe ich niemanden, Herr Dr. Born, Sie waren sicher entschuldigt, von Ihrer Seite gesehen. In Deutschland war es die Regierung unter Willy Brandt, die 1971 zum ersten Mal einen Bericht zur Verbraucherpolitik vorgelegt hat.

Heute können wir sagen, mitunter sind für viele Bürgerinnen und Bürger Beratungsstellen der letzte Rettungsanker. Deswegen muss es weiterhin Beratungsstellen für Verbraucher geben. Damit will ich jetzt natürlich nicht die Forderung erheben, dass alles beim Alten bleiben muss. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Nicht immer ist das Wünschenswerte auch das Machbare. In allen Fachbereichen, in allen Ministerien heißt es, die nicht ausreichenden Finanzmittel sind effektiv einzusetzen. Das gilt auch für die Verbraucherzentralen, aber bitte ohne die Arbeitsfähigkeit zu gefährden.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Und genau deshalb heute dieser Antrag zu diesem Thema. Ich bin gespannt, wie das Ergebnis der Hausaufgabe aussieht, ob wir es korrigieren wollen oder vielleicht auch korrigieren müssen. Das müssen wir abwarten.

(Regine Lück, PDS: Müssen!)

Nun zu Ihnen, Herr Dr. Born. Aus Ihrer Pressemitteilung vom 18. März 2004 und aus der heutigen Rede konnte ich erkennen, wie wichtig für Sie und Ihre Fraktion der Verbraucherschutz und die Verbraucherberatung sind und das beides in diesen wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten mehr denn je gefragt ist. Zudem drücken Sie noch Ihr Bedauern über den heutigen Antrag aus, der eigentlich nur heiße Luft darstellt oder wie auch immer, und bringen selbst einen Änderungsantrag ein. Zum Änderungsantrag hatte Frau Wien etwas gesagt.

Wissen Sie, Herr Dr. Born, eigentlich sind Sie Spitze, ne? Also gestern bei dem Seilbahngesetz hatte ich das Gefühl, Sie sind Spitze.

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh, der ist Spitze.)

Heute, sage ich mal, war einiges ziemlich spitz in Ihrer Rede. Ja, Spitzfindigkeiten waren es.

(Rainer Pracht, CDU: Trotzdem Spitze.)

Das mag sein. Wenn dann auch noch die Zunge doppelt spitz ist, Herr Dr. Born,

(Heinz Müller, SPD: Aha, aha!)

und es vielleicht noch um Doppelzüngigkeit geht,

(Zurufe von der PDS: Oho!)

dann weiß ich nicht,

(Harry Glawe, CDU: Machen Sie doch mal einen Lösungsvorschlag, Frau Peters! Machen Sie doch mal einen Lösungsvorschlag! Auch von der Ministerbank!)

ob man sich hier hinstellen und so tun sollte, als wäre man seit eh und je der Vertreter der Verbraucherinnen und Verbraucher gewesen und hätte hier seit eh und je für Verbraucherinnen und Verbraucher gestritten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Dr. Born, wo waren Sie denn am 15. März in Rostock? Wo waren Sie hier in Schwerin, als es um die Verbraucher ging? Was ist denn mit der CDU-Fraktion, die das Verbraucherinformationsgesetz noch immer verhindert hat? Was ist denn jetzt mit dem Gesetz zum unlauteren Wettbewerb, wo Frau Hasselfeld sagt, nichts geht, das nicht durchgebracht wird?

(Torsten Renz, CDU: Lenken Sie doch nicht von der eigentlichen Frage ab! – Harry Glawe, CDU: Reden Sie doch mal zur Sache!)

Wo ist da die CDU-Fraktion, die hier beschwört, sie muss unbedingt ernsthaft etwas für die Verbraucherinnen und Verbraucher tun, alle anderen können es nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Angelika Peters, SPD: Jetzt gleich? Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Petters, ...

Angelika Peters, SPD: Peters, nicht Petters!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Dazwischen liegt mehr als nur ein „t“!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich bin hoffentlich noch lernfähig. Ich versuche es noch mal.

Frau Kollegin Peters, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich zwar am 15. März wegen anderer Verpflichtungen nicht mit Ihnen gemeinsam bei der Verbraucherzentrale frühstücken konnte,

(Regine Lück, PDS: Es ging nicht ums Frühstück, Herr Born. Das wissen Sie doch. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

dass ich allerdings ohne zu frühstücken mich eine Woche später bei der Verbraucherzentrale, nämlich am letzten Donnerstag, eingehend über die Probleme informiert habe

(Siegfried Friese, SPD: Das muss geprüft werden.)

und deshalb auch nachdrücklich dem Minister empfehlen, sich ebenfalls an Ort und Stelle zu informieren, damit er dann hier weiß, was tatsächlich dort für eine Arbeit geleistet wird?

(Gabriele Schulz, PDS: Wo ist denn da die Frage?)

Angelika Peters, SPD: Also, Herr Dr. Born, natürlich bin ich bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie im Nachhinein da waren.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ohne Frühstück.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Angelika Peters, SPD: Ach wissen Sie, das Frühstück ...

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich hätte gern mit Ihnen gefrühstückt.

Angelika Peters, SPD: Das ist richtig. Aber vielleicht hat das Frühstück dazu beigetragen, um zu erkennen, wie wichtig gesunde Ernährung und wie wichtig die Beratung für gesunde Ernährung ist, denn Frau Nehls als Vertreterin war auch anwesend und hat uns sehr viel über ihre Aufgabe erzählt.

(Lorenz Caffier, CDU: Die haben die Sachen mit Verfallsdatum gekriegt.)

Und was den Minister betrifft, da werde ich keine Vorschriften machen und auch nichts empfehlen.

(Harry Glawe, CDU: Die wollen wir aber kontrollieren.)

Der Minister hat jemanden im Beirat der Verbraucherzentrale und ich denke, über diesen Weg wird er auch Bescheid gewusst haben.

(Harry Glawe, CDU: Kontrolle des Ministers ist immer gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Peters. Bitte fahren Sie fort.

Angelika Peters, SPD: Lassen Sie mich also, meine Damen und Herren, zusammenfassend sagen: Verbraucherinformation, Verbraucherschutz sind wichtige Bausteine einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Sie helfen entscheidend mit, dass die Verbraucher zunehmend mündiger werden und damit zu einem gesunden Wettbewerb innerhalb der Konsum- und Anbieterwelt beitragen. Hätten wir die Informationsgesetze, hätten wir die Gesetze, die ich angesprochen habe, dann hätten wir präventiv wahrscheinlich schon viel mehr leisten können

(Harry Glawe, CDU: Dann hätten wir mehr Geld.)

in der Verbraucherpolitik und nicht erst hinterher in der Verbraucherberatung und wären sicher schon ein erhebliches Stück weiter. Der Verbraucher muss a) wissen, b) wählen und sich c) wehren können, meine Damen und Herren, und dabei helfen ihm ganz entscheidend die Beratungseinrichtungen. Ich hoffe, dass wir auf einem guten Weg sind und vielleicht doch noch eine gute Lösung hinkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Martina Bunge, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Peters.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1145 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1145 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der CDU, einer Stimme der Fraktion der PDS, einer Stimmenthaltung der SPD und einer Stimmenthaltung der PDS.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1109. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1109 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1109 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Novellierung des Kommunalabgabengesetzes, Drucksache 4/1106.

Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung des Kommunalabgabengesetzes – Drucksache 4/1106 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Kommunalabgabengesetz stand ja schon gestern auf der Tagesordnung. Gestern ging es um die Abschaffung der Jagdsteuer.

Frau Schulz, Herr Müller, Sie haben mich ja gestern während der Debatte einigermassen erstaunt gesehen, positiv erstaunt, und ich bin wirklich sehr froh, dass nach all den Ankündigungen in der jüngeren und manchmal gar nicht mehr so jungen Vergangenheit nun endlich wenigstens ein zur Novellierung anstehender Bereich aus dem KAG den parlamentarischen Raum erreicht hat. Dass dies nun auch noch pünktlich zum heutigen Beginn des neuen Jagdjahres geschieht, macht mir jedenfalls Hoffnung, dass wenigstens diese Änderung im KAG noch innerhalb des laufenden Jagdjahres vielleicht erledigt werden kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schauen wir mal!)

Der freundliche Vorwurf, liebe Kollegin Schulz, dass die CDU sich gewissermaßen das Bonbon von oben wegnimmt und dann die Regierung auffordert, endlich die schwierige Gesetzesnovelle vorzulegen, trifft eigentlich wenig.

(Heinz Müller, SPD: Na!)

Sie haben die Novellierung des KAG in der Koalitionsvereinbarung angekündigt und Sie haben ganz offensichtlich mit dem seit einem Dreivierteljahr vorliegenden Entwurf wie auch immer geartete, aber doch offensichtlich erhebliche Probleme.

(Gabriele Schulz, PDS: Sie doch auch, sonst hätten Sie doch Vorschläge gemacht.)

Nein, nein, Frau Schulz, wir nicht! Wir wollen ja gern.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können nicht.)

Darauf komme ich gleich.

(Heinz Müller, SPD: Dazu komme ich gleich. Wir sind sehr gespannt.)

Aber, Frau Schulz, springen Sie doch endlich über Ihren Schatten und lassen Sie uns gemeinsam in den Ausschüssen die Probleme im Sinne unseres Landes lösen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke mal, meine Damen und Herren, liebe Frau Schulz, wir haben in der Vergangenheit, in der letzten Legislaturperiode in der Enquetekommission, aber auch jetzt bei der Arbeit zur fünften Änderung der Kommunalverfassung unseres Landes, gezeigt, dass wir in der Sache durchaus eine sehr konstruktive Oppositionsarbeit leisten können.

(Volker Schlotmann, SPD: Manchmal. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Denken Sie das oder wissen Sie das?!)

Nicht manchmal. Ich denke, das war schon nicht schlecht. Das haben Sie auch ganz ausdrücklich gelobt, Herr Müller.

Meine Damen und Herren, es gibt im Zusammenhang mit dem Kommunalabgabengesetz in der kommunalpolitischen Praxis wirklich eine Menge Diskussionsstoff und gerade im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im Juni sind klare Aussagen der Landesregierung gefordert, wie denn nun.

(Heinz Müller, SPD: Da liegt der Hund begraben. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, da liegt vielleicht ein bisschen der Hase im Pfeffer – das könnte vielleicht so sein –, wie die kommunalen Abgaben der Zukunft aussehen sollen

(Heinz Müller, SPD: Das könnte Ihr Motiv sein. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

und welche Entscheidungsspielräume die neuen Kommunalvertreter nun haben werden und haben dürfen. Leere Versprechungen hat man in den Kommunen wirklich lange genug gehört.

Einige Fragestellungen, meine Damen und Herren, tauchen neben anderen seit Monaten zu folgenden Rubriken immer wieder auf:

1. Regelungen für Kleingärtner
2. Regelungen für Großabnehmer
3. Regelungen für die berühmten Altanschnießer

Zu Punkt 1: Seit Monaten wird die CDU-Landtagsfraktion von verschiedenen Vereinigungen der Kleingärtner angeschrieben und um Durchsetzung ihrer Interessen gebeten. Das geht anderen Fraktionen mit Sicherheit auch so.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Dabei wird auf einen Gesetzentwurf der Landesregierung Bezug genommen und konkrete Änderungswünsche werden formuliert, die sich darauf beziehen, dass für rechtmäßig errichtete Lauben, die nach dem Bundeskleingartengesetz genutzt werden, keine Zweitwohnungssteuer erhoben werden soll oder aber auch, dass Ausbau- und Anschlussbeiträge so lange zinslos gestundet wer-

den sollen, solange die Kleingärten im Sinne des Bundeskleingartengesetzes genutzt werden. Wir würden uns wirklich gern dieses Anliegens auch annehmen, wenn die Landesregierung denn endlich ihren Gesetzentwurf vorlegt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig.)

den der Innenminister in der schon gestern zitierten Pressekonferenz vom Juni 2003 – und das ist ja nun wirklich ein paar Tage her – bereits angekündigt hat. Leider ist dieser Entwurf eben bis heute nicht in den Landtag eingebracht worden.

Zu Punkt 2: Ein weiteres Problem der kommunalen Praxis besteht in der Gestaltung von Gebühren und Beiträgen für Großabnehmer. Hier wird von den Kommunen angemahnt, dass sie bei der Ansiedlung von Unternehmen eine Möglichkeit haben müssten, sozusagen flexibler zu sein, flexibler Beiträge einnehmen zu dürfen,

(Heinz Müller, SPD:
Und Gebühren! Und Gebühren!)

um Wettbewerbsvorteile und damit auch Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch Gebühren, Herr Müller, selbstverständlich Gebühren und Beiträge. Auch hierzu kündigte der Innenminister eine Novellierung an, die allerdings bis heute nicht eingebracht ist. Meine Damen und Herren, ist es denn mit der Anwerbung von Großabnehmern in Mecklenburg nicht so eilig oder nicht so wichtig?

Drittens und letztlich die berühmten Altanschnießer. Da hat das Obergerverwaltungsgericht in Greifswald – am 21. April 1999 war das – beschlossen, dass eine Unterscheidung zwischen den Altanschnießern und Neuananschnießern bei der Erhebung von Anschlussbeiträgen nicht gerechtfertigt sei, weil dies ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz in Artikel 3 Grundgesetz sei. Dieses Urteil wird – und das wird nicht verwundern – von den Alteigentümern als völlig ungerecht empfunden, müssen sie doch zum Teil erhebliche Beiträge nachzahlen. Aber es gibt keinen Weg bei der derzeitigen Gesetzeslage an diesem Beschluss vorbei. Die Rechtsprechung des Obergerverwaltungsgerichts ist eben bindend.

Schon der letzte Wahlkampf wurde von der PDS mit der Forderung geführt, dass eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes in diesem Bereich dringend überfällig sei. Die PDS-Fraktion verstieg sich sogar am 28.08.2002 – das habe ich mit Interesse gelesen – zu der Forderung, das Abwasserurteil des OVG auszusetzen. Eine Aussetzung ist rechtstechnisch nicht möglich, aber eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes hätte die PDS in Regierungsmitverantwortung ja seit 1998 längst durchsetzen können. Offensichtlich kann sich die PDS aber gegen ihren Koalitionspartner eben nicht durchsetzen

(Heinz Müller, SPD: Sie tut mir richtig Leid.)

und so wird wohl auch im Kommunalwahlkampf 2004 die PDS gegen die Ungerechtigkeit bei den Altanschnießern wettern, vielleicht in Teterow oder anderswo in unserem Land, aber zum Schluss leider nichts daran ändern können.

Vielleicht darf – und das haben wir ja eben schon mal vermutet – das KAG deshalb nicht vor der Kommunalwahl eingebracht werden, denn sonst wäre ja offensichtlich,

dass eine Änderung des entsprechenden Paragraphen dort gar nicht vorgesehen ist. Wir wissen ja, dass immer mal wieder Gesetzentwürfe in Straßenbahnen verloren werden.

(Zurufe von Norbert Baunach, SPD,
und Gabriele Schulz, PDS)

Bei dem uns vorliegenden Referentenentwurf aus dem Hause des Innenministeriums ist eben keine Änderung zugunsten der Altanschießer ersichtlich.

Meine Damen und Herren, es muss uns schon um ein Stück Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern gehen.

(Heinz Müller, SPD: Wohl wahr!)

Und deshalb wäre, weil das so wahr ist, Herr Müller, eine sofortige Einbringung des Kommunalabgabengesetzes nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass der Referentenentwurf seit Juni 2003 im Innenministerium vorliegt. Nun bringen Sie ihn bitte in den Landtag ein, damit wir endlich in eine vernünftige Sachdiskussion eintreten können! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ringguth.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich den Abgeordneten Ringguth richtig verstanden habe, Herr Ringguth, dann haben Sie gesagt, wir wollen ja gern,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, aber wir dürfen nicht.)

aber was Sie im Einzelnen konkret wollen, das wissen Sie nicht beziehungsweise Sie sagen es nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Doch, doch, aber wir sagen es nicht.)

Sie mögen es wissen, aber Sie sagen es nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist was anderes.)

Das mag auch mit dem Kommunalwahltermin zusammenhängen. Ich weiß es ja nicht genau.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sagen es
Ihnen gleich. – Harry Glawe, CDU:
Herr Minister, Sie unterschätzen uns!
Sie unterschätzen uns schon wieder.)

Sie listen Probleme auf, aber Sie listen keine Lösungen auf. Und ich sage Ihnen eins: Sie listen deswegen keine Lösungen auf, weil alle Forderungen der Lobbyisten, die wir ja kennen, die Sie ebenfalls kennen – Sie erhalten ja auch die Briefe, die ich bekomme –, zu Lasten der kommunalen Haushalte gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also Forderungen und Fragen stellen, aber Lösungen möglichst verschweigen.

Richtig ist, dass die Landesregierung einen Referentenentwurf im Kabinett zur Anhörung freigegeben hat. Dieser liegt nicht nur in der Straßenbahn, sondern auch bei den kommunalen Landesverbänden und bei einer Reihe von sonstigen Verbänden vor.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Aber schon sehr lange. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schon sehr lange.)

Die Stellungnahmen sind eingegangen seit September des letzten Jahres. Nun werden Sie sagen: Viel zu lange! Seit September des letzten Jahres werten wir intensiv die Stellungnahmen aus

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

und stellen fest, es gibt erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu sehr konkreten Vorschlägen, die wir in dem Gesetzentwurf formuliert haben. Und nun sind wir dabei, als Landesregierung diese Meinungsverschiedenheiten möglichst auszugleichen, so dass der Landtag dann von uns einen abgerundeten und vertretbaren Gesetzentwurf erhält. Sie müssen ohnehin die Dinge dann entscheiden, aber Sie sollen mir dann nicht den Vorwurf machen, das Ganze sei nicht durchdacht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Man kann in jedem einzelnen Punkt zu einer anderen Erkenntnis kommen. Aber ich glaube, Sie und auch die Kommunen haben einen Anspruch auf einen abgerundeten und ausgewogenen Gesetzentwurf und den erhalten Sie auch.

Zur Jagdsteuer haben wir uns gestern schon ausgetauscht. Deswegen will ich das mal hier dahingestellt sein lassen. Auch da wird es ein abgerundetes Ergebnis unserer Prüfungen geben.

Ich will aber jetzt zu ein paar weiteren öffentlich diskutierten und wichtigen einzelnen Punkten kommen. Einige hat Herr Ringguth auch schon angesprochen.

Der erste betrifft die Sonderregelungen zugunsten von Kleingärtnern. Es gibt die Forderung, die Zweitwohnungssteuerepflicht für das Bewohnen von Gartenlauben in bestimmten Anlagen oder in bestimmten Größenordnungen zu streichen. Dieses wird gefordert vom Landesverband der Gartenfreunde. Und zwar sagt der, dass rechtmäßig errichtete Gartenlauben in Kleingartenanlagen von dieser Zweitwohnungssteuer befreit werden sollen. Gegen ein generelles Verbot zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer hat sich mit Nachdruck die kommunale Ebene ausgesprochen. Das muss also entschieden werden.

Ich will Ihnen sagen, dass wir als Landesregierung die Anliegen der Kleingärtner aufgreifen werden. Auch da müssen wir den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz beachten, aber wir haben uns zwischen den Ressorts Innen, Justiz und Landwirtschaft darauf verständigt, die Zweitwohnungssteuer unter bestimmten Voraussetzungen, die im Bundeskleingartengesetz definiert sind, für Mecklenburg-Vorpommern zu verbieten. Das wird Ihnen präsentiert und dann müssen Sie abwägen, ob Sie dem folgen können oder nicht.

(Beifall Angelika Peters, SPD)

Eine zweite Forderung aus der Reihe der Kleingärtner ist die Stundung von Erschließungs-, Straßenbau- und Anschlussbeiträgen. Die Forderung, in Kleingartengebieten sämtliche Erschließungs-, Straßenbau- und Anschlussbeiträge zinslos zu stunden, wird vom Landesverband der Gartenfreunde, dem Verband deutscher Grundstücksnutzer und vom Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer in Mecklenburg-Vorpommern erhoben. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes vom 17. Mai 2002, welches wegen der Verfassungswidrigkeit des Paragraphen 20 des Schuldrechtsanpassungsgesetzes in der ursprünglichen Fassung notwendig geworden war. Nach der Neuregelung können die Nutzer von Erholungs- und Gartengrundstücken an den öffentlichen Lasten des Grundstückes unter anderem durch Beiträge beteiligt werden. Mit der geforderten zinslosen Stundung soll dies einseitig zu Lasten der kommunalen Haushalte abgewendet werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Nein, von den Einrichtungen.)

Einer derartigen Privilegierung von Kleingärtnern kann aus meiner Sicht und aus Sicht der kommunalen Ebenen nicht zugestimmt werden,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Aber aus unserer Sicht.)

aber das schließt nicht aus, dass in einzelnen Härtefällen nach den bereits geltenden Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes Zahlungserleichterungen, auch Stundungen oder ein Abgabenerlass vorgesehen werden kann. Nur es geht nicht pauschal, da muss man sich die einzelnen Fälle angucken.

Eine weitere Forderung – allerdings, soweit ich das übersehe, Herr Ringguth, nicht von den Kommunen, sondern von den Betrieben, also von der Wirtschaft – ist die degressive Wasser- und Abwassergebührengestaltung, Stichwort Mengenrabatte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Von den Kammern,
von den Kammern, Herr Minister!)

Und von den Kammern.

Also alle, die auf der Wirtschaftsseite stehen, fordern das,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und Sie sagten vorhin, dass auch die Kommunen dies fordern würden. Was ich immer höre, ist, dass die Kommunen dies gerade ablehnen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber wir können darüber gern sprechen.

Ich will Ihnen sagen, wie wir als Landesregierung dieses Problemfeld sehen. Dieser Vorschlag ist umstritten, wie so vieles in diesem Kommunalabgabengesetz. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir als Landesregierung die Ansiedlungspolitik des Wirtschaftsministers und auch natürlich der Kommunen in diesem Bereich so weit es geht unterstützen werden. Eine derartige gesetzliche Regelung wird zwar insbesondere vom Städte- und Gemeindetag abgelehnt, ich halte aber ein Entgegenkommen gegenüber der Wirtschaft für richtig. Ich muss allerdings als Kommunalminister sagen, dass wir zwar diese Diskussion mit den Kommunen zu Ende führen müssen,

aber wenn man insgesamt die Änderungswünsche zum Kommunalabgabengesetz bewertet, will ich als Kommunalminister darauf hinweisen, dass wir nicht alle Konfliktfälle zu Lasten der Kommunen entscheiden können. Das halte ich für ausgeschlossen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

weil wir sonst diese berühmte Diskussion in den Kommunen nicht mehr in den Griff bekommen. Denn die Kommunen haben den Eindruck, man hätte gerade in der schwierigen Finanzlage, die wir derzeit haben, deren Probleme nicht verstanden. Und genau das wollen wir nicht.

Ich komme zu einer weiteren Forderung, in diesem Falle einer Forderung der kommunalen Ebene, insbesondere des Städte- und Gemeindetages zur Ausdehnung der Verwendungsbreite der Fremdenverkehrsabgabe. Bislang darf die Fremdenverkehrsabgabe in unserem Bundesland nur zur Finanzierung der kommunalen Fremdenverkehrswerbung eingesetzt werden. Dieser enge Verwendungszweck ist bundesweit einmalig und steht deshalb dringend notwendigen flexibleren Anwendungsmöglichkeiten für die von Kur- und Erholungsorten geprägten Kommunen in unserem Bundesland entgegen. Der Städte- und Gemeindetag fordert wie gesagt diese flexible und deregulierte Anwendungsmöglichkeit. Wir halten das für richtig, aber auch da gibt es wiederum Widerstand von der Wirtschaftsseite. Und wie gesagt, wir müssen insgesamt am Ende einen ausgewogenen Gesetzentwurf bekommen.

Eine weitere Forderung betrifft die Änderung im Anschlussbeitragsrecht bei Wasser und Abwasser, nämlich den Ersatz der zwingenden Beitragserhebungspflicht durch eine Kann-Vorschrift. Auch dazu will ich etwas sagen. Nach unserer Auffassung soll es zukünftig zugelassen werden, Wasserversorgungs- oder Abwasserentsorgungseinrichtungen ausschließlich durch Benutzungsgebühren zu finanzieren, so, wie es in den meisten anderen Bundesländern heute schon möglich ist und auch hier im Lande von einigen kommunalen Aufgabenträgern gewünscht wird. In einigen Fällen könnte dadurch auch das Problem der Anschlussbeitragspflicht für so genannte altangeschlossene Grundstücke erleichtert werden. Ich komme darauf noch extra zu sprechen.

Während etliche Verbände, zum Beispiel der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft, die Industrie- und Handelskammern, der Unternehmerverband und der Verband Haus und Grund, der Verband deutscher Grundstücksnutzer, und der Landesrechnungshof dies begrüßen, sagen die kommunalen Landesverbände – einige Kommunen wie gesagt haben sich dazu anders geäußert – als Interessenverbände der Kommunen insgesamt, dass sie dagegen votieren. Insbesondere der Städte- und Gemeindetag lehnt diesen Vorschlag sehr nachhaltig ab. Auch hier sind wir in Abstimmungsgesprächen.

Ich halte die Änderung des Kommunalabgabengesetzes in diesem Sinne für sinnvoll. Und wir sollten hier, ich sage mal, der Flexibilisierung ein Stück weit entgegenkommen und sollten dann aber auch an dieser Stelle das Gespräch mit der kommunalen Ebene – in diesem Falle also mit den Verbänden, nicht mit den Kommunen, die wollen das ja, aber die Verbände wollen es nicht – weiterführen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ist das nicht seltsam?!)

Ja, das ist so, wie es ist. Aber Sie haben ja gesagt, ich soll mich beeilen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Ich sage Ihnen eins: Ich bin dafür, dass wir eine solide Arbeit hinlegen und dann lieber einen Monat dranhängen, als jetzt ins Stolpern zu kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Gabriele Schulz, PDS –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Der vorletzte von mir anzusprechende Punkt ist folgender: altangeschlossene Grundstücke. Sie haben es angesprochen und das OVG-Urteil erwähnt. Von verschiedenen Seiten wird nach wie vor die Forderung erhoben, durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes dafür zu sorgen, insbesondere auch auf Seiten der PDS, dass die so genannten altangeschlossenen Grundstücke keiner Beitragspflicht mehr unterliegen. Auch der Landtag hat eine entsprechende Forderung über den Petitionsausschuss an den Innenminister weitergereicht. Da die Beitragspflicht nach der gefestigten Rechtsprechung des OVG in Greifswald aus dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz folgt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wie Sie zitiert haben, erscheint für uns eine landesrechtliche Sonderregelung in hohem Maße rechtlich problematisch. Auch der Landesgesetzgeber – also Sie als Landtag – hat sich an das Grundgesetz und an die Landesverfassung zu halten, somit auch den Gleichheitsgrundsatz selbst in seinen Landesgesetzen zu beachten.

Außerdem ist ungeklärt, welche Auswirkungen dies auf die Finanzen der kommunalen Aufgabenträger hätte und was hinsichtlich der bereits erhobenen Anschlussbeiträge dann, wenn sie nicht mehr erhoben werden sollen, gelten soll. Deswegen muss es grundsätzlich aus unserer Sicht dabei bleiben, dass Investitionen vor 1990 abgegolten sind mit Ausnahme derer, die über eine Altschuldenregelung heute noch bedient werden müssen. Grundsätzlich aber abgegolten sind Investitionen nach 1990, die durch Beiträge nach wie vor refinanziert werden können auch bei altangeschlossenen Grundstücken,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

nämlich dann, wenn in die Anlage investiert wurde, obwohl vor dem Grundstück nichts sichtbar geworden ist. Auch dann muss jemand, der vor 1990 angeschlossen war, mit dazu beitragen, dass es zu einer Refinanzierung der Investition kommt. Aber das ist nun gerade das Problem, das wir jüngst, zum Beispiel in Teterow, sehr intensiv in einer öffentlichen Diskussion vor Augen geführt bekommen haben.

Letzter Punkt für heute – das ist noch nicht der letzte für die Gesamtproblematik, das haben wir ja dann noch vor uns – ist die Forderung nach einer Beitragsbegrenzung bei übergroßen Grundstücken. Hier wird vor allem aus dem kommunalen Bereich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im ländlichen Raum, also in den Dörfern unseres Landes, bestimmte Grundstücke so groß sind, dass eine aus Sicht der Bürger ungerechte Belastung dieser Grundstücksbesitzer mit Beiträgen zu Buche schlägt. Wir haben diese Forderung aufgegriffen als zuständiges Ministerium,

(Martin Brick, CDU: Das gab es schon mal.)

mussten uns aber bislang verfassungsrechtlichen Bedenken,

(Martin Brick, CDU: Die Straßenfront
war 25 Meter in der Tiefe.)

die uns gegenüber erläutert worden sind, beugen. Ob wir uns permanent beugen, das müssen wir dann noch im Innenausschuss beraten. Aber wie gesagt, auch da gibt es verfassungsrechtliche Bedenken, die wir uns sehr genau ansehen müssen, und dann müssen wir sie bewerten.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Kommunalabgabengesetz eine große Fülle von Konfliktbereichen auf dem Tisch. Alle diese Punkte müssen solide Zug um Zug abgearbeitet werden. Jede einzelne Änderung einer Vorschrift des bestehenden Kommunalabgabengesetzes ginge, wenn man alle Forderungen zusammennimmt, ich habe es schon erwähnt, zu Lasten der kommunalen Ebene, also zu Lasten der einzelnen Kommunen. Das kann eigentlich nicht unsere Absicht sein. Deswegen müssen wir sehr genau abwägen, wie wir im Einzelnen entscheiden.

Hilfreich wäre es allerdings nun auch für die heutige Debatte, wenn wir aus der CDU mal hier oder da wenigstens eine Lösung präsentiert bekämen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kommt, kommt noch!)

für manch einen einzelnen Fall. Dann, glaube ich, kommen wir weiter. Ich glaube, nur Fragen aufzulisten, bringt uns am Ende nicht weiter, sondern der Gesetzgeber – das sind ja auch Sie, Herr Dr. Jäger –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

will und muss Antworten geben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie Ihren
Gesetzentwurf vorlegen, werden wir das tun.)

Und da bin ich sehr gespannt auf Ihre Rede. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kommunalabgabengesetz mit seinen rund zwei Dutzend Paragraphen hat zwar, was die Paragraphenanzahl angeht, weniger aufzubieten als der Entwurf eines Seilbahngesetzes für unser Land,

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

aber wenn wir uns die politische Bedeutung dieses Gesetzes anschauen und uns ansehen, wie viel Geld auf der Basis dieses Gesetzes bewegt wird, dann wissen wir, dass dieses Gesetz zu den wahrhaft wichtigen in unserem Land gehört. Und bei wichtigen Gesetzen – natürlich bei allen Gesetzen, aber gerade bei wichtigen Gesetzen – muss man jede Diskussion und jede Bestrebung um eine Veränderung sehr ernst nehmen und sehr wohl abwägen.

Nun hat uns die CDU – wir haben gestern darüber gesprochen – einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie einen Punkt, einen der zahlreichen Fragen, die im Kom-

munalabgabengesetz geregelt sind, aufgreift und uns einen ganz konkreten Vorschlag macht, nämlich zum Thema Jagdsteuer.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben das ja alle noch in Erinnerung. Heute nun haben wir einen weiteren Antrag vorliegen, der keinen konkreten Formulierungsvorschlag enthält, sondern nur drei Problembereiche benennt, nämlich die Bereiche Kleingärtner, Großabnehmer, Altanschießer.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich bin sehr wohl mit Ihnen einer Meinung, dass dieses Themenkomplexe sind, bei denen es in der Tat eine Reihe von Fragen, eine Reihe von Diskussionen und vielleicht auch Handlungsbedarf gibt. Darüber muss man selbstverständlich reden. Aber als ich diesen Antrag gesehen habe, da war ich ein wenig enttäuscht, auch wenn hier drei richtige Fragenkomplexe genannt werden. Ich war enttäuscht, weil eine ganze Fülle von Fragen, die in der politischen Praxis, die in der kommunalen Praxis von mindestens gleicher, wenn nicht größerer Bedeutung sind, hier von Ihnen einfach nicht angesprochen werden, sondern da steht die Formulierung „unter anderem“, da kann man sich ja allerhand hineindenken. Aber die wahrhaft großen Themen, auch groß, was das Finanzvolumen angeht, das an ihnen hängt, die werden von Ihnen hier nicht angesprochen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Wenn wir über das Kommunalabgabengesetz sprechen, meine Damen und Herren, dann machen wir, um es sportlich auszudrücken, eine Art abgabenrechtlichen Zehnkampf. Und in diesem abgabenrechtlichen Zehnkampf hat in der ersten Disziplin – das war die Disziplin Jagdsteuer – die CDU eine respektable Leistung abgelegt. Sie hat uns nämlich einen Vorschlag gemacht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ist das nicht schön?! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In den Disziplinen zwei bis vier – das sind die Disziplinen Kleingärtner, Großabnehmer und Altanschießer – hat die CDU sich zwar für den Wettbewerb der besten Ideen gemeldet, ist aber dann nicht an den Start gegangen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch.)

Und für alle weiteren Wettbewerbe hat sie sich nicht einmal gemeldet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Kollege Ringguth, diese Spiele richtet die Realität aus, denn in der Realität haben Sie zwar drei Fragen genannt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer arbeitet denn hier im Profilager, Herr Müller?!)

aber zu diesen drei Fragen – der Innenminister hat schon völlig korrekt darauf hingewiesen – keine Antworten gegeben. Und wo ist Ihre Antwort auf die Frage, die Sie sich nicht einmal stellen, ob es sinnvoll ist, von der Beitragspflicht zum Beitragsrecht zu kommen? Wo ist Ihre Antwort auf die Frage, die Sie sich nicht einmal stellen, was denn zukünftig Basis für Abschreibungen bei der Gebührenberechnung sein soll?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Wo ist die Antwort auf die Frage, die Sie sich nicht einmal stellen, ob zukünftig wie bisher beitragsfinanzierte Anlagenteile mit Basis der Abschreibungsberechnung sein sollen? Wo ist die Antwort auf die Frage, die Sie sich nicht einmal stellen, ob auch zukünftig zuschussfinanzierte Anlagenteile in die Abschreibungsberechnung mit eingehen sollen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das gibt es doch alles schon in der Republik. Gucken Sie doch mal über den Tellerrand!)

Wo ist die Antwort auf die Frage, die Sie sich nicht einmal stellen, wie denn Übergangsprobleme zu lösen sind, wenn wir hier zu Änderungen kommen? Wo ist die Antwort auf die Frage, die Sie sich offenkundig nicht einmal stellen, wie wir mit besonders großen Grundstücken –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

der Innenminister hat das Problem angesprochen – umgehen? Und ich will noch hinzufügen: Was ist Ihre Antwort auf die Frage, wie wir mit Grundstücken umgehen, die von ihrer Nutzung her eingeschränkt sind, beispielsweise weil Denkmalschutz oder andere Bestimmungen eine freie bauliche Nutzung verhindern?

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Das, lieber Kollege Ringguth, sind die Fragen der Praxis und das ist der Zehnkampf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und zu diesen Fragen, in diesen Disziplinen haben Sie sich überhaupt nicht gemeldet.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Von der Frage Fremdenverkehrsabgabe will ich jetzt einmal gar nicht reden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber Sacharbeit machen wir in den Ausschüssen, nicht hier!)

Lieber Kollege Ringguth, ich war doch ...

(Volker Schlotmann, SPD: Nee, das stimmt, hier machen Sie keine Sacharbeit!)

Hier machen Sie keine Sacharbeit. Dieser Feststellung stimme ich außerordentlich gerne zu, das heißt mit einer Einschränkung. Ihr Antrag zum Thema Jagdsteuer war ja durchaus Sacharbeit. Da haben Sie sich tatsächlich geoutet,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

haben den Mut gehabt zu sagen, was Sie denn politisch wollen, und haben hier einen klaren Antrag gestellt. In den anderen Fragen des KAG stellen Sie teilweise nur die Fragen, ohne eine Antwort zu geben, und teilweise stellen Sie noch nicht einmal die Fragen, geschweige denn, dass Sie die Antworten geben. Nun frage ich mich, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kommen Sie mal mit zu den Zweckverbänden!)

Oh, ich rede mit denen sehr viel, Herr Dr. Jäger, und deswegen kenne ich diese Fragen und Probleme und umso mehr habe ich mich gewundert,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dass Sie diese Fragen und Probleme nicht aufgreifen. Sie kennen die Probleme doch. Ich will das Ihnen gar nicht unterstellen, dass Sie die nicht kennen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn Herr Kollege Ringguth in der Straßenbahn, vielleicht in Rechlin in der U-Bahn oder sonst wo einen Gesetzentwurf findet, ...

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

In der Seilbahn?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

... dann, lieber Kollege, kennen Sie doch diesen Entwurf und dann kennen Sie die großen Probleme, die dort angesprochen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, eine ganze Menge.)

Ich meine insbesondere die ganzen Fragen, die mit dem Thema Abschreibungen in Verbindung stehen. Und dann wäre ich sehr darauf gespannt, von der CDU Antworten zu bekommen, aber das tun Sie nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, aber nicht als Gesetzentwurf.)

Das tun Sie nicht, sondern Sie greifen nur die Fragen auf, die in der Öffentlichkeit von bestimmten Interessengruppen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

was legitim ist, diskutiert werden und in die Öffentlichkeit gebracht werden. Und dann stelle ich mir die Frage:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sind Sie eigentlich wirklich an einer ernsthaften und einer sachorientierten Diskussion interessiert

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

oder wollen Sie Interessengruppen zeigen, wir, die CDU, greifen eure Interessen auf?

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Ich glaube nicht, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie diese Probleme nicht kennen. Ich glaube, Sie kennen sie sehr wohl. Was der CDU fehlt,

(Torsten Renz, CDU: Na?)

ist nicht die Kenntnis der Probleme. Was der CDU fehlt, ist die Kompetenz, diese Probleme zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und was der CDU fehlt, meine Damen und Herren, ist der Mut, in Fragen, in denen man es nicht allen recht machen kann und wo jede Lösung zwar dem einen gefällt, dem anderen aber nicht gefällt,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und solche Probleme haben wir zuhauf im Kommunalabgabengesetz, in solchen schwierigen und politisch heiklen Fragen eine Meinung zu beziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneter der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir sehen das etwas anders. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und das nenne ich politikunfähig.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit, meine Damen und Herren, bleiben Sie an der Oberfläche hängen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

kratzen an der Oberfläche, benennen ein paar Probleme, aber mehr tun Sie nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Gehen Sie doch mal mit mir raus!)

Und wenn Sie uns dann sagen, Herr Dr. Jäger, Sie müssten ja die Regierung treiben und es sei Aufgabe der Opposition, sie zum Handeln zu bringen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so. Das haben Sie gut beobachtet!)

Ja, ich habe Ihnen ja zugehört, im Gegensatz zu mir. Bei mir reden Sie nur. Das ist auch so eine Art verbale Inkontinenz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Hören Sie mir doch wenigstens mal zu!

Wenn Sie meinen, Sie müssten die Regierung treiben, ich glaube, Sie haben an den Ausführungen des Innenministers gehört, dass die Regierung handelt und dass die Regierung in einer Phase ist, in der man eine Fülle von Stellungnahmen – und wir beide kennen die Stellungnahmen in vielen Punkten, nicht alle, aber viele –, sehr kontroversen Stellungnahmen gegeneinander abwägen muss. Ich glaube, dieses muss man sehr sorgfältig und mit sehr viel Fingerspitzengefühl tun. Irgendwann muss man auch entscheiden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ja.

Dazu gehört Mut und dazu gehört Stärke, die ich bei Ihnen, wie gesagt, vermissem.

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Aber was bei der Regierung nicht zu finden ist – und das finde ich sehr gut –, ist die Neigung zu Schnellschüssen und zu sagen, ich springe auf das, was gerade up to date und populär ist, sondern hier findet in der Tat eine schwierige Interessenabwägung statt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich halte sehr viel davon, dass man erst denkt und dann handelt. Sie mögen das gern anders sehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Gabriele Schulz, PDS)

Wenn wir also Ihren Antrag zusammenfassen und werten, dann muss ich feststellen, dieser Antrag dient in allererster Linie dazu, bestimmten Interessengruppen, die übrigens sehr honorierte Interessengruppen sind, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö, nö.)

Ich habe überhaupt nichts gegen Kleingärtner und ich habe überhaupt nichts gegen Kammern, die hier die Interessen der Wirtschaft vertreten,

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Torsten Renz, CDU:
Das hört sich aber anders an!)

und ich habe überhaupt nichts gegen andere Gruppen, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Aber das Einzige, was Sie als Ziel verfolgen, ist, diesen Interessengruppen den Eindruck zu vermitteln, dass Sie, die CDU, für diese Interessengruppen etwas tun. Ich glaube, damit spielen Sie denen etwas vor, denn Sie werfen Fragen auf, die ohnehin debattiert werden, und Antworten auf diese Fragen geben Sie nicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist also ein gutes Stück Kommunalwahlkampf, den Sie uns hier präsentieren. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fragen, die Sie aufwerfen, sind ja die richtigen. Und es schadet nicht, ...

(Torsten Renz, CDU: Ich denke,
wir werfen keine Fragen auf?!)

Doch, drei Stück von vielleicht zehn oder zwölf, die wichtig sind, die übrigen haben Sie vergessen, zufällig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee! Nee, nee!)

Es schadet nicht, meine Damen und Herren, wenn wir auf den Haufen von Fragen, der dort von den Betroffenen, von den kommunalen Verbänden, von der Wirtschaft, von Interessenverbänden, wie beispielsweise den Kleingärtnern, von vielen anderen, von den Zweckverbänden, liegt, Ihre drei Fragen, die, wie gesagt, als Fragen ja nicht so falsch sind, mit hinzulegen. Wir werden deshalb Ihren Antrag in den Ausschuss überweisen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nein!)

nicht weil wir glauben, dass es so zwingend notwendig ist und dass wir diese Fragen sonst nicht gehabt hätten, sondern weil wir Ihnen zeigen wollen, wir sind in der Tat an einer sachorientierten Auseinandersetzung interessiert. Vielleicht schaffen Sie es ja tatsächlich noch, außer zum Thema Jagdsteuer noch zu einem zweiten Thema einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ich würde mich sehr freuen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schulz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem uns die Opposition gestern in einer Einzelfrage des Kommunalabgabengesetzes – Herr Müller hat eben auch schon darauf hingewiesen –, nämlich der Jagdsteuer beziehungsweise ganz konkret deren Abschaffung, einen wirklich kompletten Gesetzentwurf präsentierte, wenn der auch schon etwas alt war, so kommt die CDU-Fraktion, das haben wir wohl inzwischen jetzt alle, die noch hier sind, zur Kenntnis genommen, heute deutlich, deutlich bescheidener daher.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was
haben Sie eigentlich für ein Problem?)

Meine Damen und Herren, die Chronologie kommunalabgabenrechtlicher Regelungen in Mecklenburg-Vorpommern lässt auf interessante Weise gleichzeitig ein Bild vom

heutigen Zustand der Opposition erkennen. In der ersten Legislatur dieses Landtages entstanden unter maßgeblicher Federführung der CDU gleich zwei Kommunalabgabengesetze, zunächst 1991 unter dem damaligen Innenminister Dr. Diederich und das zweite dann Mitte 1993 unter seinem Nachfolger Herrn Lothar Kupfer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Beide sind für die Lösung gegenwärtiger Probleme nur unzureichend geeignet.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Genau!)

Und das wiederhole ich noch einmal sehr deutlich: beide, also das geltende und dessen Vorgänger.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Aber – und damit komme ich noch einmal auf unsere heutige Opposition zurück – wer in der ersten Legislatur zwei Kommunalabgabengesetze vorlegt, sollte in der vierten nicht lediglich drei Fragen an die Landesregierung stellen, die Sie hier als Antrag aufschreiben. Das ändert dann auch nichts an der Tatsache, Herr Ringguth, dass wir uns in kommunalpolitischen Fragen in der Sache in den letzten Wochen und Monaten sogar einigen konnten im Innenausschuss. Das war auch nicht das, was ich gestern mit dem Bonbon meinte, sondern die Frage war einfach, die Jagdsteuer hochzuziehen und die anderen Fragen nicht zu beantworten.

Meine Damen und Herren, wenn der vorliegende Antrag also nur drei relevante Fragen benennt, die Regelungen für die Kleingärtner, die Großabnehmer, für Altanschlößer, dann sagt das zunächst, auch der CDU sind die Probleme gut bekannt, die sich auf der Grundlage des geltenden Kommunalabgabengesetzes von 1993 ergeben. Und wenn die Opposition im Unterschied zur Frage der Jagdsteuer dazu keinen Gesetzentwurf vorlegt, dann spricht dies auch für sich.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich möchte hier deutlich sagen: Das ist weder Häme noch Schelte, was ich eben gesagt habe, sondern vor allem ist es als Bitte gedacht, das Thema Kommunalabgaben – denn es ist wahrlich heiß genug – sachlich zu behandeln, und das sage ich auch wie mein Vorredner Herr Müller gerade mit Blick auf den Wahlkalender.

Das Hauptproblem des kommunalen Abgaberechts ist doch weitgehend parteipolitisch neutral definiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum
machen wir das dann nicht?)

Die Kommunen sind auf die Einnahmen durch die Kommunalabgaben in hohem Maße angewiesen, auch um den Anforderungen der kommunalen Selbstverwaltung gerecht zu werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Kommunalabgabengesetznovelle hat also einerseits die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen rechtsicher zu gestalten und zu stabilisieren, ein Füllhorn haben wir indes nicht zu erwarten.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Andererseits soll im Interesse der Bürger eine Stabilität bei Gebühren und Beiträgen, sogar, so formulieren viele, möglichst deren Senkung erreicht werden. Diese Lö-

sungsansätze müssen sich dann auch noch zwischen Europa-, Bundes- und Landesgesetzgebung sowie kommunalem Satzungsrecht bewegen. Es ist also ziemlich klar, meine Damen und Herren, die Kommunalabgabengesetznovelle fordert den politischen Willen des Landesgesetzgebers.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir müssen uns hierbei bewusst sein, dass jede abgabenrechtliche Privilegierung, also die gesetzliche Durchsetzung von Interessen einzelner Gruppen, ob Jäger, Großeinleiter, Altangeschlossene oder Kleingärtner, zu höheren Belastungen der kommunalen Haushalte führt beziehungsweise führen kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Mit der so genannten Kleingartenproblematik sind eine ganze Reihe von Fragen verbunden, die auch durch eine Kommunalabgabengesetznovelle klargestellt sind. Ich nenne nur noch einmal Nutzungsentgelte und Pachten, Kanalananschlussbeiträge, Straßenausbaubeiträge, Gebühren, auch im Bereich der Müllgebühren, Steuern, insbesondere die Zweitwohnsitzsteuer.

Meine Damen und Herren, im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern darf ich davon ausgehen, dass uns und der Landesregierung die traditionell besondere Bedeutung des Kleingarten- und Erholungswesens, des Tourismus bekannt ist. Diesbezügliche Aussagen der Ziffer 88 des Koalitionsvertrages sind eindeutig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat doch mit dem Tourismus nichts zu tun.)

Das Land wird die ehrenamtliche Tätigkeit der Kleingärtner weiter konsequent unterstützen und darauf hinwirken, steuerliche sowie kommunalrechtliche Regelungen in diesem Sinne anzuwenden. So soll die Zweitwohnsitzsteuer für gemeinnützige Kleingärten grundsätzlich nicht erhoben werden. Ich gehe davon aus, dass mit dieser politischen Aussage die Zielrichtung der diesbezüglichen Kommunalabgabengesetznovelle klar ist. Herr Timm hat Problemfelder vorhin ebenfalls genannt. In der konkreten regelungstechnischen Klärung dieser Frage werde ich mich hüten zu behaupten, regelungsfertige Antworten allein zu haben. Hier ist die Landesregierung mit ihrem Sachverstand gefragt. Das heißt, ich wünsche mir – und es geht letztlich allen so – fundierte Lösungen, die über Jahre Bestand haben, und keine politische Kesselflickerei, die die Probleme nur hin und her schiebt und nicht löst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja, seit 1998.)

Meine Damen und Herren, von besonderer politischer Brisanz sind die Anschlussbeiträge bei den so genannten altangeschlossenen Grundstücken. Das entsprechende Normenkontrollurteil des Oberverwaltungsgerichts Greifswald vom 15. November 2000 – es ist schon zitiert worden – mag hier rechtlich gesehen für mehr Klarheit gesorgt haben. Demnach wäre das Einstellen eines Wertes einer Altanlage nur dann zulässig, wenn der neue Aufgabenträger auch eventuelle Verbindlichkeiten, also Kredite, übernommen hat. Rechtsfrieden in der Altanschießerfrage hat sich damit aber nicht automatisch eingestellt. Ich verweise beispielhaft auf die Beratungen, von denen im „Nordkurier“ berichtet wurde, und auch auf die konfliktreichen Beratungen in der Stadtvertretung Stavenhagen.

Meine Damen und Herren, auch hierbei hat der Landesgesetzgeber meines Erachtens Gestaltungsraum. Ob

beispielsweise eine Stichtagsregelung sinnvoll sein kann, kann ich ebenfalls nicht allein umfassend bewerten. Dass meine Fraktion sich aber für gerechte Anschlussbeiträge und Gebühren einsetzen wird, darf ich allerdings feststellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was heißt das?)

Ich ermuntere deshalb am Ende meiner Rede unsere Landesregierung, entsprechende Lösungsvorschläge der parlamentarischen Beratung zuzuleiten und durch mögliche Alternativlösungen politischen Entscheidungen zugleich Raum und Sicherheit zu geben, um die Debatte zum Kommunalabgabengesetz im Landtag sachlich fortzusetzen und entsprechend zu realisieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schulz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Jäger. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit ich es nicht vergesse: Herr Kollege Müller hat angekündigt, er sei mit einer Überweisung in die Ausschüsse einverstanden. Ich beantrage die Überweisung in den Innenausschuss federführend, in den Rechtsausschuss, da der Innenminister auf verfassungsrechtliche Probleme aufmerksam gemacht hat, mitberatend.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist sicher nicht unziemlich, Herr Müller, wenn wir seit 1998 nach Ankündigungen dieser damaligen Koalition, die in etwas veränderter zahlenmäßiger Besetzung wiedergewählt worden ist und jetzt wieder hier sitzt – denn in der damaligen Koalitionsvereinbarung der 3. Wahlperiode, Nummer 67 steht, dass man eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes einleiten will –, im Jahr 2004, das sind jetzt fast sechs Jahre, nachfragen: Wie weit seid ihr denn? Und es ist nicht etwa die Frage, dass wir nicht wüssten, dass es Entwürfe gibt, sondern wir wissen sehr wohl, dass es einen Entwurf gibt. Aber wir wissen auch, dass Sie sich offenbar nicht einigen können. Wir wissen, dass seit dem 03.06. des letzten Jahres das Ding da ist. Natürlich wissen wir das, von denen, die angehört werden, logischerweise. Die wären auch sicher nicht gut beraten, wenn sie uns davon ausnehmen würden, denn unser Sachverstand wird da übrigens gefragt, Herr Müller. Da wird er gefragt. Sie wissen, bei den Beratungen, die wir beim Städte- und Gemeindetag ab und zu haben, ist er richtig erbeten.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Nur, meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, dass einen die Geduld verlässt, wenn es Riesenprobleme bei den Zweckverbänden unseres Landes gibt. Sie wissen, dass das mit den Altanschießern ein Problem ist, das sehr unterschiedlich im Lande aufgetreten ist, und dass das gesamte Beitragsrecht in unserem Lande durcheinander gekommen ist. Ich will da gar nicht in die Einzelheiten gehen, aber der eine oder andere von uns, der praktisch damit arbeitet, weiß das. Und wenn Sie dann sagen, also jetzt werde doch mal nicht so ungeduldig, der Innenminister sagt, wir wollen in Ruhe prüfen. Herr Minister, Sie haben jetzt irre lange Zeit gehabt und das Urteil, um das

es da geht, ist Jahre alt, das ist Jahre alt. Sie könnten längst etwas tun und Sie müssen jetzt bitte etwas tun. Allerdings wenn Sie weiter so darangehen, wie Sie das hier gesagt haben, dann werden Sie nicht zu Potte kommen. Wenn Sie die Grundbegriffe hier miteinander verwechseln, wenn Sie sagen, Veränderungen in der Gebührenstruktur zugunsten zum Beispiel von größere Mengen abnehmenden Unternehmen führen dazu, dass die kommunalen Haushalte die Lasten tragen müssen, dann kann ich nur sagen: Kostenrechnende Einrichtungen haben kostendeckende Gebühren zu erheben. Gucken Sie einmal ins Gemeindehaushaltsrecht, gucken Sie einmal ins KAG, dann werden Sie das feststellen und dann sind wir vielleicht einen Schritt weiter! Vielleicht bringt die heutige Debatte Sie ja dazu, sich einmal beraten zu lassen. Und, Frau Schulz, Sie sind dem gefolgt.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Der Innenminister hat leider nicht immer Recht, habe ich festgestellt.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber meistens.)

Sie sind dem gefolgt. Der kommunale Haushalt darf überhaupt nicht dadurch tangiert werden. Und, meine Damen und Herren, was auch nicht so sein dürfte und hoffentlich auch nicht so ist: Die Kommunalabgaben sind nicht dafür da, dass Gewinne in die kommunalen Haushalte abgeführt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals ist zulässig, nicht mehr. Das heißt also, was Sie da geredet haben, geht von vollkommen falschen Voraussetzungen aus.

Und jetzt verstehen Sie bitte unsere Ungeduld. Es gibt Unternehmen, bei denen es eine Rolle spielt, wie teuer das Wasser und insbesondere auch die Behandlung ihres Abwassers ist.

(Gabriele Schulz, PDS: Eben, eben!)

Ich will jetzt nicht nur von Brauereien reden. Da weiß mein Schweriner Kollege, dass das ein Problem ist.

(Gabriele Schulz, PDS: Da gibt es auch Milchwirtschaftsbetriebe.)

Ich will nicht von Molkereien reden, ich will nicht von Lebensmittelbetrieben reden. Da weiß hoffentlich der Landwirtschaftsminister, wovon ich gerade rede.

Meine Damen und Herren, für die drei Bundesländer, die entsprechende Regelungen haben, gilt, Herr Innenminister, auch das Grundgesetz. Also wenn Sie uns hier erzählen, das sei grundgesetzlich so festgeschrieben, das ist nicht so. Es gibt das Äquivalenzprinzip, es gibt den Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3, aber die Kommunalabgabengesetze der 16 Bundesländer haben unterschiedliche Regelungen innerhalb der vom Grundgesetz zugelassenen Bandbreite. Und das, Herr Innenminister, muss man diskutieren. Wir erwarten eigentlich ganz schnell, dass Sie Ihren Entwurf nun einbringen, und dann werden wir in den Ausschüssen in sehr sachdienlicher und sehr fachdienlicher Art darüber reden. Natürlich werden wir auch verlangen, dass mit den Betroffenen dann gesprochen wird, natürlich hätten wir gern die kommunalen Landesverbände gehört zu Ihrem Entwurf. Aber zu dem, was wir als Landtag nicht auf dem Tisch haben, dazu können wir niemanden anhören. Also insofern, meine

Damen und Herren: Eile tut Not und Sie schaden im Grunde der Wirtschaft in ganz erheblichem Maße!

Jetzt habe ich ein Riesenproblem mit Ihren Ankündigungen. Sie erzählen uns immer, sie kämen demnächst und wir sollten doch gefälligst erst einmal einen Gesetzesentwurf einbringen. Herr Kollege Müller, Sie haben das so schön gesagt, da wart ihr einmal konkret. Übrigens war das, das wissen Sie ja, nicht mit der Jagdsteuer, das war praktisch ein Antrag, den haben wir schon einmal eingebracht, den haben Sie dann locker abgelehnt,

(Heinz Müller, SPD: Ja, dazu habe ich auch was gesagt, habe ich was zu gesagt.)

so, wie Sie manchmal so sind, nach Lust und Laune. Den haben wir noch einmal gebracht. Nun ist er, weil der Landwirtschaftsminister sich irgendwo ...

(Heinz Müller, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen lerne ich dazu. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Ja, Herr Müller, das gestehe Ihnen zu. Also, solange wie wir uns kennen, Sie haben einen erheblichen Entwicklungsprozess hinter sich, einen sehr positiven. Das gestehe ich Ihnen gerne zu.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD, und Gabriele Schulz, PDS –

Heinz Müller, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, ja!)

Nein, Herr Kollege, ich glaube, wir haben einen gemeinsamen Prozess. Wir haben nämlich gelernt, mit den kommunalen Problemen im Ausschuss so umzugehen, wie es dort angemessen ist. Ich würde mir noch wünschen, dass das auf das Plenum durchschlägt, wenn wir bitten, dass nun endlich etwas geschieht im Sinne der Kommunen draußen. Es sind im Wesentlichen im ländlichen Raum die Zweckverbände, die die Probleme abzuwälzen und zu wälzen haben. Wenn das so ist, dann folgen Sie doch bitte einmal der Vernunft! Sie wissen es doch längst. Sie haben ja selber gesagt, dass Sie draußen waren. Sie wissen doch ganz genau, dass wir hier nicht aus dem hohlen Bauch reden. Ich kann Ihnen zu den drei Beispielen, die waren wirklich gravierend, 15 andere bringen, ob wir jetzt die Handtüchergrundstücke nehmen oder was auch immer, also die überlangen Grundstücke und all den ganzen Kram. Übrigens, das ist unter Fachleuten überhaupt nicht strittig, dass da Regulierungs- und Regelungsbedarf besteht.

Apropos Deregulierung, wir könnten mit einer vernünftigen Regelung im KAG so manche Schwierigkeit in unseren kommunalen Abgabensatzungen lösen mit klaren gesetzlichen Regelungen. Sie haben die Frage der Kosten, der Berücksichtigung von Kosten, also der kalkulatorischen Kosten, insbesondere Abschreibungen und Zinsen, angesprochen, von welchem Kapital wir die Zinsen rechnen, wie wir die Beiträge auflösen, alles, was Fachleute wissen, was Sie auch wissen. Ich verstehe nur Ihre Geduld nicht. Draußen brennt es! Draußen brennt es in der Wirtschaft!

(Gabriele Schulz, PDS: Dann frage ich mich wirklich, warum Sie keinen Antrag eingebracht haben.)

Meine Damen und Herren, für einen abwasserintensiven Betrieb ist es eine Existenzfrage, ob er in Thüringen zu Hause ist oder bei uns, weil es in Thüringen eine Möglichkeit gibt, Mengenrabatte zu geben. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es sie nicht, jedenfalls nicht nach dem Kommunalabgabengesetz.

(Heinz Müller, SPD: Jetzt machen Sie endlich mal eine konkrete Aussage!)

Nein, ich weiß sehr viel mehr. Ich will Ihnen nur meine Erfahrungen mit dem Einbringen von Gesetzentwürfen sagen, denn da haben Sie mich schwer enttäuscht. Wir haben einen fertigen Gesetzentwurf zur Kommunalverfassung vorgelegt, den hätte man mit drei Beratungen beschließen können, weil die Enquetekommission ja einstimmig in diesem Hause begrüßt worden ist, das Ergebnis hier akzeptiert worden ist, von diesem Landtag, nicht von dem früheren, der hat es ohnehin schon getan,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

und trotzdem haben Sie ein halbes Jahr unseren Gesetzentwurf liegen lassen. Das Risiko wollte ich nicht mehr eingehen. Wissen Sie, was ich jetzt wollte? Den Innenminister aus seiner Untätigkeit wecken, ihn wachküssen, dass er endlich loslegt.

(Zurufe von der PDS: Oh!)

Ja, übertrieben.

(Heinz Müller, SPD: Oh, da wird er ja freiwillig wieder zum Frosch! Da wird er freiwillig wieder zum Frosch! – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Ich wollte ja nur, dass Herr Körner ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Herr Körner, herzlich willkommen! Sie waren wach. Herr Körner war der Erste, der gelacht hat. Ich bedanke mich bei Ihnen, Sie haben es kapiert.

Ich wollte den Innenminister dazu bringen, das zu tun, was seines Amtes ist, und zwar sich nun endlich durchzuringen, einen Entwurf, an dem er jetzt fast ein Jahr sitzt, ...

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann Sie nicht verstehen. Wir können es nachher miteinander diskutieren.

Meine Damen und Herren, geben Sie Ihrem Herzen endlich den Stoß, den es offenbar braucht! Kommen Sie zu einer Sachdiskussion! Und, meine Damen und Herren, Herr Innenminister, eine Bitte habe ich an Sie: Nehmen Sie bitte sofort aus Ihrer Internetseite die Einführung zu Beiträgen und Gebühren im Abwasserbereich! Ich habe den Eindruck, die haben Sie gelesen und haben uns daraus vorgetragen. Da steht: „Für die laufende Legislatur ist eine Novelle des KAG geplant.“ Wenn Sie jetzt glauben, ich habe hier die Internetseite, die das Innenministerium irgendwann im Jahr 2001 hatte, irren Sie sich ganz gewaltig. Meine Abfrage war am 23.03.2004. Herr Innenminister, ich hoffe, dass das ein Relikt ist. Ganz schnell bitte ändern!

Aber was mich besonders umtreibt, Sie haben vorher gesagt, verfassungsrechtlich sind wir gehindert, hinsichtlich der Altanschießer eine Regelung zu treffen. Ich sage gar nicht, ob die Altanschießer zu vollem Beitrag, zu einem verminderten, wie das früher für zulässig galt,

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS – Heinz Müller, SPD: Ja, aber da würden wir doch gern mal was von Ihnen hören.)

das lasst uns bitte mit den Einrichtungsträgern diskutieren, ob die das betriebswirtschaftlich hinbekommen können. Aber dass wir Kommunen dazu zwingen,

(Heinz Müller, SPD: Mut zur Meinung!)

Herr Müller, dass sie ihre Beitragssatzungen aufheben, weil Sie das andere nicht hinbekommen zu differenzieren, weil das KAG keine Ermächtigungsgrundlage dafür hergibt, das war der Grund für die OVG-Entscheidung. Bitte genau lesen!

Aber, meine Damen und Herren, dass ein Innenminister, der dort eine Aussage unter Nummer 3., ich empfehle Ihnen einmal einen Blick auf die Internetseite – Sie reden ja so gern von E-Government und so und dass das alles so toll ist –, da steht: „Für vor der Wende errichtete Abwasseranlagen dürfen keine Beiträge erhoben werden.“ Punkt, aus! Da wird nicht erläutert, dass der Vorteil, der damit schon da ist, nicht berücksichtigt werden darf, wenn ein Grundstück schon angeschlossen ist, sondern dass nach der OVG-Entscheidung, das sich auf unser KAG bezieht, ... Übrigens in anderen Ländern entscheiden die OVG anders, weil der Wortlaut des Kommunalabgabengesetzes da anders ist, das dürfen wir bei uns nicht. Das wollen wir entscheiden. Darüber wollen wir mit den Einrichtungsträgern reden und das sind im Wesentlichen, wie Sie wissen, die Städte und die Zweckverbände.

Meine Damen und Herren, ich bin schon einmal sehr zufrieden, dass der Kollege Müller gesagt hat, bringen wir es in den Ausschuss. An Sie, Herr Minister, hätte ich die Bitte: Legen Sie Ihren Gesetzentwurf vor! Ob Sie das jetzt wieder über die Koalitionsfraktionen machen oder ob Sie das diesmal selber verantworten wollen, das ist mir schon fast egal. Vor der Sommerpause hätte ich gerne die Erste Lesung in diesem Hause und dann wollen wir einmal schauen, dass wir ein Kommunalabgabengesetz zustande bringen, das den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Aber, meine Damen und Herren, einen Satz will ich mir nicht verkneifen. Frau Schulz, ein Kommunalabgabengesetz, das zuletzt im Jahr

(Gabriele Schulz, PDS: '93.)

'93 geändert worden ist – Sie haben Recht, ich habe nachgeguckt –, das ist top,

(Heinz Müller, SPD: Elf Jahre alt.)

wenn es elf Jahre gehalten hat und wir erst jetzt den Renovierungsbedarf so empfinden, dass diese Koalition heute durch ihren Innenminister hat sagen können, wir werden demnächst mit einem Gesetzentwurf kommen. Das Lob an diejenigen – ich war damals noch nicht da, deswegen darf ich mich anschließen –, unbescheiden sei das Lob an diejenigen, die damals ein KAG gemacht haben, das über gute zehn Jahre eine relativ vernünftige Regelung in diesem Lande dargestellt hat mit den vielen Dingen, die heute novellierungsbedürftig sind. Das war richtig gute Gesetzesarbeit. Herr Innenminister, wir warten auf Ihren Entwurf. Den begucken wir uns und wenn er nur halb so gut ist, dann werden wir ihn gemeinsam so ändern, dass ein gutes KAG daraus wird, und dann sind wir mit dem zufrieden, was wir mit diesem Antrag bewegt haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Heinz Müller von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Dr. Jäger, ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Sie in einer weiteren Frage, nämlich in der Frage, ob Mengenrabatte sinnvoll sind, jetzt Position bezogen haben. Sie haben sich nämlich erkennbar dafür ausgesprochen, dass man so etwas tut,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

allerdings mit Vorsicht, aber die Tendenz war immerhin erkennbar. Ich nehme zur Kenntnis eine zweite Frage, bei der ich erkennen kann, wo es bei Ihnen hingehet. Zu den anderen werden wir dann noch nachfragen.

Zweiter Punkt. Sie sprechen unsere Geduld an und die Untätigkeit des Innenministers. Das verstehe ich nun wesentlich weniger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Ich glaube, es ist hier deutlich geworden, dass der Innenminister und die Landesregierung keineswegs untätig sind, sondern hier nichts anderes gemacht wird, als dass sorgfältig gearbeitet wird. Und das verlange ich von der Landesregierung, dass sie sorgfältig arbeitet und keine Schnellschüsse macht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Manches checken Sie auch sehr sorgfältig.)

Dritte Bemerkung. Sie haben den Innenminister und Kollegin Schulz kritisiert wegen der angeblich unkorrekten Aussage, dass solche Reduzierungen von Gebühren oder Mengenrabatten zu Lasten kommunaler Haushalte gehen, das seien kommunale Haushalte. Da haben wir uns, glaube ich, immer ein bisschen missverstanden. Ich glaube, kommunale Haushalte sind nicht nur die Haushalte der Gemeinden, sondern dort, wo kommunale Körperschaften, etwa Zweckverbände,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

als mittelbare Kommunalverwaltung tätig sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das darf auch nicht über den Haushalt gehen.)

ist dieses sehr wohl kommunaler Haushalt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

und wenn etwas zu Lasten dieser Haushalte geht, dann hat der Innenminister völlig Recht mit seiner Aussage,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, das ist ein Gebührenaussgleich!)

dass es zu Lasten der kommunalen Haushalte geht. Also völlig korrekt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein, das ist ein Gebührenaussgleich!)

Und wenn Sie sich den Gesetzentwurf, den Sie kennen, ansehen, dann steht da etwas über die Möglichkeit, die kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitals abzusenken oder ganz auf sie zu verzichten, als Optionsvariante.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das heißt, wir würden in der Tat nicht nur kommunale Haushalte damit belasten, sondern sogar die Gemeindehaushalte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, kommen wir doch mal zur Sache!)

Das war also völlig korrekt, was er gesagt hat.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ein Letztes, die Frage der Überweisung in die Ausschüsse. Sie haben um federführende Überweisung in den Innenausschuss und mitberatende Überweisung in den Rechts- und Europaausschuss gebeten. Ich habe mit Kollegen Ringguth und mit Kollegin Schulz gesprochen. Wir schlagen vor, dass wir als mitberatende Ausschüsse noch den Sonderausschuss – Sie haben selbst das Thema Deregulierung berührt –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay.)

und den Umweltausschuss mit hineinnehmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, einverstanden.)

weil es hier auch um eine Reihe von umweltrelevanten Fragen im Bereich der Abwasserbeseitigung geht. Also federführend in den Innenausschuss, mitberatend in den Rechts- und Europaausschuss, in den Sonderausschuss und in den Umweltausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1106 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechts- und Europaausschuss, den Sonderausschuss und an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Konzeption zur Integration von in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Migrantinnen und Migranten, auf Drucksache 4/1112.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Konzeption zur Integration von in
Mecklenburg-Vorpommern lebenden
Migrantinnen und Migranten
– Drucksache 4/1112 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs feststellen, dass PDS und SPD und die von ihnen getragene Landesregierung in wenigen Jahren mehr für bessere Lebensbedingungen für in Mecklenburg-Vorpommern lebende Migrantinnen und Migranten und ein beginnendes breites öffentliches Nachdenken über ein Zusammen-

leben der Mehrheitsbevölkerung mit Minderheiten geleistet beziehungsweise eingeleitet haben, als das in den Jahren von 1990 bis 1998 geschehen war.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin mir sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass das Erreichte mit der CDU in Regierungsverantwortung in der Landesregierung gar nicht erst angedacht worden wäre. Es gab Einzelschritte wie die Abschaffung des Sachleistungsprinzips für Asylsuchende, die Lockerung der Residenzpflicht oder die Schließung der so genannten Dschungelheime zugunsten einer Unterbringung in kommunalem Areal und dezentraler Unterbringung.

Jetzt soll Anlauf genommen werden für eine lange Laufstrecke, für ein umfassendes und komplexes Vorhaben, für eine Konzeption zur Integration von in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Migrantinnen und Migranten. Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, bilden die von der Landesregierung erarbeiteten Leitlinien eine sehr begrüßenswerte Orientierung. Mit diesen Grundsätzen, mit diesen politischen Schwerpunkten liegt es an uns und an allen Verantwortungsträgern im Land, einen verlässlichen Handlungsrahmen für eine nachhaltige und ganzheitliche Integrationspolitik zu schaffen.

Spätestens seit der Debatte um das Zuwanderungsgesetz gehört der Begriff „Integration“ zu Standardausagen der Politikerinnen und Politiker. Dabei herrscht aber keineswegs Einigkeit darüber, was Integration heißt. Für uns – und das können Sie in der Antragsbegründung nachlesen – bedeutet Integration vor allem die staatliche Aufgabe, „eine gleichberechtigte Teilhabe von Eingewanderten am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sicherzustellen“,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und diese Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt. Dabei verweise ich insbesondere auf Flüchtlinge, die durch eine Vielzahl von Sondergesetzen und Sonderregelungen ausgrenzt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Indem die Leitlinien der Landesregierung auch diese Menschen in Integrationsmaßnahmen einschließen, besteht die Möglichkeit, ihnen Normalität des Lebens zuzugestehen, soweit das ein Land vermag.

Ein Stück weit durchbrochen werden soll der bisherige staatliche Umgang, der den Flüchtlingen von Beginn an signalisiert, dass sie in Deutschland nicht erwünscht seien und man sich nur auf Dinge beschränkt, die für die materielle Existenz der Flüchtlinge und die ordnungsgemäße Durchführung des Asylverfahrens unabdingbar sind. Es spricht übrigens Bände, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wiederum im Kompromissgerangel um ein Zuwanderungsgesetz seitens des bayerischen Innenministers im Namen der Unionsparteien darauf gedrungen wird, die gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, Ausländerinnen und Ausländern, die auf bloßen Verdacht hin etwas mit strafrechtlichen Handlungen zu tun haben, ausweisen zu können.

(Lorenz Caffier, CDU: Richtig.)

Richtig, sagt Herr Caffier und ich sage eindeutig: Falsch!

(Lorenz Caffier, CDU: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Integration muss auf gegenseitigem Nehmen und Geben zwischen Einheimischen und Migrantinnen und Migranten beruhen oder sie ist keine. Auch hier ist den Leitlinien der Landesregierung zuzustimmen.

Oft kann ich mich aber des Eindrucks nicht erwehren, als seien die Herausforderungen und Erfordernisse von Integration, als sei das Leben mit Migrantinnen und Migranten für viele eine völlig neue Herausforderung, eine neue Herausforderung für den Staat, für Verwaltung und Gesellschaft. Wenn ich mich richtig erinnere, verfügt noch nicht einmal ein Fünftel aller größeren deutschen Städte über ein Gesamtkonzept zur kommunalen Integrationspolitik. Dagegen werden Ausländerinnen und Ausländer bestenfalls als arbeitsmarkt- und wohnungspolitische Aufgabe begriffen. Meist gelten EinwanderInnen aber vor allen Dingen als sicherheitspolitisches Problem. Und hier lässt Herr Thomas ja auf fast jeder Landtagssitzung grüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solcher Einseitigkeit und Fehlentwicklung wollen wir mit der Konzeption und ihrer Umsetzung entgegenwirken. Ausnahmslos alle Ressorts der Verwaltung und gesellschaftlichen Bereiche sind gefordert, auch alle Fraktionen in diesem Hohen Haus. Aber wir wissen zum Beispiel auch, dass aus vielfältigen Gründen die Stadtsäckel unserer Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern SOS funken. Und es ist nach Ansicht fast aller Experten ein frommer Wunsch von den Städten und Gemeinden, kostspielige Integrationsprojekte zu erwarten. Da sind es schließlich der Bund und mit Einschränkungen die Länder, die im Ausländerrecht die Spielregeln bestimmen. Während die Kommunen und damit Deutsche und Migranten vor Ort mit den Folgen klarkommen müssen, ist in erster Linie der Bund für die Bereitstellung von Mitteln zuständig. Hier ist also Konnektivität gefragt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war
der hessische Gesetzentwurf.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Integrationsmaßnahmen verlangen ganz klar zusätzliche Mittel. Der anders lautenden Aussage in den Leitlinien können wir deshalb so nicht folgen. Finanzmittel, die dafür jetzt verweigert wurden, werden später in mehrfacher Höhe eingesetzt werden müssen. Hinzu kommt, dass die Integrationsbemühungen bei uns im Land durch viel zu wenige Institutionen unterstützt werden. Auch dazu machen die vorgelegten Leitlinien deutliche Aussagen.

Den Trend in unserem Bundesland, die Personalstelle der oder des Ausländerbeauftragten einsparen zu wollen oder mit anderen Aufgabenbereichen zu koppeln, sehen wir mit Sorge.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

Unabhängig von der konkreten Anzahl der im Verantwortungsbereich lebenden Migrantinnen und Migranten werden die Erfordernisse der Integration vollwertige Stellen für Integrationsbeauftragte auch auf der kommunalen Ebene erfordern.

Auch an der Frage, ein Büro für Migrations- und Integrationsfragen einzurichten, wird das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht vorbeikommen, denn es geht nicht nur um die bloße Umsetzung von Paragraphen, um Organisa-

torisches und Koordinierung von Schritten und Maßnahmen. Es wird vor allen Dingen um die Vermittlung von Wissen übereinander gehen. Ängste und Vorurteile entstehen dort, wo kein oder kein ausreichendes Wissen voneinander vorhanden ist. Wissen ist die Stütze für das eigene Bewusstsein, für das jedes Beteiligten. Deshalb ist die Entwicklung einer Kommunikationskultur auch in den Kommunen und im Land so dringend notwendig.

Dazu gehört wiederum, dass nicht nur über Gemeinsamkeiten zwischen der Mehrheitsbevölkerung und jeweiliger Minderheit nachgedacht und gesprochen wird, sondern ebenso über die Unterschiede. Diese Unterschiede als Bereicherung zu begreifen, das ist das Wesentliche einer modernen Integrationspolitik. Es geht nicht darum, das andere lediglich aushalten zu lernen oder zu vereinnahmen, sondern das andere gilt es zu akzeptieren. Vieles an kontroverser Umgang miteinander, das uns im Alltag begegnet, ist bei genauer Betrachtung hausgemacht, und zwar auf beiden Seiten: Vorurteile, Nichtbeachtung, Nichtbeachtetsein, Ängste. Ich spreche da beileibe nicht nur mit Blick auf Flüchtlinge und andere Nicht-EU-AusländerInnen.

Wenn der Bundesaussiedlerbeauftragte Jochen Welt vor einer wachsenden gesellschaftlichen Ausgrenzung der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler warnt, so gilt das auch für unser Bundesland. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler werden auch in unserem Bundesland als Russen beschimpft, im Heimatland erworbene Ausbildungen werden nicht anerkannt und es besteht im Moment keine Hoffnung auf Änderung. Hilfe bei der Suche nach geregelter Arbeit, um so Apathie und Perspektivlosigkeit vorzubeugen, gibt es im Land wirksam und mit größerem Erfolg nur in Rostock. Der auf komplexes Herangehen beruhende, auf Nachhaltigkeit und Effektivität angelegte Integrationsfachdienst Migration, eine beispielhafte Einrichtung in Rostock, wird auf weitere Regionen angewandt werden müssen. Für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, aber auch für die Entwicklung unseres Landes wäre es ein Gewinn, wenn statt der willkürlichen Wohnortzuordnung unter anderem die jeweilige Qualifikation der Aussiedlerinnen und Aussiedler Berücksichtigung finden könnte. Vor allem aber gilt es, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sprachdefizite aller Altersgruppen tatsächlich zu beseitigen, was ein Gesamtsprachkonzept erforderlich macht und zeitlich nicht nur einige Monate umfassen darf.

Eingangs hatte ich eine Definition des Integrationsbegriffes gegeben. Diese wäre zu erweitern mit Partizipation der Minderheiten in allen Lebensbereichen. Das heißt, Migrantinnen und Migranten sollen nicht nur vertreten werden, sie sollen sich in allen Lebensbereichen selbst aktiv vertreten können, um ihre berechtigten gruppenspezifischen Interessen einbringen zu können. Dazu gehört die rechtliche und politische, die betriebliche und soziale, die kulturelle und die religiöse Partizipation. Es geht also um Gleichstellung und Gleichbehandlung, es geht darum, Ausgrenzung und Benachteiligung zu beseitigen. Unter anderem müsste dabei auch das Kommunalwahlrecht auf Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger ausgedehnt werden, wie es bereits in Ländern wie Schweden, Niederlande, Dänemark, Schweiz, Irland, Frankreich oder seit Februar 2004 in Belgien existiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verweisen will ich noch darauf, dass Bestandteil der Konzeption sein muss, was als Gender-Mainstreaming bezeichnet wird.

Ebenfalls Schwerpunkt muss die bestmögliche medizinische Beratung und Versorgung aller Migrantinnen und Migranten sein, auch der Illegalisierten, die ansonsten keine Chance haben, Gesundheitsleistungen zu bekommen. Allerdings muss man hier feststellen, dass das medizinische Personal in den seltensten Fällen auf die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten eingestellt ist. Das beginnt mit Sprach- und Verständigungsproblemen. Interkulturelle Kompetenz ist daher einer der Schlüsselbegriffe für erfolgreiche Integrationsmaßnahmen. Nur eingebettet in ein Hilffsystem öffentlicher, privater und karikativer Institutionen kann ein Netz entstehen, das den Einwanderinnen und Einwanderern die richtige Hilfe zukommen lässt.

Wenn ich Schritte für eine zukünftige Integrationspolitik benennen sollte, würde ich auf folgende fünf Schritte hinweisen:

1. die Fehler vergangener, so genannter Ausländerpolitik benennen und aus ihnen lernen, denn was man tabuisiert, kann man nicht gestalten
2. die aktuellen Probleme gesellschaftlicher und individueller Integration wahrnehmen und analysieren
3. Aktivierung aller Beteiligten
4. Integrationsberatung und Integrationshilfen, was eine realistische und offene Klärung der Perspektiven und Möglichkeiten einschließt
5. ein umfassendes Integrationsprogramm politisch, gesetzlich und vor allem finanziell etablieren

Als PDS-Fraktion und als Partei treten wir auch auf Landes-, kreislicher und kommunaler Ebene dafür ein, was in unserem Europawahlprogramm so beschrieben wird, ich zitiere: „Wir setzen uns dafür ein, dass alle Personen, die dauerhaft in Europa leben, einen garantierten Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen, sozialen Schutz und Wohlfahrt sowie demokratische Partizipation haben.“ Und da die Europapolitik einen hohen Stellenwert in diesem Hohen Haus einnimmt, sollten wir dieser Maßgabe folgen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes Land, es will ein weltoffenes Land sein und es muss ein weltoffenes Land sein. Diese Aussagen sind nicht neu. Dennoch müssen sie immer wieder neu unterstrichen, immer wieder neu errungen werden. Für die Entwicklung unseres Landes mit den strukturbestimmenden Bereichen des Tourismus, der Gesundheitswirtschaft, der maritimen Wirtschaft ist Weltoffenheit eine grundlegende Voraussetzung. Ohne die annähernd 157 Ärztinnen und Ärzte, die in den letzten drei Jahren in Mecklenburg-Vorpommern eine Berufserlaubnis erhalten haben, hätten wir unseren Anspruch unter dem

Motto „MV tut gut.“ an eine flächendeckende hochwertige medizinische Versorgung nur wenig gut realisieren können.

Die Voraussetzungen gilt es immer wieder neu zu schaffen. Auch mit Blick auf die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai dieses Jahres ist die hohe Priorität der damit verbundenen Aufgaben deutlich sichtbar. Eine ganz wesentliche Aufgabe in diesem Kontext ist die Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Landesregierung sieht die Integration als eine bedeutende politische Herausforderung an. Aber sie sieht sie auch als eine Daueraufgabe an. Sie steht im Einklang mit unserer Landesverfassung, die Würde aller in diesem Land lebenden oder sich hier aufhaltenden Menschen zu achten und zu schützen.

Von den etwa 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern sind etwa 38.600 Ausländerinnen und Ausländer und etwa 20.000 Aussiedlerinnen und Aussiedler mit ihren Familienangehörigen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern fallen diese Zahlen scheinbar gering aus. Das macht die Aufgabe der Integration jedoch nicht weniger bedeutend, vielmehr steht sie in unserem dünn besiedelten und von Abwanderung betroffenen Flächenland vor besonderen Herausforderungen. Zudem wird der Anteil von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den nächsten Jahren durch die steigende Zahl gerade nachziehender ausländischer Familienangehöriger weiter zunehmen. Die Daten zeigen, dass wir Zuwanderung in allen Altersgruppen haben. Zu den Hauptherkunftsländern gehören die Russische Föderation, Vietnam, die Ukraine, die Türkei, Serbien und Montenegro, der Irak, Togo und auch Armenien. Die Vielfalt der Zuwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern verdeutlicht die Komplexität der Anforderungen an unsere Integrationspolitik.

Der Antrag, der hier vorliegt, der die Landesregierung auffordert, bis zum 1. November 2005 eine Landeskonzepktion zur Integration von Migrantinnen und Migranten in unserem Land zu erarbeiten, findet meine volle Zustimmung. Wir fangen nicht bei null an, sondern wir können auf bereits Geleistetes aufbauen und daran anknüpfen. Bereits im Jahr 2002 haben das Kabinett und auch der Landtag das Konzept zur Einrichtung eines Integrationsfachdienstes in Rostock zur Kenntnis genommen und das Sozialministerium mit seiner Umsetzung beauftragt. Unter Federführung meines Hauses legte eine interministerielle Arbeitsgruppe Migration im Juni vergangenen Jahres einen umfassenden Bericht über die Lage der Migrantinnen und Migranten vor und am 12. März 2003 beauftragte der Landtag die Landesregierung, die Leitlinien zur Integration von dauerhaft in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Migrantinnen und Migranten, einschließlich hier aufhältiger Asylsuchender, zu erarbeiten. Diese Leitlinien wurden im Kabinett im Dezember beschlossen. Die Leitlinien knüpfen unmittelbar an die Analysen, Anregungen, aber auch Defizite an, die im Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe genannt wurden.

Im Land gibt es eine große Anzahl von Menschen und Institutionen, die in der Migrationsarbeit aktiv sind. Ausdrück des Umfangs und auch der Kompetenz dieses professionellen und ehrenamtlichen Engagements waren Anhörungen, die im September 2003 zu den Leitlinien der Integration stattfanden. Wir finden im Land ein großes Engagement und eine hohe Kompetenz, sowohl in den Wohlfahrtsverbänden, in den verschiedenen Migrantenorganisationen, bei den kommunalen Ausländerbeauftrag-

ten, im Flüchtlingsrat, bei den Vertretern der Kirchen, der Jüdischen Gemeinden, des Islamischen Bundes und nicht zuletzt bei den politischen Parteien. Die vorliegenden Leitlinien zur Integration sind nicht zuletzt Ergebnis vieler Anregungen und Hinweise der eben genannten Vereine und Verbände.

Überall zeigt sich, Voraussetzung einer erfolgreichen Integration ist die grundsätzliche Integrationsbereitschaft auf beiden Seiten. Von den Einheimischen erfordert Integration die Anerkennung, die Akzeptanz der Fähigkeiten und Leistungen von Migrantinnen und Migranten, die Anerkennung ihrer Mehrsprachigkeit als Chance und die Bereitschaft, sich fremden Kulturen gegenüber zu öffnen. Von den Zuwanderern verlangt eine erfolgreiche Integration die Anerkennung unserer verfassungsrechtlichen Grundlagen und der dieser zugrunde liegenden Werte sowie die Bereitschaft, für den Erfolg der Integration aktiv mitzuwirken.

Rechtliche Regelungen können Integration und Integrationsbereitschaft fördern, sie können sie aber nicht erzwingen,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

denn Integration setzt ein gesellschaftliches Klima voraus, in dem die gegenseitige Akzeptanz zwischen den Einheimischen und Zugewanderten auch gewollt ist. Dass sich nunmehr alle relevanten politischen Parteien der Bundesrepublik der Einsicht nicht mehr verschließen, dass dieses Land ein Einwanderungsland ist und Zuwanderung nicht mehr nur einseitig als vorübergehende Erscheinung begriffen wird, das ist ein Fortschritt in Deutschland.

Vor nicht allzu langer Zeit gab es bei nicht wenigen politischen Kräften in der Bundesrepublik eine grundsätzliche Verweigerung, diese gesellschaftliche Realität auch anzuerkennen. Leider hat dieser Erkenntnisprozess aber immer noch nicht zu einer bundesrechtlichen Regelung für Zuwanderung und Integration geführt. Das Zuwanderungsgesetz, das ja 2002 verabschiedet werden sollte, auch schon als Kompromiss, wurde aus wahltaktischen Gründen blockiert. Auch gegenwärtig erwecken die Unionsparteien den Eindruck bei der Debatte um das Zuwanderungsgesetz, es gehe bei dem Gesetz weniger um Zuwanderung und Integration als vielmehr um Ausweisung und die Bekämpfung des Terrorismus. So notwendig Letzteres auch sein mag, wir dürfen eine Militarisierung der Gesellschaft, wie Innenminister Otto Schily warnte, nicht zulassen.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Und wir sollten uns davor hüten, im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus Migrantinnen und Migranten, insbesondere jene islamischen Glaubens, islamischer Herkunft, unter Generalverdacht zu stellen und zu stigmatisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist überhaupt nicht nachzuvollziehen und in keiner Weise verständlich, dass gerade Deutschland eine europäische Asylregelung so lange blockiert. Ich habe kein Verständnis dafür, dass noch immer über die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe im Asylverfahren gestritten wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Regine Lück, PDS: Genau.)

Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete, das Ziel jeglicher Integrationspolitik muss es sein, eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zu erreichen. Ich habe viele Regelungen zur Zuwanderung und Integration im Gesetz von 2002 für begrüßenswert und praktikabel gehalten. Sehe ich die jetzt im Vermittlungsausschuss allerdings verhandelten Kompromisse, so bin ich hinsichtlich der Wirkungen dieses Gesetzes für eine gestaltete Integration eher skeptisch. Eine Verbindung von Zuwanderungs- und Integrationsregelungen mit Terrorbekämpfungsaspekten ist nicht nur gesetzessystematisch fraglich, es ist auch für die Betroffenen diskriminierend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Absehbar ist, dass das Zuwanderungsgesetz nicht, wie noch vor zwei Jahren erwartet, den komplexen Rahmen für die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten und deren Integration entwickeln wird, den es nur im Land auszufüllen gilt. Vielmehr ist absehbar, dass auch konzeptionell noch viel Arbeit im Land zu leisten ist. Gerade deshalb unterstütze ich auch den vorliegenden Antrag. Ein Landeskonzzept hat deshalb die Aufgabe, bestehende Bedarfe zu analysieren, Instrumente der Integration aufzuzeigen und dann eben Anregungen zur landesweiten Anwendung zu formulieren.

Ich habe bereits darauf verwiesen, dass mit dem Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Migration und den vorliegenden Leitlinien für ein solches Konzept eine gute Arbeit, eine gute Vorarbeit – so möchte ich es bezeichnen –, geleistet wurde. Ein Konzept muss nun zum Ausdruck bringen, wie und wo Förderinstrumente in unserem Land zur Anwendung kommen sollen. Nach wie vor sind die Förderungen des Bundes nur einzelnen Zuwanderergruppen vorbehalten. So gibt es zum Beispiel die Sprachförderung für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der einen Seite, die Sprachförderung nach SGB III für Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer und Asylberechtigte auf der anderen Seite. Daraus hat sich ein wenig effizientes, miteinander nicht abgestimmtes Leistungsangebot entwickelt.

Ein Landeskonzzept muss die Entwicklung mitgestalten, gegebenenfalls auch korrigieren, die durch die Bundespolitik in den verschiedenen Bereichen der Integration angeregt werden. Das Konzept selbst muss dann auch Schwerpunkte der Integrationsarbeit bestimmen. In den bisherigen Untersuchungen zeichnet sich deutlich ab, dass eine zielgerichtete, ganzheitliche Integrationsarbeit erforderlich ist. Die Problematik der Sprache habe ich bereits erwähnt. Insgesamt haben Weiterbildungen nur dann Erfolg, wenn sie die Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch erkennbar verbessern, das heißt, eben an die vorhandene, oftmals sehr gute Ausbildung anknüpfen.

Die Landesregierung fördert seit Jahren den Integrationsfachdienst Migration in Rostock mit jährlich 150.000 Euro. Dieses Modell der ganzheitlichen und zielgerichteten Arbeit mit Migrantinnen und Migranten wird, so ist es vorgesehen, Ende des Jahres evaluiert und man kann schon jetzt sagen, dass sich hier der verfolgte Ansatz bewährt hat. Das Landeskonzzept muss Anregungen, Anstöße für die Qualifizierung der Integration für die verschiedenen Politik- und Handlungsfelder geben.

Mit dem Kindertagesförderungsgesetz, das hier vor vier Wochen verabschiedet wurde, haben wir uns auf ein

verbindliches Bildungsangebot geeinigt. Das kommt selbstverständlich auch den Kindern von Migrantinnen und Migranten zugute. Gerade die Verbesserung der Integration von Kindern, die Deutsch als Zweitsprache erlernen, ist eine Aufgabe, der wir uns stellen wollen und künftig auch besser stellen müssen. Die Erfahrung, in einem Umfeld aufzuwachsen, in dem Akzeptanz und Chancengleichheit selbstverständlich sind, ist prägend für das spätere Leben und den Einsatz für das Gemeinwohl der Gesellschaft eines jeden Menschen. Über das familiäre Umfeld der Kinder kann dieses Selbstverständnis dann auch auf Eltern, Großeltern und Angehörige ausstrahlen.

Das Sozialministerium prüft gegenwärtig die Effektivität der Jugendhilfestrukturen. Das ist ja auch ein Auftrag des Landtages. Offensichtlich ist, dass gerade im Bereich der Integrationsarbeit mit jugendlichen Zuwanderern die gezielte und bedarfsgerechte Integrationsbegleitung für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und die Mitarbeit in kommunalen Netzen einen höheren Stellenwert erhalten muss. Das Landeskonzzept muss aber auch auf neue Entwicklungen in den gesellschaftlichen und rechtlichen Bedingungen reagieren. Ich will hier nur einige Fragen benennen: Welche Folgen werden die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV – Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – für Migrantinnen und Migranten haben? Welche Angebote stellt die Bundesagentur für Arbeit im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung/Fortbildung zur Verfügung? Und es gilt auch der Frage nachzugehen, wer künftig für die Erwerbsfähigen, die das Arbeitslosengeld II erhalten sollen, zuständig sein wird. Fragen über Fragen, die sich, denke ich, dann mit dem Konzept hoffentlich klären lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich erwarte von dem Landeskonzzept viel. In den Integrationsleitlinien heißt es, dass die Landesregierung die Zuwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern als Bereicherung der Gesellschaft betrachtet. Mit der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes wird die Landesregierung dazu beitragen, die Ausstrahlung Mecklenburg-Vorpommerns als interkulturell aufgeschlossenes und gebildetes Land zu fördern und zu prägen und damit auch die Leitlinien umzusetzen. Die Landesregierung bekennt sich klar zu ihrer Verantwortung, die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund – so ist der offizielle Begriff – zu unterstützen und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft bewusst und aktiv zu gestalten. Lassen Sie uns den begonnenen Weg gemeinsam in der Integrationspolitik fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Die Opposition erhält gemäß der geltenden Geschäftsordnung drei Minuten mehr Redemöglichkeit.

Es hat jetzt als Nächster in der Aussprache das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Caffier. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Was den Antrag betrifft, um es gleich vorwegzusagen, sieht die CDU-Fraktion das genauso wie die Landesregierung und wird deswegen diesen Antrag ablehnen.

(Rudolf Borchert, SPD: Oh, das ist aber schade.)

Ja, wir sehen es genauso wie die Landesregierung, wir werden ihn deswegen ablehnen. Jetzt werden sich einige fragen: Warum?

(Rudolf Borchert, SPD: Ja. –

Angelika Gramkow, PDS: Nee, ich frage nicht.)

Das will ich Ihnen begründen.

(Rudolf Borchert, SPD: Da bin ich aber gespannt!)

Der Antrag von PDS und SPD, der uns heute vorliegt, fordert die Landesregierung auf, bis zum November 2005 wohlgemerkt, ein Integrationskonzept für Migrantinnen und Migranten zu erarbeiten.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Aber, jetzt kommt das Aber, einen gleich lautenden Antrag hat es bereits am 9. Juni 1999 – 1999 – in diesem Parlament von den Koalitionsfraktionen gegeben und die waren meines Wissens damals auch SPD und PDS. Und die Landesregierung war damals auch die gleiche,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

auch wenn der eine oder andere Minister es nicht war. Dass Sie, Frau Ministerin, das noch nicht wissen können, machen wir Ihnen nicht zum Vorwurf, aber Sie haben auch Mitarbeiter, die Ihnen zumindest den Antrag hätten geben können.

(Peter Ritter, PDS: Wir machen unsere Anträge immer noch selber!)

Wir haben eine geschätzte Kollegin, die heißt Frau Dr. Seemann, die hat am – ich muss einmal überlegen – 30.11.2000 eine Kleine Anfrage gestellt, die können Sie alle nachlesen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

In dieser Kleinen Anfrage – die Antwort können Sie alle nachlesen – wurde der Frau Dr. Seemann geantwortet, dass das Konzept noch nicht abschließend fertig gestellt sei und es dem Parlament spätestens mit dem Haushalt 2002 zugeleitet werde. Also wir haben heute zwar den 1. April, aber ich glaube, der Haushalt 2004/2005 ist auch schon verabschiedet,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

2003/2004, Entschuldigung. Damit ist die Haltung, wie die Regierung mit Ihrem Antrag umgeht, offensichtlich egal. Offensichtlich liegt ja bis heute – und das sind immerhin fast fünf Jahre nach dem ersten Auftrag an die Landesregierung – immer noch keine Konzeption zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg vor und offensichtlich ist auch vorerst keine zu erwarten, denn zur Vorlage der Konzeption bekommt die Landesregierung, man höre und staune, noch einmal eineinhalb Jahre Zeit, um diese zu erarbeiten,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und das ist dann der 1. November 2005. Dann ist im Übrigen die Legislatur fast zu Ende und es wird eine neue Landesregierung gestellt. Meine Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis für diese Regierung. Um es auch deutlich zu sagen, dies ist eine Verhöhnung des Parlaments, egal, wer die Anträge gestellt hat. Und ein Zeichen ...

(Peter Ritter, PDS: Das ist ein Politikfeld, was euch nicht gefällt.)

Herr Ritter, es tut mir ja Leid, Sie haben eingehend belehrt, ich konfrontiere Sie ja nur mit Ihren eigenen Fakten. Es sind ja nicht unsere Fakten, es sind Ihre Fakten. Sie haben den Antrag 1999 gestellt.

(Peter Ritter, PDS: Nein, das sind überhaupt nicht unsere Fakten!)

Frau Seemann hat die Kleine Anfrage gestellt. Offensichtlich fehlt es auch an mangelnder Durchsetzungsfähigkeit der Abgeordneten von PDS und SPD in dem Fall, denn der Antrag ist Ihre Initiative gegenüber den handelnden Ministerien und das ist in diesem Fall das Sozialministerium.

(Peter Ritter, PDS: Aber die Leitlinien haben Sie schon mal gelesen, Herr Caffier?)

Wenn Sie es noch nicht einmal schaffen, dass Ihre eigenen Landtagsanträge von der Regierung umgesetzt werden, dann ist das wirklich der Nachweis für den Stillstand und die Agonie, die sich über dieses Land gelegt haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

seit SPD und PDS hier die Verantwortung übernommen haben.

(Peter Ritter, PDS: Sie in der Opposition haben wir zwei Tage lang erlebt.)

Am 15.01.2004 hat die Landesregierung Leitlinien zur Integration vorgelegt.

(Peter Ritter, PDS: Nicht mitmachen, wenn die eigenen Leute Anträge stellen.)

Diese Leitlinien ...

Herr Ritter, Sie haben durchaus noch Redezeit, aber ich meine, wir können die Zeit auch verlängern. Sind Sie fertig oder wollen Sie zwischendurch reden?

(Peter Ritter, PDS: Wir können uns gern unterhalten, Herr Kollege!)

Okay. Danke. Kommen Sie doch weiter vor, dann muss ich nicht so laut reden.

(Peter Ritter, PDS: Ich muss ja laut reden!)

Diese Leitlinien enthalten keine konkreten Festlegungen über von der Landesregierung zu ergreifende Maßnahmen. Es wundert sich aber niemand, warum.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Auf Seite 3 wird es deutlich ausgesprochen: „Integrative Maßnahmen können nur im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und Stellen vorgenommen werden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

und das heißt angesichts leerer Kassen, wohl gar nicht. Aber schön, dass wir mal darüber reden. Das kann es wohl nicht sein!

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Sie haben einen Wählerauftrag zu erfüllen und der erschöpft sich eben nicht darin, wohlklingende Reden zu halten und wohlklingende Anträge einzubringen.

Die Leitlinien – und das ist übrigens unstrittig – enthalten viele richtige Ansätze. Hier wäre es notwendig, gerade angesichts eingeschränkter Finanzmittel Schwerpunkte zu setzen, sich für bestimmte Maßnahmen zu entscheiden und der Landesregierung den Auftrag zu erteilen, diese umzusetzen. Dem Sozialausschuss, und auch das muss ich hier sagen, ist offensichtlich der Antragsteller ebenfalls nicht genau bekannt. Er hat übrigens im Rahmen seiner 38. Sitzung am 24. März beschlossen, zu dieser Unterrichtung eine Beschlussempfehlung zu erarbeiten. Es wäre sicherlich in dieser Sache hilfreicher gewesen, diese Beschlussempfehlung abzuwarten

(Peter Ritter, PDS: Noch länger?)

und daraus konkrete Handlungsanweisungen an die Landesregierung abzuleiten, als nun aneinander vorbeizuarbeiten und letztendlich den schwarzen Peter der Landesregierung zuzuschieben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten des Parlaments werden aus unserer Sicht hierdurch verspielt und aus diesem Grund und aus den eingangs gegebenen Ausführungen lehnt meine Fraktion diesen Antrag ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Schwache Argumente.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Caffier.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja, Herr Caffier, ich bedanke mich für Ihre Ausführungen, muss aber sagen, sie sind doch in gewisser Weise unvollkommen. Seit die rot-rote Regierung sich hier im Jahre 1998 etabliert hat, gibt es eine sehr zielstrebige Arbeit auf dem Gebiet der Migrationspolitik.

(Peter Ritter, PDS: Das stört sie doch! Genau das stört sie doch!)

Und es ist richtig, es gab den Antrag 3/47 und es wurde sehr konsequent und sehr folgerichtig schrittweise vorgegangen bei der Umsetzung migrationspolitischer Ansätze. Zunächst ging es allein um die berufliche Integration, das ist richtig. Ich habe es in dem Bericht zur Lage der Migrantinnen und Migranten auch ausgeführt. Sie können das alles nachlesen. Nach dem ersten Landtagsbeschluss gab es einen zweiten zur Errichtung des Migrationsfachdienstes. Es ging dann weiter mit dem Bericht über die Lage der Migrantinnen und Migranten im Lande bis hin zu den Leitlinien und jetzt zur Erarbeitung des Konzeptes. Es ist also eine Abrundung des Ganzen, eine Vervollkommenung des Ganzen. Es geht hierbei auch darum, die mit den einzelnen Landtagsbeschlüssen gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse umzusetzen für ein schlüssiges Gesamtkonzept. Insofern ist eigentlich für Sie jeder Grund vorhanden, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Volland. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Volland, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss trotz dieser hitzigen Diskussion anders anfangen. Heinrich Heine ist Ihnen bekannt, „Deutschland. Ein Wintermärchen“ auch. Ich versuche, daraus ein kleines Stück zu zitieren:

„Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.“

Das hat Heinrich Heine gesagt in seinem „Wintermärchen“. Heinrich Heine, das wissen Sie alle, war ein Jude, oft ausgewiesen, hat versucht, in Deutschland Fuß zu fassen. Er war ein Denker, den wir, wenn wir heute unsere Konzeption für die Leitlinien erarbeiten werden, nicht ausgewiesen hätten. Wir wissen, wie wir es vielleicht heute richtig machen.

Und, Herr Caffier, ich möchte Ihnen eines sagen: Die Leitlinien haben wir versucht, voriges Jahr im Juni hier einzubringen. Sie liegen in der Zwischenzeit vor und Sie haben selber gesagt, sie werden im Sozialausschuss unterfüttert werden,

(Lorenz Caffier, CDU: Korrekt.)

berichtigt werden und möglicherweise werden daraus die entsprechenden Anträge entstehen. Dort werden wir auch mit den Betroffenen reden, ob das, was dort vorliegt, auch ihren Intentionen entspricht.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Die Leitlinien sind das Ziel. Das Ziel ist vorgegeben. Aber das, was wir jetzt wollen, ist eigentlich die wichtigere Aufgabe. Und, Herr Dr. Jäger, wir sprachen im Juni darüber, wie teuer das alles so werden kann,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und ich hoffe nach meinem Gedicht von Heinrich Heine, dass wir die Diskussion der Finanzen einmal außen vor lassen, denn ich würde Ihnen ganz gern beweisen wollen, dass frühzeitige Integration durchaus finanzrelevant und bedeutend billiger sein kann, als wir uns das vielleicht vorstellen.

Ich will aber noch einmal davon ausgehen, dass die Leitlinien das Ziel sind und die Landeskonzepktion dahin der Weg. Diesen Weg wollen wir gehen. Und Sie sagen, der Weg dauert zu lange. Wir haben lange über den Zeitpunkt diskutiert und haben gesagt, dieser Weg muss mit allen gegangen werden. Dazu braucht man Zeit. Aber Sie werden am Datum gemerkt haben, dass noch ausreichend Zeit ist, dass die Konsequenzen, die sich daraus möglicherweise finanziell ergeben, durchaus in das Haushaltsjahr 2006/2007 eingeplant werden können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Denn das ist das, was wir auch möchten.

Langfristigkeit heißt aber auch – und Sie haben es selber gesagt, warum machen wir erst die Leitlinien, dann bringen wir das alles durcheinander –, wir wollen die Leitlinien, und das haben Sie ja mitbekommen, im Sozialausschuss sehr kurzfristig beraten und daraus die Informationen aufnehmen, damit sie in diese Landeskonzepktion einfließen können. Wir wollen also nicht gegeneinander arbeiten, wir wollen miteinander arbeiten, damit der Weg richtig unterfüttert wird. Und wir haben voriges Jahr im Juni hier, als wir diesen Antrag zu den Leitlinien diskutiert

haben, gesagt, es wäre gut, wenn das Einwanderungsgesetz fertig wäre, wollen wir nicht warten, denn möglicherweise bekommen wir das nicht deckungsgleich hin. Ich muss sagen, jetzt bin ich richtig froh, dass wir das voriges Jahr in Angriff genommen haben,

(Beifall Peter Ritter, PDS)

denn das Zuwanderungsgesetz ist ja immer noch nicht fertig. Wir sollten uns hier auf den richtigen Weg machen. Wir haben damals schon gesagt, Mecklenburg-Vorpommern schläft nicht immer, es ist manchmal auch Vorreiter in einigen Sachen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nicht immer. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Diese Vorreiterrolle sollten wir weiterhin in Angriff nehmen.

Ich habe eben gesagt, wir wollen diese Konzeption auf eine breite gesellschaftliche Basis stellen. Das heißt, wir müssen dieses Konzept auch als Querschnittsaufgabe begreifen. Und das ist das, was in den Köpfen unserer Leute noch nicht drin ist. Das sind immer Migranten, das sind die und das andere sind wir. Dieses müssen wir in irgendeiner Form zusammenbekommen. Die Ministerin hat es deutlich gemacht. Bei dem Prozentsatz, den wir hier als Migranten in Deutschland haben – es sind nicht einmal zwei Prozent –, müsste das so einfach sein, so deutlich sein, dass wir diese Vorreiterrolle auch wirklich spielen können.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Das setzt natürlich aber voraus, dass wir die Migranten als mündige Bürger anerkennen.

(Peter Ritter, PDS: So ist es.)

Das heißt, dass sie mitreden können, ihr Landeskonzert in die eigenen Hände nehmen können, die Verantwortung auch dafür übernehmen, denn es geht um sie und es geht um uns.

Aber die wichtigste Aufgabe wird in diesem Landeskonzert sein die tägliche intensive Integrationsarbeit, die von allen geleistet werden muss. Ich habe mir vorgestellt, wie so ein Konzept aussehen könnte. Das hätte so viele Schwerpunkte, dass mein Diskussionszeitraum, auch wenn er verlängert worden ist auf 21 Minuten, nicht ausreichen würde. Deswegen habe ich mir einfach ein paar Schwerpunkte herausgesucht, die für mich unbedingt darin enthalten sein müssten. Das ist der Diskussionsprozess auf allen Ebenen, das heißt, der Prozess auf Landesebene, und da führen wir ihn ja schon relativ deutlich. Ich denke, ab und zu bleibt auch etwas hängen. Das ist der Prozess aber auch auf der kommunalen Ebene. Ich weiß, dass wir als Rostocker sehr weit voraus sind. Ich denke, der Schritt, den unser Ausländerbeauftragter Dr. Richter damals gemacht hat, eine dezentrale Unterbringung von Migranten, war ein hervorragender Schritt und er hat sich offiziell richtig bewährt.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD,
und Peter Ritter, PDS)

Sie sind wirklich Bürger Rostocks geworden.

Das heißt aber auch, dass wir unseren Ausländerbeauftragten, wie die Ministerin sagte, diesen Freiraum geben müssen, für diese Leute da zu sein. Und es muss auch die

Möglichkeit geben, und wir haben es jetzt versucht auf der juristischen Basis, die Gerichtsurteile so schnell wie möglich zu bescheiden. Es kann nicht sein, dass Asylbewerber zwölf Jahre lang auf einen Gerichtsprozess warten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich weiß, in der Zwischenzeit sind Richter eingestellt worden, die Prozesse in den einzelnen Ländern kennt man etwas besser und es soll schneller gehen. Wir hoffen, dass wir es schaffen, innerhalb von drei Jahren Asylsuchende in einem entsprechenden ordentlichen Prozess zu begleiten und dann auch zu sagen, ob sie hier bleiben oder ob sie nicht hier bleiben.

Für mich ist ein ganz wichtiger Grund als Schwerpunkt aber auch die Überarbeitung von Gesetzen und Richtlinien, die wir hier im Land haben. Mit einem Gesetz haben wir angefangen und das ist unser Kita-Gesetz, das hat die Ministerin gesagt. Da haben wir diese Schwerpunkte eingearbeitet und wir haben uns auch vorgestellt, wie wir es machen können, wenn wir ausländische Mitbürger haben, die ebenfalls im Kita-Bereich arbeiten sollen. Aber das gilt noch lange nicht für alle Gesetze. Die müsste man alle durchforsten. Denn wenn ich mir vorstelle, dass die Rahmenrichtlinien in unseren Schulen es durchaus zulassen, über interkulturelle Arbeit zu reden, wird es relativ wenig getan. Wir haben uns schon voriges Jahr darüber unterhalten. Ich denke, dort wird es generell notwendig sein, diese Prozesse zu beschleunigen, zu überarbeiten und konkrete Handlungsangebote zu machen. Das heißt, wir müssen unseren sich in diesem Prozess befindlichen Pädagogen auch die Chance geben, an Qualifizierungen teilzunehmen, und sie müssen die entsprechenden Vorstellungen haben, wie man mit dieser Materie umgeht. Interkulturelles Lernen ist für viele noch so ein Überbegriff, mit dem sie nicht recht etwas anfangen können. Ich denke, das sollte schnell der Vergangenheit angehören. Wenn wir die Umstrukturierung des L.I.S.A. in Angriff nehmen, könnten auch „SCHILF-Tage“ dazu beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen.

(Rainer Pracht, CDU: Die eigene
Kultur erst mal kennen lernen.)

Dazu gehört aber natürlich auch, dass der Dialog der Kulturen geführt wird. Jetzt können wir uns über Kultur unterhalten und über den Kulturprozess. Mir ist aber auch wichtig – und das ist mir gestern sehr deutlich geworden bei der Diskussion des Herrn Thomas –, dass der Begriff „Religion“ ein großes Problem ist. Wir müssen es schaffen, im Religionsunterricht nicht nur unsere Religion, sondern alle Religionen darzustellen und durchaus klar zu machen, dass auch im Koran der Selbstmord nicht vorhanden ist. Ich denke, es ist notwendig, dass unsere Kinder von Anfang an wissen, wie Religionen aussehen, wie man sie ausüben kann und was zu Extremismus beiträgt oder nicht. Es ist auch die Vielfalt der Kulturen, die durchaus – und das ist auch hier schon gesagt worden – ein Superbeitrag ist, wir denken nur nicht jeden Tag daran, wie es unsere eigene Kultur bereichern kann. Dieser Beitrag hilft uns natürlich auch. Und hier möchte ich klar machen, Deutschland oder Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland ist auch eine Wirtschaftsförderungsaktion.

Die Ministerin ist auf die Sprachkompetenz eingegangen. Das müsste ein sehr großer Schwerpunkt in der Konzeption sein. Sie wissen alle, wie problematisch es ist, seine Wünsche zu äußern, wenn Sie sich im Ausland

befinden und mit einer Sprache nicht umgehen können. Wir haben hier von dem Integrationsfachdienst als sehr positiv gesagt, sie gehen den richtigen Weg. Ich möchte aber auch einmal darauf aufmerksam machen, wie viel Kampf es gekostet hat, für das Jahr 2005 die finanziellen Mittel für eine Sache zum Weitermachen in Rostock darzustellen. Hier ist angekommen, wir müssen das möglicherweise auf unsere vier Landesstrukturen ausdehnen können. Ich hatte mir dieses Jahr schon im Haushalt gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, dass der Integrationsfachdienst gerade das Problem aufnimmt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben im Sozialausschuss gerade die Diskussion über fehlende Ärzte gehabt, dass diejenigen mit einem Sprachmodul als gut ausgebildete Ärzte oder anderer Teile einer ärztlichen Ausbildung unseren Arztbereich durchaus bereichern können. Das ist genauso bei Sozialpädagogen und Krankenschwestern. Ich sehe da eine große Möglichkeit, auch unsere Minimierung von unseren Leuten, die relativ alt sind, zu ersetzen. Ich denke ganz einfach, wir sollten nicht nur sagen, wir wollen das, und müssen dann in einer Finanzdiskussion ertragen, dass es ganz schwer ist, dieses auch wirklich aufrechtzuerhalten.

Hier ist deutlich geworden, dass all die Dinge, die im täglichen Leben in der Integration passieren, eigentlich das Miteinander vor Ort, das Schwerste und das Richtigs-te sind, und dazu müssen Netzwerke aufgebaut werden, Netzwerke, die schon vorhanden sind, zum Beispiel über den Ausländerbeirat, aber auch neue Netzwerke, die gebildet werden müssen, um dann diese Konzeption umzusetzen. Deswegen auch die Langfristigkeit dieses Antrages, um mit den Leuten vernünftig diese Umsetzung zu beantragen.

Wir haben schon gehört von der Ministerin und von Herrn Ritter, dass ein Problem der Aussiedler vor allem das Sprachproblem ist. Auch wenn sie vom juristischen Standpunkt her Deutsche sind, kommen sie aus einer anderen Kultur und haben genau die gleichen Probleme, die auch Migranten haben.

Um eins möchte ich mich noch kümmern und das sind unsere Migranten, die nur relativ kurzfristig im Land sind. Auch denen sollten wir wenigstens das zukommen lassen, was wir als Menschenrecht betrachten, also eine sprachliche Ausbildung, eine gesundheitliche Ausbildung. Und wenn wir den Überbegriff, wie es unsere vietnamesischen Freunde in Rostock machen, das Wort „Dien Hong“ verwenden, was nichts anderes heißt als „unter einem Dach“, dann ist das sehr gut sprachlich orientiert in der Hinsicht, dass es heißt, wir sollten versuchen, unter diesem Dach gemeinsam zu leben. Und wenn wir uns offiziell als Einwanderungsgesellschaft definieren – ich hoffe, wir haben es dann alle begriffen – und Fremde als Mitbürger aufnehmen, müssen wir uns gemeinsam eine neue Normalität schaffen. Das heißt nicht nur, unsere Migranten sind gefragt, sondern auch wir sind gefragt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Voland.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der PDS-Fraktion.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste! Ich hätte mich gefreut, wenn Herr Caffier noch im Saal geblieben wäre, denn für ihn wäre ein Erkenntniszugewinn aus dem Ganzen zu ziehen. Aber vielleicht kommt er ja noch.

Vor kurzem haben wir hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern als Unterrichtung der Landesregierung behandelt. Die Fortschreibung nun, die Erarbeitung einer Landeskonzepktion bis zum 1. November 2005 ist die logische Konsequenz, wenn wir das Thema inhaltlich fortführen wollen. Als Land stehen wir unmittelbar in der Pflicht, die Integration von Migranten zu steuern, den Rahmen für das Handeln abzu-stecken. Gleichwohl bleibt die eigentliche Aufgabe der Integration, wie bei so vielen anderen Politikbereichen auch, letztlich die Umsetzungsaufgabe vor Ort. Die Erarbeitung der Konzeption soll also der theoretische Vorlauf sein.

Damit wir sichergehen können, dass das Konzept dem täglichen Leben Rechnung trägt und nicht in irgendwelchen Regalen einstaubt, müssen bereits bei der Erarbeitung des Konzeptes die Akteure in den Kommunen, in den Vereinen, in den Kirchen mit einbezogen werden. Deshalb wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern dafür Sorge tragen, dass unter anderem interkulturelle Erziehung gelebt wird, nicht um die eine Kultur einer anderen vorzuziehen, nein, viel eher vor dem Hintergrund, dass wir vom Kindesalter an uns mit der eigenen Identität, mit der eigenen Kultur beschäftigen. Nur wer die eigene Kultur versteht, die Werte anerkennt, trägt auch die Bereitschaft in sich, sich mit anderen Kulturen zu beschäftigen

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

und damit Vertrauen zu schaffen, Solidarität zu leben und auch letztlich Konfliktfähigkeit zu beherrschen. Aber nicht nur wir wollen uns mit anderen Kulturen beschäftigen, nein, auch die Migranten sollen, müssen sich mit anderen Kulturen, müssen sich mit unserer Kultur beschäftigen, sie als gesellschaftlichen Rahmen akzeptieren. Ein gleichberechtigtes Miteinander soll unser Ziel sein.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Gerade hier steckt meines Erachtens die große Unterlassungssünde der vergangenen Jahre auch im politischen Raum. Da wurden Migranten in Mecklenburg-Vorpommern ghettoisiert, da haben wir es nicht verstanden, nach der Wohnungszuweisung auch den dauerhaften Dialog mit ihnen aufzubauen. Da haben wir es nicht geschafft, die Migranten selbst zu sensibilisieren für unser Verständnis, haben es beispielsweise nicht flächendeckend verstanden, Sprachbarrieren abzubauen. Punktuell wird es sicher geklappt haben, aber das war dann eher den lokalen Akteuren vor Ort geschuldet, weil sie, aus welchem Antrieb heraus auch immer, Integration ernst genommen haben. Nur war dies dann eher ein Produkt des Zufalls und nicht die logische Konsequenz aus staatlich gewollter Integration, die gesellschaftlich verankert ist. Und da brauchen wir uns nichts vorzumachen, die gesellschaftlich gewollte und beförderte Integration von Migranten ist eine solch große Herausforderung wie kaum eine andere. Wir werden uns selbst hinterfragen müssen, vielleicht auch peinlich berührt sein, welche Denkmuster und Klischees auch in unseren Köpfen, und wenn es nur das Unterbewusstsein ist, existieren.

Ich möchte es an einem ganz praktischen Beispiel deutlich machen. Man hat ja nun im Präsidium des Landtages hier als Schriftführer die ehrenvolle Aufgabe, besonders deutlich hinzuhören auf das, was gesprochen wird. Und in der Debatte gestern fiel so oft der Begriff vom „islamistischen Terrorismus“, dass einem wirklich – also mir zumindest – ein kalter Schauer den Rücken heruntergelaufen ist. Wissen Sie, es gibt in jedem Kulturkreis, in jeder Religion ein paar Leute, die nicht so richtig ticken, die zu Extremismus neigen oder aber – die allerwenigsten –, die ihn dann auch praktizieren. Aber wir können doch nicht eine ganze Religion in Sippenhaftung nehmen für ein paar Extremisten und hier von islamistischem Terror wie von einer religiösen Tätergemeinschaft propagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da muss auch bei uns noch viel an kultureller Akzeptanz reifen und das wird leider erst in den nächsten paar Jahren der Fall sein. Das wird eine Herausforderung für Generationen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der alte Denker und Dichter Johann Wolfgang von Goethe sagte einmal: „Um Menschen kennenzulernen, muss man zu ihnen hingehen.“ Das Hingehen ist der erste Schritt. Es müssen viele weitere Schritte folgen, zuhören, sprechen, hinterfragen, sich selbst hinterfragen, verstehen, akzeptieren, tolerieren und viele, viele Schritte mehr. Am Ende steht integrieren. Lassen Sie uns gemeinsam die Schritte gehen und lassen Sie uns mit der Konzeption ein gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Mittel einsetzen, was uns beim Gehen der einzelnen Schritte ein Wegweiser ist!

Und nun noch den Einschub für den Kollegen Herrn Caffier. Er hat vorhin in der Begründung seiner Ablehnung gesagt, dass es, so hatte er es formuliert, einen gleich lautenden Antrag der Koalitionäre aus dem Jahr 1999 gab. Ich habe ihn eben beim Hinausgehen noch einmal darauf hingewiesen, dass das nicht stimmt. Er hat aber nur noch abgewinkt.

(Peter Ritter, PDS: So ist er.)

Aber man sollte schon erwarten können, dass ein Parlamentarischer Geschäftsführer hier etwas in dieser Runde sagt, was auch einen gewissen Wahrheitsgehalt hat. Also: Es gab keinen gleich lautenden Antrag. Er hat es eben noch einmal versucht abzuschwächen. Er hat gesagt, es gab einen ähnlich lautenden Antrag. Auch das ist nicht der Fall. Es gab am 09.06.1999 einen Antrag. Er nannte sich „Berufliche und soziale Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern“ und hier ging es eindeutig um die berufliche Integration.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wer also hier etwas anderes sagt und das als Begründung für eine Ablehnung nimmt, der muss sich dann gefallen lassen, dass er hier schlicht die Unwahrheit gesagt hat, und ich bitte deshalb die CDU-Fraktion, dass sie dem neuen und erstmalig im Landtag aufgerufenen Antrag zustimmen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS,
Reinhard Dankert, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Walther.

Ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Angst, ich werde jetzt keinen Dichterfürsten zitieren. Ich will einmal aus der Praxis etwas sagen, Herr Kollege Walther.

(Torsten Koplin, PDS: Herr Walther
hat auch aus der Praxis gesprochen.)

Er ist ...

Jaja, das weiß ich ja.

Der eine macht es beruflich, der andere macht es so. Wir wissen das ja. Aber, Herr Walther, gerade die berufliche Integration ist doch das Kernstück.

(Torsten Koplin, PDS: Das stellt
Herr Walther doch nicht in Abrede!)

Wenn Sie in einer Stadt wie Schwerin leben würden, wenn Sie sich da einmal ein bisschen darum kümmern würden, was draußen im Lande wirklich das Problem zum Beispiel der Aussiedler ist, was das Problem zum Beispiel der Jüdischen Gemeinde zu Schwerin ist, dann ist es genau das, dass die berufliche Integration deswegen nicht klappt, weil ganz bestimmte Hemmnisse bestehen. Die Ministerin hat auf eins hingewiesen, nämlich die Anerkennung von Diplomen, aber auch andere Hemmnisse bestehen, insbesondere die Sprachbarriere.

(Peter Ritter, PDS: Wer hat denn
die Hemmnisse alle eingeführt?)

Und, meine Damen und Herren, das Thema, das Problem brennt uns in den Kommunen viel zu sehr auf den Nägeln, als dass wir einem solchen, jetzt sage ich, wirklich nicht sehr zielführenden Antrag zustimmen können. Sie verschieben ein Problem.

(Peter Ritter, PDS: Wir fangen an, die Probleme
zu lösen, die Sie geschaffen haben. –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Sie stellen Anträge, damit nichts getan wird. Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist doch eine ganz andere. Wir haben in den Zentren ...

(Peter Ritter, PDS: Das
haben Sie doch geschaffen!)

Ich weiß nicht, woher Sie Erfahrungen mit ausländischen Mitbürgern haben, Herr Ritter?

(Peter Ritter, PDS: Ich weiß
das aus dem Landkreis.)

Ich kann Ihnen nur sagen, im Umgang mit denselben wird man als Deutscher ganz hübsch bescheiden, wie wenig wir tun können mit denjenigen, die hier ein dauerndes Bleiberecht haben, mit denjenigen, die qua Grundgesetz deutsche Bürger sind, da wird man ganz bescheiden, wie wenig wir tun.

(Peter Ritter, PDS: Eben. Da ist das Problem.)

Und ich würde mich gerne auf die Gruppe beschränken, die die Integration auch wirklich erfahren kann.

(Torsten Koplin, PDS: Ganz toll!)

Es ist mit Recht gesagt worden, leider ist das in dieser Bundesrepublik nach wie vor so, dass Asylbewerber sehr, sehr lange auf die Entscheidung warten müssen. Herr Ritter, das ist das Problem in unserer Gesellschaft.

(Peter Ritter, PDS: Ja, genau das ist das Problem.)

Sie sollten einmal auf den Boden der Tatsachen kommen! Wir gehen täglich damit um.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und nun möchte ich Ihnen noch etwas sagen, Frau Ministerin: Ich würde mir sehr wünschen, wenn Sie einmal zu den Gruppierungen in diesem Lande gehen würden, die sich wirklich mit der Integration von Migrantinnen und Migranten, ich sage jetzt den weiten Begriff, ...

(Peter Ritter, PDS: Wissen Sie überhaupt, wer die Leitlinien mit erarbeitet hat? Genau die Leute aus den Ministerien, die Sie jetzt angreifen.)

Ach, lieber Herr Ritter, reden Sie einmal ...

(Peter Ritter, PDS: Ach, Sie haben eben keine Ahnung!)

Ich rede nicht nur mit Funktionären, ich rede mit sehr viel ehrenamtlichen Funktionären, wie hier zum Beispiel in der Landeshauptstadt Schwerin mit der evangelischen Kirche, die sich sehr, sehr stark kümmert. Wissen Sie, was uns fehlt?

(Torsten Koplin, PDS: Sie doch nicht alleine.)

Nein, natürlich nicht. Aber ich habe sie gerade vor Augen, weil ich gerade dort war. Ich kann Ihnen aber auch andere nennen. Ich kann Ihnen die Jüdische Gemeinde nennen,

(Torsten Koplin, PDS: Ja.)

die sehr integrativ arbeitet

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und die arbeiten muss. Ich lade Sie gerne einmal ein,

(Peter Ritter, PDS: Das stelle ich doch nicht in Abrede. Das können Sie doch genauso.)

und zwar ganz konkret.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Ritter, bleiben Sie doch ganz geduldig!

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Es tut immer weh, wenn man mit den Tatsachen konfrontiert wird. Uns helfen keine Fensterrauslegeanträge, uns hilft Unterstützung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Peter Ritter, PDS)

Stellen Sie bitte für uns in den Haushaltsberatungen auch die entsprechenden Mittel ein! Diese Anträge bringen uns in der Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die hier bleiben, überhaupt keinen Schritt weiter.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Und deswegen lehnen wir aus Prinzip einen Antrag ab, der nur wieder verschiebt. Es kommt nichts!

(Torsten Koplin, PDS: Es geht ums Prinzip! –
Zurufe von Peter Ritter, PDS, und
Gabriele Schulz, PDS)

Herr Ritter, es hilft uns doch nicht weiter. Sie mit Ihrem schlechten Gewissen stellen Anträge,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

aber Sie haben mit den Haushaltsberatungen nichts, aber auch gar nichts eingesetzt.

(Peter Ritter, PDS: Haushaltsberatung ist das Stichwort. Alle Mittel wollen Sie doch ausgleichen. Ach, hören Sie doch auf!)

Entschuldigen Sie, wer hat denn Civitas im Innenausschuss mitgetragen, Herr Ritter, und zwar auf Ihren Wunsch? Also, wenn wir einmal zur Sache kommen: Wer war es denn? Wer war es denn?

(Peter Ritter, PDS: Wer will denn die Härtefallkommission abschaffen? Wir oder Sie?)

Sie kamen eigens ...

(Heinz Müller, SPD: Aha, aus Prinzip. –
Peter Ritter, PDS: Aber aus Prinzip eben. Aus Prinzip aus Prinzip eben. –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Natürlich wollen wir die Härtefallkommission abschaffen, weil sie zur Integration der ausländischen Mitbürger überhaupt nichts tut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das kann sie auch gar nicht, weil sie auf einer Ebene aufgehängt ist, wo die praktische Arbeit gar nicht stattfindet.

(Peter Ritter, PDS: Ja.)

Gehen Sie raus in die Kommunen, helfen Sie uns da! Helfen Sie den Vereinigungen von ehrenamtlich tätigen Bürgern und dann reden wir wieder über Leitlinien, Richtlinien oder was Sie immer auch haben wollen!

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das, was Sie jetzt machen, hilft in der Sache überhaupt nichts. Das muss man auch entlarven, deswegen kann man dem Antrag nicht folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jäger.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Volland von der SPD-Fraktion.

Angelika Volland, SPD: Meine Damen und Herren!

Herr Jäger, ich möchte noch einmal Heine bemühen:

(Torsten Koplin, PDS: Das ist gut.)

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;“

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Ich kenne den Text!)

„Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.“

Ich hatte gedacht, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen,
was ich in meiner Freizeit tue, ja?)

dass Sie nach fast einem Jahr überzeugt an meiner Seite die Konzeption mittragen können,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

weil ich gedacht habe, Sie wären einen Schritt weiter gegangen.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Und ich gebe Ihnen Recht, die berufliche Integration muss ein Schwerpunkt in dieser Konzeption sein.

(Tosten Koplin, PDS: Das ist unstrittig. –
Peter Ritter, PDS: Deswegen haben wir das ja
beantragt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, das ist unstrittig, da sind wir uns vollkommen einig. Und wenn wir die Probleme, die akut draußen anstehen, so schnell wie möglich lösen können, habe ich auch nichts dagegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich lade Sie mal ein
hier nach Mueßer Holz. Kommen Sie mal mit!)

Aber die Leitlinien, unterfüttert mit einer richtigen Konzeption, sollten für mehrere Jahre halten und nicht nur von einem Haushaltstag zum anderen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Regine Lück, PDS:
Jawohl. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich denke, ich habe mich deutlich ausgedrückt. Ich war vorher nicht hier im Landtag. Und glauben Sie mir, wenn ich mir das auf die Fahnen geschrieben habe und dazu von meiner Fraktion den Auftrag bekommen habe, dass ich ihn auch in der Zeit durchführen würde, in der ich hier als Abgeordnete tätig bin.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist in Ordnung.)

Ich bin nicht diejenige, die irgendwo in höheren Sphären mit irgendjemandem darüber spricht. Ich bin bei unseren ausländischen Mitbürgern und Migranten gewesen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und habe mit Ausländerbeiräten und Ausländerbeauftragten geredet, wie wir das machen können, dass wirklich auch Projektanträge Hand und Fuß haben können, die auch finanziell überleben können, und dass wir über einen längeren Zeitraum alles stabilisieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

genauso wie wir es im Kultur- oder Sozialbereich schrittweise versuchen hinzukriegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber
wo sind sie denn geblieben?)

Gehen Sie doch den Schritt mit uns! Ich verstehe Ihre Weigerung nicht.

(Peter Ritter, PDS: Aus Prinzip! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich denke, Sie haben doch diesen Prozess durchgemacht. Wir hatten gesagt: Wir fangen mit einem Diskussionsprozess im Land an. Den haben wir angestoßen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wir wollen handeln.)

Ich appelliere einfach noch einmal daran: Lassen Sie uns gemeinsam, auch nach außen hin, diesen Schritt

gehen, und zwar mit diesen Mitbürgern, damit sie integriert werden können, damit wir gemeinsam unter einem Dach leben können! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Voland.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Walther von der PDS-Fraktion.

Gerd Walther, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Dr. Jäger, ich gebe die Hoffnung nicht auf. Ich bin als Sozialist ein Optimist und möchte es auch an dieser Stelle so bleiben.

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das muss man in
Ihrer Situation wohl auch sein.)

Ich möchte deshalb versuchen, Ihnen noch einmal eine Brücke zu bauen. Sie haben zu Recht gesagt,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Jäger, berufliche Integration ist eine ganz große Schwerpunktaufgabe.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Aber das ist unser Problem.)

Da gehen wir vollkommen d'accord und sagen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

so, wie das Frau Voland eben erwähnt hat, in dieser Konzeption, aufbauend auf den Leitlinien, wird die berufliche Integration einen ganz großen Schwerpunkt ausmachen. Da sind wir uns doch vollkommen einig.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Karin Strenz, CDU)

Aber wir sind uns doch auch einig – auch wenn das Berufsleben, das Arbeitsleben ein ganz wichtiger Punkt ist, gerade was die Tätigkeit der Menschen angeht, dass sie sich auch wirklich ernst genommen fühlen –, dass das nicht alles ist, dass es nicht das ganze Leben ausgestaltet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

damit dementsprechend noch ein paar Bereiche übrig bleiben. Das ist nun einmal der Ansatz einer Konzeption, dass sie den kompakten, den gesamten Ansatz auch mit reflektiert. Da können Sie uns doch wohl ehrlichen Herzens abnehmen, dass wir hier im Interesse der Betroffenen wollen, dass wir ein ganzheitliches Konzept auf die Reihe bringen. Und in dem Sinne muss ich Ihnen auch ganz ehrlich sagen, es bringt uns hier gar nichts, sich hier gegenseitig selbst in ein Licht zu stellen und damit zu suggerieren: Aber ihr macht das ja nicht so. Das haben Sie vielleicht unbewusst, aber eben zumindest so getan,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich
möchte gerne, dass Sie handeln.)

und zwar nach dem Motto: Ich unterhalte mich mit denen und denen und suggeriere damit, dass die anderen es nicht tun.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das, finde ich, ist an der Stelle einfach deplaziert,

(Gabriele Schulz, PDS: Deplaziert!)

weil wir uns alle vor Ort, und da nehme ich keinen aus den Fraktionen aus, doch redlich darum mühen, Integration wirklich praktisch zu betreiben.

(Torsten Koplin, PDS: Natürlich, wir stehen ja mit beiden Beinen im Leben. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Drei Kilometer von meinem Wohnort steht ein Asylbewerberheim. Ich bin jede Woche dort und spreche mit den Leuten. Ich gehe zum Arbeitsamt, ich gehe zur Ausländerbehörde und spreche mit den Behörden, um es ihnen einfacher zu machen. Und da ist wirklich Integration für mich auch ein ganz praktisches tägliches Handeln. Wir müssen uns diese Sachen nicht aufs Butterbrot schmieren, um uns dann eine Argumentation aufzubauen, warum wir einem Antrag nicht zustimmen. Ich bitte nochmals: Nehmen Sie den Ansatz ernst, überwinden Sie sich! Wir sind in der Sache, da bin ich mir sicher, gar nicht auseinander. Und deshalb überwinden Sie einmal den Koalitionsfrust und machen Sie hier mit bei der Abstimmung!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Walther.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1112. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? –

(Peter Ritter, PDS: Aus Prinzip! Aus Prinzip!)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1112 mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/1105.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklung der Abfallwirtschaft
und der Abfallwirtschaftsstrukturen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1105 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kokert von der CDU-Fraktion.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abfallwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, wie oft hat sich dieses Hohe Haus schon mit dem Thema in den letzten Jahren beschäftigt? Das letzte Mal war es im letzten Jahr, und zwar im September. Der Umweltminister hatte damals zu diesem Thema leider nicht viel zu sagen. Um es kurz zu machen: Er hat dazu gar nichts gesagt.

(Heiterkeit auf der Ministerbank –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich hoffe, Herr Minister, dass dies heute anders sein wird. Ich hoffe auch, dass Sie sich heute dazu äußern. Ich habe auf jeden Fall gesehen, dass Sie Redezeit beantragt haben.

Meine Damen und Herren, wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass die Bürger unseres Landes auf eine umweltgerechte und gebührenfreundliche Abfallentsorgung zurückgreifen können. Schweigen hilft uns nicht weiter. Vielmehr sollten Sie, meine Damen und Herren der Koalition, einen Blick in Ihren Koalitionsvertrag wagen, denn dort steht unter Punkt 129: „Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger werden durch das Umweltministerium bei ihren Planungen für Abfallbehandlungsanlagen beraten und unterstützt.“

(Reinhard Dankert, SPD: Stimmt, da haben wir gestern nicht mehr reingeguckt.)

Herr Kollege, ich weiß gar nicht, warum Sie immer denken, dass ich eine Souffleuse brauche.

(Reinhard Dankert, SPD: Ich habe auch nicht souffliert.)

Also ich brauche die eigentlich nicht.

Dies ist aber offensichtlich nicht in ausreichendem Maße geschehen, denn nur so ist zu verstehen, dass für 151.400 Tonnen Siedlungsabfälle pro Jahr bis zum 1. Juni 2005 keine Entsorgungssicherheit vorhanden ist. Dies ist eine eher optimistische Prognose, meine Damen und Herren. Es steht nämlich keineswegs fest, ob die bereits genehmigten oder schon im Bau befindlichen Anlagen rechtzeitig zum Termin fertig werden. Aus genau diesem Grund hat meine Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht.

Mit Sorge betrachten wir die derzeitige Entwicklung in der Abfallwirtschaft und den Aufbau von Abfallwirtschaftsstrukturen in unserem Land. Seit der letzten Debatte zu diesem Thema hat sich leider nicht viel ereignet, außer dass in Ludwigslust und Rosenow der erste Spatenstich für die Errichtung von Behandlungsanlagen vollzogen wurde und die Genehmigung für die Abfallbehandlungsanlage in Stralsund erteilt ist.

Klar ist allerdings, dass für Bad Doberan, Güstrow, Nordvorpommern, Ostvorpommern, Greifswald, Schwerin und Rostock bis heute keine Verträge zur Entsorgung der Siedlungsabfälle bestehen. Bis heute existiert in unserem Land erst eine funktionierende Behandlungsanlage in Samtens auf Rügen. Der vorliegende Antrag meiner Fraktion verfolgt nach wie vor das Ziel, das lautet: Aufbau ökologischer, wettbewerbsfähiger und gebührenfreundlicher Abfallentsorgungsstrukturen in unserem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes hat das Land die Pflicht, einen Abfallwirtschaftsplan nach überörtlichen Gesichtspunkten aufzustellen. Am 13. Januar 2000 hat die Landesregierung einen Abfallwirtschaftsplan verabschiedet, der gerade diesen Anforderungen nicht entsprach. Damals wurde seitens des Landesrechnungshofes und auch der CDU-Fraktion darauf verwiesen, dass es dem vorgelegten Abfallwirtschaftsplan an den im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Lenkungs- und Abwägungswirkungen der einzelnen Belange wie Abfallvermeidung, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz untereinander mangelt. Schon damals wurde darauf verwiesen, dass die Landesregierung mit dem vorgelegten Abfallwirtschaftsplan versucht, sich für den Aufbau und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Abfallwirtschaftsstrukturen aus der Verantwortung zu stehlen und diese auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu übertragen.

Die mageren Ergebnisse müssen wir heute wie auch schon im letzten Jahr im September leider zur Kenntnis nehmen. Damit wir so schnell wie möglich im Interesse des Landes und seiner Bürger handeln können, bedarf es einer genauen Analyse, in welchen Bereichen der Abfallwirtschaftsplan umgesetzt wurde und in welchen Bereichen steuernd eingegriffen werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn die umweltgerechte Abfallentsorgung ein wesentlicher Bestandteil der von den Kommunen wahrzunehmenden Aufgaben der Daseinsvorsorge ist, muss die Landesregierung die Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben schaffen. Entsorgungssicherheit muss auch in Zeiten der Liberalisierung des Abfallmarktes gewährleistet werden. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zur Erfüllung ihrer Aufgaben die rechtlichen und technologischen Voraussetzungen, auch die notwendigen ökonomischen Rahmenbedingungen eingeräumt werden. In erster Linie benötigen die Kommunen Planungssicherheit, um sich den Herausforderungen der Daseinsvorsorge stellen zu können. Aber gerade an dieser Planungssicherheit fehlt es im Moment. Vor dem Hintergrund, dass ab dem 1. Juni die Entsorgung von unbehandelten Siedlungsabfällen auf Deponien verboten ist und dann in Deutschland Behandlungskapazitäten – Herr Minister, das haben Sie auch selber immer wieder ausgeführt – in einer Größenordnung von circa 1,5 Millionen Tonnen fehlen, ist mit einer erheblichen Steigerung der Abfallgebühren für die Bürger unseres Landes zu rechnen.

Der Presse war zu entnehmen, dass der Umweltminister keine Ausnahmen für eine Deponierung von Siedlungsabfällen zulassen will. Er spricht lediglich von einer Zwischenlagerung der Siedlungsabfälle. Wie und wo die Siedlungsabfälle abgelagert werden sollen, darüber fehlen bisher jegliche Aussagen. Ebenso wenig gibt es Auskünfte, ob die Abfälle behandelt oder unbehandelt zwischengelagert werden sollen oder ob es für die Zwischenlagerung bereits genehmigte Deponien gibt. Am interessantesten ist aber die Frage nach den zusätzlichen Kosten, die sich dann wieder über die Gebühren auf die Geldbörse unserer Bürger niederschlägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der geltende Abfallwirtschaftsplan lässt auch heute noch die gesetzlich vorgeschriebene Lenkungswirkung vermissen. Vor diesem Hintergrund ist es nur logisch, dass er in vielen Punkten gescheitert ist. So war es für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger schwer, die im Abfallgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgeschriebene Entsorgungssicherheit zu realisieren. Dies gelang auch nur im Rahmen freier Ausschreibungen. Diese Tatsache ist zwar bedauerlich, da mit den Abfällen auch die Wertschöpfung verloren geht, aber aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen ist diese Herangehensweise der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nur konsequent.

Ich möchte hier den Wettbewerb, das sage ich ganz deutlich, zwischen kommunaler und privater Entsorgung nicht in Frage stellen. Vielmehr sehe ich im Wettbewerb die Chance, Kosten und Gebühren zu dämpfen. Aber die Spielregeln müssen vom Land vorgegeben werden, damit sich ein vernünftiger und nachhaltiger Wettbewerb entfalten kann.

Und damit bin ich beim Punkt 3 unseres Antrages: „die wirtschaftliche Situation der Ihlenberger Abfallgesell-

schaft und der damit für den Landeshaushalt verbundenen Risiken“. Die IAG weist nach eigenen Angaben im Wirtschaftsjahr 2002 Verluste in einer Größenordnung von 500.000 Euro aus, und das, obwohl die Rückstellungen für die Rekultivierung drastisch gesenkt wurden. Des Weiteren beabsichtigt die IAG auf dem Ihlenberg die Errichtung einer mechanisch-biologischen Anlage mit einem Input von 150.000 Tonnen, obwohl sie bis heute die Abfallmengen für den Betrieb einer solchen Anlage nicht akquiriert hat. Welches Risiko damit verbunden ist, meine Damen und Herren, darauf brauche ich wohl nicht näher einzugehen. Wenn schon ein Unternehmen des Landes nicht in der Lage ist, sich auf die von der Landesregierung vorgegebenen Rahmenbedingungen einzustellen, dann stellt sich die Frage, wie dieses den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern gelingen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, es gibt noch viele Fragen, die hier zu erörtern sind. Aus diesem Grund fordern wir den Umweltminister auf, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu beziehen. – Haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kokert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Umweltminister Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Kokert, gerne gebe ich auf Ihre Fragen Antworten. Ich hätte auch ganz gern gehört, dass es auf Ihrer Seite einen Erkenntnisfortschritt und einen gewissen Respekt für das, was sich verändert hat, gibt. Aber vielleicht können wir das in der heutigen Landtagsdebatte erreichen, denn für die Gäste in unserem Hause ist sicherlich die Geschichte nicht ganz klar, wie sich die Abfallwirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat. Es reicht aber heute die Zeit nicht aus, um dieses darzustellen. Nur dieses dürfen Sie natürlich nicht ganz vergessen, wenn wir über die gegenwärtige Situation sprechen, insbesondere was die Deponie auf dem Ihlenberg betrifft und die Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in diesem Lande. Die Abfallwirtschaftspolitik war im Jahr 1998, als wir die Verantwortung übernommen haben, in jeder Beziehung total gescheitert. Es musste eine neue Politik entwickelt werden, die mehr und mehr Ergebnisse zeitigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und dieses sollten Sie wenigstens respektieren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Ablagerung unvorbehandelter Abfälle ist ab dem 1. Juni 2005 nicht mehr zulässig. Die Bundesabfallablagerungsverordnung vom 20. Februar 2001 hat eine Regelung der seit 1993 geltenden Technischen Anleitung Siedlungsabfall übernommen und somit verrechtlicht. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben also seit 1993 davon Kenntnis, dass spätestens zum 31. Mai 2005 ausreichende Vorbehandlungskapazitäten aufzubauen sind beziehungsweise zur Verfügung stehen müssen. Durch die Abfallablagerungsverordnung wurde neben der thermischen auch

die Möglichkeit der mechanisch-biologischen Abfallvorbehandlung eröffnet. Der Abfallwirtschaftsplan für Mecklenburg-Vorpommern vom Januar 2000 – Sie haben darauf verwiesen – wurde deshalb und aufgrund weiterer veränderter Rahmenbedingungen von mir durch den Abfallwirtschaftsplan vom 17. September 2002 ersetzt.

Mit meiner Amtsübernahme als Umweltminister habe ich mich für eine Verfahrensvielfalt bei der Wahl der Vorbehandlungstechnologien eingesetzt, übrigens, wie Sie wissen, bevor dieses rechtlich fixiert war. Schwerpunkt meiner Abfallpolitik war und ist es ebenfalls, durch den Verzicht auf Überlassungspflichten an bestimmte Entsorgungsanlagen sowie auf Vorschriften zur Nutzung einer bestimmten Technologie die Eigenverantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Organisation der Abfallentsorgung als Selbstverwaltungsaufgabe zu stärken. Und dieses sollten Sie zumindest immer wieder in Erinnerung haben, dass die Kommunen wollten, dass sie selbst entscheiden können. Und Sie stellen laufend in Frage, dass die Kommunen dieses wollen.

Dies kommt auch deutlich im Abfallwirtschaftsplan und der dazugehörigen Verordnung zum Ausdruck. Ich erinnere mich sehr deutlich an die damaligen interessanten und zum Teil heftigen Diskussionen, auch in diesem Hohen Hause und an anderen Orten, ob mit der Opposition oder dem Landesrechnungshof. Im Übrigen hatten wir selten Diskussionen mit den Kommunen selbst und den Abfallwirtschaftsunternehmen unseres Landes, wie Sie sich sicher deutlich erinnern können.

(Vincent Kokert, CDU: Noch nicht.)

Glauben Sie mir, Herr Kokert, ich bin da dran, und zwar schon mehrere Tage, was meine Abwesenheit im Landtag ja entschuldigt hat. Dort habe ich mit den Unternehmen, um die es geht, und den Kommunen darüber gesprochen.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Im Abfallwirtschaftsplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern und in der dazugehörigen Verbindlichkeitsverordnung vom 24. September 2002 habe ich bestimmt, dass sich die Beseitigungspflichtigen, außer bei gefährlichen Abfällen, der Deponien und Abfallbehandlungsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern zu bedienen haben. Mit anderen Worten: Abfälle aus Mecklenburg-Vorpommern sollen in Mecklenburg-Vorpommern entsorgt werden. Dadurch wird gesichert, dass die Wertschöpfung für diese abfallwirtschaftlichen Aktivitäten im Land bleibt und die Kommunen die notwendige Planungssicherheit erhalten, um sich den Herausforderungen der Daseinsvorsorge stellen zu können.

In diesem Zusammenhang halte ich die Behauptung der CDU für absurd, dass die Verbindlichkeitsverordnung nach allgemeiner Rechtsauffassung nicht rechtskonform sei. Ob beziehungsweise dass von der Verordnung abgewichen werden muss, wie Sie es behaupten, sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht, denn rechtskonforme Maßnahmen sind auch bei eventuellen kurzfristigen Verschiebungen im Sinne der abfallwirtschaftlichen Grundsätze durchaus möglich. Und ich kenne keinen – ich betone, keinen – öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und auch kein Abfallwirtschaftsunternehmen unseres Landes, das einen anderen Weg gehen will. Die Daten zur Prognose des Restabfallaufkommens in Mecklenburg-Vorpommern wurden dem Abfallwirtschaftsplan in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und den

aktuellen Abfallbilanzen entnommen und entsprechend aufbereitet. Gewisse Prognoseunsicherheiten sind im Wesentlichen durch folgende Fakten bedingt:

1. Angesichts der Unsicherheiten über die zukünftig den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu überlassenen Mengen an Abfällen zur Beseitigung aus gewerblichen Unternehmen, die aus der Umsetzung der seit dem 1. Januar 2003 gültigen Gewerbeabfallordnung resultieren, sind die Zahlen für den Anteil des Gewerbeabfalls nur begrenzt belastbar. Das ist bekannt.
2. Klärschlamm wird in Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig zum größten Teil einer landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt beziehungsweise im Landschaftsbau eingesetzt. Eine Verschärfung der Klärschlammverordnung durch die intensiv diskutierte Konzeption des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie des Bundesumweltministeriums würde diesen Entsorgungsweg zum Teil verschließen und das zu beseitigende Restabfallaufkommen erhöhen.

Nun zum aktuellen Stand der Umsetzung der Abfallablagerversordnung.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist für das Jahr 2005 ein Restabfallaufkommen in Höhe von 430.000 Tonnen prognostiziert. Die Prognosen liegen zwischen 400.000 und 430.000 Tonnen bei unterschiedlichen Herangehensweisen.

Die Situation zur Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten stellt sich gegenwärtig wie folgt dar:

- Die Kreise Bad Doberan, Güstrow, Nordvorpommern müssen neu ausschreiben. Diese Ausschreibung wird in diesem Monat erfolgen.
- Die Kreise Ludwigslust und Parchim haben die Behandlung ihrer Abfälle vergeben. Die thermische Abfallbehandlungsanlage Ludwigslust wird eine Kapazität von 50.000 Tonnen haben. Baubeginn war am 20.10.2003, die Grundsteinlegung für weitere Bauabschnitte ist vor kurzem erfolgt.
- Die OVVD, also die Entsorgungsgemeinschaft, gewissermaßen der Zweckverband der Kreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Müritz, Uecker-Randow und der Stadt Neubrandenburg, hat ebenfalls die Leistungen vergeben. Es wird eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage in Rosenow gebaut, geplant ist eine Kapazität von 125.000 Tonnen. Eine Erweiterung ist in Abhängigkeit von weiteren Vergaben möglich.
- Der Kreis Ostvorpommern und die Stadt Greifswald haben ihre Ausschreibungen aufgehoben. Sie führen gegenwärtig Gespräche mit öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern für die Variante eines öffentlich-rechtlichen Vertrages, mit dem die Entsorgungssicherheit gewährleistet wird.
- Die Kreise Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar haben ihre Leistungen vergeben an das Abfallentsorgungszentrum Deponie Ihlenberg. Dort ist eine mechanisch-biologische Anlage geplant mit einer Kapazität von 120.000 Tonnen.
- Der Kreis Rügen und die Hansestadt Stralsund haben ihre Leistungen vergeben. Die MBA Stralsund soll eine Kapazität von 70.000 Tonnen umfassen, die Anlage ist zum Teil errichtet und die Hallen sind auch errichtet. Die

Hansestadt Stralsund hat die Leistung vergeben an eine MBA, sie soll 80.000 Tonnen bearbeiten können, und es ist eventuell eine zweite Ausbaustufe für die thermische Behandlung vorgesehen.

- Die Stadt Schwerin will ihre Ausschreibung im dritten Quartal 2004 durchführen.

Summa summarum ergibt sich daraus, meine Damen und Herren, dass Kapazitäten in Größenordnungen von 395.000 Tonnen pro Jahr vorgesehen sind. Hinzu kommen die MBA und hinzu kommt eine Müllverbrennungsanlage in Ludwigslust für 50.000 Tonnen pro Jahr.

Außerdem sind Planungen beziehungsweise konkrete Vereinbarungen getroffen für Anlagen für die thermische Abfallbehandlung, für die Behandlung der heizwertreichen Fraktion. Mit dem Beginn der Errichtung der thermischen Verwertungsanlage in Ludwigslust im Oktober 2003, der MBA in Rosenow im Februar 2004, der am 30. März erteilten Genehmigung für den Standort Stralsund, dem vorliegenden Änderungsantrag für den Standort Rostock sowie dem fortgeschrittenen Genehmigungsverfahren an dem Standort Ihlenberg sind die Voraussetzungen geschaffen, die Entsorgungssicherheit für Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2005 zu gewährleisten.

Kann sich bis zum 1. Juni 2005 ein Landkreis beziehungsweise eine kreisfreie Stadt keiner Vorbehandlungsanlage bedienen, weil beispielsweise durch zeitliche Verzögerung im Vergabeverfahren nicht fristgemäß eine Abfallbehandlung sichergestellt werden kann – Sie haben das Problem benannt –, wird die Fachaufsicht, also das zuständige Umweltministerium, zumindest zeitweise gezwungen sein, die Abfälle des betreffenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers einer Abfallbehandlungsanlage in Mecklenburg-Vorpommern zuzuweisen. Dieses ist allen bekannt. Ich habe dieses auch bei vielen Gelegenheiten deutlich gemacht und darüber sind sich auch alle im Klaren.

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben in ihren Vergabeverfahren Abnahmeerklärungen gefordert, die die Verwertung der heizwertreichen Fraktion, der so genannten hochkalorischen Fraktion, sicherstellt. Durch die Abfallwirtschaftsplan-Verbindlichkeitslandesverordnung sollte und konnte für die Verwertung der heizwertreichen Fraktion keine territoriale Einschränkung erfolgen, so dass diese nicht in Mecklenburg-Vorpommern andienungspflichtig ist. Das hätte andernfalls in diesem Falle gegen Bundesrecht verstoßen. Dennoch arbeiten wir intensiv darauf hin, die Wertschöpfung dieser Abfallfraktion im Land zu belassen. Für die Verwertung der heizwertreichen Fraktion in unserem Land können die thermischen Behandlungsanlagen in Ludwigslust und später in Rostock genutzt werden.

In Stavenhagen ist der Planungsstand zur Errichtung eines Heizkraftwerkes unter Nutzung der hochkalorischen Fraktion fortgeschritten. Mit einer Kapazität von circa 90.000 Tonnen pro Jahr heizwertreicher Fraktion ist mit dieser Anlage die Entsorgung beziehungsweise Verwertung der in der MBA Rosenow anfallenden Mengen an hochkalorischer Fraktion gesichert und für weitere Anlagen eine Verwertungsoption eröffnet. Am Standort Hagenow laufen gegenwärtig Gespräche mit einem Milchverarbeitungsbetrieb mit der Zielstellung, die Anlage durch ein mit heizwertreicher Fraktion betriebenes Kraftwerk in der Kapazität von 50.000 Tonnen zu ergänzen. Wie Sie wissen, braucht auch die Kartoffelveredlung in Hagenow

mehr Wärme, als gegenwärtig zur Verfügung gestellt werden kann.

Auch für die Beseitigung der nicht verwertbaren Abfälle aus den Behandlungsverfahren ist der Auftragnehmer verantwortlich. Das heißt, er hat einen Nachweis im Vergabeverfahren zu erbringen. Aber Deponiekapazitäten nach dem Stand der Technik zur Aufnahme der Restabfälle zur Beseitigung aus den mechanisch-biologischen Vorbereitungsanlagen sind in Mecklenburg-Vorpommern genügend vorhanden.

Trotz guter Fortschritte beim Stand der Ausschreibungsverfahren und der Vergabe der Leistung ist die Frist bis zum 1. Juni 2005 für die weitere Umsetzung der Planungen durch die Auftragnehmer knapp bemessen, da noch Zeit für das Genehmigungsverfahren, den Bau der Anlagen und den Probetrieb vorgesehen werden muss.

Bei den vergebenen Verfahren haben die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sich bezüglich der gesetzlich vorgegebenen umweltgerechten Abfallbeseitigung ab 1. Juni 2005 gegenüber den Auftragnehmern abgesichert.

Für den Fall der nicht termingerechten Abfallvorbehandlung muss der Auftragnehmer eine Zwischenlösung anbieten, die in der Regel mit höheren Kosten verbunden ist. Hierfür käme erforderlichenfalls eine zeitlich befristete Zwischenlagerung in Frage. In diesen so genannten Kurzzeitlegern, die aber auf jeden Fall einer abfallrechtlichen oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen, darf allerdings unvorbehandelter Hausmüll nur bis zu einem Jahr zwischengelagert werden. Im Anschluss an die Lagerung erfolgt dann die Vorbehandlung als erster Schritt im Sinne einer Beseitigung des Abfalls. So können gegebenenfalls fehlende Kapazitäten durch verzögerte Ausschreibungen mittels höherer Auslastung der dann existierenden Anlagen ausgeglichen werden. Notfalls kann die Mitbenutzung durch die zuständige Behörde angeordnet werden.

Zur Einhaltung des Termins bei der Umsetzung der Abfallablagerversordnung besteht im Rahmen der Entsorgungspartnerschaft Mecklenburg-Vorpommern ein enger Kontakt zwischen dem Umweltministerium, den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und der Entsorgungswirtschaft. In verschiedenen Fällen habe ich mich persönlich eingeschaltet, um im Interesse unseres Landes eine effektive, kostengünstige und nachhaltige Entsorgungsstruktur zu etablieren. Ich verweise aber in diesem Zusammenhang darauf, dass die Verantwortung bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern liegt. Und sie legen großen Wert darauf, dass man ihre Kompetenzen nicht in Frage stellt.

Leider gibt es aber noch weiße Flecken in der Entsorgungslandschaft Mecklenburg-Vorpommern. Die Landkreise Güstrow, Nordvorpommern und Bad Doberan sind aufgrund der Insolvenz der Umweltschutz Nord Kompost Systeme GmbH und Co. – kurz gesagt, U-Nord – gezwungen, ihre Ausschreibungen zu wiederholen. Die Hansestadt Greifswald und der Landkreis Ostvorpommern haben gerade ihre gemeinsame Ausschreibung aufgehoben, um auf getrenntem Wege ein wirtschaftliches Angebot einzuzahlen beziehungsweise durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu vereinbaren. Die Landeshauptstadt Schwerin beabsichtigt, sogar erst im Herbst 2004 ihre Leistungen auszuschreiben. Ich habe die Stadt wiederholt auf die Konsequenzen hingewiesen. Aber ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen, auch der Siedlungsab-

fall von Schwerin wird in Mecklenburg-Vorpommern vorbehandelt und gelagert. Es gibt keine anderen Absichten und es wird auch nichts anderes zugelassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, gerne gehe ich, wie im CDU-Antrag gewünscht, näher auf die wirtschaftliche Situation der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft IAG ein. Im Umweltausschuss dieses Hauses berichte ich regelmäßig über dieses Thema, zuletzt war dies am 1. Oktober des vergangenen Jahres der Fall.

Ich darf das Ergebnis des heutigen Berichtes vorwegnehmen: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der IAG verläuft zufrieden stellend und stabil. Die Ertrags- und Vermögenslage ist bei aller gebotenen Vorsicht durchaus als gut zu bezeichnen. Die meisten von Ihnen werden wissen, dass dies in der Vergangenheit nicht immer der Fall war. Die Ausgründung der privaten Betreibergesellschaft DMG, die neben der IAG als zweite Gesellschaft am Standort agierte, hat sich als Fehler erwiesen. Die Entscheidung der ersten Landesregierung war ein Musterbeispiel dafür, wie eine Privatisierung nicht erfolgen sollte. Sie hat die Landesgesellschaft IAG letztendlich viel Geld gekostet. Im Jahre 2002 ist dieser Fehler endgültig korrigiert und die DMG mit der IAG verschmolzen worden. Da die IAG zuvor die Geschäftsanteile der DMG erwerben musste, war im Jahresabschluss des Jahres 2002 ein bilanzieller Verschmelzungsverlust von knapp 3 Millionen Euro auszuweisen. Darüber habe ich im Umweltausschuss auch berichtet. Aufgrund dieses einmaligen Sondereinflusses hat die IAG im Jahr 2002 einen Verlust von 400.000 Euro erwirtschaftet.

Von dieser Maßnahme abgesehen, hat sich die IAG bis zum heutigen Tage auf dem, wie wir wissen, hart umkämpften Abfallmarkt mit durchweg positiven Geschäftszahlen behaupten können. Im Jahr 2003 ist bei Umsatzerlösen von 29 Millionen Euro nach Rückstellungen und Steuern ein Jahresüberschuss von 2,8 Millionen Euro erwirtschaftet worden. Den Rückstellungen für die Kultivierung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie sind 10,4 Millionen Euro zugeführt worden. Dieser Betrag entspricht dem aktuellen technischen Rückstellungsgutachten und ist in voller Höhe aus den Umsatzerlösen verdient. Die Liquidität des Unternehmens hat sich damit im Jahre 2003 um 13,2 Millionen Euro auf insgesamt 160 Millionen Euro erhöht. Die noch verbleibende Rückstellungsverpflichtung der IAG für die Rekultivierung und die Nachsorge der Deponie liegt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2003 in etwa der gleichen Höhe.

Damit sind die Rückstellungen praktisch in voller Höhe durch die Finanzmittel gedeckt. Mit anderen Worten, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Liquidität reicht nach derzeitiger Bilanzlage aus, um die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie aus eigener Kraft zu finanzieren. Damit kann die IAG bei weiterem planmäßigem Verlauf das gesetzte Ziel erreichen und auch nach Inkraft-Treten des Vorbehandlungsgebotes Mitte kommenden Jahres die künftigen Aufwendungen für die Stilllegung und Nachsorge der verfüllten Deponieabschnitte erwirtschafteten, und zwar aus eigener Kraft ohne – ich betone, ohne – staatliche Förderung, wie das immer wieder an die Wand gemalt wird. Dafür gibt es überhaupt keine Grundlage, eine solche Vermutung abzuleiten. Die Jahresabschlüsse der IAG sind vom Abschlussprüfer mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und werden in Kürze im Amtsblatt des Landes Mecklen-

burg-Vorpommern veröffentlicht. Der Altteil der Deponie von rund 55 Hektar wird planmäßig im Jahre 2005 stillgelegt. Damit wird auch ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung dieses Standortes zur Reduzierung der Belastung geleistet.

In die Rekultivierung und Nachsorge dieser Fläche ist bis heute ein Betrag von 20 Millionen Euro investiert worden. Die neuen Deponieflächen innerhalb der Ringstraße der Deponie sind genehmigt und werden nach anfallender Menge abschnittsweise verfüllt. In diesem Jahr werden weitere Investitionen in die Sicherheit und den Umweltschutz des Standortes hineingegeben. Es werden solche Investitionen ausgelöst und sie werden zur Erweiterung der Gasverwertung durch die Errichtung einer dritten Stufe des Blockheizkraftwerkes und zur Reduzierung der Luftemissionen der Sickerwasserbecken in einem Gesamtvolumen von rund 6 Millionen Euro genutzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Für die ab Mitte kommenden Jahres vorgeschriebene Vorbehandlung von Siedlungsabfällen hat die IAG bekanntermaßen gemeinsam mit der Firma Rethmann die Tochtergesellschaft RABA Ihlenberg GmbH gegründet. Es soll eine mechanisch-biologische Behandlungsanlage am Standort Ihlenberg errichtet und betrieben werden. Das Genehmigungsverfahren läuft, mit der Erteilung der Genehmigung kann im Juni dieses Jahres gerechnet werden. Die RABA hat die Ausschreibungen des Landkreises Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar gewonnen, die Ausschreibung der Landeshauptstadt Schwerin steht noch bevor.

Aufgrund der Insolvenz der Firma Umweltschutz Nord werden die Mengen der Kreise Bad Doberan, Güstrow und Nordvorpommern neu ausgeschrieben, hier liegen die Akquisitionschancen für die IAG und für die RABA. Die endgültige Entscheidung treffen die Aufsichtsgremien der IAG voraussichtlich noch vor der Sommerpause. Die Anlage wird nicht zum Juni 2005 in Betrieb genommen werden können, aber es sollen und können Abfälle, die noch nicht vorbehandelt sind, auf der Deponie zwischengelagert werden. Die IAG und die RABA prüfen weiterhin den strategischen Erwerb von Beteiligungen an thermischen Verwertungsanlagen im Lande, um sich kostengünstig Verwertungsmöglichkeiten für die hochkalorische Reststofffraktion der MBA zu sichern.

Als Umweltminister unterstütze ich eine MBA am Ihlenberg. Sie reduziert übrigens die Belastung und erhöht sie nicht, wie die Bürgerinitiativen das darstellen. Sie muss sich aber auch aufgrund der in den Ausschreibungen gewonnenen Mengen und nach Prüfung durch die Aufsichtsgremien rechnen.

Ganz deutlich darf ich sagen: Risiken für den Landeshaushalt sind nicht erkennbar. Die IAG erwirtschaftet aus den Deponieumsätzen die für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie notwendigen Finanzmittel. Mit der Stilllegung des Altteils und der Vollendung im Jahr 2005 ist die IAG ein weites Stück vorangekommen. Es sind darüber hinaus Mittel vorhanden, um die weitere Sicherheit und den Umweltschutz des Standortes voranzubringen.

Geschäftsführung und Mitarbeiter der IAG sind, meine ich zumindest, auf einem guten Wege und verdienen die Unterstützung und vielleicht, wenn man sich überwinden kann, auch ein wenig Dank aller Fraktionen dieses Hauses, und zwar gerade angesichts der Fehlentscheidungen in der Vergangenheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich darf zum Schluss Folgendes feststellen: Im Gegensatz zu Ihrer Darstellung, Herr Kokert, ist alles auf gutem Wege. Es sind noch einige Entscheidungen zu treffen, aber dafür sind die Kommunen zuständig. Das Land nimmt im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss. Und seien Sie versichert, der Abfall aus Mecklenburg-Vorpommern wird in diesem Lande entsorgt, weil er Arbeitsplätze bringt, weil er Steuern bringt und weil er auch dem Umweltschutz in diesem Lande nützt. Andere Darstellungen sind keinesfalls gerechtfertigt. Ich kenne sie zumindest nicht aus den Reihen der Abfallwirtschaftsbetriebe dieses Landes und auch nicht aus den Kommunen.

(Egbert Liskow, CDU: Das muss der Bürger bezahlen. Das hat der Bürger bezahlt.)

Und was die Gebühren betrifft, darüber haben wir in diesem Hause schon oft gesprochen. Selbstverständlich erfordert die Abfallvorbehandlung höhere Kosten. Ich will aber in Erinnerung bringen, dass in Ludwigslust in der vergangenen Woche festgestellt wurde, dass es keine Gebührenerhöhung gibt und auch andere öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger sagen, dass die Gebührenwelle noch zu beurteilen ist. Es hat Vor- und Nachteile. Auf jeden Fall ist eines klar: Die Nichtvorbehandlung von Abfällen ist eine größere Belastung für die Gesellschaft und letztendlich auch für die Bürger.

(Beifall Ute Schildt, SPD: Das stimmt.)

Deswegen ist diese Vorbehandlung, die vorgeschrieben wurde, geltendes Recht, dem wir uns nicht entziehen können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Vincent Kokert, CDU: Dann sind wir uns ja einig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion. Kein Redebeitrag, zurückgezogen, dann Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum vorliegenden Antrag gibt es eigentlich nur wenig zu sagen. Irgendwie erinnert er mich an die Rudi-Carell-Show aus vergangenen Zeiten.

(Beifall und Heiterkeit bei
Hans-Heinrich Jarchow, SPD –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Gestern noch im Ausschuss und heute schon auf der Showbühne des Landtages. So kommt es mir mit dem Prozedere zu diesem Antrag vor.

Erst im Oktober des letzten Jahres berichtete das Umweltministerium zu der genau gleichen Problematik im Umweltausschuss, auf Antrag der CDU übrigens. Wir hatten eine ausgiebige Debatte dazu und der Minister hat die Fragen der Opposition ausführlich beantwortet, jedenfalls solange die Opposition noch Fragen hatte. Entweder haben die Kollegen der CDU in ihrer Fraktion kein Recht, über Informationen zu berichten, die sie in den Ausschüssen erhalten, oder es wird hier versucht, das Parlament unnötig zu beschäftigen.

(Vincent Kokert, CDU: Ach, Frau Schwebs!)

Das wäre auch nicht das erste Mal, dass hier so etwas initiiert wird, Herr Kokert, denn in dieses Spielchen passt natürlich die Tatsache,

(Vincent Kokert, CDU: Jaja!
Was ist seitdem passiert?)

dass der vorliegende Antrag fast wortgleich auf Drucksache 4/731

(Vincent Kokert, CDU: Richtig, richtig, richtig.)

am 11. September im letzten Jahr hier debattiert wurde.

(Gabriele Schulz, PDS: Sieh da, die Bilder gleichen sich. – Heinz Müller, SPD:
The same procedere as last year!)

Herr Kokert, was alles passiert ist, das hat der Minister Ihnen gerade erzählt. Wahrscheinlich haben Sie auch hier nicht zugehört. Sie und die ganze CDU tun nach außen hin geradeso, als ob sich auf diesem Gebiet nichts bewegen würde.

(Vincent Kokert, CDU: Nicht genug.)

Die realen Fortschritte in Ludwigslust, in Rostock, in Stavenhagen, bei der OVVD, der Minister hat alle die Standorte hier aufgezählt, werden ebenso wenig zur Kenntnis genommen wie die Entscheidungsprozesse der Landkreise vor Ort. Ein Beispiel ist der Landkreis Bad Doberan, wo ich im Kreistag bin. Der zuständige Ausschuss und der Kreisausschuss haben schon vor Monaten über die Insolvenz des Investors und die Folgen für die Kreise Bad Doberan, Güstrow und Nordvorpommern debattiert und sie haben beschlossen, eine Neuausschreibung vorzunehmen. Und seltsamerweise besteht bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern der betroffenen Kreise fraktionsübergreifend die Auffassung, dass, wenn diese Ausschreibung bis April realisiert wird, die Entsorgungssicherheit im Landkreis zukünftig gewährleistet ist, auch die Gebühren stabil bleiben werden, und zwar trotz der Zwischenlagerung, die von den kommunalen Vertretern kalkuliert und akzeptiert wird. Hier hilft es auch nicht, wenn Sie Ungemach an die Wand malen, denn die Kommunen und die Landkreise stehen in der Verantwortung für die Entsorgungssicherheit. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich sehr optimistisch, dass ab dem 1. Juni des kommenden Jahres die Entsorgungssicherheit landesweit kein Problem sein wird.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Zum letzten Punkt Ihres Antrages, zur IAG, obwohl der Minister sehr ausführlich darüber berichtet hat und auch die Berichte öffentlich einzusehen sind. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Es gibt Dinge, die sollte man besser in geschlossenen Sitzungen behandeln, jedenfalls so lange bis aus den ungebrüteten Eiern halbwegs gesunde Küken geschlüpft sind, und sie nicht vorher schon krankreden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Vizepräsidentin Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Frau Schwebs, ich denke, es ist doch notwendig gewesen, hier im Parlament darüber zu diskutieren. Dass

gerade diese Diskussion in der Vergangenheit viel häufiger im Parlament geführt wurde, das ist für mich auch deutlich geworden. Ich bin auch sehr häufig von den kommunalen Vertretern und auch von den Entsorgungsverbänden angesprochen worden, dass hier zu wenig darüber gehört wird, wie sich das Parlament damit beschäftigt. Deswegen stehe ich auch dazu, dass dieser Antrag heute hier gestellt wurde. Ich möchte mich ausdrücklich beim Umweltminister bedanken und sehe unseren Antrag insofern als angenommen an, denn er hat heute hier 20 Minuten berichtet. Das haben wir eigentlich auch erwartet, denn beim letzten Antrag hat sich der Umweltminister in dieser Frage doch etwas gedrückt.

(Vincent Kokert, CDU: Klar.
Und wie er sich gedrückt hat!)

Er hat es heute nachgeholt. Ja, Herr Minister, damals haben Sie leider nicht geredet, aber dafür haben Sie heute geredet. Und insofern finde ich das Ergebnis, dass unser Antrag so angenommen wurde, schon einmal sehr gut.

Meine Damen und Herren, wir haben sehr viel in den Ausschüssen beraten, aber trotzdem möchte ich noch einmal deutlich machen, dass hier das Parlament auch in der Verantwortung steht. Auch wenn die rechtlichen Dinge vielleicht in dieser Hinsicht mehr bei den kommunalen Vertretern liegen, ist es sehr wichtig, dass sich das Parlament damit beschäftigt, und zwar gerade angesichts der Tatsache, dass die Zeit knapp wird. Der Minister hat es auch deutlich gesagt. Deswegen ist es wichtig, auch hier die Rahmenbedingungen einzuhalten, die die Technische Anleitung für Siedlungsabfälle und der Abfallablagerechtsverordnung, die ja seit langem bekannt ist, stellt.

Auch wenn Sie, Herr Minister, sehr viel vorgetragen haben, fehlt mir aber die Darstellung der Moderatorenrolle für die kommunale Ebene. Wir haben das auch in diesem Hohen Hause schon einmal beredet und dort haben Sie sich verpflichtet, diese mehr wahrzunehmen. Hier sehe ich auch, wie schwer das ist. Das möchte ich Ihnen gerne zugestehen. Ich möchte aber doch noch einmal betonen, dass gerade Ihre Vorgänger im Amt diese Rolle wesentlich mehr wahrgenommen haben.

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Glauben Sie mir, viele Kommunen haben das in der letzten Zeit vermisst. Vielleicht hätten wir jetzt nicht mehr diese Zeitknappheit, wenn Sie hier als Moderator mehr eingewirkt hätten.

Zur Verbindlichkeitsverordnung, die wir als nicht rechtskonform angesehen haben, kann und möchte ich noch einmal ausführen, dass uns dazu ein Gutachten vorliegt. Das stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung. Vielleicht sollten Sie in dieser Hinsicht auch noch einmal mit dem Landesrechnungshof ins Gespräch kommen, denn nach unserer Ansicht waren wir uns mit dem Landesrechnungshof einig.

Auch wenn Sie, Herr Umweltminister, bereits ausführten, dass in unserem Land die Genehmigungen für Abfallbehandlungsanlagen in Ludwigslust, Stralsund, in RoseNOW und Rostock vorliegen, so bleibt doch zu bezweifeln, ob diese Anlagen fristgerecht bis zum 1. Juli 2005 in Betrieb gehen können und ob die Genehmigungen dann noch Bestandskraft haben. Deswegen haben wir auch diesen Antrag gestellt, um das noch einmal deutlich zu diskutieren und hier nicht nur zu kritisieren, sondern darauf aufmerksam zu machen. Jetzt ist noch Zeit und diese

Zeit sollte wirklich genutzt werden, um das Ziel auch zu erreichen.

Erhebliche Zweifel an der Bestandskraft der Genehmigungen habe ich insbesondere für die Abfallbehandlungsanlage in Rostock. Ob eine Änderungsgenehmigung ohne neue Umweltverträglichkeitsprüfung möglich ist, das wage ich hier doch zu bezweifeln. Die Durchführung einer neuen Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen einer Planänderung würde zu erheblichen Zeitverzögerungen führen. Derzeit sind die Abfallmengen der Landkreise Nordvorpommern, Bad Doberan, Güstrow, Ostvorpommern und der kreisfreien Städte, Greifswald und Schwerin noch nicht vertraglich gebunden, wie Sie ausführten. Die Vergabe der Entsorgungsaufträge bedarf allerdings einer europaweiten öffentlichen Ausschreibung. Auch wenn hinter den Kulissen derzeit gemunkelt wird, dass die Hansestadt Greifswald ihre Siedlungsabfälle nach Stralsund und der Landkreis Ostvorpommern seine Siedlungsabfälle über die OVVD entsorgen wird, so bleibt doch zu hinterfragen, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Entsorgungswege basieren sollen. Ich würde mich natürlich freuen, wenn das hier vertraglich zu regeln ist, wie Sie es ausgeführt und vorgeschlagen haben.

Herr Umweltminister, ich hätte mich auch darüber gefreut, wenn Sie noch konkreter zum Thema Ausnahme genehmigungen vom Abfallwirtschaftsplan und der Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan gesprochen hätten. Denn es bleibt zu hinterfragen, wie und wo die unbehandelten Abfälle, wenn sie denn anfallen, zwischengelagert werden sollten, wie viele es werden könnten, wie viele anfallen und vielleicht wo diese in Mecklenburg-Vorpommern zugewiesen werden können.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Da haben
Sie wohl nicht zugehört, Frau Holznagel.)

Ich denke, dass das, was der Minister in Anbetracht der Zeit ausgeführt hat, so noch nicht ausreichend ist, deswegen sage ich es hier noch einmal. Ich bin aber damit einverstanden, das mit Ihnen im Umweltausschuss noch einmal zu diskutieren.

Derzeit wird immer deutlicher, dass der Abfallwirtschaftsplan mit den Eckpunkten doch auch seine Knackpunkte hat. Gerade die Zwischenlagerung von Siedlungsabfällen kann zu erheblichen Gebührensteigerungen für die Bürger unseres Landes führen. Das sollten wir auch bedenken.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Dürftiger Beifall, Dr. Born.)

Inwieweit die Abfallbehandlungskapazitäten in unserem Land am 1. Juni 2005 zur Behandlung der gesamten Siedlungsabfälle ausreichen werden, das bleibt zu hinterfragen. Ihr Vorhaben, alles in Mecklenburg-Vorpommern zu behalten, in Ehren, aber ob es zu erreichen ist, werden wir dann sehen. Wahrscheinlich, und das ist meine Vermutung, werden doch erhebliche Teile der Siedlungsabfälle dann woanders gelagert werden müssen, weil die Kapazitäten nicht ausreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau! –
Heinz Müller, SPD: Gut.)

Ich hoffe allerdings, Herr Umweltminister, dass Ihre Vorstellungen sich bewahrheiten, denn mir und der CDU-

Fraktion liegt auch sehr viel daran, dass die Wertschöpfung im Lande bleibt. Ich hoffe, dass es sich bei den Kontakten, die Sie mit dem Umweltminister aus Brandenburg hatten,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Das wissen wir nämlich, Herr Minister. – Rainer Pracht, CDU: Jaja!)

vielleicht um die kalorischen Fraktionen handelt. Ich denke, auch das ist ein Thema, das man noch einmal im Umweltausschuss besprechen kann.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Teil unseres Antrages befasst sich mit der wirtschaftlichen Situation der Ihlenberger Abfallgesellschaft und den damit für den Landeshaushalt verbundenen Risiken. Dazu haben Sie sehr umfangreich berichtet, so dass ich hier auf die Einzelheiten wirklich nicht mehr einzugehen brauche.

Ich möchte aber noch aus einer anderen Sicht ein Thema aufwerfen. Am 1. Februar dieses Jahres war in der „Ostsee-Zeitung“ zu lesen, dass der Umweltminister der Forderung der Bürgerinitiative nach einer Krebsstudie, die klären soll, ob ein Zusammenhang zwischen dem Betrieb der Deponie Ihlenberg und Erkrankungen in der Region bestehen, in Aussicht gestellt hat. Hier stellt sich die Frage: Wurde eine Untersuchung oder ein Gutachten zum Ausmaß der Krebserkrankungen im Umfeld der Deponie Ihlenberg erarbeitet? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Ich denke, Herr Minister, das ist auch ein Thema, welches wir im Umweltausschuss und vielleicht sogar mit dem Sozialausschuss bereden sollten. Laut Aussagen von Vertretern der Bürgerinitiative liegt dem Umweltminister bereits seit August des vergangenen Jahres eine Vorlage zur Entscheidung über die Erstellung von Gutachten oder Untersuchungen vor. Wir hätten auch gerne gewusst, ob es hier eine Entscheidung gibt und, wenn ja, wann sie getroffen wurde.

Meine Damen und Herren, es gibt zu den Problemen der Deponie Ihlenberg beziehungsweise den Gutachten der Nordum Akademie hinsichtlich der Geruchsbelästigung und dem Gutachten von Herrn Dr. Gäbler auch verschiedene Auffassungen. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir das im Umweltausschuss beraten sollten. Ich muss Frau Schwebs Recht geben, das wäre ein Thema für die Ausschussarbeit.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Ich möchte noch einmal zu unserem Antrag zurückkommen. Die Ausführungen, die wir heute im Landtag bekommen haben, werden eine gute Grundlage für die Arbeit im Umweltausschuss sein, um die entsprechenden Anträge zu formulieren, um uns auch weiterhin in unserer Arbeit im Landtag dem Thema Abfallbeseitigung zu stellen. Insofern hat der Minister umfangreich berichtet. Wir können diesen Antrag mit dem Bericht für erledigt erklären. Das würde ich Ihnen gerne vorschlagen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Der Umweltminister hat noch einmal ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf Argumen-

te oder auf Positionen eingehen, die von Seiten der Opposition vorgetragen worden sind.

Wissen Sie, Frau Holznagel, am besten wäre es doch für alle, wenn Sie einmal Klartext reden, was denn Ihre Alternative wäre. Ich glaube, Sie sind orientiert auf eine Neuerstellung der Planwirtschaft,

(Beifall Hans-Heinrich Jarchow, SPD – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was? Was?)

in diesem Fall der Planwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, den Zentralismus auszuüben, den Sie bis 1998 versucht haben, der nicht funktioniert hat, und zwar aus gutem Grund,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was soll denn das?)

weil die Rechtslage anders ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine sozialistische Planwirtschaft wird es auch durch eine Landesregierung nicht geben, in der Sozialisten mitwirken, sondern wir haben uns auf die Marktwirtschaft eingestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der PDS und Martin Brick, CDU – Siegfried Friese, SPD: Bravo! – Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Deswegen werden wir dieses anders tun.

Ich bin wirklich sehr erstaunt, dass ausgerechnet von der Seite solche Empfehlungen kommen, die Sie nie so aussprechen, die Sie aber so meinen, übrigens auch von einem Vertreter eines Unternehmerverbandes in Rostock und Umgebung, die das sozusagen immer unterstellen: Methling muss endlich anweisen, wie das geht! Das haben Sie versucht und das ist gescheitert. Wir sind einen anderen Weg gegangen und der wird erfolgreich sein, auch wenn Sie es schlecht zugeben können.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie werden es sehen! Und dann können Sie letztendlich nichts mehr dagegen sagen, dass das der richtige Weg war, weil alle ihn für richtig halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zum Gutachten zur Rechtskonformität wissen Sie ganz genau, dass es dazu andere rechtliche Bewertungen gibt. Ich kenne auch keine Kommune und kein Unternehmen, die anstreben, diese Rechtskonformität in Frage zu stellen. Das ist die andere Seite. Und mit dem Landesrechnungshof kann ich mich ständig unterhalten. Das sind gute Gespräche, aber das ändert an der Situation nichts, dass es unterschiedliche rechtliche Bewertungen gibt.

Was die Moderatorenrolle betrifft: Frau Holznagel, Sie wissen doch ganz genau Bescheid, wie das läuft. Ich kann doch hier im Landtag nicht über Gespräche berichten, die man sozusagen als Moderator führt. Das werden Sie doch wohl nicht von mir erwarten. Das ist auch gar nicht gängige Praxis. Natürlich nehme ich meine Möglichkeiten wahr, aber die Entscheidungsträger sitzen woanders. Wir beraten aber über Optionen, in denen die Entscheidungsträger letztendlich eine abschließende Entscheidung zu treffen haben.

Ausnahmeregelungen, Herr Kokert, zur Zwischenlagerung hier darzustellen, wo noch gar nicht bekannt ist, wo Zwischenlagerung erforderlich ist, das macht doch auch keinen Sinn. Ich stelle den prinzipiellen Weg dar. Fest steht, dass solche Zwischenlagerungen an solchen Standorten erfolgen sollten, wo später die Bearbeitung stattfindet, damit die Abfälle nicht noch einmal umgeschlagen werden müssen. Aber da wir dieses noch nicht so genau wissen, werde ich das heute nicht darstellen. Aber dass es rechtskonform ist, das ist gar keine Frage.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie die Krebserkrankungen zum Gegenstand der Landtagsdebatte machen. Ich halte es für ziemlich unverantwortlich. Sie wissen ganz genau, dass für diesen Bereich der Umweltminister nicht zuständig ist. Der Umweltminister hat lediglich seine Bereitschaft erklärt, falls es dafür Ansatzpunkte gibt, solche Untersuchungen zu finanzieren, sie zumindest zu unterstützen. Die Zuständigkeit liegt beim Sozialministerium. Es gibt Datenschutz und auch vieles andere zu bearbeiten. Wenn es Konzepte für solche Untersuchungen gibt, sind diese genau zu beraten, um zu sehen, was herauskommen kann. Das wissen Sie sehr wohl. In der Öffentlichkeit kann das keinesfalls thematisiert werden. Ich wundere mich, dass man bei der CDU eine andere Einschätzung hat.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal deutlich sagen: Ich kann verstehen, dass es Ihnen schwer fällt zuzugeben, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Sie sollten aber wenigstens erkennen, dass Sie in der Sackgasse waren, aus der wir mit großer Mühe herausgekommen sind. Und das trifft ganz besonders auf die IAG zu. Und es ist nach wie vor aus meiner Sicht ziemlich schändlich, dieses im Halbjahresabstand in Frage zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Die Deponie hat sich unter diesen schwierigen Bedingungen gut entwickelt. Es wird eine gute Arbeit geleistet. Es ist aber ein mit Altlasten belasteter Standort, an dem Partner beteiligt waren, die sich auf beiden Seiten Deutschlands befunden haben. Und dieses heute abzutragen, das ist eine ganz schwierige Sache. Wir tun das Nötige dazu und dabei sind wir erfolgreich. Sie waren nicht erfolgreich, sondern Sie haben die Katastrophe vergrößert. Wir gehen einen anderen Weg und der ist erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Kokert von der CDU-Fraktion.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute nicht dazu beigetragen, dass diese Debatte so emotional geführt wird, wie von Ihnen, Herr Umweltminister Methling.

(Gabriele Schulz, PDS: Nee!)

Was ich überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass die SPD hier so frisch und fromm zu allem Beifall klatscht, was der Umweltminister sagt. Sie haben vor 1998 auch mit in der Regierungsverantwortung gesessen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie so tun, als wenn Sie sich daran nicht erinnern können.

Herr Umweltminister, wenn Sie sich so sicher sind, dass die Entsorgungskapazitäten hier im Land ausreichen, warum müssen Sie dann ganz still und heimlich durch die Hintertür mit dem Umweltminister in Brandenburg reden und ihn fragen, ob er vielleicht freie Kapazitäten hat? Wozu machen Sie das, wenn Sie sich so sicher sind? Das verstehe ich nicht. Sie kennen die Gutachten genauso gut wie ich, denn sie sind ja nicht von der CDU-Fraktion in Auftrag gegeben worden, sondern von unabhängigen Einrichtungen, Herr Minister Methling. Und die sprechen eine ganz deutliche Sprache, dass wir es nicht schaffen, bis zum 1. Juli 2005 die Entsorgungssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern klarzustellen. Und deswegen weiß ich nicht, warum Sie sich hier immer hinstellen und so tun, als wenn alles in Ordnung ist. Das ist es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute hier eine sachliche Debatte geführt hätten, aber anscheinend ist es mit Ihnen nicht möglich. Ich habe daraus auch meine Lehren gezogen. Wir werden demnächst den Antrag und auch Sie, Herr Minister Methling, nicht so einfach davonkommen lassen. Wir werden das nächste Mal auch die Gelegenheit nutzen, um Sie vorzuführen. Das kann ich so nicht nachvollziehen. Das tut mir auch ein bisschen Leid, aber Sie haben das nicht anders gewollt. – Haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Wer hat denn
die Unsachlichkeit hier reingebracht?! –
Vincent Kokert, CDU: Wir nicht!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, wir haben noch eine Reihe von Tagesordnungspunkten abzuarbeiten. Ich bitte doch um Sachlichkeit in der Debatte.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Laufe der Debatte ist seitens der Fraktion der CDU beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1105 gemäß Paragraph 45 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung für erledigt zu erklären. Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den Antrag auf Drucksache 4/1105 für erledigt zu erklären, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1105 gemäß Paragraph 45 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung mehrheitlich bei zwei Stimmenthaltungen für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Für angemessene Löhne und Gehälter – gegen ein Niedriglohngebiet Ost, auf Drucksache 4/1111.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Für angemessene Löhne und Gehälter –
gegen ein Niedriglohngebiet Ost
– Drucksache 4/1111 –

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte schön.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie gestatten, dass ich mir zuerst einmal einen Schluck Wasser nehme, es wird nämlich ein bisschen länger.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Ist genehmigt! –
Jörg Heydorn, SPD: Nimm zwei!)

Meine Damen und Herren, es ist gut und richtig, dass sich der Landtag mit der in jüngster Zeit wieder intensiv diskutierten Frage beschäftigt, ob Ostdeutschland auf Dauer ein Billiglohnland sein soll.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Diejenigen, die diese Diskussion führen, müssen sich folgende Frage gefallen lassen: In welche Konkurrenz wollen wir uns begeben? Wollen wir uns zum Beispiel in die Konkurrenz zur Ukraine und zu den Philippinen begeben? Glauben wir wirklich ernsthaft, dass wir hier in Ostdeutschland dazu geeignet sind, diese Form von Produktion und von dem Entgelt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter her zu praktizieren? Deshalb finde ich es wirklich gut, dass sich die Koalitionsfraktionen auf eine einheitliche Linie verständigt haben, die wir mit diesem Antrag hier auch zur Abstimmung stellen werden.

Zwei Dinge seien vorangestellt, meine Damen und Herren:

Erstens. Für uns ist diese Diskussion vor allem eine politisch-moralische Diskussion, und zwar ein politisch-moralisches Thema unserer Gesellschaft.

Und zweitens, auch das einmal zur Klarstellung, richtet sie sich in keinsten Weise gegen die Unternehmer in diesem Lande und in den neuen Bundesländern, die ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sind, den Karren mit aus dem Dreck ziehen und sich tagtäglich bis tief in die Nacht engagieren. Das möchte ich hier klar und deutlich festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was wir aber dennoch als Koalitionsfraktionen tun, meine Damen und Herren, ist, dass wir uns mit diesem Antrag gegen die angebliche Logik stellen, dass die Löhne nun möglichst weit runter müssten, und schon ginge es aufwärts mit der Wirtschaft. Das ist so nicht richtig. Das ist genauso falsch wie die Behauptung, dass Arbeitszeitverkürzung automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führt. Meine Damen und Herren, dass diese Logik zutrifft oder besser gesagt nicht zutrifft, wird doch gerade bei uns im Land in Vorpommern ersichtlich. Dort haben wir die längsten Arbeitszeiten und die geringsten Löhne, aber trotzdem haben wir die höchste Arbeitslosigkeit.

(Beifall Regine Lück, PDS: Genau.)

Wenn ich dann aber – und als ich das gestern so präsentiert bekommen habe, war ich noch erheblich erregter, aber mittlerweile haben wir schon miteinander gesprochen und von daher habe ich mich schon wieder ein bisschen abgeregt –, meine Damen und Herren, von höchsten Funktionären des Unternehmerverbandes dieses Landes höre, dass man in diesem Land eigentlich 180.000 Beschäftigte zu viel an Bord habe, 180.000 Mitarbeiter zu viel an Bord in diesem Land, und wir hier im Parlament mit dieser politischen Debatte zu diesem Thema Billiglohn heute

hier im Landtag diese 180.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt gefährden, dann muss ich Ihnen sagen, das schlägt mir schon fast die Sprache, aber nur fast.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Regine Lück, PDS –
Lorenz Caffier, CDU: Schadel)

Meine Damen und Herren, die von fast allen Arbeitnehmern so empfundene Ungerechtigkeit, also die Tatsache, dass in fast allen Bereichen der Wirtschaft in diesem Land und in den anderen neuen Bundesländern weniger Einkommen für Arbeitnehmer herauskommt, als es in anderen Teilen dieser Republik der Fall ist, muss doch hier wirklich ernsthaft diskutiert werden können. Meine Damen und Herren, der Respekt vor unterschiedlichen politischen Bewertungen dieses Problems sollte wirklich so groß sein, dass man auch von Verbandsseite eine solche Diskussion im Parlament akzeptiert und sie nicht für PR-Gags missbraucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen auch sagen, warum: Wir haben vor mehr als einem Jahr die Position des Unternehmerverbandes, seiner Spitze, in einer Fraktionssitzung sehr intensiv angehört. Wir haben sehr offen miteinander diskutiert. Wir haben die Argumente des Unternehmerverbandes und seiner Vertreter sehr ernst genommen. Wir haben sie zwar nicht in allen Punkten für richtig angesehen, aber das wird wohl auch keiner von uns erwarten. Das erwarte ich aber auch dieses Mal von der Verbandsseite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn ich eine Pressemitteilung des Unternehmerverbandes oder der Vereinigung der Unternehmerverbände lese, sind dort zwei Unterstellungen oder Behauptungen enthalten, die weise ich jetzt ganz gelassen zurück. Gestern hätte ich, wie gesagt, anders reagiert. Uns wird unterstellt, wir würden dieses Thema als Koalitionsfraktionen deshalb hier auf die Tagesordnung setzen, weil wir das im Wahlkampf nutzen wollen. Wer das wirklich glaubt, dass wir dieses Thema als Wahlkampfthema nutzen wollen, dazu muss ich sagen, das ist entweder Nonsens oder böser Wille, meine Damen und Herren, denn das ist kein Wahlkampfthema, sondern seit 13 oder 14 Jahren ein Thema bei den Bürgern in diesem Land und kein Wahlkampfthema.

Genauso unrichtig und vielleicht unbeabsichtigt – das hoffe ich jedenfalls – ist der Vorwurf, wir würden uns mit einer solchen Debatte hier im Parlament in die Tarifautonomie einmischen. Meine Damen und Herren, wir haben hier vor kurzem über den Erhalt der Tarifautonomie diskutiert. Das ist keine Einmischung in Tarifautonomie, das ist eine politische Positionierung der Mehrheit dieses Parlamentes, denn ich gehe nicht davon aus – leider –, dass das gesamte Parlament dem hier einstimmig folgen wird.

(Heinz Müller, SPD: Vielleicht ja doch. –
Ute Schildt, SPD: Vielleicht machen sie es doch.)

Na gut, die Hoffnung soll man ja nie aufgeben.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft wird in ihrer Forderung nach noch niedrigeren Löhnen nicht dadurch glaubhafter, wenn sie im gleichen Atemzug – auch das muss hier der Ehrlichkeit halber gesagt werden – die Gehälter der Vorstände anhebt, gleichzeitig Personal auf die Straße setzt und damit Massenarbeitslosigkeit produziert.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass nur 9 der 30 DAX-Unternehmen in Deutschland überhaupt bereit sind, die Gehälter ihrer Vorstandsmitglieder offen auszulegen. Leider! Mit der Forderung von Vorstandschefs nach niedrigeren Löhnen meinen sich diese selbst natürlich nie, sondern immer nur die anderen.

Meine Damen und Herren, Löhne und Gehälter der Beschäftigten den osteuropäischen Verhältnissen und die Vorstandsgehälter in Zeiten der Globalisierung dem Weltmaßstab anzupassen, das ist, um es vorsichtig auszudrücken, widersprüchlich und schwer nachvollziehbar. Übrigens bin ich mit dieser Aussage in sehr guter Gesellschaft. Der Noch-nicht-Bundespräsident Herr Köhler hat laut „Welt“ vom 31.03. – also von gestern – massiv die Millionengehälter für Manager kritisiert. Er sagt ausdrücklich und wörtlich: „Unternehmensführer hätten in jüngster Zeit oft genug gezeigt, dass sie ‚die Grenzen zulässigen Verhaltens nicht mehr kennen‘“. So sagte es Köhler in der „Stuttgarter Zeitung“.

(Heinz Müller, SPD: Recht hat er.)

Dem ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, wir haben speziell in den neuen Ländern von Anfang an – und da weiß ich sehr genau, wovon ich rede, das dürfte etlichen von Ihnen bekannt sein – niedrigere Löhne und Gehälter als in den alten Bundesländern, und das auch jetzt noch. Wir haben hier in den neuen Bundesländern seit 1990 in vielen Bereichen als Experimentierfeld hergehalten für Vorhaben, Arbeitnehmerrechte zu reduzieren, zu beschneiden, um diese dann im Umkehrschluss auch in den alten Bundesländern wieder umzusetzen, nachdem man sich hier damit durchgesetzt hat. Ich sage es also noch einmal: Wenn die vermeintliche Wirtschaftslogik stimmen würde, dass extrem niedrige Löhne die Wirtschaft nach vorne bringen, müsste es hier seit Anfang der 90er Jahre wirtschaftlich nur so brummen, dann hätten wir tatsächlich nur blühende Landschaften. Es ist aber nicht so.

(Beifall Regine Lück, PDS –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Die Vorstellung aus CDU-Kreisen, die Löhne und Gehälter seien zu hoch, verkennt auch, dass diese gerade durch die Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie einvernehmlich vereinbart worden sind. Da, wo es wirtschaftliche und finanzielle Probleme gibt, werden betriebliche Lösungen längst gesucht und in aller Regel auch gefunden. Darüber haben wir hier unlängst in der Debatte zur Tarifautonomie schon diskutiert.

Ich möchte jemanden zitieren, der auch sehr unverdächtig ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat gerade in der zurückliegenden Woche festgestellt: „Neun von zehn ostdeutschen Industrieunternehmen seien nicht in einem tariffähigen Arbeitgeberverband organisiert“, und dass sie „in der Mehrzahl untertarifliche Löhne“ zahlen. Hier hat das DIW interessante Feststellungen getroffen, meine Damen und Herren, und zwar, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass die ostdeutsche Industrie wegen des Lohnniveaus Probleme hat, sich gegen die osteuropäische Konkurrenz zu behaupten. Und des Weiteren wurde festgestellt, dass die „Abkehr von der kollektiven Lohnfindung“ für Unternehmen häufig zur Folge hat, dass es extrem schwer ist, Fachkräfte zu finden. Meine Damen und Herren, wir dürfen doch nicht vergessen, dass wir die gut ausgebildeten Fachkräfte im

Land halten wollen. Ich denke nicht, dass es hier einen Dissens gibt. Ich sage aber auch, halten müssen. Das wird uns aber in einem Billiglohngebiet nicht gelingen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

denn die Besten werden dahin gehen, wo sie am meisten verdienen. Das ist ganz normal.

Das DIW hat bei seinen Umfragen ebenfalls festgestellt, dass die Abkehr von der kollektiven Lohnfindung in der Regel mit einer untertariflichen Bezahlung der Beschäftigten einherging. Es sind gerade diese Unternehmen, meine Damen und Herren, die jetzt unter Fachkräftemangel leiden. Das ist auch nachvollziehbar, denn die untertarifliche Bezahlung konnten sich die Unternehmen selbstverständlich leisten, solange das Arbeitsangebot die Nachfrage überstieg. Das ist aber bei Fachkräften bei weitem nicht mehr der Fall. Und ich füge hinzu: In der Regel kommt dann der Ruf nach der Politik, sich mehr um den Fachkräftemangel zu kümmern. Löhne runter, Probleme bei der Gewinnung von Fachkräften, und sofort kommt der Ruf, die Politik soll es richten. Das, meine Damen und Herren, hat mit verantwortlichem Tun und Handeln nicht mehr viel zu tun.

Meine Damen und Herren, in einer zweiten Veröffentlichung hat das erwähnte DIW weiter festgestellt, dass das Flächentarifsystem keine Behinderung für die Unternehmen darstellt, sondern vielmehr den Innovationswettbewerb befördert. Erfolgreiche Unternehmen würden vor überzogenen Lohnforderungen geschützt, weniger innovative Unternehmen könnten ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch die Senkung ihrer Lohnkosten erhöhen. Es stellt sich also die Frage, warum die Forderungen nach Beendigung des Flächentarifvertragssystems – die Sie von der CDU hier ja auch im Landtag schon erhoben haben – und gleichzeitig Forderungen nach Lohnsenkungen erhoben werden, obwohl, wie es das DIW belegt hat, das den ostdeutschen Unternehmen keinerlei Vorteile bringt, sondern es im Gegenteil Fachkräftemangel bewirkt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, könnte ich sagen, wenn ich feststelle, dass es bei diesen Forderungen in Wirklichkeit weniger um Wirtschaftspolitik, sondern viel mehr um Verteilungspolitik geht.

Ich bin ja gespannt, ob sich die CDU hier im Landtag hinstellen und diesen Antrag wirklich ablehnen wird. Denn damit sagen Sie letztendlich den Menschen hier im Land, dass sie zu viel verdienen und dass sie weiter auf Lohn verzichten sollen, und zwar ohne Perspektive nach vorne, und dass wir die gut qualifizierten Menschen hier im Land nicht mehr halten können. Diese, meine Damen und Herren von der CDU, politische Bankrotterklärung können Sie gerne geben.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wissen Sie, wie die Unternehmen ums Überleben kämpfen?)

Wir werden dafür sorgen, dass das in ausreichendem Maße in der Öffentlichkeit bekannt wird und auch in den Wahlkreisen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie haben doch überhaupt keine Ahnung, was draußen los ist! –
Rainer Prachtl, CDU: Also doch Wahlkampf.)

so, wie Sie uns bedrohen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Herr Prachtl, Sie sind doch nun lange genug hier. Das hat mit Wahlkampf nichts zu tun. Ich rede von Wahlkreisen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Rennen Sie nur in Ihren Wahlkreis, wenn Wahlkampf ist? Na, dann sollten Sie sich schämen.

Meine Damen und Herren, ein Billiglohngebiet Ost löst die Probleme nicht. Vielmehr sind Reformen unumgänglich, auch wenn sie schmerzhaft sind. Wir sind dabei. Das gefällt uns auch nicht immer, aber wir wissen, dass wir keine Alternative haben. Das wissen Unternehmer wie auch die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer. Wer so redet wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU, der verabschiedet sich vom sozialen Konsens dieser Gesellschaft.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Heike Polzin, SPD)

Zum Schluss sage ich Ihnen ganz ausdrücklich für die SPD – und ich denke, da kann ich auch im Namen der PDS-Kolleginnen und PDS-Kollegen sprechen: Ostdeutschland darf nicht auf ewig Billiglohnland bleiben! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schlotmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Strenz von der Fraktion der CDU.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Werter Herr Schlotmann, Ihre Rede war so zündend, dass der Wirtschaftsminister auf dem Stuhl eingeschlafen ist.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Er macht doch einen ganz
wachen Eindruck. – Siegfried Friese, SPD:
Der war konzentriert.)

Das Ziel dieses Antrages war aus Ihrer Sicht politisch moralisch. Für einen ganz kurzen Moment habe ich mir gedacht, ich werde ihm das nicht unterstellen, aber er ist ausschließlich parteitaktisch und ideologisch geprägt, er wird von uns auch so bewertet, denn er steht tatsächlich im Dunstkreis von Wahlen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das ist sehr bedauerlich, weil Sie ganz genau wissen, dass Sie dort den größten Zündstoff erzeugen können, und dazu ist Ihnen gerade jedes Mittel recht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich frage mich an dieser Stelle auch ganz deutlich, wo denn hier die Wortbeiträge vom Arbeitsminister, vom Wirtschaftsminister oder von der Finanzministerin bleiben. Wahrscheinlich haben Sie überhaupt nichts dazu beizutragen, weil Sie wissen, worauf sich dieses Thema am Ende reduziert.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich frage mich auch, mit welchen Visionen Sie hier denken, Mecklenburg-Vorpommern und die Menschen zu

retten oder womöglich zu beschwören, und das zu diesem Zeitpunkt.

(Ute Schildt, SPD: Sprechen Sie zum Thema!)

Hier klingen für uns in der CDU-Fraktion ausschließlich aus Ihren Reihen postsozialistische Ideen an, die sich in diesem Bundesland nicht umsetzen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD,
Ute Schildt, SPD und Angelika Gramkow, PDS –
Ute Schildt, SPD: Sprechen Sie zum Thema! –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Gerade in unserer wirtschaftspolitisch desaströsen Zeit Forderungen aufzumachen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,

(Ute Schildt, SPD: Steht das im Antrag?)

möglicherweise noch in der gesamten Bundesrepublik, klingt fast wie „gleicher Lohn für alle“.

(Ute Schildt, SPD: Das steht
doch überhaupt nicht im Antrag!)

Und vor meinem inneren Auge, das will ich nicht verhehlen, taucht da so etwas auf, das kenne ich noch aus der DDR-Jugend, wenn man die Zeitung aufschlug – nein, es war das Deckblatt –, wo draufstand: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“.

(Angelika Gramkow, PDS: Recht haben Sie!)

Das haben wir noch vor Augen. Diese Art von Galerieanträgen, wie Sie sie hier gebracht haben –

(Heinz Müller, SPD: Jaja! –
Zurufe von Regine Lück, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

und da sollten Sie zuhören –, was Sie hier tun, ist das Spielen mit Existenzängsten und Gefühlen der Menschen in diesem Land.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Und Sie bedienen es für Ihre leicht durchschaubaren Zwecke.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU – Ute Schildt, SPD:
Gehen Sie doch aufs Thema ein, Frau Strenz!)

Fair ist das nicht, weil Sie die fiktiven Möglichkeiten auf 100 Prozent Lohngefüge gleich den Westgehältern den Leuten vorgaukeln.

(Regine Lück, PDS: Sie reden über Fairness?)

Es ist sogar, und das gebe ich zu, verständlich und es ist vielleicht der Wunsch eines jeden, dass es so wäre, aber es lässt sich nicht realisieren. Fair wäre gewesen, wenn Sie die Defizite dieser Region und die wirklichen Ursachen benannt hätten. Aber dazu haben Sie nicht den Mut, denn da hätten Sie sich an die eigene Stirn greifen müssen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und
Rainer Prachtl, CDU – Regine Lück, PDS:
Dann greifen Sie mal!)

Das Hauptproblem hier ist die Arbeitslosigkeit, die den Deutschen übrigens seit Jahren beharrlich wie ein Schatten folgt. Das ist unstrittig, hier liegt das Hauptproblem und das gilt es anzugehen. Die schwierige Situation am

Arbeitsmarkt ist auch die Hauptursache für die Wachstumsschwäche Deutschlands. Und wenn Sie glauben, ich bin immer noch am Thema vorbei, dann schauen Sie einmal in das Buch, das Ihr Vorsitzender heute um 14.00 Uhr bekommen hat! Das wäre eine Lektüre für Sie.

Es stimmt, dass in Mecklenburg-Vorpommern das geringste Einkommen bundesweit verzeichnet wird, aber es gilt für uns alle, hier über den Tellerrand hinauszuschauen. Im Bereich des Bruttosozialproduktes, und zwar pro Kopf, wurde die Wohlstandsmaschine Deutschland längst von anderen Ländern überholt – von England, von Frankreich, von Österreich und sogar von Irland. Faktoren wie die Globalisierung und der Fall von Marktgrenzen machen nun einmal auch um Mecklenburg-Vorpommern keinen Bogen. Und so erhöht sich auf ganz natürliche Weise der Druck auf unsere Unternehmen hier in Mecklenburg-Vorpommern. Da nützt es auch nichts, die Unternehmer zu loben, hier ist Niedriglohnkonkurrenz angesagt. Die blanke, nackte Wahrheit! Ein Großteil der Probleme ist nämlich hausgemacht und der Adressat wird durch uns hier klar benannt – das kann auch jeder schreiben –, er sitzt in Berlin auf bundespolitischer Ebene und er sitzt auch hier im Land auf diesen beiden Bankreihen.

(Ute Schildt, SPD: Was ist denn das für eine demagogische Rede?!)

Außerdem sind es die exorbitanten und Arbeitsplatz vernichtenden Lohnnebenkosten und die fabulösen hohen Tarifabschlüsse.

Wie sieht denn die ungeschminkte Wahrheit aus? Große deutsche Unternehmen bleiben wettbewerbsfähig, indem sie einen Großteil ihrer Produktion ins Ausland verlagern. Die Menschen in Deutschland, aber speziell hier in Mecklenburg-Vorpommern, verlieren hingegen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Ich habe nur darauf gewartet und es kam eine recht platte Floskel: Wenn geringer Lohn für Ansiedlung sorgt, müsste es hier vor Unternehmen nur so wimmeln. Man musste nur darauf warten, es musste kommen, weil es das einzige Argument ist, von dem Sie glauben, dass es zieht. Es hinkt! Wenn man seriös an das Thema herangeht – und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben es verdient, dass man sie ernst nimmt und ihnen auch sachlich korrekt reinen Wein einschenkt –, muss man ihnen andere Dinge sagen.

Den Realitäten ins Gesicht schauen, das genau tat die Finanzministerin Frau Keler scheinbar, als sie die Parole herausgab: Entweder 1.600 Angestellte stehen auf der Straße oder sie verzichten ab sofort auf 15 Prozent Lohn!

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Pracht, CDU –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sehr richtig.)

In diesem Falle bedeutet das 15 Prozent weniger Lohn für gleiche – pardon –, wahrscheinlich bessere Arbeitsleistung. Aus Ihren Reihen habe ich dazu nichts vernommen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Wenn gar nichts mehr geht, dann treten wir noch ein paar Landesbedienstete an die Gemeinden ab, die können da ja auch noch ein bisschen was machen. Also es gab sogar noch so ein paar Schlenker drum herum.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und was heißt nun eigentlich – und das ist ja auch nicht unentscheidend – 100 Prozent Lohn für 100 Prozent Arbeit?

(Ute Schildt, SPD: Steht das so im Antrag?)

Sind es 100 Prozent Anwesenheit oder 100 Prozent Beschäftigung? Oder heißt 100 Prozent vielleicht geleistete Stunden oder möglicherweise der letzte Schluss Produktivität? In einer Pressemitteilung der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern vom 29.03. wird es kurz und knapp auf den Punkt gebracht: „Was hier im Jahre 14 der sozialen Marktwirtschaft von Regierungsfractionen als durchsichtiges Wahlkampfgetrommel aufgetischt wird, ist beschämend und wird bei potentiellen Investoren und Unternehmen auch entsprechend aufgenommen.“ Eindrucksvoller kann man einen Standort nicht schlecht machen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Herr Ministerpräsident, diesmal waren es Ihre eigenen Genossen. Und weiter: „In einer Staatswirtschaft mischen sich Politiker in die Lohnfindung der Betriebe ein. In der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik sind dafür per Grundgesetz die Tarifparteien zuständig.“

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

„Und wenn gleiche Löhne wie in einer anderen Region gezahlt werden sollen, muss auch das gleiche produziert und verkauft werden.“

Meine Damen und Herren, an sich wäre das das ideale Schlusswort, aber es gibt noch einiges zu sagen: Schaffen Sie die Strafsteuer auf den Lohn ab! Schreiben Sie Anträge mit der Zielrichtung, die Lohnnebenkosten zu senken, statt dieser prosaischen Verfehlung! Nach Auffassung von Experten, meine Damen und Herren, wird sich ohne eine umfassende Reform der Sozialversicherungssysteme die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis 2050 verdoppeln, wobei gleichzeitig ein kontinuierlicher Rückgang des Bruttoinlandsproduktes bis zu 3,5 Prozent im Jahr droht. Und hier gibt es eine Menge Raum für Anträge. Nicht das Lohngefüge, sondern der Mangel an grundlegenden Reformen sind das Übel an der Wurzel.

Bedenklich ist natürlich, dass vor allem die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten überdurchschnittlich zunimmt. Dennoch bleibt festzustellen, dass das hohe Niveau der Sozialhilfe verhindert, dass sich ein Niedriglohnbereich für Geringqualifizierte entsprechend der persönlichen Produktivität überhaupt entwickeln kann. Das auffälligste Strukturmerkmal der verfestigten Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, dass gering qualifizierte Erwerbsfähige am Anstieg der Arbeitslosenquoten überproportional beteiligt sind. So ist auch die Arbeitslosenquote der Personen ohne berufliche Ausbildung in den 80er Jahren von 5 Prozent auf 20 Prozent rapide angestiegen und liegt heute bei 40 Prozent.

In Mecklenburg-Vorpommern hatten wir im Jahresdurchschnitt 2003 32.232 Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Dies ist ein ernst zu nehmendes Problem. Was aber tun? All diese Leute umschulen und womöglich noch alle miteinander in innovative Berufsbereiche? Das wäre vielleicht eine Art von Beschäftigung, aber ohne Geist und Ziel. Und jetzt fragen wir uns, was das kostet. In Mecklenburg-Vorpommern betragen im

Jahre 2003 die durchschnittlichen Monatskosten der Agenturen für Arbeit je Teilnehmer in der beruflichen Weiterbildung und Umschulung circa 1.598 Euro pro Person. Was könnte man mit diesem Geld Vernünftiges unterstützen im Niedriglohnbereich und Menschen in Arbeit bringen?

(Angelika Gramkow, PDS: Wie wäre es denn, wenn die Beschäftigten das verdienen würden jeden Monat?!)

Der aktuelle Bestand der landestypisch – ich höre Sie ja gar nicht –, der aktuelle Bestand der landestypisch historisch gewachsenen und bedingten Arbeitslosen im Februar 2004 liest sich in Auszügen wie folgt: 6.291 landwirtschaftliche Arbeitskräfte, 4.082 Installateure, 3.827 Schlosser, 12.270 Maurer, Betonarbeiter und 4.823 Zimmerer, Dachdecker und Gerüstbauer. Ist das ein Zufall, dass wir gerade in diesen Branchen verstärkt den Ruf nach Bekämpfung von Schwarzarbeit vernehmen? Birgt das nicht einen Schluss in sich? Wie setzen wir diese Gelder sinnvoll ein? Das wäre eine Möglichkeit, sich in Ausschüssen zusammenzusetzen, darüber nachzudenken und vielleicht auch einen Modellversuch zu entwickeln.

Ich bin der Meinung, es ist sinnvoller, gestützte Lohnzahlungen im Niedriglohnsektor gegen erbrachte Leistung und Wertschöpfung zu erbringen, statt der Kombination der Inanspruchnahme von Ersatzleistungen und geduldeter Schwarzarbeit, und dies zu Lasten der Sozialsysteme.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es muss mit Öffnungsklauseln für Tarifverträge unser Arbeitsmarkt flott gemacht werden, das ist unstrittig, und dies gelingt nur im Zusammenhang mit einer aktivierenden Sozialhilfe.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr sind in Mecklenburg-Vorpommern pro Tag – und ich sage es jetzt in einer anderen Lautstärke als der Herr Minister Methling – drei Unternehmen in die Pleite gegangen. Drei pro Tag! Und da kommen Sie und machen den Fortbestand der Wirtschaft in diesem Lande allein an höheren Löhnen fest?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Ich kann nur hoffen, dass die Einsicht zurückkehrt und Sie diesen Antrag hier als Ausrutscher zurückziehen, sonst werden Sie wahrscheinlich irgendwann den Menschen sagen müssen: Proletarier aller Länder verzeiht uns!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich mir einen Aprilscherz erlauben,

(Regine Lück, PDS: Noch einen?)

jetzt versuche ich es auf eine ganz andere Art. Herr Ministerpräsident, eigentlich wollte ich den Herrschaften hier erzählen, dass wir beide es in unserem gemeinsamen Wahlkreis schon geschafft haben, einen Modellversuch auf die Beine zu bringen,

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

indem wir den Niedriglohnsektor in Schwung bringen und schon 100 Leute auf unserer Liste stehen haben – ich wollte nur noch den Start von Ihnen hören –, und eingesetzt hätten wir sie natürlich zur Sanierung der kommunalen Haushalte. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Strenz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der Osten ist auf weiten Strecken Billiglohnland, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat uns bisher nicht geholfen, Arbeitsplätze zu schaffen, und es wird, wie wir alle wissen, uns auch weiterhin nicht helfen können. Gern wird aber behauptet, dass hohe Löhne und insbesondere hohe Lohnnebenkosten der Wirtschaft in Deutschland schaden würden. Deutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern kann aber den Wettbewerb um die billigsten Arbeitsplätze und Arbeitskräfte nicht gewinnen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Selbst der Konkurrenzkampf um die Billiganbieter in Europa lässt das flüchtige Reh namens Kapital von Rumänien nach Moldawien flüchten, weil dort eine qualifizierte Näherin nicht 150 Euro im Monat bekommt, sondern nur 70 oder 80 Euro verdient. Gerade aber dieser gnadenlose Wettkampf um billigere und noch billigere Arbeitskräfte, der auch hier im Land teilweise ruinös und nicht zu auskömmlichen Kosten geführt wird, schadet unserem Land, schadet der Wirtschaft und schadet der Gesellschaft,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

übrigens auch im globalen Maßstab. Wir halten es für gerecht und vor allem für notwendig, dass gute Arbeit von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch gut bezahlt wird, denn was sinkende Realeinkommen und damit sinkende Binnenkaufkraft für eine Volkswirtschaft bedeuten, das erleben wir seit vielen Monaten, fast schon seit Jahren. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, niedrige Löhne heute bedeuten Altersarmut morgen.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Die jetzige Bundesregierung schickt Millionen Menschen in eine unsichere Zukunft. Im Rentenalter angekommen werden sie auf ergänzende Unterstützung angewiesen sein.

Ich lade Herrn Schröder und auch Herrn Clement gern zu uns ein: Kommen Sie und erleben Sie, wie sich Ihre jetzige Politik auswirkt bei uns im Land! Man muss natürlich sagen, dass sich das ja nicht nur bei uns so auswirkt, sondern auch schon in bestimmten Regionen im Westen. Die jungen Leute verlassen unser Land, weil es hier keine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für sie gibt, und die, die es gibt,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Die werden wegrationalisiert.)

werden deutlich schlechter bezahlt als im Westen, und das im 14. Jahr der Wiedervereinigung. Und nicht genug damit, seit Jahren werden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik für unser Land zurückgefahren und das versprochene kommunale Investitionsprogramm des Bundes ist immer noch nicht aufgelegt.

Was die Arbeitsmarktpolitik anbelangt, so muss man kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass es dort weiter abwärts gehen wird. Ist das, die Frage stelle ich, verant-

wortungsvolles Regierungshandeln? Leistung, Qualifikation und Motivation können nur durch angemessene Löhne gesichert werden. Nur so kann man Zukunft und Sicherheit schaffen

(Beifall Ute Schildt, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Es muss
erarbeitet werden, Frau Lück! Geld muss
erarbeitet werden. Geld fällt nicht vom Him-
mel, man muss es erarbeiten! Meine Güte!)

und das hat im Übrigen selbst Herr Rehberg eingestehen müssen, als er vor zwei Jahren die Gastronomiebranche in Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert hat, ihre Lohnpolitik zu überdenken,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

um die hiesigen Fachkräfte nicht aus dem Land zu treiben.

(Karin Strenz, CDU: Ich habe
von Geringqualifizierten geredet.)

Hören Sie richtig zu, Frau Strenz! Ich habe gar nicht Sie gemeint.

Dass Deutschland auch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist, zeigen die Exportzahlen und vor allem die Exportüberschüsse.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und nun zur aktuellen Landespolitik. Natürlich tut es weh, wenn wir hier im Land bei Beamten, Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst Kürzungen im Lohn, im Gehalt oder bei den Zulagen vornehmen

(Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten müssen, ihren Teil zur Zukunftsgestaltung des Landes auch in Form von Verzicht beizutragen. Wir meinen als PDS-Fraktion, das kann nur eine zeitlich befristete Regelung sein.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das Ziel der Angleichung der Löhne und Gehälter Ost und West bleibt nach wie vor bestehen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass der Bund und auch die Länder nicht einseitig nur auf die Ausgabenseite schießen, nein, auch die Einnahmenseite muss endlich genau betrachtet werden. Große Gewinne und große Vermögen müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Steuerflucht und Schwarzarbeit müssen stärker bekämpft,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

die Binnenkaufkraft und die Binnennachfrage müssen gestärkt werden. Die Landes-SPD muss sich in Berlin dafür stark machen, dass der Aufbau Ost die Bezeichnung „Chefsache“ wieder verdient, denn mit dem Osten kippt auch der Westen.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und wer das nicht glauben will, der muss nur noch wenige Jahre so weitermachen wie bisher.

Während im Westen die tatsächliche Arbeitslosigkeit bei 9 Prozent liegt,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

liegt sie im Osten – ich spreche von der tatsächlichen Arbeitslosigkeit – schon zwischen 28 und 35 Prozent, was

bekanntlich auch Auswirkungen auf unseren Bundeshaushalt und auf die Sozialversicherungssysteme hat. Allein schon daraus ergibt sich, dass aufgrund anderer Bedingungen der Osten damit auch andere Maßnahmen braucht. Genau so verstehen wir den Antrag.

Letztlich noch ein Wort an Sie, Herr Wilken. Vielen Dank für die Literatur, die wir erhalten haben, die ich mit einer persönlichen Widmung sogar erhalten habe.

(Andreas Bluhm, PDS: Das sind
personengebundene Exemplare.)

Wir haben Ihnen unsere Literatur ja auch übergeben. Ich hoffe, dass das gegenseitig fruchtet. Und wenn Ihre Literatur sagt „Kompromisse fassen“, das ist ja der Titel, Kompromisse sind natürlich wichtig. Es müssen aber gute Kompromisse sein, ich denke, vor allem Kompromisse im Sinne beider Tarifparteien und vor allen Dingen auch im Interesse unserer ArbeitnehmerInnen des Landes. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lück.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon mit der Aktuellen Stunde dieser Landtagssitzung haben wir Chancen unseres Bundeslandes im Kanon eines größer werdenden Europas beleuchtet.

(Heiterkeit bei Martin Brick, CDU)

In diesem Zusammenhang sind wir grundsätzlich versucht, unsere Standortvorteile, -nachteile sowie Entwicklungsnotwendigkeiten zu beleuchten und zu gucken, wo wir besser, wo wir schlechter stehen, wo Risiken für uns sind.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und genau in diesem Prozess meldet sich der Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung in der Zeitung „Die Welt“ am 26.01.2004 mit folgender Aussage in einem Interview zu Wort, ich zitiere: „Die ostdeutschen Länder sind künstlich an das Westniveau heran gehoben worden. Bei den Löhnen jedenfalls. Dieses Lohnniveau lässt sich nicht halten. Es muss sinken und sich mittelfristig irgendwo zwischen dem polnischen und dem westdeutschen Niveau einpendeln.“

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Und genau das, meine Damen und Herren, wird natürlich in jeder möglichen Presse veröffentlicht und ist der Beginn einer Debatte, die wir zwingend notwendig hier führen müssen.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Dieses Zitat und diese Ausführungen beinhalten keine Aussage zur Leistungsfähigkeit, zu Wachstum, zu Chancen, sondern ausschließlich die geographische Stufe zwischen den alten Ländern und Polen. Ich meine, das ist ein sehr schlechtes Argument, um in so eine Debatte einzusteigen.

Am 30.03. veröffentlicht das Statistische Landesamt die Pro-Kopf-Bruttolöhne, die bei uns gelten. Und diese

möchte ich jetzt sehr gern einmal ganz konkret heranziehen, meine Damen und Herren. In Mecklenburg-Vorpommern werden gegenwärtig 78 Prozent des bundesdeutschen Niveaus erreicht. Ich glaube, das ist uns allen so ungefähr vom Gefühl her bekannt. Aber ich möchte mal ins Detail gehen: In der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft des Landes werden pro Kopf 14.884 Euro brutto realisiert, das sind 86,6 Prozent des Bundesdurchschnitts, immer noch 1,4 Prozent weniger als im Schnitt der neuen Länder. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir haben eine sehr gut aufgestellte Landwirtschaft, modern, von der Struktur her zukunftsfähig, wettbewerbsfähig, aber 86,6 Prozent des Bundesdurchschnitts. 17.309 Euro werden im Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Durchschnitt der Beschäftigten in unserem Land verdient, das sind 78,6 Prozent des Bundesdurchschnitts und wiederum 1,4 Prozent weniger als im Schnitt der neuen Länder.

Wir haben hier häufig diskutiert über die Wachstumsbranche, über Tourismus, über die Erfolge. Wir haben über Qualität im Tourismus gesprochen. Und hier sprechen wir mal über ein Lohnniveau bei solch einer Wachstumsbranche, das sind 21.826 Euro brutto im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes, im Vergleich zum Bund 68 Prozent. Ich weiß, dass die Messlatte hier weit aus differenzierter anzulegen ist. Hier gibt es sehr ungleiche Wettbewerbsbedingungen, sehr unterschiedliche Entwicklungsstände. Wir haben gerade auch von Frau Strenz gehört, wie problematisch sich die Situation in einigen Betrieben darstellt, und das sind nicht wenige. Deshalb kann man hier sicherlich keinen generellen Schluss ziehen. Trotzdem, dieser Abstand zum bundesdeutschen Niveau ist enorm.

Meine Damen und Herren, wir leben in der Bundesrepublik Deutschland und hier gilt das Grundgesetz für alle Bürger. In Mecklenburg-Vorpommern leben keine Phantasten, die blühende Landschaften, sprich vergleichbare Lebensverhältnisse sofort erwarten. Wir haben gelernt zu planen, zu gestalten und Zeiträume dafür zu akzeptieren. Aber wir haben ein Ziel: ein vergleichbares Lebensniveau für alle Menschen. Und dieses Ziel dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Die Realität ist, dass Arbeit auch unter dem Sozialhilfeniveau für viele Menschen, für immer mehr Menschen nackte Realität wird. Niedrige Löhne sind nicht ausschließlich das Ergebnis schwacher wirtschaftlicher Leistungskraft in den Betrieben. Zunehmend wird die Notlage der Arbeitsuchenden und ihre Bereitschaft, auf unschwerfliche Angebote einzugehen, verheerend für das Niveau. Beweis dafür ist das im ohnehin niedrigen Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern bestehende West-Ost-Gefälle, ein Spiegelbild der Arbeitslosigkeit. Aber glauben Sie mir, meine Damen und Herren, ich unterstelle, dass Sie das aus eigenem Erleben bestätigen können. Eine Verstärkung dieser Situation wird die Menschen unseres Landes in eine tiefe Depression führen. Das sind zwei Tendenzen, die wir schon jetzt zu verzeichnen haben:

Erstens. Hochqualifizierte, hoch motivierte, zumeist junge Menschen verlassen das Land.

Zweitens. Die Menschen, die bleiben, die unser angestrebtes Ziel nicht mehr erkennen können, werden demotiviert.

Wo, meine Damen und Herren, bleibt da der Standortvorteil Ansiedlung von Investoren? Das haben wir an anderer Stelle, zum Beispiel gestern, festgestellt, das ist

das Ergebnis der Summe vieler Faktoren. Einer davon, und der ist wesentlich, ist das Vorhandensein hoch qualifizierter und motivierter Menschen und Arbeitnehmer. Herr Sinn, der Präsident der vorhin zitierten Institution, sagt, und jetzt zitiere ich erneut: „In Ostdeutschland sind die Löhne fünfmal so hoch wie in Tschechien und Polen.“ Also wo müssen wir denn hin, um wirtschaftlich wieder interessant zu sein?

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist ein deutsches Bundesland mit europäischen, bundesdeutschen und landesspezifischen Gesetzen, die unser Leben begleiten. Diese sind allgemein für alle Menschen gültig und verbindlich. Zahlreiches Engagement in unserer Gesellschaft zielt darauf, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken. Das ist ein Prozess, der möglicherweise Denken in Generationen erfordert, das ist die Entwicklung des Lohnniveaus an die Leistungsfähigkeit gekoppelt. Das muss akzeptiert werden, dass das so ist. Zu den Akteuren zähle ich findige, qualifizierte, risikobereite Unternehmer ebenso wie Arbeiter und Angestellte, die ihren täglichen Einsatz leisten. Dort, wo fair miteinander die wirtschaftliche Entwicklung der Firma ins Auge gefasst wird, wo gegenseitige Achtung vor der erbrachten Leistung das Tagesgeschehen begleitet, ist Verständnis für Problemsituationen und Bereitschaft für außergewöhnlichen Einsatz auch vorhanden. Das erleben wir täglich, dafür besteht auch Verständnis. Aber es gibt viele, viele andere Beispiele. Und die Statistik, die ich benannt habe, spricht ihre Sprache.

Ich habe festgestellt, dass allein die Ankündigung dieses Antrages einen Sturm des Entsetzens und der Empörung ausgelöst hat. Wenn ich ehrlich sein soll, hat mich das ein bisschen zum Schmunzeln gebracht. Fühlt sich da jemand auf die Füße getreten? Welche Angst besteht denn da? Dass wir per Gesetz festlegen, welcher Mindestlohn in welcher Branche von nun an zu zahlen ist? Dass wir Politiker in Tarifverhandlungen eingreifen? Wir kennen unsere Grenzen.

Sehr geehrter Herr Präsident Hering – er ist leider nicht da, sehe ich –, was befürchten Sie wirklich, wenn Sie uns in der Pressemitteilung am 28.03. derart angreifen? Jeder fünfte Arbeitsplatz ist in Gefahr, weil Politiker von SPD und PDS sich anmaßen, eine politische Debatte zu entfachen? Glauben Sie das denn selbst? Nein, Herr Präsident, nicht alles muss Politik mit Gesetzen regeln.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Zeit ist reif für eine umfangreiche gesellschaftliche Debatte. Soziale Marktwirtschaft soll auch künftig unser Fundament sein,

(Harry Glawe, CDU: Welcher Präsident ist denn erst angekommen? – Torsten Renz, CDU: Meinen Sie tatsächlich den Präsidenten?)

aber im Moment bröckelt da etwas. Da reicht es nicht, rechts und links mit einem Gesetz ein bisschen zu kippen, da müssen wir schon mal die Ärmel hochkrempeln,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

nicht weil Wahlkampf ist, sondern weil es allerhöchste Zeit ist, diese Debatte erneut zu beginnen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich denke, das ist nicht nur eine Aufgabe von SPD und PDS. Wir haben den Antrag betrachtet als ein Signal

aus diesem Hohen Haus an unsere Gesellschaft, die Debatte zu führen und sich der Debatte ehrlich zu stellen. Und ich fordere Sie hiermit auf, sich diesem Ansatz anzuschließen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf der Drucksache 4/1111. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1111 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und PDS, bei einigen Gegenstimmen durch die Fraktion der CDU und einigen Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Umsetzung der Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 4/1113.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Umsetzung der Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1113 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/1147 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bestmögliche Gesundheit der Bevölkerung ist das Anliegen jeder Gesundheitspolitik. Die Vereinbarung von Gesundheitszielen ist ein Instrument, um dieses Anliegen greifbar zu machen und gemeinsam mit allen Beteiligten schrittweise zu erreichen. Die Diskussion über Gesundheitsziele begann 1978 durch die Weltgesundheitsorganisation. Bei deren Formulierung hatte die WHO das Ziel vor Augen, allen Menschen bis zum Jahr 2000 das Erreichen eines Gesundheitsniveaus zu ermöglichen, das ihnen erlaubt, ein sozial und wirtschaftlich produktives Leben zu führen. Hierauf aufbauend entwickelte das WHO-Regionalbüro Europa 1984 insgesamt 38 Gesundheitsziele. 1998 wurde ein überarbeiteter Zielkatalog „Gesundheit 21“ verabschiedet. Ende des Jahres 2000 begann in Deutschland eine konkrete Bearbeitung mit dem Projekt „Gesundheitsziele.de“. Das Programm „Gesundheitsziele.de“ versteht sich als interdisziplinäres Diskussionsforum, auf dem die zahlreichen gesundheitspolitischen Akteure im Konsens konkrete exemplarische Gesundheitsziele als Vorschlag für die Politik erarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern startete eine Expertengruppe der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung im Jahr 2000 die Erarbeitung zu Empfehlungen von Gesundheitszielen. Zwei Jahre später wurde unter Federführung der Sozialministerin das Forum „Kindergesundheit“ durchgeführt. Dort wurde eine dahin gehende EntschlieÙung verabschiedet, Gesundheitsziele und konkrete Maßnahmen für ihre Umsetzung für die Kinder in Mecklenburg-Vorpom-

mern zu entwickeln. Als besonders wichtig schätze ich dabei den Fokus der EntschlieÙung auf den Gesundheitszustand sozial benachteiligter Kinder ein, auf deren Belange dabei besonders geachtet werden soll. Für diese Zielgruppe sollen interdisziplinäre und über den Gesundheitsbereich hinausgehende Präventionskonzepte entwickelt werden, die auch die gesundheitliche Kompetenz der Eltern stärken sollen.

Meine Damen und Herren, die Sozialministerin ist tätig geworden und hat eine landesweite Kindergesundheitskonferenz im Mai 2003 durchgeführt. In dieser Konferenz wurden zehn Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche vorgestellt und verabschiedet. Der Anstoß, den vorliegenden Antrag zu erarbeiten, ergab sich durch ein Gespräch mit Vertretern der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung beziehungsweise Sozialpolitikern aus allen Fraktionen. Dabei wurden uns die erarbeiteten Gesundheitsziele vorgestellt. Diese zehn Ziele finden Sie in unserem Antrag wieder.

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung bat uns, die Umsetzung der Gesundheitsziele durch den Landtag zu beschließen. Dies erachte ich auch als notwendig, um die Wichtigkeit der Umsetzung der Gesundheitsziele durch den Landtag zu demonstrieren und die Öffentlichkeit für die gesundheitlichen Probleme der Kinder und Jugendlichen zu sensibilisieren. Kinder und Jugendliche stellen eine Bevölkerungsgruppe dar, bei der gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen entscheidend geprägt werden und bei denen der Aufbau von Gesundheitsressourcen für das spätere Gesundheits- und Krankheitsverhalten eine wichtige Rolle spielt. Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage und des Gesundheitsverhaltens von Kindern und Jugendlichen müssen deshalb in allen Lebensumfeldern, also in Kindertagesstätten, Schulen und in der Familie, ansetzen.

Im Bereich der Kita haben wir durch das neue KiföG schon einen Schritt in die richtige Richtung für die Gesundheitsversorgung der Kinder getan.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Doch diesen Weg müssen und werden wir weitergehen.

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

Einen wichtigen Punkt in unserem Antrag stellt die Einbeziehung der Gesundheitsziele in die Gesundheitsberichterstattung des Landes dar. Dies ist eine der Forderungen der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung. Bisher wurde Gesundheitspolitik vor allem auf ökonomische Ziele und Versorgungsziele reduziert.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben den Sport neu erfunden.)

Durch die Aufnahme von Handlungsorientierung beziehungsweise Zielbestimmung für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in die Gesundheitsberichterstattung des Landes soll diese zu einem Steuerungsinstrument für die Gesundheitspolitik werden. Als allgemeines Ziel der Gesundheitsberichterstattung gilt die Verbesserung der Gesundheitslage der Bevölkerung und hier insbesondere der Kinder und Jugendlichen.

(Detlef Müller, SPD: Genau.)

Dies kann durch die Einbeziehung der Gesundheitsziele zu einem effektiven und effizienten Einsatz vorhandener Ressourcen führen. Gesundheitsberichterstattung und

Gesundheitsziele greifen ohnehin ineinander, da die Evaluation von Gesundheitszielen transparente Daten erfordert.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und damit insbesondere die Akteure zu unterstützen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern für die Gesundheit unserer Kinder einsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, PDS und Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Jawohl.)

Ich darf abschließend noch kurz sagen, es liegt ja ein Änderungsantrag der CDU vor, dem wir eigentlich in den wesentlichen Punkten zustimmen können, so dass ich hoffe, dass wir hier letztendlich einen gemeinsamen Antrag heute verabschieden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Wie eben schon bemerkt, liegt Ihnen zur Behandlung des Antrages auf Drucksache 4/1113 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1147 vor.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem heutigen Antrag greifen die Fraktionen der SPD und PDS ein grundlegendes Anliegen für die 4. Legislaturperiode auf. Die Verbesserung der Kindergesundheit wird im Mittelpunkt der Entwicklung von Kindergesundheitszielen stehen. Das haben die Koalitionspartner für die 4. Legislaturperiode in der Präambel der Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Und dieses wichtige Anliegen wird mit dem Antrag aufgegriffen.

Die Aufgabenstellungen bei der Verbesserung von Kindergesundheit haben sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Es geht nicht mehr vorwiegend um den Kampf gegen Infektionskrankheiten oder gegen Mangelernährung oder um eine bessere häusliche Hygiene, zunehmend sind die Erkennung und die Behandlung von Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten, der Kampf gegen Fehlernährung und nicht zuletzt der Kampf gegen Suchtgefahren Schwerpunkt der Gesundheitspolitik zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Solche Defizite und Störungen sind keine Erkrankungen im klassischen Sinne, trotzdem bedeuten sie eine erhebliche Erschwernis für den Lebensweg eines Kindes. Sie sind bestimmend für seine schulische und berufliche Entwicklung und als eine der möglichen Ursachen für soziales Scheitern burden sie dem betreffenden Kind und der Gesellschaft hohe Lasten auf.

(Torsten Koplin, PDS: So ist es.)

Gesundheitliche Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen lassen sich an einer Reihe von Parametern messen. Ein wichtiges Indiz sind die kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bis zur so genannten U 9, die im

Vorschulalter stattfindet. Bei der U 6, die im zehnten bis zwölften Lebensmonat vorgenommen wird, haben wir noch gute Teilnehmerergebnisse an diesen Untersuchungen. Rund 90 Prozent der Kinder werden in diesen Regeluntersuchungen vorgestellt. Dann aber sinken die Teilnehmeraten und schon bei der U 7, das heißt gegen Ende des zweiten Lebensjahres, nehmen nur noch 80 Prozent der Kinder an diesen Vorsorgeuntersuchungen teil. Bei der U 8 dann, die im vierten Lebensjahr, und bei der U 9, die im fünften Lebensjahr stattfindet, sinken die Teilnehmeraten unter 70 Prozent der Kinder drastisch ab. Das ist dramatisch. Weshalb? Weil die Vorsorgeuntersuchungen Aufschluss über altersgemäße Sprachentwicklung, über Verhaltensauffälligkeiten, über die Vollständigkeit von Schutzimpfungen, die Motorik, aber auch das Nervensystem und andere Fragen geben. Gegensteuernde Maßnahmen sind oft nicht möglich, wenn schon die ärztliche Analyse fehlt.

Wenig erstaunlich ist es deshalb auch, dass bei den Einschulungsuntersuchungen des letzten Jahres, also 2002/2003, gravierende Mängel in einer Reihe von Untersuchungsfeldern festgestellt wurden. 17 Prozent unserer Einschüler weisen Auffälligkeiten in der Motorik auf, 8,3 Prozent der Einschüler haben ganz erhebliches Übergewicht, also in einer Form, die dann schon ärztlicher Konsultation bedarf. 10 Prozent der Kinder zeigten Auffälligkeiten im psychosozialen Verhalten und etwa 20 Prozent der Kinder waren im psychisch-physischen Bereich nicht belastbar. Bei 21 Prozent der Schüler sind akustische Differenzierungen nicht in dem Maße ausgebildet, wie es für ein gutes Aufnehmen, Verstehen und Wiedergeben nötig ist.

Die Ursachen, die zu diesen Entwicklungsauffälligkeiten führen, sind hinlänglich bekannt. Wir haben sehr viele Kinder, wir beobachten das täglich, die hervorragend mit einem Gameboy umgehen können, es gibt aber viele Kinder, die bestätigen immer wieder Kinder- und Jugendärzte aus den Einstellungsuntersuchungen, die nicht mal einen Hüpfen auf einem Bein hinbekommen. Und es gibt zu viele Kinder, die nicht in der Lage sind, vollständige Sätze zu sprechen

(Torsten Koplin, PDS: Abgeordnete auch nicht.)

beziehungsweise Gehörtes zusammenhängend wiederzugeben.

(Norbert Baunach, SPD: Die unterhalten sich nicht zu Hause.)

Frappierend, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ist der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

„Die wirklich auffälligen Kinder“, so schrieb kürzlich der Berliner Kinderarzt Dr. Ulrich Fegeler, „stammen überwiegend aus bildungsfernen, ökonomisch benachteiligten Familien. Diese Kinder“, so schreibt der Kinderarzt, und das ist eine Feststellung aus umfangreichen Untersuchungen, „sind sicher von Geburt her nicht benachteiligt. Das Defizit ihrer Entwicklung liegt deshalb auch nicht in ihnen selbst, sondern in ihren Familien begründet. Immer mehr Eltern versagen bei der Aufgabe, ihre Kinder bis zum Schuleintritt gut oder wenigstens ausreichend anzuregen.“ So weit der Kinderarzt Dr. Fegeler.

Die Ergebnisse der PISA-Studie von heute geben nur eine Ahnung von dem, was uns möglicherweise in zehn

Jahren bevorstehen könnte, wenn Sie, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern.

(Harry Glawe, CDU: Wir steuern gegen.)

Die äußeren Rahmenbedingungen für die Gesundheit von Kindern in den Familien unseres Landes sind in den letzten Jahren bedeutend schwieriger geworden. So gab es 1992 zum Beispiel 61.000 allein erziehende Frauen und Mütter, Frauen und Männer, Verzeihung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

Im Jahr 2002 lebten in Mecklenburg-Vorpommern bei einer insgesamt, wie wir alle wissen, rückläufigen Bevölkerung bereits 71.000 allein erziehende Frauen und Männer mit Kindern. Ihnen bleibt in der Regel weniger Zeit für ihre Kinder als anderen Familien. Sie bedürfen weitaus mehr der Hilfe von außen. Das Problem Arbeitslosigkeit will ich in dem Zusammenhang nur erwähnen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist völlig richtig.
Völlig richtig, Frau Ministerin!)

Es gilt aber auch für die Kinder, dass ihre Bedingungen schwieriger geworden sind, die in Elternhäusern leben mit einem geringen Einkommen. Im Jahr 2002 haben 32 Prozent der Familien des Landes ein Einkommen unter 900 Euro im Monat erhalten. Noch deutlicher wird die Situation, wenn man sich die Sozialhilfequote für Kinder unter drei Jahren vor Augen hält:

(Torsten Koplin, PDS: Das ist erschreckend.)

Sie liegt bei 19 Prozent. Fast ein Fünftel der Kleinkinder unseres Landes befindet sich damit in einer Situation, in der Chancen für die spätere Entwicklung schon frühzeitig beschnitten werden können.

Besorgniserregend bleibt auch die Entwicklung bei unseren Kindern und Jugendlichen in ihrem Suchtverhalten. Im Rahmen einer internationalen Studie gab ein Fünftel der befragten Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen in Mecklenburg-Vorpommern an, schon vor dem elften Lebensjahr Bier und Wein zu sich genommen zu haben. Annähernd 60 Prozent der 15- bis 16-jährigen Schüler gaben im Rahmen derselben Studie an, mehr als sechs Zigaretten täglich zu rauchen. All das sind Entwicklungen, denen eine aktive Gesundheitspolitik entgegenwirken kann und muss.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Die Landesregierung hat deshalb alle Akteure des Gesundheitswesens, aber auch diejenigen, die im Sozial- und Bildungsbereich für Kinder Verantwortung tragen, zu einer zielgerichteten Zusammenarbeit aufgerufen und in der hier schon erwähnten Kindergesundheitskonferenz zusammengeführt. Im Mai 2003 hat diese erste Konferenz unter dem Motto „Chancengleich aufwachsen in Mecklenburg-Vorpommern“ stattgefunden. Damit ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, mit dem alle Beteiligten im Gesundheitswesen in die Pflicht genommen werden, ihren spezifischen Beitrag zur Verbesserung der Kindergesundheit in unserem Land zu leisten.

Die Kindergesundheitskonferenz hat vier große Ziele definiert, die in Kindertagesstätten, in Schulen, in Freizeiteinrichtungen, aber eben auch in den Familien umgesetzt werden sollten. Diese Ziele umfassen sowohl die Entwicklung von Bewegungsangeboten, die Förderung einer gesunden Ernährungsweise, die Stärkung der Fähigkeiten

zur Stressbewältigung ebenso wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gesundheitsförderung und Suchtprävention in den Lebensräumen von Kindern und Jugendlichen.

Die Belange sozial benachteiligter Kinder sind dabei besonders herausgestellt worden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Deshalb werden über den Gesundheitsbereich hinausreichende Präventionskonzepte gegenwärtig entwickelt, die, und das ist immer wieder besonders zu betonen, auch die gesundheitliche Kompetenz der Eltern stärken sollen.

Darüber hinaus wurden von Expertinnen und Experten des Gesundheitswesens gemeinsam mit dem Sozialministerium sechs Gesundheitsziele definiert, die die gesundheitliche Vorsorge und insbesondere die Gesundheitsversorgung in unserem Land verbessern sollen. Und dazu zählen eben die Vorsorgeuntersuchungen im Kinder- und Jugendalter, die Pflege der ...

(Torsten Renz, CDU: Grundgesundheit.)

So ist das.

..., der Impfstatus der Kinder, es geht um die Betreuung chronisch kranker Kinder, es geht um die psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter und nicht zuletzt um die

(Torsten Renz, CDU: Gesundheit im
Säuglingsalter. – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und CDU –
Torsten Koplin, PDS: Herr Renz kennt die!)

Gesundheit im Säuglingsalter und die Senkung der Frühgeburtenrate.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Ich habe ihr zugearbeitet.)

Wichtiger Bestandteil und zugleich Impulsgeber für den Prozess der Gesundheitsziele kann eine Gesundheitsberichterstattung über Kinder und Jugendliche sein. Sie beschreibt, kommentiert und interpretiert die zusammengestellten Daten, Fakten und Ereignisse des Gesundheitswesens. Diese Daten müssen sowohl ein Bild von den Krankheiten, Folgen und Ursachen einerseits, andererseits aber auch Handlungsbedarf vor Augen führen. Und hier genau ist die Zielrichtung des Antrages der Fraktionen von SPD und PDS angesiedelt. Ich bin gern bereit, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums diese Zielrichtung weiter mitzuverfolgen.

Es wurde schon gesagt, dass es uns mit dem Kindertagesförderungsgesetz gelungen ist, für den Bereich der vorschulischen Gesundheitserziehung eine Schrittmacherfunktion innerhalb der Bundesrepublik einzunehmen. Vom 1. September an werden die verbindlichen Bildungspläne, welche die Chancengleichheit der Kinder sowie die zielgerichtete Förderung ihrer Entwicklung zum Inhalt haben, für alle Kinder gleichermaßen gelten. Das leistungsfähige Netz von Angeboten und Diensten in der Kindertagesförderung wird zukünftig gerade auch für die Gesundheitserziehung noch besser genutzt werden. Mit dem Ansatz verbindlicher Bildungspläne für die Kita in Stralsund ebenso wie in Demmin oder anderen Städten

(Torsten Renz, CDU: Das
KiföG ist verabschiedet worden!)

können wir nicht nur auf den Abbau sozialer Benachteiligungen, sondern eben auch auf die Stärkung der Gesundheit der Kinder frühzeitig Einfluss nehmen.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Nach dem Kindertagesförderungsgesetz haben darüber hinaus die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen die Eltern über den Anspruch auf Vorsorgeuntersuchungen bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres, also bis kurz vor der Einschulung, zu beraten.

(Torsten Renz, CDU: Das KiföG ist verabschiedet!)

Es geht darum, die Einhaltung insbesondere der Vorsorgeuntersuchungen auch durch die Eltern immer wieder zu begleiten. Das ist ein konkreter Impuls für die Verbesserung von Kindergesundheit. Insofern können die Kindertageseinrichtungen nach dem neuen Gesetz vor der Aufnahme des Kindes auch Angaben über dessen Impfstatus verlangen, die Eltern anregen, eventuell Impfungen nachzuholen und hier im Interesse der Gesunderhaltung der Kinder zu wirken.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Sehr gut, Frau Ministerin.)

Wir haben gegenwärtig einen sehr hohen Durchimpfungsgrad, der etwa 96 Prozent beträgt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir sind sehr daran interessiert, diesen auch dauerhaft zu halten und durch die Beratung, auch in den Kindertageseinrichtungen, zu stabilisieren.

Nicht zuletzt will ich erwähnen, die Möglichkeiten der Kindertagesförderung können genutzt werden, um im Rahmen einer Verordnung für die Kindertageseinrichtungen künftig Anleitungen zu einer gesunden Lebensführung zu geben. Es werden Grundkenntnisse an die Kinder vermittelt über ihren Körper, hygienisches Verhalten, gesunde Ernährung, Körperbewegung

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir auch schon gemacht! Das war schon so!)

und letzten Endes auch über den Umgang mit Gesundheitsgefährdungen, die zu Übergewicht oder zu anderen Beschwerden im späteren Leben führen.

(Harry Glawe, CDU: Frau Ministerin, das ist nichts Neues! Da erfinden Sie das Rad noch mal! – Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS)

Es geht dabei nicht nur um die Bewegung bei Sport und Spiel, sondern es geht auch um Lernschritte hin zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Aber nicht, dass Sie den Bildungsplan für die Fünfjährigen jetzt auch noch vorstellen!)

sowie zum konsequenten Erlernen von Stress- und Konfliktbewältigung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieser Weg, den wir in Mecklenburg-Vorpommern eingeschlagen haben, ist vorbildlich.

(Torsten Renz, CDU: Nee.)

Erst vor wenigen Tagen hat der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte in einer Veranstaltung in Berlin

die zunehmenden Entwicklungsrückstände gerade bei Vorschulkindern innerhalb der Bundesrepublik angeprangert. Gerade für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien hat der Bundesverband eine gezielte vorschulische Förderung gefordert. In Mecklenburg-Vorpommern – ich denke, darauf können auch Sie als Abgeordnete stolz sein –

(Jörg Heydorn, SPD: Wir vor allen Dingen!)

wird dieser Ansatz vom Herbst dieses Jahres an bereits Realität.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lassen Sie mich ergänzen, dass es auch im Bereich der Sucht- und Drogenberatung trotz schwieriger Haushaltslage gelungen ist, den Ansatz der Gesamtförderung für das Jahr 2004 bei über 1,3 Millionen Euro zu belassen. Der Bestand der 23 Suchtberatungsstellen im Land hat damit zugleich eine aktive Sucht- und Drogenpolitik im Interesse der Kinder und Jugendlichen gesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, der Prozess der Kindergesundheitsförderung, dessen aktive Umsetzung im Kindertagesförderungsgesetz und nicht zuletzt die kontinuierliche Fortsetzung des eingeschlagenen Weges in der Sucht- und Drogenpolitik sind Eckpunkte einer langfristig angelegten Politik zur Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in unserem Land. Ich bin optimistisch, dass wir die Früchte dieser Arbeit in einigen Jahren ernten können.

Die Gesundheitsberichterstattung zukünftiger Jahre wird dabei zugleich der Gradmesser, aber er wird auch Impulsgeber für die eigene Arbeit sein. Deshalb empfehle ich sehr aus der Sicht des Ministeriums und meiner persönlichen Sicht die Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen.

Nun liegt noch ein weiterer Antrag vor. Ich begrüße auch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in den Punkten 1 und 2. Zum Punkt 3 schlage ich Ihnen vor, diesen zu streichen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

weil man ganz einfach Bewährtes auch in Zukunft weiterführen sollte. – Danke.

(Beifall Torsten Koplin, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Renz, CDU: Bringen Sie sich in Position!

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist so: Wenn ich jetzt auch meine Redezeit nutzen würde, um hier über die Rolle der Bedeutung der Thematik zu referieren, dann würden natürlich die 32 Minuten, die mir zur Verfügung stehen, für unsere Fraktion nicht ausreichend sein.

(Gerd Walther, PDS: Haben Sie es mal gelernt?)

Ich will deswegen diesen Versuch auch gar nicht erst wagen,

(Gerd Walther, PDS: Alte Schule, ja?!)

weil es so ist, dass es in puncto Inhaltlichkeit bei den Gesundheitszielen für Kinder und Jugendliche

(Reinhard Dankert, SPD: Sie sind ja auch die christlich-demokratische Gesundheitspartei!)

im Prinzip kaum Differenzen gibt.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist viel wert. Das ist gut.)

Ich möchte das Rednerpult hier auch nicht nutzen, um ein Loblied zu singen,

(Gerd Walther, PDS: Das wäre auch nicht schlecht.)

auf sich selbst,

(Torsten Koplin, PDS: Wir würden das sehr begrüßen.)

wie wir es gerade bei der Vorrednerin erlebt haben. Also das muss in diesem Fall, denke ich, nicht sein.

(Reinhard Dankert, SPD: So ein bisschen Klappern gehört schon zum Handwerk. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber wie das hier schon zur Gewohnheit im Hause geworden ist, wenn ich nach der Sozialministerin sprechen muss oder darf,

(Gabriele Schulz, PDS: Darf. – Gerd Walther, PDS: Das ist eine große Ehre, Herr Renz!)

dann muss ich natürlich auf einige ihrer Äußerungen eingehen, auch wenn es nicht unmittelbar mit dem Antrag zu tun hat.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Aber der Ministerin war es hier ja auch gestattet, über das KiföG beziehungsweise über den Bildungsplan zu referieren.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl! – Torsten Koplin, PDS: Das steht ja schon in Zusammenhang.)

Aus diesem Grunde sei es dann auch mir gestattet, hier noch ein paar Ausführungen an dieser Stelle zu machen, um eindeutig klarzustellen, das hat auch die Vorstellung des Bildungsplanes für Fünfjährige deutlich gezeigt, dass die Experten, die dort vor Ort waren, eine etwas andere Auffassung haben als die Frau Ministerin oder wie wahrscheinlich der größere Teil der PDS-Fraktion. Die Bildungsexperten sehen einen gesamten Entwicklungs- und Bildungsprozess, der nicht erst mit dem fünften Lebensjahr beginnt,

(Gerd Walther, PDS: Sie haben es erkannt, Herr Renz!)

so, wie wir das hier schon immer referiert haben.

(Torsten Koplin, PDS: Deswegen haben wir es ja auch ins Gesetz geschrieben.)

Herr Koplin, Sie waren leider bei dieser Veranstaltung nicht da,

(Torsten Koplin, PDS: Ich konnte leider nicht. Ich konnte leider nicht.)

als die Experten, ich wiederhole das einfach einmal, gesagt haben,

(Torsten Koplin, PDS: Ich bitte Sie!)

das geht einfach in ihre Birne nicht rein –

(Gabriele Schulz, PDS: Was?)

das war nämlich der Ausdruck dort von den Experten –,

(Torsten Koplin, PDS: Ich dachte, Sie meinen mich.)

was wir hier in Mecklenburg-Vorpommern machen, dass wir einen Bildungsplan für Fünfjährige auf den Weg bringen, völlig losgelöst von dem, was im Vorfeld gewesen ist,

(Regine Lück, PDS: Stimmt ja gar nicht!)

und auch nicht abgestimmt mit dem, was dann in der Schule auf die Kinder zukommt.

Wenn dann die Frau Ministerin sagt, wir übernehmen hier eine Vorreiterrolle

(Torsten Koplin, PDS: Zweifelhafte Experten, zweifelhaft. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS, und Gerd Walther, PDS)

in Deutschland, dann können wir das einfach nicht so stehen lassen, meine Damen und Herren, sondern wir müssen immer wieder betonen, dass es ein gesamter Bildungskomplex ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da ist der Ausbildungsplan für Fünfjährige ein Mosaiksteinchen.

(Torsten Koplin, PDS: Stimmt doch! Stimmt doch! – Gabriele Schulz, PDS: Aber richtig!)

Es wäre eine gewisse Logik darin gewesen, hätten wir mit dem Ausbildungsplan für Zwei-, Drei- oder Vierjährige vielleicht begonnen.

(Torsten Koplin, PDS: Dann hätten Sie uns dafür kritisiert. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS, und Gerd Walther, PDS)

Aber warum gerade mit den Fünfjährigen, mittendrin? Das wird Ihr Geheimnis bleiben. Deshalb, aus meiner Sicht, für die Fraktion auch noch einmal die Klarstellung,

(Gabriele Schulz, PDS: Sprechen Sie mal mit den Kindergärtnerinnen! Die erziehen schon.)

dass das pädagogisch nicht sinnvoll ist, was hier politisch gewollt

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und durchgedrückt wird.

(Beate Mahr, SPD: Kommen Sie doch zur Sache!)

Aber wir kommen zur Sache, meine Damen und Herren, so, wie sich das gehört.

(Beate Mahr, SPD: Mann! – Gabriele Schulz, PDS: Ja, Gesundheitsziele. – Heiterkeit bei Detlef Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Frau Ministerin hat schon zu unserem Änderungsantrag gesprochen. Es freut uns außerordentlich, dass die Frau Ministerin unserem Änderungsantrag zustimmen wird

(Gabriele Schulz, PDS: Nicht nur! Nicht nur!)

und so, wie es aussieht, wahrscheinlich auch SPD und PDS.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nicht ganz verständlich ist für uns natürlich, dass Sie den Punkt 3 in unserem Antrag ablehnen wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Frau Ministerin hat hier ausgeführt, in Zukunft heißt für sie, so weiter in bewährter Form. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass wir dort eine andere Auffassung haben. „Weiter so“ ist nicht unsere Marschrichtung oder unser Auftrag,

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS,
und Gerd Walther, PDS)

sondern man sollte das Tempo erhöhen, Verbesserungen hier einmal in die Debatte bringen und nicht in diesem Trott weitermachen.

(Gabriele Schulz, PDS:
Welchen Trott meinen Sie?)

Deswegen sagen wir, das sollte hier im Antrag gestrichen werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das sehen wir aber anders.)

Aber lassen Sie uns auch noch einmal einen Blick zurück wagen. Wenn Herr Nieszery gesagt hat, vor über zwei Jahren wurde sich mit dieser Thematik schon befasst, so ist das völlig richtig. Aber in dieser Formulierung steckt auch, dass es doch schon ein sehr langer Zeitraum ist. Ihnen wird auch bekannt sein, dass zum Beispiel die Sozialministerin a. D. Frau Dr. Bunge

(Torsten Koplin, PDS: Das ist
unsere gemeinsame Kollegin.)

schon im Jahre 2001 die Empfehlung übergeben bekommen hat, und da ist es für uns, wenn wir diese Zeitschiene betrachten, doch ein sehr, sehr langer Prozess. Das findet in puncto Zeitschiene eben nicht unsere Zustimmung. Da müssen wir sagen, es muss auf die Tube gedrückt werden, damit wir hier schneller vorankommen.

Es ist auch nicht zu erkennen, warum Sie, wenn am 26. Mai 2003 die Gesundheitskonferenz die Ziele schon verabschiedet hat und wir als CDU-Fraktion das auch thematisiert haben, und zwar durch die Anfrage meines Kollegen Herrn Harry Glawe im November,

(Torsten Koplin, PDS: Er hat aber auch fast
ein halbes Jahr gebraucht, um diese Frage zu formulieren. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –

Torsten Koplin, PDS: Nicht, Harry?! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

jetzt erst, meine Damen und Herren, mit diesem Antrag kommen.

Wenn dieser Antrag auch noch deckungsgleich ist mit der Pressemitteilung der Landesvereinigung zur Gesundheitsförderung, dann muss ich sagen, man hätte vielleicht auch etwas einfallsreicher dort operieren können

(Norbert Baunach, SPD: Na, Harry!)

und nicht wörtlich diesen Text übernehmen müssen.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aus meiner Sicht, wenn es jetzt darum geht, die Koalitionsvereinbarung abzuarbeiten – in der Koalitionsvereinbarung unter Punkt 17 steht: „Die Landesregierung erarbeitet Gesundheitsziele ...“ –, dann können Sie diesen Punkt eigentlich gar nicht mehr erfüllen, meine Damen und Herren,

(Torsten Koplin, PDS: Was? Was?)

weil die Gesundheitsziele schon definiert und auch schon verabschiedet worden sind.

(Gabriele Schulz, PDS: Ach!)

Das schreibt die Frau Ministerin am 10.11.2003 uns, der CDU-Fraktion, die dieses Thema schon auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

(Gerd Walther, PDS: Sie sind aber heute
wieder ein Plünnenschieter, ein Plünnenschieter!)

Sie schreibt: „Nach der Verabschiedung der Gesundheitsziele haben ... Experten“ die Arbeit aufgenommen.

Von der Warte aus, muss ich sagen, kommen wir dann eigentlich etwas spät. Wenn ich hier einmal die Frage 1 betrachte, darauf wird uns geantwortet: „Im Übrigen ist auf die laufende Arbeit der Expertengruppe zu verweisen.“ Antwort auf die Frage 2: „Hier ist auf die laufende Arbeit der Expertengruppe zu verweisen.“

(Harry Glawe, CDU: Kurz und knapp,
und inhaltsreich vor allen Dingen!)

Als Antwort auf die Frage 3 auch nur dieser eine Satz: Die Expertengruppen arbeiten und arbeiten.

(Harry Glawe, CDU: Die Antworten sind kurz
und knapp und inhaltsreich. – Heiterkeit bei
Gerd Walther, PDS: Die sind übersichtlich, ne?!)

Da muss ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wenn dann die Frau Ministerin uns schreibt: „Die Sozialministerin wird die Öffentlichkeit darüber in geeigneter Form informieren“, ist es eigentlich von der Logik, von der Verfahrensweise her schon etwas komisch,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Bei einem
Schnaps können wir darüber noch mal reden! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

dass wir uns heute mit diesem Antrag hier befassen. Herr Koplin, ich kann Ihnen deutlich sagen, wie Sie auf alle Fälle argumentieren würden, wenn der Antrag von uns gewesen wäre. Dann hätten Sie gesagt: Meine Damen und Herren von der CDU, können Sie nicht lesen? Das Thema ist erledigt. Das ist eigentlich auch so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: Das ist Spekulation! –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Von der Warte aus, muss ich sagen, ...

Das ist keine Spekulation,

(Gerd Walther, PDS: Na aber selbstverständlich!)

es ist deutlich formuliert, meine Herren von der PDS.

(Gerd Walther, PDS: Ach, das sind seherische
Fähigkeiten! Seherische Fähigkeiten!)

Das ist deutlich formuliert, meine Herren von der PDS,

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, wir sind doch da! –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

dass die Sozialministerin das eigentlich auch so sieht,
dass das hier administratives Handeln ist

(Harry Glawe, CDU: Jawohl! Richtig! –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und dass man es einfach nur tun muss, nämlich es in
diesen Gesundheitsbericht einfach mit aufnehmen muss.

(Harry Glawe, CDU: Das kann
die Regierung jeder Zeit noch!)

Wir haben uns natürlich inhaltlich, auch nachdem wir
diesen Antrag von Ihnen bekommen hatten, noch einmal
intensiver damit befasst

(Torsten Koplin, PDS: Das ist gut.)

und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass in diesem
Gesundheitsbericht der zentrale Punkt die Formulierung
bezogen auf Kinder und Jugendliche sein sollte. Und des-
halb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, um deut-
lich zu dokumentieren, dass in einem eigenen Teil bezie-
hungsweise in einem eigenen Kapitel die Kinder- und
Jugendgesundheit abgearbeitet wird.

(Gerd Walther, PDS: Also
unterstützen Sie uns doch.)

Das sehen wir als Fraktion als den Schwerpunkt, als die
Verbesserung, die in so einen Bericht aufgenommen wer-
den sollte.

(Torsten Koplin, PDS: Wichtiger ist ja Ihr zweiter
Punkt! Ihr zweiter Punkt ist wichtiger. –

Harry Glawe, CDU: Nee, nee! –

Torsten Koplin, PDS: Ihr zweiter Punkt
ist wichtiger! – Harry Glawe, CDU:
Der erste Punkt ist auch wichtig.)

Deshalb hoffe ich, dass Sie unseren Antrag, so, wie Sie
es angedeutet haben, wirklich auch unterstützen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen,
dass auch in anderen Bundesländern, das wurde im Vor-
feld hier gesagt, ebenfalls an dieser Problematik gearbeitet
wird. Mir liegt zum Beispiel ein niedersächsischer Kinder-
und Jugendgesundheitsbericht vor, der fast 150 Seiten
umfasst. Das zeigt und unterstreicht eigentlich noch ein-
mal die Bedeutung dieser Problematik. Deswegen, ich
wiederhole das sehr gerne, müssen wir diesen Punkt se-
parat im Gesundheitsbericht herausstellen.

Wir freuen uns, dass wir diesen Anstoß so geben konn-
ten und Sie den Ball aufgenommen haben und uns in die-
sem Fall auch unterstützen werden. Wir wünschen uns
alle, dass auf diesem Gebiet weiter kontinuierlich gearbei-
tet wird, denn das sollte uns die Sache im Sinne der
Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in diesem Lande
wert sein. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr
Renz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abge-
ordnete Herr Walther. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr
geehrte Kollegen! Werte Gäste! Umsetzung der Gesund-
heitsziele für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vor-

pommern, das hört sich zunächst recht unspektakulär an.
Klar ist aber allen, das, was wir hier heute für unsere Kin-
der, sprich für die nächste Generation, auf den Weg brin-
gen, wird die Zukunft bestimmen.

Die NROs, die Nichtregierungsorganisationen, haben in
der Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2001 den
Begriff der „Enkeltauglichkeit“ geprägt. Sie wenden sich
damit an Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, Um-
welt und Gesundheit, das tägliche Handeln präventiv zu
gestalten, nachhaltig zu handeln, damit gesundheitsför-
dernde Lebensbedingungen hergestellt werden können.

Kindergesundheit, dieses Thema lohnt sich, um genau-
er hinzuschauen, denn der Trend der vergangenen Jahre
stimmt eher nachdenklich. Gespräche mit den Ärzten für
die Schuleingangsuntersuchung sprechen da eine ganz
deutliche Sprache: Bewegungsarmut, Haltungsschäden,
Übergewicht, Sprechstörungen, Allergien, Passivrauch-
belastung, seelischer Stress und Verhaltensstörungen
schon in den jüngsten Jahren. Wir wissen, Kinder sind
besonders gefährdet, sie sind besonders empfindlich und
sie sind besonders anfällig, und das bereits bei der Ent-
wicklung im Mutterleib, als Klein- und Schulkinder und im
Jugendalter. Deshalb ist in unserem Katalog zur Entwick-
lung der Gesundheitsziele auch der Bereich, in dem sich
Kinder aufhalten, sprich ihre Lebensräume, benannt.
Durch die Aufnahme in die Gesundheitsberichterstattung
schaffen wir vergleichbare Maßstäbe über Jahre hinweg.

Um die Notwendigkeit einer verbesserten Gesundheits-
erziehung und Gesundheitsförderung zu verdeutlichen, will
ich ein paar Resultate aus verschiedenen Forschungsbe-
richten benennen:

Ein Drittel der 6- bis 8-jährigen Kinder glaubt, dass
Milchschnitten, Hamburger und Cola gesunde Lebens-
mittel seien. Leider weist der Bericht nicht darauf hin, wie
hoch die Quote der Eltern ist, die Gleiches glauben.

(Gabriele Schulz, PDS:
Werbung macht's möglich!)

16 Prozent der 18-jährigen männlichen Raucher und
11 Prozent der weiblichen Raucher haben bereits im Alter
von 13 Jahren mit dem Rauchen begonnen und die Ten-
denz für diesen Einstieg in den Drogenkonsum geht wei-
ter abwärts, was den Geburtenjahrgang angeht.

Programme zur Rauchprävention in der Schwanger-
schaft, durchgeführt vom Bremer Institut für Präventions-
forschung und Sozialmedizin, besagen, dass der Anteil
der rauchenden werdenden Mütter von 23,6 auf 17,5 Pro-
zent sank, nachdem sie eine umfassende Information und
Beratung zu den Folgen des Rauchens für die Kinder
erhalten hatten. Eine andere Studie zeigt auf, dass die
Körperhaltung auch Spiegel des seelischen Gleichge-
wichtes ist. So führen emotionale Probleme, Überforde-
rung und Stress gerade in der zweiten Wachstumsphase,
vom fünften Lebensjahr bis zur Pubertät, oft zu hängen-
den, nach vorn gezogenen Schultern, zu Rundrücken und
Hohlkreuzen.

Im selben Alter aber liegt die Idealzeit zum Erlernen von
gesundheitlichem Verhalten, um bei der Ausbildung von
Lebensgewohnheiten prägend zu sein. Da müssen natür-
lich Schlussfolgerungen für die Gesundheitserziehung in
der Kita der logische Schluss sein. Wir sind als Land mit
dem neuen KiföG in dieser Hinsicht auf vorbildlichem
Weg. Das muss in der Grundschule bei der Motivierung
der Lehrerinnen und Lehrer mit einbezogen und natürlich

auch bei der Erstellung der Lehrpläne bedacht werden. Wir müssen Eltern sensibilisieren und befähigen, wir müssen gesundheitliche Versorgungsstrukturen darauf orientieren, dass diesem Fakt der Gesundheitserziehung der Kinder mehr Augenmerk gewidmet werden muss.

Gerade an dieser Stelle macht es sich dann aber auch notwendig, das gesellschaftliche und politische Umfeld nicht zu vergessen. Hier haben wir aber momentan eindeutig die Tendenz zu erkennen, dass Reden und politisches Handeln weit auseinander klaffen. Um es deutlich zu sagen: Wer der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zustimmt, nimmt billigend in Kauf, dass die nun einsetzende Zunahme von Armut in der Gesellschaft Gift ist für gesundheitsfördernde Kindererziehung. Schon heute wachsen 2,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Deutschland in Armut auf.

(Torsten Koplin, PDS: Skandalös ist so was!)

Das ist praktisch, die Sozialministerin hatte es vorhin gesagt, jedes fünfte Kind, in Mecklenburg-Vorpommern knapp 20 Prozent.

Und wenn in der Gesundheitsreform der Bundesregierung präventives gesundheitsförderndes Verhalten postuliert wird, aber quasi die Schaltstelle der Information, der Arzt, oft auch der Kinderarzt, durch ein Eintrittsgeld – die Praxisgebühr – weniger aufgesucht wird, aufgesucht werden kann, weil die 10 Euro bei vielen schlicht nicht vorhanden sind, dann muss man eben feststellen, die Agenda 2010 der Bundesregierung verbaut Millionen Kindern die Chance auf ein wirklich gesundes Leben – vielleicht ungewollt, aber praktisch erlebbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Harry Glawe, CDU: Aber so kann man mit der SPD nicht umgehen!)

Das kann man sehr wohl. So viel Kritik sollte auch ein Koalitionspartner aushalten können.

(Harry Glawe, CDU: Noch Beifall klatschen! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat Mitte Februar festgestellt, dass Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien bei der Gesundheitsreform nicht genügend berücksichtigt werden.

(Torsten Renz, CDU: Und schuld ist die SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Das hat er doch eben gesagt.)

Da muss man reflektieren, dass eben nur bis zum zwölften Lebensjahr die rezeptfreien Arzneimittel durch die gesetzliche Krankenversicherung erstattet werden, und im Alter der 12- bis 18-Jährigen sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache.

(Harry Glawe, CDU: Ja, hören Sie mal zu! Jetzt machen wir Gesundheitsreform, jetzt wird es interessant!)

Harry, hör doch mal zu!

15 Prozent weniger Jugendliche in diesem Alterssegment haben seit Beginn dieses Jahres die Arztpraxen aufgesucht. Damit steigen automatisch die Quote fehlender Präventionsmaßnahmen sowie die Verschleppung von Krankheiten und es erfolgt eine Lockerung des Arzt-Patienten-Verhältnisses.

(Torsten Renz, CDU: Er greift die Bundesregierung an!)

Neben der Armut als Risikofaktor für Erkrankungen möchte ich noch einmal kurz auf die Kindergesundheit im Bereich der Migranten und Flüchtlinge eingehen. Wir sprachen vor wenigen Tagesordnungspunkten über Integration und auch in diesem Bereich müssen wir hierauf Bezug nehmen. Durch kriegsereignisse und andere Fluchtereignisse sind leider unmittelbare und langfristige somatische und psychische Auswirkungen bei den Kindern zu beobachten. Das heißt, wir müssen hier einen besonderen Aufwand betreiben, wollen wir nicht zusätzliches Konfliktpotential für die folgenden Jahre vorprogrammieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Umsetzung der Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche in unserem Land, mit der Aufnahme der Inhalte in die Gesundheitsberichterstattung des Landes schaffen wir heute die Ausgangsbedingungen für ein absolut notwendiges Umsteuern bei der Gesundheitspolitik des Landes für die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft. Wir tun dies unter denkbar ungünstigen Rahmenbedingungen, insbesondere was die kontraproduktive Bundespolitik angeht. Dass wir dennoch mit unseren Mitteln gegensteuern, das verdient Respekt und Anerkennung.

Ich möchte an der Stelle nur ganz kurz Bezug nehmen auf den Änderungsantrag der CDU. Generell bitte ich darum, dass der Antrag der CDU getrennt nach den drei Punkten abgestimmt wird, denn den Punkten 1 und 2 können wir ohne weiteres folgen.

(Harry Glawe, CDU: Unser Präsident schmunzelt da.)

Herr Renz hat ja eine sehr weite Einlaufschleife gefunden, um uns zu sagen, was er alles nicht so gut findet. Aber wenn man sich inhaltlich damit beschäftigt, noch Zuarbeiten macht, suggeriert man, dass man den Antrag will. Das finde ich gut. Bei Punkt 1 und 2 sind wir dafür, allerdings würden wir gerne die getrennte Abstimmung wollen, weil wir dem Punkt 3 nicht zustimmen können. Der Punkt 3 suggeriert nämlich, Herr Renz, es ist vielleicht versehentlich gewesen oder auch nicht, ...

(Torsten Renz, CDU: Die SPD signalisiert bestimmt noch irgendwas! Das war ein Aprilscherz! – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Ja, dann müssen wir uns noch einmal eine Auszeit nehmen und uns abstimmen. Das ist kein Problem, Herr Renz. Sehen Sie, das kann passieren.

Aber Sie suggerieren, dass Sie das auch in Zukunft streichen wollen, und damit sagen Sie dann letztendlich, dass bisher nichts passiert ist. Und diesen Eindruck wollen wir so nicht zulassen.

(Harry Glawe, CDU: Das können Sie natürlich so nicht stehen lassen, das ist klar! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Verbesserungswürdig ist vieles, Frau Fiedler,

(Torsten Renz, CDU: Dass es besser wird!)

deshalb beschäftigen wir uns auch mit den Inhalten und finden es auch gut, dass ein Antrag der Koalitionäre von der CDU noch einmal durch fachliche Zuarbeit aufgewertet wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und wir hoffen auf Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Walter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Renz, Ihr Beitrag war wenig zielführend,

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –
Harry Glawe, CDU: Ach nee?! –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Was?)

aber dennoch hilfreich, weil er mir die Gelegenheit gibt, noch einmal auf ein paar Dinge hinzuweisen, die wir im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes auf den Weg gebracht haben.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt fängt
der auch schon wieder an!)

Sie haben sich in dieser Diskussion immer sehr stark auf das Thema „Entwicklung der Elternbeiträge“ reduziert.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das stimmt nicht! Das stimmt nicht!)

Ich kann jetzt die Gelegenheit nutzen, auf das eine oder andere noch einmal hinzuweisen, was wir außerdem noch getan haben.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Schulz,
Sie müssen jetzt sagen, er soll noch zur
Gesundheitsreform sprechen! Das
haben Sie vorhin auch gefordert!)

Zuerst sprachen Sie die Frage an, warum ein Rahmenplan zuerst für die Kinder, die sich unmittelbar in dem Jahr vor der Einschulung befinden. Die Frage kann ich Ihnen relativ einfach beantworten.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir die Situation, dass rund 25 Prozent der Kinder, die in die Schule kommen, Beschulungsschwierigkeiten haben.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Darauf haben wir reagiert, Herr Renz. Wir hätten das gerne mit Ihnen zusammen getan, mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung. Die haben Sie uns an dem Punkt leider verwehrt, ohne das in irgendeiner Form vernünftig erklären zu können.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Noch einmal: 25 Prozent der Kinder im Einschulungsalter haben Schwierigkeiten bei der Einschulung. Wir haben darauf reagiert.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Wir haben diesen Rahmenplan, dieses Curriculum erarbeitet und hoffen, dass wir damit eine Verbesserung schaffen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die zweite Frage, die Sie stellen, ist die Frage: Warum nicht alles auf einmal? Denn an dieser Stelle muss man

berechtigterweise darauf hinweisen, dass wir auch für die davor gelagerten Jahrgänge die Erarbeitung von Rahmenplänen in das Gesetz geschrieben haben. Das heißt, wir werden stufenweise auch für die jüngeren Jahrgänge Rahmenpläne erarbeiten. Und die Frage, warum nicht alles auf einmal, beantwortet sich ganz einfach: Das kostet so viel Geld, das können wir uns nicht leisten. Aber schrittweise werden wir das umsetzen.

(Torsten Renz, CDU: Ist es nicht eine gewisse Logik, dass man unten anfängt und nicht oben?)

Der dritte Punkt, Herr Renz, das Thema Gesundheit. Wenn Sie sich das KiföG noch einmal unter diesem Aspekt ansehen, haben wir eine Menge gemacht. Wir haben nämlich hineingeschrieben, das es unser erklärtes Ziel ist, im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes eine Defiziterkennung bei Kindern durchzuführen, und zwar bei Kindern, die an den Früherkennungsuntersuchungen nicht teilgenommen haben. Da geht es darum, dass rechtzeitig Defizite erkannt und behandelt werden, um das Thema Gesundheit schon bei kleinen Kindern aufzugreifen und auf den richtigen Weg zu bringen.

Herr Renz, abschließend möchte ich Ihnen noch einmal empfehlen: Gucken Sie sich den Gesetzentwurf noch einmal an!

(Torsten Koplin, PDS: Das Gesetz! Das Gesetz!)

Vielleicht fahren wir beide ja gemeinsam demnächst ins Land

(Torsten Koplin, PDS: Das Gesetz!)

und werden dafür Werbung machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und
Rudolf Borchert, SPD – Harry Glawe, CDU:
Wer hat denn das aufgeschrieben?! –
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie sind feige!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Es hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Dr. Nieszery für die Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider habe ich das Gefühl, dass dieses wichtige Thema in einigen Bereichen nicht mit dem notwendigen Ernst behandelt wurde

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das stimmt nicht!)

und man vielleicht auch das Thema benutzt hat, um andere Kriegsschauplätze zu bedienen. Entschuldigung für das Wort.

(Torsten Koplin, PDS: Schauplätze! Nur Schauplätze! – Gabriele Schulz, PDS: Schauplätze! –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich möchte jetzt auch keine weiteren fachlichen Ausführungen machen.

Ich denke, die CDU hat einen guten Änderungsantrag gestellt. Wenn ihr damit einverstanden seid, dass wir ihn einzeln abstimmen, nehmen wir ihn in den wesentlichen Punkten mit auf.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und dann würde ich darum bitten, dass wir heute einmal einen richtig guten Antrag gemeinsam verabschieden. – Vielen Dank.

(Harry Glawe, CDU: Dann stimmen wir doch mal ab jetzt! – Gabriele Schulz, PDS: Das haben Sie gut gemacht.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich hiermit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1147. Gemäß Paragraph 90 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist Einzelabstimmung der Punkte beantragt. Da kein Widerspruch zu vernehmen ist, verfahren wir so.

Wir kommen also zur Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1147 Punkt 1. Wer diesem Punkt 1 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Punkt 1 dieses Änderungsantrages einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 2 des vorliegenden Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1147. Wer diesem Punkt 2 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch der Punkt 2 einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1147. Wer diesem Punkt 3 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 3 des Änderungsantrages der CDU auf Drucksache 4/1147 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den soeben geänderten Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1113. Wer diesem jetzt geänderten Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Erschließung der Potentiale der Photovoltaik in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1115(neu).

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Erschließung der Potentiale der
Photovoltaik in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/1115(neu) –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jarchow von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der globale Klimawandel ist die größte umweltpolitische Herausforderung unseres Jahrhunderts. Deutschland sieht sich gemeinsam mit der EU in einer Vorreiterrolle bei der Bewältigung des Klimapro-

blems. Zur Senkung der Treibhausgasemission spielt der Ausbau der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Die Bundesregierung will den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch 2010 auf 12,5 Prozent und bis 2020 auf 20 Prozent erhöhen.

Mecklenburg-Vorpommern muss sich im bundesdeutschen Vergleich der Anteile der erneuerbaren Energien an der Nettostromerzeugung nicht verstecken. Im Jahr 2002 wurden bereits 23,7 Prozent des in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten Stromes aus erneuerbaren Energien gewonnen. Die Landesregierung will diesen Anteil kontinuierlich erhöhen. Erklärtes Ziel der Koalition ist es, Forschung und Entwicklung sowie die Umsetzung von erneuerbaren Energietechniken zu unterstützen. Schaut man sich jedoch die Anteile der erneuerbaren Energieträger an der Stromerzeugung in unserem Land an, muss man feststellen, dass gerade die Photovoltaik noch ein Mauerblümchendasein fristet.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist wahr, ja.)

Im Jahr 2001 sah es folgendermaßen aus: Feste Biomasse 21 Megawatt, gasförmige Bioenergien 14,8 Megawatt, Windenergie 664 Megawatt, Wasserkraft 2,6 Megawatt und Photovoltaik nur 1,8 Megawatt.

Meine Damen und Herren, die Zukunft der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien liegt im Energiemix. Hier wird deutlich, dass in Zukunft neben Windenergie die Potentiale der anderen erneuerbaren Energieträger noch wesentlich stärker genutzt werden müssen. Die Photovoltaik hat da schon wegen ihrer Ressourcen auf Dauer die größten Wachstumschancen, Chancen sowohl im Hinblick auf die Verbesserung der Klimasituation als auch im Hinblick auf die Entwicklung der Photovoltaikbranche mit neu entstehenden Arbeitsplätzen in unserem Land. Ich denke, Mecklenburg-Vorpommern muss hier ebenfalls den Anschluss halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Umweltminister des Landes Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute hier im Parlament über eine Technologie, die von vielen immer noch als unbedeutende und sich nicht rechnende Spielwiese für Enthusiasten, für Idealisten und manchmal auch Ideologen betrachtet wird – die Photovoltaik. Dass diese Einschätzung verfehlt ist, beweisen die internationalen Wachstumsmärkte, der Ausbau der Produktionskapazitäten in Japan, den USA und auch in Deutschland. Im vergangenen Jahrzehnt ist der Markt für Photovoltaik jährlich um circa 30 Prozent gewachsen. Es wird prognostiziert, dass der weltweite Jahresumsatz in circa 20 Jahren über 100 Milliarden Euro erreichen wird. Forschung und technologische Entwicklung in diesem Bereich werden vor allem im Ausland weiter forciert.

Ich hoffe, wir verlieren in Mecklenburg-Vorpommern nicht den Anschluss, indem wir einer zukunftsweisenden Technologie die notwendige Unterstützung versagen. Deswegen bin ich sehr dankbar für den Antrag, der dem Landtag zur Diskussion vorgelegt wurde. Mit dem Klimaschutzkonzept von 1997 haben wir im Land eine gute Grundlage für die Nutzung regenerativer Energien geschaffen. Dieses Konzept wird jetzt zu einem „Aktionsplan Klimaschutz“ fortgeschrieben. Das Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern hat sich bereits vor Abschluss der Baumaßnahmen zu einer internationalen Kontaktadresse entwickelt und gemeinsam mit der Hochschule Wismar sowie weiteren Partnern aus Bildung und Forschung wird an einem Netzwerk für Klimaschutz und erneuerbare Energien gearbeitet. Ziel ist es, den Standort Mecklenburg-Vorpommern für Investitionen und für Innovation im Bereich der regenerativen Energien noch attraktiver zu machen.

Gestatten Sie einige Ausführungen zum derzeitigen Stand der Nutzung der Photovoltaik.

Seit In-Kraft-Treten des EEG gibt es auch in unserem Land erhebliche Steigerungsraten. Die Netzeinspeisung aus Photovoltaikanlagen ist im Vergleich des Jahres 2002 zum Jahr 2000 um den Faktor 17 gestiegen. Mit circa 2.000 Megawattstunden war der Beitrag zwar immer noch bescheiden, die zunehmende Akzeptanz für den Einsatz dieser Systeme ist aber eindeutig erkennbar. Darauf aufbauend sollten wir aber auch den verschiedenen Möglichkeiten zur Anwendung dieser Technologie verstärkte Aufmerksamkeit widmen und eine aktive Unterstützung ermöglichen, denn im bundesdeutschen Vergleich liegt Mecklenburg-Vorpommern im hinteren Drittel. So betrug die installierte PV-Leistung im Jahr 2001 in Bayern 56,4 Megawatt – das ist die Spitzenleistung bei höchster Sonneneinstrahlung –, in Brandenburg 4,6 Megawatt und in Mecklenburg-Vorpommern 1,5 Megawatt. Die installierte Leistung pro Einwohner betrug in Bayern 2,4 Watt, in Brandenburg 0,9 Watt und in Mecklenburg-Vorpommern 0,45 Watt. Man kann davon ausgehen, dass sich diese Entwicklung in den letzten beiden Jahren in etwa in diesem Abstand fortgesetzt hat. Konkrete Zahlen liegen mir im Moment aus dem Statistischen Landesamt nicht vor.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Natürlich sind die hohen Werte in den alten Bundesländern auf eine längere Entwicklungsphase zurückzuführen und natürlich spiegelt sich hier auch die allgemeine Kapitalausstattung wider. Auch das im vorigen Jahr beendete 100.000-Dächer-Solarstromprogramm der Bundesregierung wurde vorrangig in diesen Ländern genutzt. Der Abstand zu Brandenburg lässt sich allerdings damit nicht begründen.

Es muss auch selbstkritisch angemerkt werden, dass die möglichen Synergien für eine Kostenreduktion solar-energetischer Komponenten in den letzten Jahren zu wenig genutzt worden sind. Während in Bayern aus diesen Programmen 297,2 Millionen Euro, in Brandenburg noch 21,1 Millionen Euro eingesetzt wurden, waren es in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 3,7 Millionen Euro.

Im Auftrag des Umweltministeriums wurde im vergangenen Jahr durch die Schornsteinfegerinnung eine Bestandsaufnahme zum Einsatz von Photovoltaikanlagen in Ein- und Mehrfamilienhäusern durchgeführt. Es wurden

dabei 78 Anlagen mit einer installierten Leistung von circa 662 Kilowatt ermittelt. Davon wurden allein in den Jahren 2001 bis 2003 36 Vorhaben im öffentlichen Bereich mit einer installierten Gesamtleistung von 588 Kilowatt gefördert.

Ich werde mich als Umweltminister bei geeigneten Projekten der öffentlichen Träger, der Kommunen, Kirchengemeinden und Verbände sowie der Wohnungsunternehmen auch weiterhin dafür einsetzen, dass Fördermittel bereitgestellt werden. Zielsetzung sind hierbei nicht nur die weitere notwendige Reduktion von Treibhausgasen und die Förderung dieser Technologie, sondern es geht weiterhin um andere Dinge:

1. die öffentlichkeitswirksame Vermittlung von Möglichkeiten zur Verminderung der CO₂-Emissionen und des Innovationspotentials dieser Technologie
2. deren Möglichkeiten für eine multifunktionelle Anwendung sowie die bautechnische und architektonische Integration derartiger Systeme
3. um die Möglichkeit zur Umsetzung langfristig betriebswirtschaftlich sinnvoller Maßnahmen durch die Erträge aus der Einspeisevergütung

Deshalb hat das Umweltministerium eine Reihe von Programmen entwickelt und Projekte gefördert wie die Bestandsaufnahme von Photovoltaikanlagen durch die Schornsteinfegerinnung, die gemeinsam mit den Zoos und tiergärtnerischen Einrichtungen gestartete Initiative „Zoo – lar“ und die Machbarkeitsstudie für den Einsatz von Photovoltaikanlagen in der Landwirtschaft. Ich könnte noch manch andere Projekte benennen, will es aber an dieser Stelle nicht tun. Auf jeden Fall gehört dazu auch das Wasserstoffprojekt in Barth, was sich großer Anerkennung erfreut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich als Instrument zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sehr gut bewährt. Die Umlagevergütung über die Endverbraucher ist keine Förderung der öffentlichen Hand, sondern eine von der Gesellschaft mitfinanzierte notwendige Umgestaltung des Energiesystems. Solange die fossilen Energieträger nicht mit den externen Kosten belastet werden, solange ist es auch legitim, den erneuerbaren Energien den Marktzugang durch verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass aus der Umlage zur Finanzierung erneuerbarer Energien so viel wie möglich in unser Land zurückfließt, und dieses gelingt nur mit einem weiteren Zubau von Anlagen.

Mit der Vergütung nach dem EEG allein wird es allerdings nicht gelingen, die erforderlichen Zuwächse zu ermöglichen und die mit entsprechenden Investitionen verbundenen Chancen für die Wirtschaft, für Beschäftigung, für Innovation und Klimaschutz umfassend zu nutzen. Im „Landesatlas erneuerbare Energien“ wird festgestellt, dass Mecklenburg-Vorpommern über ein großes Flächenangebot zur photovoltaischen Stromerzeugung verfügt. Auf insgesamt 23 Millionen Quadratmetern Dachflächen, Fassaden und Freiflächen, einschließlich ausgewählter Deponieflächen, können Photovoltaikanlagen mit 1,8 bis 3,2 Gigawatt elektrischer Leistung installiert werden. Sie wären in der Lage, 1.350 bis 2.360 Gigawattstunden Strom pro Jahr zu erzeugen. Das entspricht etwa 21 bis 37 Prozent des gegenwärtigen Stromverbrauchs in

Mecklenburg-Vorpommern, wie gesagt, wenn wir alle Möglichkeiten nutzen könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nicht darauf warten, bis sich diese Technologie auch ohne öffentliche Förderung am Markt etablieren kann. Wir sollten vielmehr alles daransetzen, auch in diesem Bereich konkurrenzfähig zu werden, um den Standort Mecklenburg-Vorpommern für die Produktion von Anlagen, für Innovation und technologischen Fortschritt interessant zu machen. Unser eigener notwendiger Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen kann somit auch zu wirtschaftlicher Entwicklung beitragen. Soweit mir bekannt ist, gibt es bereits Investitionsabsichten für größere bodenaufgeständerte Photovoltaikanlagen im Megawattbereich. Diese würden keine zusätzliche Förderung benötigen, unter anderem am Standort Lubmin.

Es wäre falsch, diese Vorhaben von vornherein mit einem Negativimage zu versehen. Wir verfügen über ausreichend Flächen, die für derartige Großvorhaben geeignet sind. Wenn brachliegende Gewerbeflächen, die mit hohem finanziellen Aufwand erschlossen wurden, als Energiestandorte genutzt werden können, sind die Aufwendungen nicht umsonst gewesen. Wir haben Liegenschaften, die auch künftig kaum einer Nutzung zugeführt werden können. Warum sollte man nicht in solche Gebiete aktiv für eine solartechnische Nutzung investieren? Ebenso stehen dafür devastierte Flächen, Deponien und Verkehrsflächen zur Verfügung. Sollten nicht auch Potentiale im Bereich der Bundes- und Landesliegenschaften erschlossen werden?

(Peter Ritter, PDS: Der Flugplätze.)

Ist es nicht sinnvoll, gezielt unproblematische Flächen für die Solarstromerzeugung anzubieten und entsprechende Investitionsanreize zu schaffen? Mit der Novelle des EEG werden die Landesregierungen nicht mehr wie bisher von dem Bezug der Einspeisevergütung ausgeschlossen. Sind nicht gegebenenfalls auch Möglichkeiten der Beteiligung des Landes selbst an entsprechenden Investitionen zu erwägen oder zumindest zu prüfen, ob nicht eine Flächenverpachtung mit entsprechenden Einnahmen in Frage käme? Wenn es für private Investoren lukrativ erscheint, in bodengeständerte Großanlagen zu investieren, und zwar ohne zusätzliche Fördermittel, könnte dies doch ein möglicher Weg für kommunale beziehungsweise landeseigene Betriebe sein. Statt die Flächen billig zu verkaufen, ließen sich auf diesen Flächen vielleicht sogar Renditen erwirtschaften.

Aber es gibt auch noch andere Instrumente, die wir nutzen können. Im Bereich der Landwirtschaft gibt es das Agrarförderinvestitionsprogramm, mit dem unter anderem auch die Förderung von Investitionen in umweltverträgliche Energieerzeugungsanlagen möglich ist. In vielen Bundesländern wurde dieses Programm für den Einsatz von Photovoltaikanlagen bereits so stark in Anspruch genommen, dass die dafür verfügbaren Mittel innerhalb kürzester Zeit ausgeschöpft waren.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde davon bisher kaum Gebrauch gemacht. In Abstimmung mit dem Landwirtschaftsressort wurde daher eine Studie erstellt, welche die Grundlagen „Photovoltaik für den Landwirt“ ermittelt. Ich hoffe, dass es mit dieser Hilfestellung gelingt, die Solarstromerzeugung auch in diesem Bereich voranzubringen. Darüber hinaus sollte es unser Anliegen sein, den Einsatz von Photovoltaikmodulen überall dort zu beför-

dern oder vielleicht sogar zu fordern, wo sich durch baulintegrierte Maßnahmen der Einsatz kostengünstig realisieren lässt. Synergien lassen sich in fast allen Bereichen erzielen, ob das im Rahmen der betrieblichen Rationalisierung ist, wofür beispielsweise GA-Mittel ausgereicht werden können, oder im Bereich des Baus von Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie des Wohnungsbaus einschließlich der Rückbauprogramme und der Dorferneuerung.

Die Mittelkürzungen in vielen Programmbereichen sollten nicht zum Anlass genommen werden, um sinnvolle und notwendige Investitionen in Anlagensysteme, die auch der betriebswirtschaftlichen Stabilisierung dienen können, zu verhindern. Nur durch die Nutzung der vorhandenen verschiedenen Förderinstrumente für einen Einsatz dieser Technologie kann es uns gelingen, die Errichtung von Photovoltaikanlagen voranzubringen und die Finanzierung aus dem EEG sogar für eine wirtschaftliche Stabilisierung zu nutzen.

„MV tut gut.“ – dies ist auch über die Darstellung als Land mit einer innovativen und umweltverträglichen Energiegewinnung zu vermitteln, als ein Land mit einer hohen Kreativität bei der Nutzung der verschiedenen Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen und nicht nur als ein Land der Windmühlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Siegfried Frieze, SPD: Aber Sie
haben nichts gegen Windmühlen?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kokert aus der Fraktion der CDU.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag fordern Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, die Landesregierung auf, die Chancen für den weiteren Ausbau der photovoltaischen Stromerzeugung, die durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eröffnet werden, in Mecklenburg-Vorpommern zu prüfen.

Es ist schon etwas irritierend, dass Sie die Landesregierung auffordern müssen, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Die CDU-geführte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hatte bereits im April 1997 ein Klimaschutzkonzept mit 36 Maßnahmen zur Verringerung der klimarelevanten Emissionen und Energieeinsparung beschlossen. Die Umsetzung dieses Klimaschutzkonzeptes basierte im Wesentlichen auf der Ausschöpfung der im Land vorhandenen Potentiale erneuerbarer Energieträger. Die Erfolge bei der Umsetzung dieses Konzeptes wurden in der vergangenen Legislaturperiode sogar seitens des Umweltministers herausgestellt.

Lassen Sie mich noch eines klar sagen: Das Stromeinspeisegesetz, welches erst die rasante Entwicklung der erneuerbaren Energieträger ermöglichte, wurde ebenfalls von einer CDU-geführten Bundesregierung verabschiedet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht Reden und Prüfen bringt unser Land voran, sondern einzig und allein Handeln. Das in Kraft befindliche Erneuerbare-Energien-Gesetz ist bis zum 31. Dezember 2007 befristet. Derzeit wird der Strom aus Photovoltaikanlagen mit einer Ein-

speisevergütung von 46 Cent pro Kilowattstunde vergütet. Schon heute wird der Strom aus Photovoltaikanlagen von allen erneuerbaren Energieträgern am höchsten gefördert. Da das EEG bis spätestens Ende 2007 ausläuft, muss dann eine Anschlussregelung verabschiedet werden. Diese Neuregelung muss mit anderen Klimaschutzpolitischen Instrumenten, wie dem Emissionshandel und der Ökosteuer, abgestimmt werden.

Insbesondere muss dabei berücksichtigt werden, dass die Ziele des Klimaschutzes mit geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Belastungen umgesetzt werden, denn wie bisher, das machte gerade der Streit zwischen Bundeswirtschaftsminister und Bundesumweltminister Trittin deutlich, kann es nicht weitergehen. So hat sich die bisherige rot-grüne Energiepolitik über die Höhe der Strompreise und deren Bedeutung für die Wirtschaft für Deutschland immer mehr zu einem Standortnachteil entwickelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahr 1998 betrug die staatlich verursachten Belastungen auf den Strompreis noch rund 2,2 Milliarden Euro. Im letzten Jahr sind diese bereits auf das Fünffache, nämlich 12,6 Milliarden Euro angestiegen. Die wesentlichen Kosten wurden hierbei mit 7,6 Milliarden Euro durch die Ökosteuer auf den Strom mit 2 Milliarden Euro durch die Einspeisevergütung nach dem EEG verursacht. Die Kosten werden direkt an die Stromverbraucher weitergereicht, so dass der staatliche Anteil am Strompreis mittlerweile über 40 Prozent beträgt.

Ich will auch herausstellen, dass in den letzten Jahren im Bereich der erneuerbaren Energien große technische Fortschritte und Effizienzsteigerungen erzielt werden konnten. Trotzdem gilt es weiterhin, auch künftig erhebliche Kostensenkungspotentiale zu realisieren. Die derzeitige Förderung der erneuerbaren Energien ist lediglich pauschal an die Menge des erzeugten Stroms gebunden. Künftig sollten mehr marktwirtschaftliche Kriterien zur Bemessung des Fördervolumens, wie zum Beispiel die Entwicklung der abzugeltenden externen Kosten oder die Effizienz der Energieproduktion, stärker berücksichtigt werden. Hier müssen die entsprechenden Maßnahmen bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ergriffen werden. Und auch hier muss sich die Landesregierung rechtzeitig einbringen, um die Potentiale der gesamten erneuerbaren Energieträger besser nutzen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, klar herausstellen möchte ich, dass sich die CDU-Fraktion zu einem ausgewogenen nachhaltigen Energiemix aller Energieträger bekennt. Die Betonung liegt hier auf „ausgewogen“.

(Peter Ritter, PDS: Die Einstellung aller?)

Herr Ritter, Sie erstaunen mich immer wieder. Sie entwickeln sich vom Friedensengel zum Umweltengel.

(Peter Ritter, PDS: Sie wissen vielleicht nicht, dass ich mal Vorsitzender des Umweltausschusses war.)

Vielleicht hören Sie mir einfach zu.

(Peter Ritter, PDS: Von 1994 bis 1998 war ich Vorsitzender des Umweltausschusses.)

Sie werden überrascht sein, zu welchem Ergebnis ich komme, Herr Ritter. Sie werden überrascht sein.

Dazu gehören auch die erneuerbaren Energieträger, die im Hinblick auf die Technologieentwicklung, die Ressour-

censchonung und den Klimaschutz einen wichtigen Beitrag leisten. Vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens unabdingbar, die Potentiale der photovoltaischen Stromerzeugung auch in unserem Land zu prüfen. Gleichzeitig sollte man auch überprüfen, ob wir mit der Nutzung der Windenergie nicht langsam an den Grenzen angelangt sind.

Unverständlich ist für mich, warum es hier einer Aufforderung des Landtages an die Landesregierung bedarf. Nichtsdestotrotz wird meine Fraktion, weil sie der Wichtigkeit der photovoltaischen Energieerzeugung eine große Bedeutung zumisst, diesem Antrag zustimmen. Offensichtlich sind die Koalitionsfraktionen der Auffassung, dass ihre Landesregierung einer Aufforderung bedarf.

(Reinhard Dankert, SPD:

Machen Sie da nicht mit?)

Aber wenn es denn so sein soll, werden wir diese Aufforderung gern mit unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Peter Ritter, PDS: Das freut uns.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bekanntheitsgrad von Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland und in der Welt basiert vor allem auf unserer wunderschönen teilweise unberührten Natur, den vielen Seen, den langen Ostseestränden mit dem feinen Sand

(Karsten Neumann, PDS:

Und die rot-rote Regierung.)

und dem milden sonnenreichen Klima.

Diese Fakten und die Gastfreundschaft der Mecklenburger und Vorpommern führen dazu, dass der Tourismus als Wirtschaftsfaktor die positiven Schlagzeilen füllt. Es hat sich herumgesprochen, dass Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit zu den Spitzenreitern gehört, wenn es um die Dauer der täglichen Sonneneinstrahlung geht.

Ein weiterer Wirtschaftsfaktor macht aber weniger spektakuläre Schlagzeilen, obwohl auch hier Mecklenburg-Vorpommern führend in Deutschland ist, der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in unserem Land. Die Zuwachsraten sind das praktische Ergebnis rot-roter Energie- und Klimaschutzpolitik, wie sie in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –

Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Dass die liebe Sonne lacht, das hat die PDS gemacht.)

Modernes und nachhaltiges Leben und Wirtschaften hängen nicht zuletzt von der Bereitstellung von klimaschonender Energie ab. Die PDS setzt hier auf einen gesunden Energiemix aus erneuerbaren Energien und konventionellen Formen der Energieerzeugung, die effektiver und umweltschonender weiterentwickelt werden müssten.

Langfristig soll der Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch auf 50 Prozent gesteigert werden. Für mich ist das ein durchaus realistisches Ziel, denn an Voraussetzungen mangelt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wir haben Sonne und Wind, nachwachsende Rohstoffe und wir haben schon eine Menge auf diesem Gebiet getan.

(Peter Ritter, PDS: Nur die CDU.)

Da es im Antrag der Koalitionsfraktionen um die Erschließung der Potentiale der Photovoltaik geht, möchte ich auch gern noch ein paar positive Beispiele aufzählen. Das Umweltministerium förderte beispielsweise Projekte wie „Sonne an die Schule“ und „300 Kirchgemeinden für Sonnenenergie“.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Allein ab dem Jahr 2000 bis 2003 wurden 25 kirchliche Einrichtungen mit 26 Photovoltaikanlagen ausgestattet. Zu nennen sind hier unter anderem die Kirchen in Hagenow, in Rostock, in Slate, Altbuckow, Schwerin, Greifswald, in Mirow und auch in Parchim. Die Fördersumme durch das Land betrug bei einer Gesamtinvestition von circa 1,668 Millionen Euro genau 850.000 Euro. Das Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern in Vietow erhielt ebenso investive Mittel und die Handwerkskammern und die Innung konnten Mittel für Weiterbildung auf dem Gebiet der Solartechnik abfordern.

(Heiterkeit bei Karsten Neumann, PDS:
Und die Autobahn.)

Viele Schulen des Landes beteiligten sich an dem Projekt „Sonne an die Schule“ und verbinden somit Klimaschutz zum Anfassen mit Umwelt, Bildung und konkreter Umwelterfahrung. Einzelbeispiele für die Nutzung von Photovoltaikanlagen an öffentlichen Einrichtungen sind der Natur- und Umweltpark Güstrow, das LUNG in Güstrow, das Städtische Wasserwerk in Schwerin und auch das Nautineum.

Ein Highlight und ein Glücksfall zugleich für unser Land ist das Solarzentrum in Vietow. Hier werden vorbildlich die Potentiale der Sonnenenergienutzung aufgezeigt. Hier wird geforscht und hier werden die Ergebnisse dieser Forschung in die Praxis umgesetzt. Die große nationale und auch internationale Ausstrahlung dieses Zentrums zeigte sich nicht zuletzt am 18. März dieses Jahres beim Treffen der Europäischen 100-Prozent-Region. Sie stellten hier ihre Projekte aus den Bereichen Solar- und erneuerbare Energien vor. Mit dem Solarzentrum in Vietow kann sich Mecklenburg-Vorpommern als ein internationaler Kompetenzstandort für erneuerbare Energien präsentieren.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

Deshalb wird es auch im Mai ein Anlaufpunkt für die Klimastaffel sein. Das Solarzentrum wird unter anderem durch das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium und den Zukunftsfonds des Landes gefördert.

Und dennoch sind nicht längst alle Potentiale der Sonne im Lande ausgeschöpft.

Um zu einem entscheidenden Durchbruch bei der Nutzung von Photovoltaiksystemen im Gebäudebereich zu kommen, muss vor allem den im Land tätigen Unternehmen eine Förderung im Rahmen der bereits bestehenden Förderprogramme ermöglicht werden. Die Förderung des Einsatzes regenerativer Energien kann nicht nur Sache des Umweltministeriums sein. Diese Forderung ist in Wirklichkeit eine reine Wirtschaftsförderung, und zwar eine originäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Hier ist ein offensives und ressortübergreifendes Agieren der Landesregierung notwendig. Dann könnten auch die Synergieeffekte erreicht werden, die es bisher noch nicht gibt, wie der Umweltminister ausführte. Allein die Vergütung des Solarstroms nach dem EEG wird uns nicht weiterbringen, weder auf wirtschaftlichem Gebiet noch ist damit eine nachhaltige Substitution endlicher Ressourcen möglich. Nach Meinung der PDS ist das nur mit einer Förderung im investiven Bereich möglich.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wir sehen hier beispielsweise Möglichkeiten im Rahmen der GA-Förderung. So könnte ein Unternehmen im Rahmen der betrieblichen Rationalisierung, welches die Energie in Höhe der Eigenbedarfsdeckung erzeugt, auch Photovoltaikanlagen gefördert bekommen, selbst wenn es überschüssige Energie in das Netz einspeist. Das gilt im Übrigen auch für die von Reformen gebeutelten landwirtschaftlichen Betriebe. Und nach Meinung der PDS sollten ähnliche Ansätze auch in anderen Förderprogrammen gelten. Eine reine Betrachtung nach den Investitionskosten, die ja die größte Hürde beim Einsatz von Photovoltaikanlagen darstellen, ist nicht nachvollziehbar, denn gerade der Einsatz von Solartechnik könnte dauerhaft zu einer Minderung der Betriebskosten führen und damit zur Stabilisierung wirtschaftlicher Unternehmen beitragen. Privatpersonen können das Marktanreizprogramm der Bundesregierung in Anspruch nehmen. Eine Förderung durch das Land ist bisher nicht möglich. Aber auch hier, denke ich, sind Potentiale, die wir auf Dauer nicht verschenken sollten.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Trotz aller Erfolge und Möglichkeiten, die wir in Mecklenburg-Vorpommern schon erreicht haben, ist es notwendig, dass das Land auf dem Gebiet der Photovoltaik noch aktiver wird. Ein erster Schritt wäre, wie in unserem Antrag gefordert, die Prüfung der Möglichkeiten für den weiteren Ausbau der Photovoltaik durch die Landesregierung, die sich aus dem EEG ergeben.

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

Aber hier sollten wir keineswegs stehen bleiben, sondern ebenfalls überprüfen, wie wir Forschung, Entwicklung und Anwendung besser als bisher fördern könnten.

(Beifall Karsten Neumann, PDS:
Dienstwagen der Landesregierung!)

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jarchow von der Fraktion der SPD.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern und Photovoltaik, da winken schon viele spontan ab. Wenn ich mich jetzt so umdrehe, unser Wirtschaftsminister ist zwar nicht hier,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der kommt aber noch mal. – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Peter Ritter, PDS)

aber da kann ich mir das auch gut vorstellen. Es ist ein weit verbreitetes Vorurteil, dass in unserem Land nicht genug Sonne scheint, um Solarenergie nennenswert nutzen zu können. Und wenn Sie sich daran erinnern können, gestern wurde es in der Debatte zur Eisenbahnanbindung Usedom noch einmal gesagt,

(Renate Holznagel, CDU: Eisenbahn. –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

dass Usedom die sonnenscheinreichste Insel Deutschlands ist. So wurde es gesagt.

(Birgit Schwebs, PDS: Genau. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Im Landesatlas Erneuerbare Energien M-V 2002 kann man es nachlesen,

(Vincent Kokert, CDU: Bauen
Sie lieber die Windräder ab!)

mit einer im langjährigen Jahresmittel festgestellten Solarstrahlung von 950 bis 1.050 Kilowattstunden pro Quadratmeter bietet Mecklenburg-Vorpommern im bundesdeutschen Vergleich hervorragende Bedingungen für die Nutzung der Solarenergie. Hinzu kommt, dass Solarzellen nicht nur bei wolkenlosem blauen Himmel funktionieren, sondern auch bei bedecktem Himmel ist das Licht zur Energieerzeugung ausreichend.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Neben den klimatischen Voraussetzungen verfügt Mecklenburg-Vorpommern auch über ein großes Flächenangebot zur photovoltaischen Stromerzeugung. Insbesondere stehen für die kommerzielle Nutzung, der Minister hat es auch schon angedeutet, Deponieflächen, Industriebrachen und alte Militärfelder zur Verfügung. Auf solchen Flächen minimieren sich negative Faktoren großer Anlagen wie Kulturlächenverbrauch, Landschaftsveränderung und auch der Tourismus wird dabei nicht tangiert. Ich sage Ihnen Folgendes: Mecklenburg-Vorpommern und Photovoltaik, die Voraussetzungen sind da!

Meine Damen und Herren, in Deutschland tut sich was in Sachen Photovoltaik. Die Photovoltaikbranche rechnet weiter mit einer rasanten Entwicklung. Allein in diesem Jahr soll der Markt Prognosen zufolge um etwa 50 Prozent wachsen. Bis 2006 ist mit weiteren 15.000 hoch qualifizierten Arbeitsplätzen zu rechnen.

Der Bundesverband Solarindustrie stellte am 15. März 2004 fest: „Nachfrage nach Solarstromanlagen sprunghaft gestiegen“. Der „Spiegel“ berichtet, in Sachsen und Sachsen-Anhalt will man Megawattsolarparks bauen. Hintergrund dafür sind die im neuen EEG vorgesehenen Einspeisevergütungen für Solarstrom. Erzeuger von Solarstrom erhalten danach 45,7 Cent pro Kilowattstunde als Grundvergütung. Das gilt auch für Freiflächenanlagen, soweit sich diese im Bereich eines Bebauungsplanes befinden. Für Solaranlagen auf Gebäuden erhöht sich die Vergütung um weitere 11,7 Cent pro Kilowattstunde bis 30-Kilowatt-Anlagen, für den darüber hinaus gehenden Anteil bis 100-Kilowatt-Anlagen um 8,9 Cent pro Kilowattstunde und für den über 100 Kilowattstunden steigenden Anteil um 8,3 Cent pro Kilowattstunde. Zusätzlich gibt es einen Bonus von 5 Cent pro Kilowattstunde bei fassadengebundenen Anlagen.

Diese Einspeiseregelung gilt schon seit dem 1. Januar 2004. Ermöglicht hat dies das so genannte Photovoltaik-Vorschaltgesetz, das im Übrigen auch von der CDU/CSU unterstützt wurde. Die Vergütung soll übrigens 20 Jahre lang gezahlt werden, Herr Kokert. Damit wird die Lücke von dem 2003 auslaufenden 100.000-Dächer-Programm bis zum neuen EEG geschlossen. Solarstromanlagen lassen sich damit allein durch die Einspeisevergütung rechnen, ohne einen Euro Landeszuschüsse.

Darüber hinaus gelten für das Marktanreizprogramm des Bundesumweltministeriums ab 2004 neue Förderrichtlinien und der Kreis der Antragsberechtigten hat sich erweitert. Im Rahmen dieses Programms fördert der Bund den stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien durch Zuschüsse oder auch durch Teilzuschüsse, mit dem zinsgünstigen Darlehen der KfW teilweise vorzeitig getilgt werden.

Neben privaten Nutzern können auch Kommunen, kommunale Einrichtungen und Kirchen Anträge im Rahmen des Marktanreizprogramms stellen. Mit Zuschüssen wird die Errichtung von Photovoltaikanlagen für Schulen und Universitäten gefördert. 2004 stehen für das Marktanreizprogramm 200.000 Millionen Euro zur Verfügung. Der Ausbau der Photovoltaik wird außerdem durch die Förderung der Erforschung von neuen Technologien für die Photovoltaik unterstützt. Das Bundesumweltministerium hat dafür 2003 27 Millionen Euro eingesetzt. Und diese Förderung, meine Damen und Herren, soll auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Wir meinen, dass Gründe, Voraussetzungen und Anreize für eine stärkere Nutzung der Photovoltaik in Mecklenburg-Vorpommern gegeben sind. Also nutzen wir sie! Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jarchow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und PDS auf Drucksache 4/1115(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1115(neu) angenommen.

Bevor ich den letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung aufrufe, noch einmal ein Hinweis aus aktuellem Anlass: Es liegen im Präsidialbüro nur noch wenige Exemplare des Luftverbessers für die betroffenen Bereiche aus. Ich bitte die anspruchsberechtigten Abgeordneten, sich damit noch zu versorgen, und weise darauf hin, dass die Mitglieder der Landesregierung, da sie keine Büros im Schloss unterhalten, nicht anspruchsberechtigt sind.

(Norbert Baunach, SPD: Das ist in Ordnung. –
Heinz Müller, SPD: Das begrüßen wir.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Öffentliche Auftragsvergabe mittelstandsfreundlich gestalten, auf Drucksache 4/1138.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Öffentliche Auftragsvergabe
mittelstandsfreundlich gestalten
– Drucksache 4/1138 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der CDU Fraktion.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der Ministerpräsident sich erfreulich lange im Landtag aufhält, trete ich meinen Anspruch selbstverständlich gerne an den Herrn Ministerpräsidenten ab. Für die Luftverbesserungsanlage, Herr Ministerpräsident.

(Beifall Rainer Pracht, CDU: Ach für die Luftverbesserung, für die Luftverbesserung. Das ist ja hier brüderliches Entgegenkommen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass es gelungen ist, mit dem vorliegenden Antrag eine fraktionsübergreifende Initiative, insbesondere der Wirtschafts- und Rechtspolitik, zur Förderung des Mittelstands in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen.

In Punkt 1 des Antrags wird die Landesregierung aufgefordert, einen Bericht zu geben, wie sich die Vergabe öffentlicher Aufträge nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip in der Praxis darstellt. Worum geht es dabei? Die Vergabepraxis bei öffentlichen Aufträgen ist ein wirtschaftspolitisches Dauerthema. Jeder von uns kann das erleben, denn er braucht nur mit Handwerkern ins Gespräch zu kommen. Und die differenzieren keineswegs mehr nach Parteien oder Fraktionen, sondern da ist es die Politik, die es nicht schafft, dass die Aufträge hier im Land bleiben. Eine Ursache ist sicherlich in der Strukturschwäche unseres Landes zu sehen. Diese führt dazu, dass öffentliche Aufträge eine noch größere Bedeutung für das Überleben von kleinen und mittelständischen Unternehmen haben, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Doch die Bedeutung öffentlicher Aufträge als alleinige Erklärung der dauernden Diskussionen und Klagen reicht nicht aus, um der Sachlage gerecht zu werden. Denn das, was die Vergabeordnung theoretisch so mittelstandsfreundlich vorschreibt, nämlich bei der Vergabe dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag zu erteilen, scheitert in der Praxis weitgehend. Dort bewegt sich die Vergabe öffentlicher Aufträge jenseits wohlklingender Formulierungen in der VOB, im Spannungsfeld rechtlicher Vorgaben (Kommunalhaushalte), sinkender Steuereinnahmen und damit letztlich verbundenen Arbeitsplatzverlusten.

Kurzum, die Praxis hält sich nicht an die Vorgaben der Theorie. Im Ergebnis kommt letztlich nicht das wirtschaftlichste, sondern, wie wir das hier im Landtag ja auch schon öfters beklagt haben, das billigste Angebot zum Zug.

(Heinz Müller, SPD: So ist es!)

Trotz dieser immerwährenden Beobachtungen in der wirtschaftspolitischen Praxis wird so mancher nicht müde, auf die bestehenden Gesetze und auf die bestehende Rechtslage insgesamt zu verweisen. Ich möchte hier gerne noch einmal die einschlägigen Bestimmungen zitieren, VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil A „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen“.

In Paragraph 2 „Grundsätze der Vergabe“ heißt es: „Bauleistungen sind an fachkundige, leistungsfähige und

zuverlässige Unternehmer“ – und jetzt heißt es – „zu angemessenen Preisen zu vergeben.“

In Paragraph 25 „Wertung der Angebote“ heißt es: „Bei öffentlicher Ausschreibung ist zunächst die Eignung der Bieter zu prüfen.“ Und an anderer Stelle, unter Ziffer 3: „Auf ein Angebot mit einem unangemessen hohen oder niedrigen Preis darf der Zuschlag nicht erteilt werden.“ Noch einmal: „Auf ein Angebot mit einem unangemessen hohen“ – das ist nicht sehr wahrscheinlich, dass das passiert – „oder niedrigen Preis darf der Zuschlag nicht erteilt werden.“

In Paragraph 25 Nummer 3 Absatz 3 der VOB Teil A wurde eine Änderung von Satz 2 vorgenommen. Danach kommen solche Angebote in die engere Wahl, „die unter Berücksichtigung rationellen Baubetriebs und sparsamer Wirtschaftsführung eine einwandfreie Ausführung einschließlich Gewährleistung erwarten lassen. Unter diesen Angeboten soll der Zuschlag auf das Angebot erteilt werden, das unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, wie z. B. Preis, Ausführungsfrist, Betriebs- und Folgekosten, Gestaltung, Rentabilität oder technischer Wert, als das wirtschaftlichste erscheint. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend.“ So die klaren Bestimmungen.

Und auch ein Blick in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung stärkt theoretisch die Vergabe nach wirtschaftlichen Kriterien, so, wie wir es ja alle im Landtag gerne hätten.

(Regine Lück, PDS: Theoretisch.)

Im Vierten Teil „Vergabe öffentlicher Aufträge“ im ersten Abschnitt unter „Vergabeverfahren“ heißt es unter Paragraph 97 „Allgemeine Grundsätze“ Absatz 5: „Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.“ So weit die Theorie.

Ein Blick in die Praxis zeigt jedoch leider ein anderes Bild. Schon in den Zuschlagskriterien in den Ausschreibungen wird der Preis als herausragendes Kriterium für die Vergabe genannt, wohl wissend, dass beispielsweise Qualität oder Aufwendungen für Wartungen und Pflege den ursprünglichen Preis stark beeinflussen können. Im Oktober habe ich hier im Landtag das Beispiel einer Firma aus dem Uecker-Randow-Kreis genannt. Der dortige Geschäftsführer des Unternehmens hatte den Zuschlag für Rohbauarbeiten erhalten, obwohl dieser bereits in den vergangenen vier Jahren drei Insolvenzen mit Bauunternehmen hinter sich gebracht hatte. Mit seiner vierten Baufirma und geförderten Langzeitarbeitslosen hatte er trotz laufender Verfahren den Zuschlag für ein Angebot erhalten, das preislich 20 Prozent vor dem Zweitplatzierten gelegen hat. Bei einer Auftragssumme von „nur“ 117.000 Euro fast unvorstellbar. Heute ist mir bekannt, dass es sich dabei leider um keinen Einzelfall handelt, sondern dies wirtschaftliche Realität zu werden droht.

Leider auch kein Einzelfall ist die Tatsache, dass sich das zuständige Bauamt nicht in der Lage sah, dem zweitplatzierten Mittelständler und seinen nicht geförderten tariflich bezahlten Angestellten den Zuschlag zu erteilen. Der Klageweg wäre sonst vorgezeichnet gewesen, denn die Beweislast, warum das konkret billigste und scheinbar preiswerteste Angebot nicht auch das wirtschaftlichste Angebot darstellt, liegt letztlich beim zuständigen Verantwortlichen in der vergebenden Behörde. Und das führt natürlich dazu, dass derjenige sich das dreimal überlegt,

ob er das, was so scheinbar plausibel ist, zurückstellt und sagt: Jaja, das ist zwar preislich alles günstiger, aber in Wirklichkeit ist das andere, das zweitplatzierte Angebot wirtschaftlicher.

Mit unserem vorliegenden interfraktionellen Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich der Herausforderung zu stellen und die Vergabe öffentlicher Aufträge transparenter und mittelstandsfreundlicher zu gestalten. Und da befinden wir uns in guter Übereinstimmung mit dem Bericht der Deregulierungskommission, den uns der Herr Justizminister zugeleitet hat. Die Landesregierung hat den Wirtschaftsminister inzwischen entsprechend ihrerseits auch beauftragt, hier Vorschläge vorzulegen. Das ist auch unzweifelhaft nötiger denn je.

Mit einem Negativwachstum von, hier steht sogar nur 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, aber immerhin mit 1,6 Prozent, ist Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003 das dritte Jahr in Folge mit Wohlstandsverlusten konfrontiert. Eine Vergabep Praxis nach geltender Praxis tauglichkeit ist eben nicht dazu geeignet, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei wären gerade öffentliche Aufträge, die nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit vergeben sind, von herausragender Bedeutung. Jeder Euro an öffentlichen Geldern, der an gut geführte Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern vergeben werden kann, löst ein Mehrfaches an Investitionen aus und sichert beziehungsweise schafft so Arbeitsplätze, zumal wenn neben den landeseigenen Mitteln noch Gelder vom Bund oder der EU generiert werden können.

Ich denke, dass nicht nur die hier versammelten Kolleginnen und Kollegen diese Gedanken mittragen, sondern der Landtag heute mit einem entsprechenden Beschluss die Landesregierung beauftragt, alle Vorschläge vorbehaltlos zu überprüfen, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Dabei müssen alle gesetzlichen Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, dass bei öffentlichen Ausschreibungen gut geführte Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern den Zuschlag erhalten.

Es gibt ganz aktuell, wie das ja nicht anders zu erwarten ist, von der Vereinigung der Unternehmensverbände im Land Mecklenburg-Vorpommern e.V. eine Pressemitteilung heutigen Datums, eine sehr ernst gemeinte, die sich auf unseren Tagesordnungspunkt bezieht. Dort heißt es, ich darf zitieren, Frau Präsidentin: „Der Wirtschaft im Land würde es schon helfen, wenn die öffentlichen Auftraggeber die geltenden Richtlinien im Land einhalten würden und die sehr belastende Bürgschaftspraxis korrigieren.“ Das erklärte heute am Rande der Landtagsdebatte zur Vergabe öffentlicher Aufträge der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. Klaus Hering. Und zwar werden wir noch einmal darauf hingewiesen, und auch dieses Thema müssen wir aufgreifen, dass die Bestimmungen über die zu erbringenden Sicherheitsleistungen von den öffentlichen Auftraggebern in zunehmendem Maße nicht mehr eingehalten werden. Nach der entsprechenden Richtlinie sind nämlich nur Sicherheitsleistungen zu verlangen, wenn der Auftragswert über 250.000 Euro liegt. Bei einer beschränkten Ausschreibung soll sogar auf Bankbürgschaften gänzlich verzichtet werden. Und dann wird hier darauf hingewiesen, dass leider in der Praxis das weitgehend nicht eingehalten wird. Es ist aber so, dass viele kleinere und mittelständische Unternehmen nicht in der Lage sind, so viele Bürgschaften beizubringen. Wir müssen wirklich

alles daransetzen, dass wir die ohnehin zu schwache Eigenkapitaldecke der Unternehmen nicht noch weiter strapazieren, indem wir Forderungen an sie stellen, die sie dann nicht mehr leisten können.

Ich darf im Namen vor allem der Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss und Rechtsausschuss das Hohe Haus bitten, unserem Antrag, unserem gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und Torsten Koplin, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir unsere heimische Wirtschaft stärken müssen und dass wir es alle gerne sehen, ich muss mich einmal sehr unrechtlich ausdrücken, dass wir es alle gerne sehen, wenn Aufträge, die von der öffentlichen Hand vergeben werden, auch hier im Land bleiben, damit das Geld nicht rausgeht an andere Unternehmen. Dazu gehört, und jetzt kommen wir wieder in den Rechtsduktus rein, dass wir auch dafür Sorge tragen, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das wirtschaftlichste Angebot ausgewählt wird und nicht das billigste oder vermeintlich billigste. Häufig ist es ja nur das vermeintlich billigste.

Herr Dr. Born, Sie haben vorgetragen, dass die rechtlichen Regelungen, die wir haben, eigentlich klar sein müssten, dass sie eigentlich auch reichen müssten. Wir haben ja die Sachen gesetzlich geregelt. Das Gesetz steht. Wir haben ganz offensichtlich ein Problem in der Praxis. Das hat auch die Vereinigung der Unternehmensverbände in ihrer Presseerklärung dargelegt. Sie sagt, leider ist es in der Praxis anders, als es in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir haben also Anwendungsprobleme. Es stellt sich hier die Frage: Wo haben wir dieses Anwendungsproblem? Wo ist der Lösungsansatz? Da fällt mir auf, dass Ziffer 2 – ich spreche jetzt die Unterzeichner dieses Antrags an – besagt, „alle Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene zu ergreifen“ und so weiter und so fort. Wenn Sie genau hinschauen, dann frage ich Sie: Wo ist das Problem tatsächlich? Auf welcher Ebene ist es angesiedelt? Auf Bundesebene?

Jetzt nehme ich einmal die großen Bauvorhaben hier im Land wie Autobahnbau und so weiter, denn da gilt das europäische Vergaberecht. Da gelten andere Maßstäbe. Da können wir also so nicht reingehen. Es geht hier vor allem um die kleinen Aufträge. Und die kleinen Aufträge sind im Allgemeinen häufig Aufträge der Kommunen. Und deshalb dürfen wir bei allen, die wir auffordern, die Kommunen nicht vergessen.

Ihr Beispiel, das Sie gebracht haben, das war ja auch wieder ein Beispiel von der kommunalen Ebene. Ich habe auch versucht, mich kundig zu machen, wie das zustande kommt. Und dann heißt die Antwort nicht nur hier, sondern auch in anderen Fällen immer wieder, auch von der

Kommune: Wenn ich das anders mache, dann werde ich beanstandet von meiner Aufsichtsbehörde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Die Aufsichtsbehörde sitzt im Landratsamt. Es ist also eine Ebene, die gar nicht an das Land rankommt. Wenn solche Fälle an mich herangetragen werden oder soweit sie in der Vergangenheit an mich herangetragen wurden, bin ich diesen im Einzelfall immer nachgegangen. Vielleicht hat es auch ein bisschen geholfen und gewirkt. Man kann ja nicht jeden Tag in jedem Winkel sitzen, das ist auch klar, aber ich versuche schon, den Sachen nachzugehen.

Ich denke, dass die Beanstandungen, die es noch in den 90er Jahren über die Landesregierung gegeben hat, ziemlich stark zurückgegangen sind. Ich würde daraus die Vermutung ableiten, dass wir die Praxis bei der Auftragsvergabe aus der Landesverwaltung heraus relativ gut, man muss es immer relativieren, relativ gut im Griff haben. Was wir nicht im Griff haben, das ist nun einmal die kommunale Autonomie. Die Kommunen können selbst entscheiden und sie müssen auch selbst entscheiden. Das können wir nicht von Schwerin aus durchführen. Sie müssen richtige Entscheidungen treffen.

Und weil wir die gesetzlichen Grundlagen haben, aber trotzdem offensichtlich einen Missstand haben in der Realität, müssen wir uns die Frage stellen: Was können wir tun? Wir können nur immer darauf hinweisen, dass öffentliche Aufträge nicht an Anbieter vergeben werden dürfen, die einen unangemessen niedrigen Preis für den Auftrag verlangen. Das ist ja schon feststellbar. Es gibt übrigens auch manchmal unangemessen hohe Preise. Es gibt auch den Fall, dass nur ein Anbieter da ist, der das irgendwie zu spüren scheint. Dann muss man eben noch einmal ausschreiben. Also dagegen kann man sich auch wehren. Aber ob ein unangemessen niedriges Angebot vorliegt, das muss der Auftraggeber, und meistens sind es ja die vielen kleinen Aufträge der Kommunen, in jedem Einzelfall prüfen.

Um hier noch einmal ein bisschen mehr Bewusstsein zu schaffen, habe ich im letzten Jahr mit dem Innenminister vereinbart, dass erneut alle Landkreise wegen dieser Problematik angeschrieben werden. Der Innenminister hat in seinem Schreiben, das er daraufhin verschickte, noch einmal darauf hingewiesen, wie öffentliche Auftraggeber mit Billigst- oder Dumpingangeboten, wie auch immer man das nennt, mit unangemessen niedrigen Angeboten umzugehen haben. Es weiß jeder! Es weiß jeder! Man muss sich nur daran halten, das ist das Problem.

Meine Damen und Herren, wir haben auch schon, glaube ich, eine ganze Menge getan in den letzten Jahren. Vor drei Jahren, besser gesagt vor zweieinhalb Jahren, damals bin ich gerade Wirtschaftsminister geworden, habe ich den Wertgrenzenerlass geändert. Er wurde damals von 100.000 Mark auf 200.000 Euro umgestellt. Ich glaube schon, dass das ein bisschen geholfen hat. Das hoffe ich wenigstens. Er muss natürlich von den Kommunen auch so umgesetzt werden, nur dann kann man vereinfacht vergeben. Ich glaube, dass das nützlich ist.

Wir versuchen schon, und zwar im Rahmen des rechtlich Zulässigen, alles zu tun, damit mittelständische Unternehmen in unserem Land bei öffentlichen Aufträgen auch tatsächlich zum Zug kommen. Wir haben eine Richtlinie für die verstärkte Beteiligung mittelständischer Unter-

nehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erlassen. Diese Richtlinie regelt zum Beispiel den Vorrang von Fach- und Teillosten, also von kleinen Losen, damit nicht immer nur die Großen rankommen können, sondern auch die Kleinen eine Chance haben. Ich hoffe auch, dass das wirkt. Aber es muss dann natürlich auch so umgesetzt werden, dass nicht nur die Kleinen rankommen können, sondern dann auch der Wirtschaftlichste, nicht nur der Billigste, der Wirtschaftlichste zum Tragen kommt. Wir haben damit ermöglicht, dass auch bei größeren Aufträgen kleinere Betriebe aus unserem Land die Chance haben, mit einem Angebot für bestimmte Teile des Auftrags zum Zug zu kommen. Den Wertgrenzenerlass haben wir gemacht und das war sicher eine Hilfe. Und wir haben natürlich auch weiterhin das Anliegen, die Auftragsvergabe und das Vergabewesen so mittelstandsfreundlich zu gestalten, wie es nur rechtlich möglich ist.

Ich glaube aber, wir stehen vor einer Daueraufgabe, vor einer Daueraufgabe in der Umsetzung dieser Rechtsvorschriften. Ich bin mir nicht sicher, wenn man wieder einmal die Kommunen darauf hingewiesen hat, wie es richtig ist, dass es lange in der Wirkung vorhält. Meine Erwartung ist die, dass man von Zeit zu Zeit wieder einmal Bewusstseinsbildung betreiben muss. Es muss auch darauf hinweisen werden, dass hier manches nicht so läuft, wie es von Gesetzes wegen gemeint ist, wie es eigentlich stattfinden sollte. Ich kann jetzt nur sagen, wir müssen uns dieser Daueraufgabe als solcher stellen. Wir brauchen unseren Mittelstand, wir haben ja vor allem mittelständische Wirtschaft. Wir wissen natürlich auch, dass diese mittelständische Wirtschaft leben muss, denn wenn sie stirbt, dann haben wir alle nichts davon gehabt. Wir wissen auch, dass die Aufträge möglichst im Land bleiben sollen. Ich sehe nur nicht den Königsweg und auch nicht den Knopf, auf den man einfach drückt, damit ab morgen alles besser läuft.

Ich glaube, wir alle müssen mit vielen Leuten hier im Land reden. Jeder, der in der Kommunalpolitik tätig ist, sollte sich dieses zu seinem Anliegen machen, um auch in seiner Kommune zu versuchen, für das notwendige Bewusstsein zu werben. Vielleicht reicht es auch, dass man die Frage stellt und man sozusagen die Rechenschaftspflicht für den Umdrehen, der zu entscheiden hat, und zwar dass nicht zu begründen ist, warum man nicht den billigsten Anbieter genommen hat, sondern zu begründen ist, warum man den billigsten Anbieter genommen hat und nicht einen anderen. Manchmal helfen ja so kleine Fragestellungen schon weiter. Ich denke, je mehr Leute sich auch in den Kommunen daran beteiligen, hier das Gebot der Auftragsvergabe an den Wirtschaftlichsten umzusetzen, umso erfolgreicher können wir sein. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Dr. Martina Bunge, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD Fraktion Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nennen wir doch mal das Kind beim Rufnamen. Warum wird denn das wirtschaftlichste Angebot bei öffentlichen Aufträgen nicht genommen? Öffentliche Aufträge werden durch die öffentliche Hand zum großen Teil mit Fördermitteln finanziert, die die Kommune kofinanziert.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Das versucht sie natürlich, diese Fördermittel auch so gut wie möglich zu sichern. Und wenn es da irgendwelche Zweifel gibt, in Frage gestellt wird, ob es das wirtschaftlichste Angebot ist oder nicht, dass diese Gelder nicht in der Größenordnung fließen, wie es sein müsste, und die Eigenbeteiligung dadurch steigt, dann geht man dieses Risiko nicht ein.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Und da hilft auch der Brief nicht, den der Innenminister schreibt, mit dem Brief von Herrn Tanneberg dran, wie denn das Wirtschaftliche ermittelt wird. Nein, das muss in der Vergabeordnung stehen, was ist wirtschaftlich. Das muss klar definiert sein,

(Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

damit es zu lesen ist an der richtigen Stelle, dort, wo es behandelt wird und wo man auch immer und ständig drauf verweisen kann,

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

auch bei der Kontrolle dieser Vorgänge, damit diese Zweifel an der Stelle nicht bestehen. Denn in den Kommunen will man das Wirtschaftlichste.

Wir alle haben Fälle vor Ort, die wir auch mit begleitet haben, wo man gefragt worden ist: Warum kann ich den Unternehmer nicht nehmen? Ich weiß, die Qualität ist in Ordnung, aber er ist 5.000 Euro teurer, und ich weiß, die Regressarbeiten sind billiger. Das ist ein Ansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber diskutieren wir schon Monate, darüber diskutieren wir Jahre. Und das ist ein Problem für unsere Wirtschaft vor Ort, weil mancher Auftrag einfach auch mal in die falsche Hand geht.

Im Oktober haben wir schon einmal diskutiert, Herr Dr. Born, über einen ähnlichen Antrag.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Den haben Sie abgelehnt.)

Eigentlich waren wir uns in der Sache einig. Dieser Antrag hatte nur ein paar kleine Formfehler – die hat Herr Schulte aus unserer Fraktion sehr deutlich beim Namen genannt – und deshalb konnten wir ihm in der Form nicht zustimmen, aber in der Sache fand er schon damals unsere Zustimmung. Und deshalb bin ich froh, dass wir als Fraktionen übergreifend heute diesen Antrag auf den Weg bringen können. Es ist ja letzten Endes auch ein Ergebnis des vorliegenden Deregulierungsberichtes, das zu vereinfachen, unkomplizieren zu gestalten und klarer. Klare Aussagen bringen auch Klarheit im Handeln.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich bin froh, dass wir uns im Ansatz einig sind und dass wir das heute auf den Weg bringen. Lassen Sie uns diesen Antrag umsetzen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD, PDS und Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der PDS-Fraktion.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich behaupte, dieser Antrag

wurde von jedem mit einem anderen Motiv unterschrieben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach so? Wie das denn?)

Ich möchte begründen, warum ich ihn unterschrieben habe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Jetzt sind wir aber gespannt. – Zurufe
von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Er hat jetzt zwei Punkte. Für mich ist sehr wichtig das Berichtersuchen zur Einhaltung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit bei der öffentlichen Auftragsvergabe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Wenn wir uns das Prinzip der Wirtschaftlichkeit anschauen, dann ist es doch wohl der neuralgischste, vielleicht auch in der Wirkung der synergetischste Punkt allen Wirtschaftens, denn von der Einhaltung beziehungsweise von der Nichteinhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips hängt ab die Qualität der Leistung oder gegebenenfalls das Nachbesserungserfordernis. Von der Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips hängt ab die Bezahlung des Personals. Wir alle kennen die Wirkung auf die Kaufkraft.

Und letztlich kann die Einhaltung beziehungsweise Nichteinhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips in beide Richtungen, entweder ich mach den Auftrag noch, ohne einzuhalten, über den Bestand von kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheiden oder der Aspekt, es wird eben wirklich besser gezahlt und ich krieg so den Auftrag, dass es so der Kick ist, dass man dann wirklich noch etwas zur Sanierung des Unternehmens mal in die Kasse bekommt.

Die Wirtschaftlichkeit ist in Deutschland traditionell eines der wesentlichsten Zuschlagskriterien bei der Auftragsvergabe. Im Gesetz gegen die Wettbewerbsbeschränkungen wurde es für den Zuschlag auch mit fixiert, in Paragraph 97 gesetzlich fixiert.

Wir finden bei vielfältigen Debatten den Vorwurf, es wird nicht das wirtschaftlichste Angebot, sondern das billigste ausgewählt. Alle haben schon berichtet, jeder kennt Beispiele. Aber einen Überblick über die Einhaltung der Rechtsvorschriften haben wir, wenn wir ehrlich sind, nicht. Beim Durchblick hilft uns auch nicht die nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – mein Gott, ist das ein schweres Wort –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Rudolf Borchert, SPD)

vorgeschriebene und mit dem Landesgesetz 1999 umgesetzte Möglichkeit der Nachprüfung der öffentlichen Auftragsvergabe durch die Vergabekammern. Das hilft uns nicht weiter, denn dort ist nur ein Bericht über die Durchführung der Überprüfung vorgeschrieben. Also ich bin ehrlich gesagt ein bisschen gespannt, was uns das Wirtschaftsministerium hoffentlich in Bälde berichten kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rainer Prachtl, CDU: Bravo!)

Und ich denke, wir haben dann endlich eine solide Basis, um gemeinsam – da stimmen wir, glaube ich, alle überein – für Maßnahmen zu streiten, die mehr Transparenz,

die mehr Unternehmerfreundlichkeit bringen, gemeinsam darüber zu beraten und sie auch möglichst zu verbreitern und auf den Weg zu bringen. Aber ich denke, wir haben auch eine solide Basis, dafür noch ausstehende Aufgaben, Entscheidungen besser zu treffen. Ich nenne da nur ein Stich- oder besser Reizwort: Tariftreue. Egal in welche Richtung, es wird eine Basis werden, wenn er so kommt, wie ich mir das vorstelle, der Bericht.

(Regine Lück, PDS: Wie wir uns das vorstellen.)

Aus all diesen Gründen werden wir diesem Antrag zustimmen. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Bunge.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Strenz. Bitte schön.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Dr. Born hat während der Einbringung darauf hingewiesen, dass gerade in wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen der öffentlichen Hand als Auftraggeber eine weiß Gott tragende Rolle zukommt. Und gerade dieser Bedeutung ist es dann wohl auch geschuldet, dass dieses Thema in der Vergangenheit so kontrovers diskutiert wurde. Es sollte jedem klar geworden sein, dass der niedrigste Angebotspreis nicht ohne weiteres zum wirtschaftlichsten Angebot führt, ganz im Gegenteil kommt die Vergabe nur an den billigsten Anbieter den Steuerzahler immer teurer zu stehen.

Dieses haben nicht zuletzt die Rechnungshöfe auf Bundes- und Landesebene immer wieder festgestellt und gleichzeitig zu mehr Mut für den Zuschlag nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip plädiert. Und es ist nicht umsonst so gewählt. Wir reden hier von Mut. Dieser Mut muss aber auch von den jeweiligen Verwaltungschefs gefördert und gefordert werden, damit letztlich die Durchsetzung der Vorschriften nicht aus Angst vor Klagen und Konsequenzen scheitert,

(Holger Friedrich, SPD: Ja.)

denn darüber reden die entsprechenden Personen am wenigsten. Häufig sind es auch nur wenige 100 Euro, die letztlich über die Vergabe entscheiden. Die Folgekosten können da aus einem kurzfristigen Plus natürlich schnell in ein langfristiges Minus umschwenken, beispielsweise für eine einen Auftrag vergebende Gemeinde. Bestenfalls sind es nur die überteuerten Anfahrtkosten zur Wartung, schlechtestenfalls gibt es Pfusch am Bau, der teure Folgekosten produziert.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Bauwirtschaft fordert vehement ein transparentes, effizientes, vor allem überprüfbares und wettbewerbsgerechtes Vergaberecht. Es geht darum, das auf dem Papier stehende Recht in die Praxis umzusetzen. Mit dem heutigen Antrag wollen wir dieses Recht der Unternehmen von der Landesregierung mit Ihnen gemeinsam einfordern. Dieser Forderung an die Landesregierung muss von diesem Hohen Hause ein eindeutiges Votum mit dem nötigen Rückenwind verliehen werden. Gleichzeitig muss die Landesregierung aber auch auf Bundesländer- und Kommunalebene für ein einheitliches Vergaberecht eintreten.

Dieses darf dann aber nicht so aussehen, wie von Herrn Clement auf Bundesebene im Rahmen einer Rechtsverordnung geplant. Die Einführung einer Bagatellegrenze, unterhalb der eine Vergabeordnung nicht gelten würde, wird nicht nur von Baugewerbe und Bauindustrieverband vehement abgelehnt, sondern findet auch bei BDI und Gewerkschaften absolut keine Zustimmung. Stattdessen ist der Vorschlag, ein Bündel an Maßnahmen nötig, um unserem Vergabesystem die nötige Mittelstandsfreundlichkeit zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, wohlbemerkt machen all diese Bemühungen nur dann Sinn, wenn von wirtschaftspolitischen Irrflügen wie etwa einem Landesvergabegesetz oder Sondererlassen auf Landes- und Kommunalebene Abstand genommen wird.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Stattdessen sollte die Landesregierung ihre Ressourcen, die sie nämlich hat, konzentrieren und sich der wirk-samen Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung unter anderem durch die strenge Einhaltung der Ausschreibungsmodalitäten einsetzen, sprich, geltendes Recht zur Anwendung bringen.

Ein weiterer sinnvoller Vorschlag wurde mir bei diversen Gesprächen mit Unternehmern immer wieder mit Nachdruck angetragen. Es geht darum, dass diejenigen, die die öffentlichen Aufträge vergeben, die Folgen ihres eigenen Handelns, seien sie positiv oder negativ, nachvollziehen und verfolgen können. Es geht also hier um eine Sensibilisierung der Entscheidungsträger bei öffentlichen Vergaben. Die Konsequenz des Vergabeverhaltens jedes öffentlichen Auftrages muss dokumentiert sein. Es geht bei der nachträglichen Evaluierung darum, den ursprünglich eingestellten Haushaltsansatz beispielsweise für ein öffentliches Bauprojekt vom Titel im Einzelplan bis zur baulichen Fertigstellung nachzuvollziehen. Das erhöht die Transparenz und dient auch der Absicherung der zuständigen Personen der Vergabe. Künftige Vergaben würden dann mit den gesammelten Erfahrungen angereichert werden können, immer natürlich vor dem Hintergrund, dass sich jeder Schritt im vergaberechtlichen Spannungsfeld der Wirtschaftlichkeit bewegt und entsprechend nachvollzogen werden muss.

Die Frage ist also, wie sich der Vergabepreis beim Zuschlag im Vergleich zum Endpreis bei der Fertigstellung darstellt und wo die spezifischen Gründe einer etwaigen Abweichung lagen. Ich denke, dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit könnte allein schon mit dieser Maßnahme ein bedeutender Schub gegeben werden. Praktikabel wäre aus unserer Sicht, dies zunächst bei Projekten von größerer Dimension bei erfolgreichem Verlauf anzuwenden.

Meine Damen und Herren, auch wenn es sich bei vorliegender Initiative hier um einen fraktionsübergreifenden Antrag handelt, dem eine Zustimmung sicher zu sein scheint, freue ich mich, noch einmal abschließend festzustellen, dass wir wohl heute damit zu rechnen haben, nach zwei turbulenten Tagen, dass die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen jetzt die Hand heben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Ute Schildt, SPD: Na, nach Ihrer Rede!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Strenz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/1138. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Ute Schildt, SPD: Nur für
den Antrag, nicht für die Rede.)

Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist der Antrag auf der Drucksache 4/1138 einstimmig angenommen.

Wie bereits zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 26.

(Heinz Müller, SPD: Schade!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 12. Mai 2004, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen schöne Osterfeiertage und damit schließe ich die Sitzung.

Schluss: 18.17 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Gerhard Bartels, Lilly Kühnel, Wolfgang Riemann und Bernd Schubert.